

KÄTE HARMS-BALTZER

# Die Nationalisierung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien als Problem der deutsch-brasilianischen Beziehungen 1930-1938



---

COLLOQUIUM VERLAG  
BERLIN

Die nationalsozialistische Ausrichtung der im Ausland ansässigen Deutschen war eines der Ziele der Außenpolitik des Dritten Reiches. Träger dieser Bestrebungen war vor allem die Auslandsorganisation der NSDAP, deren Betätigung im Ausland bereits vor 1933 einsetzte. Auch in Brasilien, dessen Bevölkerung eine bedeutende Anzahl Deutschstämmiger umfaßte, waren derartige Aktivitäten zu verzeichnen. Diese nationalsozialistischen Aktivitäten wandten sich sowohl an die deutschen Staatsangehörigen als auch an die zahlenmäßig vorherrschenden brasilianischen Staatsangehörigen deutscher Abstammung. Zeitlich parallel hierzu setzten auf brasilianischer Seite Bestrebungen ein, die Assimilierung — im Sprachgebrauch der Zeit „Nationalisierung“ — der im Lande ansässigen europäischen Einwanderer und ihrer in Brasilien geborenen Nachkommen zu beschleunigen. Die aus dem Zusammentreffen dieser beiden gegensätzlichen Bestrebungen resultierenden Spannungen prägten in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien.

Ähnliche Entwicklungen, wenn auch











# BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts

Preußischer Kulturbesitz

Herausgegeben von Hans-Joachim Bock

Band 14

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

KÄTE HARMS-BALTZER

Die Nationalisierung  
der deutschen Einwanderer  
und ihrer Nachkommen  
in Brasilien als Problem der  
deutsch-brasilianischen  
Beziehungen 1930 - 1938

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN 1970

© 1970 Colloquium Verlag Otto H. Hess, Berlin  
Satz und Druck: Thormann & Goetsch, Berlin  
Schrift: Linotype Garamond  
Buchaussattung: Georg Goedecker · Printed in Germany



*„Man könnte wohl sagen, daß die lebendige Menschlichkeit eines Menschen in dem Maße abnimmt, in dem er auf das Denken verzichtet und sich den Resultaten, den bekannten oder auch unbekannten Wahrheiten anvertraut und sie ausspielt, als seien sie Münzen, mit denen man alle Erfahrungen begleichen kann. Aber mit der Welt steht es gerade umgekehrt. Die Welt wird unmenschlich, ungeeignet für menschliche Bedürfnisse, welche die Bedürfnisse von Sterblichen sind, wenn sie in eine Bewegung gerissen wird, in der es keinerlei Bestand mehr gibt.“*

*Hannah Arendt  
in „Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten“*

## VORWORT

Die vorliegende Arbeit fußt auf den Akten des ehemaligen Auswärtigen Amtes in Berlin. Sie erwuchs aus dem Bestreben, anhand dieser Akten die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien in den Jahren vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges darzustellen. Bei einer ersten Durchsicht der Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn ergab sich, daß in dem zu untersuchenden Zeitraum Wirtschaftsfragen und Fragen, die die in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung betrafen, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestimmten. Eine thematische Einengung der Arbeit auf den einen oder den anderen Fragenkreis erschien geboten<sup>1</sup>.

Die endgültige Themenwahl fiel auf die in den politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sich abzeichnende Problematik, die durch die brasilianischen Bestrebungen, die europäischen und asiatischen Einwanderer und ihre im Lande geborenen Nachkommen beschleunigt zu nationalisieren<sup>2</sup>, und die gleichzeitige Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien bedingt wurde. Egon Schaden kennzeichnet die damalige Situation in Brasilien treffend<sup>3</sup>, wenn er sagt, daß die deutsche Seite den „deutschen Menschen“ in den Südstaaten“ entdeckte und von brasilianischer Seite an eine „deutsche Gefahr“ geglaubt wurde und von zwei Seiten eine „Forderung der Treue“ erfolgte als „völkisches oder nationales Bekenntnis“. In der Arbeit soll versucht werden, über eine Analyse der Handhabung der Nationalisierung gegenüber den in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung die Verknüpfung jener zwei gegensätzlichen Bestrebungen mit den daraus resultierenden politischen Auswirkungen aufzuzeigen. Die Arbeit stellt somit einen Beitrag zur Erforschung der Wirksamkeit der Außenpolitik des Dritten Reiches in Lateinamerika dar<sup>4</sup>.

Aus der gewählten Themenstellung ergab sich eine zeitliche Begrenzung der Untersuchung auf die Jahre von Ende 1930 bis Ende 1938. Diese zeitliche Fixierung schließt Aufbau<sup>5</sup> und Verbot der Parteiorganisation in Brasilien ein und berücksichtigt die Nationalisierungsmaßnahmen unter Getúlio Vargas soweit, wie es die Zielsetzung der Arbeit erlaubt.

Die Zeit des zweiten Weltkrieges mit ihren besonderen Problemen — so der Frage der militärischen Bedrohung Lateinamerikas durch das kriegführende Deutschland — wird damit aus der Betrachtung ausgeklammert<sup>6</sup>.

Gegenüber der Betätigung in anderen Ländern<sup>7</sup> gewann die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien ein spezifisches Gepräge dadurch, daß hier die deutschen Staatsangehörigen in der Minderzahl und die brasilianischen Staatsangehörigen deutscher Abstammung aufgrund der zeitlichen Tiefe der deutschen Einwanderung und des herrschenden „jus soli“ in der Mehrzahl waren, die Auslandsorganisation der NSDAP diesem Faktum jedoch nur begrenzt Rechnung trug und danach strebte, Einfluß auf beide Gruppen zu gewinnen. Damit ergaben sich für Brasilien Fragen der Volkstumspolitik zusätzlich zu dem außen- und innenpolitisch relevanten Problem der Betätigung einer ausländischen Partei im Lande. Für den Betrachter tritt hier hinter den aus zeitgeschichtlicher Sicht interessanten Fragenkreisen der Außenpolitik des Dritten Reiches (speziell gegenüber Lateinamerika) einerseits und der politischen Gestaltung des Brasiliens der Vargas-Ära (während der ersten Regierungszeit von Getúlio Vargas von 1930 bis 1945) andererseits die umfassende und bis in die Gegenwart reichende Problematik der Bewältigung der aus der ethnischen Heterogenität Brasiliens sich ergebenden Probleme zutage.

# EINLEITUNG: DIE DEUTSCHEN EINWANDERER UND IHRE NACHKOMMEN IN BRASILien

Die Bevölkerung Brasiliens ist von großer ethnischer Vielfalt<sup>1</sup>. Sie setzt sich aus Angehörigen der drei Großrassen der Erde zusammen, die sich in mannigfacher Weise miteinander vermischt haben und noch vermischen. Dieser grandiose Vermischungsprozeß verurteilt von vornherein jeden Versuch einer rassischen Aufgliederung der heutigen Bevölkerung Brasiliens zum Scheitern. Vorgenommene Gruppierungen nach Hautfarben besagen wenig über die rassische Zugehörigkeit der als „brancos, pretos, pardos e amarelos“<sup>2</sup> Klassifizierten. In Differenzierungen dieser Art — mögen sie auch nur als statistische Kategorien verwendet werden — künden sich vielmehr die ungleiche soziale Lage dieser Hautfarbengruppen und ein bestehendes Farbenvorurteil an: Probleme, denen sich Brasilien gegenwärtig nach Jahrhunderten spannungsreicher Begegnung und Vermischung der genannten Rassen gegenüber sieht<sup>3</sup>.

Die einzelnen Rassen bzw. Hautfarbengruppen waren und sind in sich ethnisch außerordentlich heterogen zusammengesetzt. Es sei nur auf die unterschiedlichen Nationalitäten verwiesen, die die Statistiken über die europäische Einwanderung nach Brasilien nennen. Hier wird ein weiteres Problem sichtbar, das in enger Beziehung zu dem der Hautfarbe steht, doch von umfassenderer Spannweite ist — das Problem des großen Kulturgefälles innerhalb der brasilianischen Bevölkerung. Die ganze ethnische, regionale, soziale und wirtschaftliche Vielfalt des Landes wird in dieser vielschichtigen Problematik sichtbar<sup>4</sup>. Einen ihrer Aspekte bilden die verschiedenen Spannungen um die Eingliederung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen, die zum Teil in der vorliegenden Arbeit behandelt werden.

Die deutsche Einwanderung in Brasilien setzte im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts im Anschluß an die sich wandelnden Machtverhältnisse in Brasilien seit Beginn des Jahrhunderts ein und verläuft in Wellen bis in die Gegenwart. Eine handhabbare<sup>5</sup> Zusammenstellung der Daten der deutschen Einwanderung im Rahmen einer tabellarischen Erfassung und Aufschlüsselung der Gesamteinwanderung in Brasilien in den Jahren von 1819 bis 1947 findet sich bei José Fernando Carneiro in seiner Veröffentlichung von 1950 „Imigração e colonização no

Brasil<sup>6</sup>. Abgesehen von allen kritischen Überlegungen über die Zuverlässigkeit der Statistiken zur deutschen Einwanderung in Brasilien, die sich in noch ausgeprägterer Form bei der Frage der Erfassung der Nachkommenschaft der Einwanderer und damit der Gesamtzahl der in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung erheben<sup>7</sup>, läßt sich aus den Angaben Carneiros in ausreichender Präzision für den vorliegenden Zusammenhang ersehen, daß die deutsche Einwanderung im Rahmen der Gesamteinwanderungsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts in Brasilien zusammen mit der japanischen Einwanderung<sup>8</sup> einen mittleren Platz einnimmt. Beide Einwanderungsgruppen setzen sich gleichermaßen gegen die Vielzahl der kleinen Gruppierungen wie auch gegen die vorherrschende italienische, portugiesische und zahlenmäßig geringere spanische Einwanderung ab. Die absoluten Zahlen der deutschen Einwanderung nach Brasilien sind nicht bedeutend, verglichen etwa mit dem zahlenmäßigen Umfang der italienischen Einwanderung. Als grob vereinfachte Gesamtzahl ist mit etwa 200 000 deutschen Einwanderern bis zum Untersuchungszeitraum zu rechnen; die Rückwanderungsbewegung und die Abwanderung in andere südamerikanische Staaten kann hier nicht berücksichtigt werden<sup>9</sup>.

Die zeitliche Tiefe der deutschen Einwanderung im Rahmen der Gesamteinwanderungsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts nach Brasilien sollte sich in vieler Hinsicht prägend auswirken. — Im Hinblick auf die Frage der zahlenmäßigen Bedeutung der Gesamteinwanderung der einzelnen Einwanderungsgruppen verschiebt sich bei der deutschen Einwanderung aufgrund des Faktors der zeitlichen Tiefe das Schwergewicht von dem Moment der quantitativen Größe der Einwanderung auf das Moment des zahlenmäßigen Zuwachses der in Brasilien ansässig gewordenen Einwanderungsgruppe<sup>10</sup>.

In der Literatur wird allgemein die hohe Nachwuchsquote der deutschen Einwanderer in Brasilien hervorgehoben<sup>11</sup>. Die überlieferten Zahlen schwanken beträchtlich<sup>12</sup>; insgesamt wird man von gut einer Vervierfachung der genannten Einwanderungszahl ausgehen können, um ein angenähertes Bild der Gesamtzahl der im Untersuchungszeitraum in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung zu gewinnen. Der Hauptteil dieses deutschstämmigen Elementes fand sich in den drei Südstaaten Paraná, Santa Catarina und Rio Grande do Sul, unter denen Rio Grande do Sul den höchsten Anteil Deutscher und Deutschbrasilianer aufwies, gefolgt von Santa Catarina und schließlich von Paraná<sup>13</sup>. Das Bild der zahlenmäßigen Verteilung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen auf die drei Süd-

staaten gewinnt eine differenzierte Bedeutung unter dem Aspekt des prozentualen Anteils dieses Bevölkerungselementes an der jeweiligen Gesamtbevölkerung der Südstaaten; für den vorliegenden Zusammenhang mag genügen, daß im Untersuchungszeitraum mit einem variierenden Anteil von etwa 10 bis 20 Prozent Deutscher und Deutschbrasilianer an der Gesamtbevölkerung der drei Südstaaten gerechnet werden kann.

Das Moment der zeitlichen Tiefe der deutschen Einwanderung gewinnt auch unter dem Gesichtspunkt der Zusammensetzung der Einwanderungsgruppe Bedeutung. Die von Willems betonte Heterogenität der deutschen Einwanderung in Brasilien ist zu einem Teil auf diesen Faktor zurückzuführen, der Spielraum für eine Differenzierung läßt<sup>14</sup>. — Folgt man Willems, stellt sich die deutsche Einwanderung sowohl im Querschnitt wie im Längsschnitt der historischen Betrachtung als vieltalig dar; so zeigt sich auf der einen Seite eine ausgeprägte regionale Vielfalt der vorwiegend aus dem ländlichen Bereich stammenden Einwanderer des 19. Jahrhunderts<sup>15</sup>, die ihr Pendant in der regional, sozial und politisch-ideologisch breitgestreuten und in sich gegensätzlichen Einwanderung des Jahrzehnts nach dem ersten Weltkrieg besaß; auf der anderen Seite wird ein Spannungsbogen vom ländlichen Auswanderer des frühen 19.<sup>16</sup> über den Auswanderer der endvierziger Jahre des 19. Jahrhunderts bis zum Auswanderer der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts sichtbar, der rund ein Jahrhundert deutscher Geschichte widerspiegelt. Darüber hinaus wirkte sich das Moment der Religionszugehörigkeit differenzierend und vielfach trennend aus<sup>17</sup>.

Auch zwischen dem Aspekt der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der deutschen Einwanderung und dem Faktor der zeitlichen Tiefe läßt sich eine Interdependenz feststellen. Die Einwanderungsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts nach Brasilien kann verallgemeinert unter zwei Gesichtspunkte gruppiert werden: „colonização“ und Ersatz der im Verlauf des 19. Jahrhunderts auf gesetzlichem Wege befreiten Sklaven als Arbeitskräfte auf den paulistaner Kaffeefazenden<sup>18</sup>. Die deutsche Einwanderung ordnet sich primär dem erstgenannten Einwanderungskreis zu, der den Beginn der Einwanderungsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts nach Brasilien ausmachte; an dem später einsetzenden Einwanderungstrend in den Staat São Paulo mit seinen hohen Einwanderungszahlen, an dem die italienische<sup>19</sup> und die japanische Einwanderung maßgeblichen Anteil hatten, war die deutsche Einwanderung erst in einem späten Stadium beteiligt<sup>20</sup>.

Diese spezifische wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zuordnung der deutschen Einwanderung, die primär das 19. Jahrhundert berücksich-



tigt<sup>21</sup>, wird in der Literatur übereinstimmend hervorgehoben<sup>22</sup> und in der deutsch-brasilianischen Literatur teilweise mit ideologischen Vorzeichen versehen, die in den Zusammenhang völkischer Gedankengänge einzuordnen sind<sup>23</sup>. — Festzuhalten bleibt, daß sich die deutsche Einwanderung zunächst — und damit für die Verteilung des deutschstämmigen Elementes in Brasilien richtungsweisend — in den Süden des Landes wandte und dort mit der Fixierung als kleine Landbesitzer ein neues Element in die vorherrschende Wirtschafts- und Sozialstruktur einfügte<sup>24</sup>, das zu einer Nuancierung der bisherigen dichotomischen Ausrichtung führte. Der Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Differenzierung ist mit dem Verlauf der Jahrzehnte über diese Ausgangskonstellation hinausgegangen und hat zu einer breiteren wirtschaftlichen und sozialen Streuung des deutschstämmigen Elementes sowohl innerhalb des eigenen Siedlungsbereiches wie auch im Rahmen der übergeordneten brasilianischen Umwelt geführt, wie Jean Roche am Beispiel Rio Grande do Suls eindrucksvoll belegt.

Zu dem wirtschaftlich-sozialen Moment gesellte sich als gleichermaßen charakteristischer und prägender Faktor der ökologische Aspekt der Fixierung der deutschen Einwanderer in den Südstaaten<sup>25</sup>. Die Einwanderer siedelten in den unberührten Waldzonen des Südens und bildeten vielfach ethnisch homogene Siedlungen, die ihrerseits zum Ausgangspunkt einer ausgedehnten Siedlungstätigkeit wurden. Diese Ansiedlungen der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen blieben lange Zeit hindurch weitgehend isoliert und konnten somit ihren homogenen Charakter bewahren.

Die deutsche Einwanderung in Brasilien und die Niederlassung der Eingewanderten im Lande lassen sich zusammenfassend folgendermaßen charakterisieren: Früher zeitlicher Beginn, geringe Einwandererzahl, hohe Nachwuchsquote, Heterogenität der Einwanderer, Fixierung als kleine ländliche Ansiedler in den Waldzonen Südbraziliens, Isolierung der Siedlungen. Diese in groben Zügen angedeuteten Charakteristika, die den Gesamt Ablauf der Einwanderungsbewegung und der Fixierung der Eingewanderten im Lande vereinfacht darstellen, sollten sich für den mit der Auswanderung nach Brasilien eingeleiteten Prozeß des Kulturwandels bei dieser ethnischen Gruppe als wesentlich erweisen.

Der Ablauf und das Ausmaß des Kulturwandels bei den deutschen Einwanderern und ihrer Nachkommen in Brasilien sind zum Gegenstand widersprüchlicher Meinungen und unterschiedlicher Bewertungen geworden. Einen Kulminationspunkt der Polemik bildeten die dreißiger Jahre, in denen die nationalistischen Tendenzen auf brasilianischer und die völkisch-nationalsozialistischen Bestrebungen auf deutscher

Seite den Fragenkreis aktualisierten und auf die Ebene der Tagespolitik zogen. Den Weg zu einer Versachlichung und wissenschaftlichen Betrachtung dieser Problematik haben die Forschungen von Emílio Willems gewiesen, aus denen sich das Bild des Kulturwandels bei den deutschen Einwanderern und ihren Nachkommen in dem hier interessierenden Zeitraum des 19. und 20. Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre hinein klar ersehen läßt. Die Untersuchungen von Emílio Willems stellen sich von ihrer Intention, ihrem gewählten Standpunkt der Betrachtung und von ihren Ergebnissen her als Gegenposition zu den ideologisch-politischen Auseinandersetzungen der dreißiger Jahre um diese ethnische Gruppe dar und bieten damit einen Bezugspunkt für ihre Beurteilung.

Die Gruppe der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien erscheint als ein differenziertes und in vieler Beziehung heterogenes Gebilde. Entsprechendes läßt sich auch für den Prozeß des Kulturwandels bei dieser ethnischen Gruppe feststellen, der sich dem Betrachter als außerordentlich komplexes Phänomen darbietet. Neben fördernden und hemmenden Faktoren als parallel wirksamen Stimuli offenbart sich eine Vielschichtigkeit des Ablaufs des Kulturwandels, die zum einen die Differenziertheit der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung, zum anderen verschiedene Phasen dieses Prozesses reflektiert<sup>26</sup>. Als in sich geschlossener Problembereich hebt sich im Gesamtbild des Kulturwandels bei den deutschen Einwanderern und ihren Nachkommen in Brasilien vom 19. Jahrhundert bis hin zum Untersuchungszeitraum zunächst der Komplex der ersten Anpassung an die neue Umwelt heraus, der sich jedem Neuankommenden als zu lösendes Problem stellte, wenn auch eine Gradation der Fähigkeiten und Möglichkeiten einer Begegnung der Anforderungen der neuen Umwelt zu verzeichnen ist<sup>27</sup>.

Die Schwierigkeiten der Umstellung auf die neue Umwelt sind Gemeingut der Literatur über das Deutschtum in Brasilien geworden. Der Spielraum der Anforderungen reichte von der Notwendigkeit einer physischen Anpassung bis zur Übernahme von Bezeichnungen für die Vielzahl an unbekannten Elementen der neuen Umwelt und war geeignet, bisherige Selbstverständlichkeiten des täglichen Lebens in Frage zu stellen<sup>28</sup>. Es zeigt sich, daß mit der Verpflanzung in die neue Umwelt erste, teilweise recht weitgehende Prozesse des Kulturwandels ausgelöst wurden, die allerdings mit dem Verlauf der Zeit Wandlungen in Richtung einer teilweisen Rückkehr zu mitgebrachten Kulturmustern bzw. einer Hinwendung zu neuen Kulturmustern unterschiedlicher Herkunft unterworfen wurden.

Über die Phase der ersten Anpassung hinaus entwickelte sich nach Emílio Willems der Prozeß des Kulturwandels bei der Gruppe der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien in seinem historischen Ablauf in dem Rahmen, der durch die historisch bedingten Charakteristika der Ansiedlung und ihrer späteren Überwindung gegeben war — genauer zwischen den beiden Polen Isolierung und Aufhebung der Isolierung. Emílio Willems hat dieser Auffassung mehrfach Ausdruck verliehen, am klarsten wohl in seinem Aufsatz „Zur sozialen Anpassung der Deutschen in Brasilien“ (1948/49). Soweit zu übersehen ist, hat seine Deutung bis heute noch keinen ernsthaften Widerspruch erfahren<sup>29</sup>.

Ausgehend von den Eigenarten der deutschen Ansiedlung in Südbrasilien und ihrem Einfluß auf den Prozeß des Kulturwandels, der mit dem Schlagwort Retardierung zu charakterisieren ist<sup>30</sup>, sucht Emílio Willems die Faktoren herauszuarbeiten, die geeignet waren, die Isolierung der Ansiedlungen aufzuheben und damit verändernd in den Ablauf des Kulturwandels einzugreifen. Als Faktoren dieser Art stellt sich ihm eine Dreiheit dar:

Urbanisierung · Industrialisierung · Soziale Differenzierung, die jeweils komplexe und ineinander verwobene Prozesse wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung widerspiegelt. Emílio Willems selber zeichnet diese Entwicklung in ihren Einzelzügen nicht oder nur teilweise auf. Diese Lücke läßt sich für den Staat Rio Grande do Sul und damit für das Gebiet hauptsächlicher deutscher Niederlassung in Brasilien durch die detaillierte Untersuchung von Jean Roche schließen, der gerade den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen besondere Aufmerksamkeit schenkt<sup>31</sup>.

Mit der Herausstellung der Dreiheit Urbanisierung, Industrialisierung und soziale Differenzierung bezieht sich Emílio Willems auf rezente Prozesse, die sich in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen verdichteten und greifbar wurden<sup>32</sup>. Der Ablauf der rund hundert Jahre umfassenden Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen von dem Beginn der Einwanderung bis zum vollen Wirksamwerden der von Willems herausgestellten Faktoren des wirtschaftlichen und sozialen Wandels läßt sich in dem Rio Grande do Sul betreffenden Ausschnitt detailliert bei Jean Roche nachlesen. Stand am Beginn der deutschen Einwanderung in Brasilien die Fixierung der Einwanderer als kleine Landwirte in isolierten Ansiedlungen, so bot sich in der von Emílio Willems als Endpunkt gesetzten Entwicklungsphase ein wesentlich gewandeltes Bild dar. Der Bereich deutscher<sup>33</sup> Niederlassungen hatte sich ausgedehnt und seinen abge-

geschlossenen und homogenen Charakter verloren; ein sich ausbauendes Verkehrsnetz und eine Vielzahl blühender Städte verliehen den Zonen deutscher Ansiedlung ein verändertes Gepräge; deutschstämmige Elemente fanden sich nunmehr auf dem Lande und in der Stadt und trafen unmittelbar mit anderen Bevölkerungsgruppen zusammen; die einstige wirtschaftliche und soziale Homogenität der Ansiedler war einer ausgeprägten Differenzierung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gewichen; die Skala der sozialen Schichtung reichte vom Industriearbeiter und kleinen Landwirt bis hin zum Großkaufmann und Industriellen, der weitverzweigte Unternehmen kontrollierte.

Mit diesem Wandel im Wirtschafts- und Sozialgefüge verbanden sich neuartige Situationen des Kulturwandels, auf die Willems und Schaden detailliert eingehen. Grundsätzlich läßt sich ein Näherrücken an die brasilianische Umwelt feststellen, das jedoch in den verschiedenen Gruppierungen unterschiedliche Ausprägungen annahm. Während sich z. B. bei der Industriearbeiterschaft eine relativ rasche Aufgabe der ethnischen Eigenart feststellen ließ<sup>34</sup>, bewahrte dagegen der Mittelstand und insbesondere der Mittelstand evangelischer Prägung<sup>35</sup> vielfach eine betont völkische Haltung, die insbesondere in den 30er Jahren faßbar wurde. Emílio Willems deutet die Skala der Einstellungen in seinen Untersuchungen an, ohne diesen Fragenkreis jedoch in seiner ganzen Komplexität zu analysieren<sup>36</sup>.

Mit diesen knappen Ausführungen sollte versucht werden, das Bild der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien gegenüber den im folgenden zu untersuchenden ideologischen Strömungen mit ihren jeweiligen Forderungen an diese ethnische Gruppe abzuheben. Dies gilt insbesondere für die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen, die im Mittelpunkt der Darstellung stehen, trifft jedoch gleichermaßen für die nur in ihrem Widerhall in den Nationalisierungsmaßnahmen berücksichtigte Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien zu. Aus den Forschungen Emílio Willems' läßt sich klar die vorrangige Bedeutung sozio-ökonomischer Faktoren für den Verlauf des Kulturwandels bei den deutschen Einwanderern und ihren Nachkommen in Brasilien ablesen, und es wird deutlich, daß den äußerlich so erfolgreichen Nationalisierungsmaßnahmen der Regierung Vargas keine auslösende, sondern nur eine akkumulierende Bedeutung im Rahmen dieses Prozesses zuzumessen ist. Diesen Aspekt gilt es, als Bezugspunkt der Bewertung bei der folgenden Darstellung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen von Ende 1930 bis Ende 1938 und ihrem Widerhall in den deutsch-brasilianischen Beziehungen mit zu berücksichtigen.

# I · DER VERLAUF DER NATIONALISIERUNG IN BRASILIEN VON ENDE 1930 BIS ZUM 10. NOVEMBER 1937

## 1 · DIE INNENPOLITISCHEN VORAUSSETZUNGEN DER NATIONALISIERUNG IN BRASILIEN: DIE REGIERUNG GETÚLIO VARGAS

Den Rahmen für die Fülle von Nationalisierungsmaßnahmen, die zu untersuchen Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist, bildete die erste Regierung von Getúlio Vargas, der 1930 zur Macht kam und bis 1945 die Geschicke Brasiliens lenkte<sup>1</sup>. Getúlio Vargas und seine Regierung von 1930 bis 1945 sind umstritten und ebenso Gegenstand der Bewunderung wie harter Kritik. Die Literatur über die Regierung Vargas und im besonderen über die Zeit des „Estado Novo“ von Ende 1937 bis 1945 reflektiert diese Unterschiedlichkeit der Stellungnahmen.

Die vorliegende Literatur zur Regierung Vargas ist umfangreich und detailliert genug, um den äußeren Ablauf dieser Periode der brasilianischen Geschichte klar erfassen zu können. Es fehlen Spezialstudien, die ein vertieftes Bild von diesen fünfzehn Jahren geben können — so etwa biographische Studien über führende Persönlichkeiten (z. B. Oswaldo Aranha)<sup>2</sup>. Um einerseits nicht allgemein Zugängliches zu wiederholen und um andererseits den Schwierigkeiten, die einer vertieften Erfassung der Regierung Vargas entgegenstehen, zu entgehen, soll im folgenden nur skizzenhaft eine knappe Faktenzusammenstellung gegeben werden, die ausreichend erscheint, um den allgemeinen Rahmen zu umreißen, in dem die untersuchten Probleme zu sehen sind. Für eine genauere Erfassung der Jahre von 1930 bis 1945 ist auf die im Literaturverzeichnis angegebene Literatur zu verweisen<sup>3</sup>.

Jeder Überblick über die Regierung Vargas wird sich an gewissen Fixpunkten orientieren können, die jeweils verschiedene Etappen dieser fünfzehn Jahre umfassenden Epoche der brasilianischen Geschichte der jüngsten Vergangenheit andeuten. Fixpunkte dieser Art sind die Jahre 1930, 1934, 1937 und 1945, von denen hier die ersten drei Jahreszahlen interessieren, da sie unmittelbar in den Untersuchungszeitraum fallen; die Jahreszahl 1945 charakterisiert den Sturz von Getúlio Vargas und damit das Ende einer langjährigen Regierungszeit.

Die Jahreszahl 1930 bezeichnet den Beginn der Präsidentschaft von

Getúlio Vargas, der über eine Revolution zur Macht kam, nachdem er in der vorherliegenden Präsidentenwahl unterlegen war. Der Ausbruch der Oktoberrevolution des Jahres 1930 steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage der Nachfolge des vorherigen Präsidenten der Republik, Washington Luís, und reflektiert Machtkämpfe der einzelnen Bundesstaaten untereinander — genauer ausgedrückt Spannungen um die einzelstaatliche Zugehörigkeit des Präsidenten der Republik<sup>4</sup>. Darüber hinaus weist die von heterogenen Interessen getragene Revolution von 1930<sup>5</sup> in wesentlichen Aspekten auf die mannigfachen Bestrebungen nach nationaler Erneuerung Brasiliens hin, die im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, insbesondere in den zwanziger Jahren, manifest wurden<sup>6</sup>. Verbindungen lassen sich auch zwischen den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 in Brasilien und dem Ausbruch der Oktoberrevolution ziehen; inwieweit die Revolution bereits Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche des Brasiliens des 20. Jahrhunderts war, die durch Momente wie Industrialisierung und Herausbildung neuer städtischer Schichten charakterisiert werden und die sich vor 1930 anzudeuten begannen, bedarf einer vertieften Diskussion<sup>7</sup>.

Die Jahreszahl 1934 bezieht sich auf das Ende der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas und auf die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Ordnung<sup>8</sup>. Nach zahlreichen innenpolitischen Auseinandersetzungen um die zukünftige Gestaltung Brasiliens, bei denen die nach der Revolution zunächst einflußreichen „tenentes“ den Befürwortern einer raschen Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen entgegenstanden und die in einer Erhebung São Paulos gegen die Bundesregierung im Jahre 1932 einen Höhepunkt erreichten<sup>9</sup>, fanden die ersten vier Jahre des Vargas-Regimes einen Abschluß und zeichnete sich ein Neubeginn ab mit der Verkündung einer neuen Verfassung (Juli 1934) und der verfassungsmäßigen Wahl Getúlio Vargas' zum Bundespräsidenten<sup>10</sup>.

In den nun folgenden drei Jahren der Regierungstätigkeit auf dem Hintergrund der Verfassung von 1934<sup>11</sup> fanden die innenpolitischen Machtauseinandersetzungen eine Fortsetzung, bereichert durch einen erstarkenden Extremismus von rechts und von links<sup>12</sup>. Gegen den Linksextremismus ging die Regierung Vargas 1935 nach Aufstandsversuchen mit aller Schärfe vor<sup>13</sup>. — Für die vorliegende Arbeit ist das Entstehen einer rechtsextremistischen Partei nach 1930, der „Acção Integralista Brasileira“, von besonderer Bedeutung. Diese Bedeutung liegt nicht in der weltanschaulichen Prägung dieser Gruppierung, auch nicht in etwaigen Beziehungen der Integralisten zu Deutschland, die



sich vorwiegend in den Vorstellungen der Gegner des Integralismus abspielten<sup>14</sup>, sondern in dem Faktum, daß der Integralismus bald Fuß unter den Deutschbrasilianern faßte und damit im Zusammenspiel mit der parallellaufenden nationalsozialistischen Betätigung unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung der Boden für anti-deutsche Polemiken aufbereitet wurde<sup>15</sup>.

Die Jahreszahl 1937 verweist auf einen neuerlichen Wandel des innenpolitischen Bildes in Brasilien: Am 10. November 1937 beendete Getúlio Vargas mit Unterstützung des Heeres die Spekulationen und Auseinandersetzungen um seine Nachfolge im kommenden Jahr mit einem Staatsstreich, der Brasilien ein autoritäres Regime brachte, den vielbeschworenen „Estado Novo“<sup>16</sup>. Auf dem Hintergrund einer neuen Verfassung<sup>17</sup> formte Vargas aus Brasilien einen zentralistischen Staat, in dem die Machtbefugnisse der Einzelstaaten entscheidend zugunsten der Machtbefugnisse der Bundesregierung eingeengt wurden. Vargas stützte sich nicht auf eine politische Partei; vielmehr erfolgte im Dezember 1937 ein Verbot der brasilianischen politischen Parteien<sup>18</sup>, dem im Frühjahr 1938 in folgerichtiger Weiterentwicklung ein Verbot jeglicher ausländischer Betätigung folgte, das Deutschland in dem Punkt der nationalsozialistischen Betätigung unmittelbar traf. — Der „Estado Novo“ hat die unterschiedlichsten Kennzeichnungen erfahren, die von der Bezeichnung „totaler Staat“ bis zu „régime personnel“ reichen, die gegeneinander abzuwägen jedoch nicht Aufgabe der vorliegenden Ausführungen sein kann.

Die Jahreszahlen 1930, 1934, 1937 bilden Etappen in der Regierungstätigkeit eines Mannes, der in den Beurteilungen der Literatur verschiedene Gestalt annimmt<sup>19</sup>. Den Nuancen des Vargas-Bildes in der Literatur kann hier nicht nachgegangen werden; um zumindest eine gewisse Vorstellung von der Persönlichkeit des Politikers Getúlio Vargas zu geben, dessen Namen eine Epoche der brasilianischen Geschichte symbolisiert, soll im folgenden — ohne kritische Auseinandersetzung — die abschließende Beurteilung über Vargas von John W. F. Dulles zitiert werden<sup>20</sup>:

“The Vargas story is, among other things, a story of success in politics. In part, Vargas owed this success to the long and careful preparation which preceded each important step. He detested unnecessary risks.

He was aided by the patience which he trained himself to exercise . . .

The Brazilian Catholic philosopher Tristão de Athayde emphasizes<sup>21</sup> that Vargas, when he was careful not to seem to be forcing issues, and when he sought the cooperation of former adversaries, was adhering to rules which are important in Brazilian politics. He goes on to say

that Vargas was a keen observer of facts and of human nature; that intelligence, observation, and instinct gave him an exceptional understanding of Brazil and of its future, and allowed him to take Brazil 'across a kind of frontier'.

Vargas was wholly absorbed in his work. Thorough and practical, he well assessed prevailing moods, the strength of forces which sought to exert pressures, and the loyalties and weaknesses of men with whom he had to deal. He used standard political tools effectively. These were tools which some people, calling him Machiavellian, have liked to say that he used with cynicism.

Getúlio, who remarked that 'the revolt of creatures against their creators is traditional in Brazilian political life', knew how to handle those who seemed likely to make effective bids to outshine or replace him. He also acted on the awareness that appointments and favors can often win the goodwill of foes and of others who(se) help he felt he needed. Additional tools were political deals, charges which were sometimes unfair to opponents, and appeals to nationalism.

Success in politics required more than the use of pragmatic tools. It required, and at the same time made possible, attention to the problems which confronted the nation. Vargas became identified with the transformation of Brazil.

As Brazilian Marxist economist Caio Prado Júnior sees it<sup>22</sup>, the transformation which followed 1930 had to come. He feels that Vargas' contribution lay in knowing how to bring about the vast changes with the fewest possible shocks, thus preventing the period from being more agitated than it was.

For steps which he took or did not take, Vargas was often criticized by observers who did not have his self-assigned task of retaining a dominant position. With that task in mind he found himself (as he remarked at the time of the Provisional Government) much less free to act than was generally supposed."

Das von Dulles entworfene Vargas-Bild wird von der weiteren Literatur zur Vargas-Ära in verschiedener Hinsicht differenziert, sei es, daß eine Erweiterung oder Verengung stattfindet, sei es, daß die Akzente anders gesetzt werden<sup>23</sup>.

Umstritten wie die Person des Präsidenten sind die Leistungen seiner Regierung und im besonderen die des „Estado Novo“ für Brasilien. Auch hier kann das ganze Spektrum der Beurteilungen nicht gebracht werden. Eine vertiefte Diskussion dieser Frage könnte von dem Satz von John W. F. Dulles ausgehen „Vargas became identified with the transformation of Brazil.“ Thomas E. Skidmore argumentiert im Sinne

dieses Satzes, indem er einerseits betont, daß gegen Ende des „Estado Novo“ (1945) die „social basis of politics had changed irrevocably“<sup>24</sup>, und andererseits herausstellt, daß der „Estado Novo“ „brought irreversible changes in the institutions of political life and public administration“<sup>25</sup>. Er bezieht sich mit der ersten Aussage auf die bereits im Zusammenhang mit der Oktoberrevolution von 1930 erwähnten wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche im Brasilien des 20. Jahrhunderts mit ihren konstituierenden Elementen: Industrialisierung und Herausbildung neuer städtischer Schichten, die durch Maßnahmen der Regierung Vargas deutlich gefördert wurden<sup>26</sup>. Die zweite Aussage bezieht sich auf die von der Regierung Vargas vorgenommene Machtverlagerung von den Einzelstaaten auf die Bundesregierung<sup>27</sup>. — Ähnlich wie Skidmore sieht auch John W. F. Dulles einen grundlegenden Wandel des innenpolitischen Bildes in Brasilien am Ende der Vargas-Regierung von 1930 bis 1945, wobei er auf Momente wie die sozialpolitischen Maßnahmen dieser Jahre (z. B. Festsetzung von Mindestlöhnen) und den Ausbau des Erziehungswesens verweist<sup>28</sup>.

Um ein ausgewogenes Bild von den Positiva und Negativa der Regierung Vargas zu erhalten, müßte die hier vorgenommene Schwerpunktsetzung der Betrachtung im Sinne des Satzes von John W. F. Dulles erweitert werden zu einer kritischen Analyse des Gesamtbildes der Regierung Vargas, wie sie z. B. Karl Loewenstein anstrebt. Thomas E. Skidmore deutet eine Möglichkeit der Erweiterung an, indem er darauf verweist, daß die seit 1930 sich pointiert manifestierende Dichotomie zwischen einem „narrow constitutionalism which had neglected social and economic questions and a nationalistic social welfarism which had become unequivocally anti-democratic“ mit dem „Estado Novo“ dahingehend entschieden wurde, daß die Ziele des „social welfare and economic nationalism . . . were now to be pursued under authoritarian tutelage“ (das bedeutete u. a. die Festsetzung von Mindestlöhnen bei gleichzeitigem Streikverbot)<sup>29</sup>.

In einem Aspekt, dem des Ausbaus des Erziehungswesens nach 1930 als einem für die Thematik der vorliegenden Arbeit bedeutsamen Fragenkreis, soll versucht werden, das grob skizzierte Bild über die Bedeutung der Regierung Vargas für Brasilien etwas zu vertiefen und damit gleichzeitig zu differenzieren.

Kurz zusammengefaßt, wurde die Tätigkeit der Regierung Vargas in diesem Bereich durch ein Nebeneinander von Maßnahmen gekennzeichnet, die einerseits einem Ausbau des staatlichen Erziehungswesens dienten, andererseits auf eine Nationalisierung des bestehenden Privatschulwesens abzielten. Getúlio Vargas hat in seinen Reden verschiedentlich

Stellung zu dem Problem der Erziehung genommen, das er vor allem unter dem Aspekt des Ausbaus der technisch-fachlichen Ausbildung beleuchtete<sup>30</sup>.

In ihrem Bestreben nach einem Ausbau und einer Verbesserung des staatlichen Erziehungswesens, das mit der Gründung eines Ministeriums für Erziehung und Gesundheit in Anknüpfung an eine frühere Gründung und mit Reformen im Bereich des Hochschulwesens erste Realisierungen erfuhr, konnte die Regierung Vargas an Reformbestrebungen der zwanziger Jahre anknüpfen, die an verschiedenen Orten zu richtungsweisenden Reformen gelangt waren<sup>31</sup>. J. Roberto Moreira charakterisiert diese Reformbewegung, an der Fernando de Azevedo maßgeblichen Anteil hatte, als Bestreben nach qualitativer Reform des brasilianischen Erziehungswesens im Sinne des Amerikaners John Dewey<sup>32</sup> und konfrontiert diese charakteristische Bewegung des Brasiliens der Nachkriegszeit mit einem parallel sichtbar werdenden Trend nach quantitativer Ausweitung des staatlichen Erziehungswesens, der seiner Deutung nach letzten Endes die auf qualitative Reform gerichteten Bestrebungen überspielte<sup>33</sup>. Diese Gruppe von jungen, befähigten Reformern stellte sich nach 1930 in den Dienst der neuen Regierung; neben weiteren Einzelreformen, denen jeweils programmatische Bedeutung zukam, bemühten sich die Reformer um eine Aufstellung programmatischer Richtlinien<sup>34</sup>. In der Verfassung von 1934 mit ihrer Forderung eines nationalen Erziehungsplanes<sup>35</sup> fand das Gedankengut der Reformer einen Widerhall auf höchster für Brasilien verbindlicher Ebene, gleichzeitig wurde aber auch den von den Reformern bekämpften katholischen Forderungen nach einer Berücksichtigung der religiösen Unterweisung im schulischen Bereich Raum gegeben<sup>36</sup>. Hier stellt sich das Problem des Übereinklangs von Programm und Wirklichkeit; die Aussagen von J. Roberto Moreira und Fernando de Azevedo deuten darauf hin, daß sich der Einfluß der Reformer auf die Gestaltung der staatlichen Erziehungspolitik in der Zeit zwischen 1930 und 1945 allmählich abschwächte und schließlich verebbte.

Am Beispiel der Reformbestrebungen im Bereich des Erziehungswesens zeigt sich — wie schon im Zusammenhang mit der 1930er Revolution angedeutet —, daß die Regierung Vargas auf reformerische Tendenzen der Jahre vor 1930 zurückgriff und sich diese zunutze machte, soweit es opportun erschien. Dieser Zug scheint kennzeichnend zu sein für die Ausgangskonstellation der Regierung Vargas von 1930 bis 1945; er kann u. a. verdeutlichen, weshalb die Regierung Vargas von 1930 bis 1945 Gegenstand der Kontroverse ist.

Die Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas gegen Ende des Jahres 1930 sollte sich für die in Brasilien ansässigen Einwanderergruppen und ihre staatsrechtlich brasilianische Nachkommenschaft als folgenreich erweisen. In den sieben Jahren von Ende 1930 bis Ende 1937 gaben die Bundesregierung und die ihr nachgeordneten Regierungen der Einzelstaaten mehrfach Bestrebungen gesetzgeberischen Ausdruck, die der bisherigen Aufnahmebereitschaft des Landes für ausländische Arbeitskräfte, in welcher Funktion sie auch immer nach Brasilien kommen mochten, weitgehend ein Ende setzten und gleichzeitig nachhaltig in das Eigenleben der im Lande ansässigen Einwanderergruppen und ihrer Nachkommenschaft eingriffen. Die Motivationen dieser Maßnahmen, die dem Sprachgebrauch der Zeit folgend unter dem Terminus „Nationalisierung“ zusammengefaßt werden, waren vielschichtiger Art.

Im Mittelpunkt der Nationalisierungsgesetzgebung der Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 steht die brasilianische Verfassung vom 16. Juli 1934<sup>1</sup>, Nachfolgerin der ersten Verfassung der Republik von 1891, in der sich die Nationalisierungsbestrebungen der Jahre von der Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas bis zur Errichtung des „Estado Novo“ in ihrer ursprünglichen, d. h. die Frage der nationalsozialistischen Betätigung noch nicht mit einbeziehenden Form, programmatisch niedergeschlagen haben und die generelle Richtung dieses Prozesses offenkundig wird. Eine Betrachtung der Nationalisierungsgesetzgebung dieser Jahre als der Verdichtung der vielfältigen Nationalisierungstendenzen wird deshalb von der Verfassung von 1934 auszugehen haben und anhand ihrer Bestimmungen das Gesamtbild der gesetzgeberischen Maßnahmen zu entwickeln versuchen. Der Meinungsstreit um die Verfassung von 1934 und im besonderen die Kritik, die Getúlio Vargas generell an der Verfassung und zeitweilig an ihren Bestimmungen zur Einwanderung übte<sup>2</sup>, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Verfassung vom Juli 1934 folgerichtig in den Gesamtablauf der Nationalisierung bis zum 10. November 1937 einpaßte und daß unter anderem ihre Forderungen zur Einwanderung nach dem 10. November 1937 in verabsolutierter Form realisiert wurden.

Die für den vorliegenden Zusammenhang wesentlichen Passagen der Verfassung von 1934 finden sich in den Abschnitten „Da ordem econômica e social“ und „Da educação e da cultura“<sup>3</sup>, die nach Themistocles Cavalcanti Brandão als ein Novum in der Verfassungsgeschichte Brasiliens erstmalig 1934 Eingang in eine brasilianische Verfassung

fanden<sup>4</sup>. Die fraglichen Bestimmungen der Verfassung gruppieren sich um die Fragenkreise: Einwanderung und Niederlassung der Eingewanderten im Lande, Wirtschaft und Arbeitsgesetzgebung und schließlich Schulwesen. Sie lassen sich in ihren grundlegenden Zügen schlagwortartig charakterisieren: Einführung einer quotenmäßigen Beschränkung der Einwanderung nach US-amerikanischem Vorbild<sup>5</sup> und Förderung ethnisch gemischter Ansiedlungen<sup>6</sup> bei gleichzeitiger Bevorzugung der einheimischen Bevölkerung als Ansiedler<sup>7</sup>, Nationalisierung der Wirtschaft<sup>8</sup> und des Arbeitsmarktes<sup>9</sup> und als letztes Nationalisierung des Privatschulwesens zunächst im Bereich der sprachlichen Gestaltung des Unterrichts<sup>10</sup>.

Die Bestimmungen der Verfassung von 1934 zur Einwanderung und Niederlassung der Eingewanderten im Lande und zur Nationalisierung des Arbeitsmarktes bauten auf gesetzgeberischen Maßnahmen des Jahres 1930 auf, die zu den ersten politischen Willensäußerungen der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas zählten. Am 12. Dezember 1930 erließ die brasilianische Regierung ein Dekret (Nr. 19 482)<sup>11</sup>, das die Einreise von Passagieren III. Klasse<sup>12</sup> nach Brasilien beschränkte und darüber hinaus die Verfügung traf, daß Regierungsaufträge nur an Unternehmungen zu vergeben seien, deren Arbeitnehmer sich zu zwei Dritteln aus geborenen Brasilianern zusammensetzten, wobei sich das Augenmerk dieser Gesetzgebung vorzüglich auf den nicht-landwirtschaftlichen Bereich richtete<sup>13</sup>. In der Folgezeit wurden diese Bestimmungen einzelnen Modifikationen unterworfen<sup>14</sup>, die hier unberücksichtigt bleiben können.

In seinen einleitenden Passagen begründete das Dekret Nr. 19 482 die vorgenommenen Beschränkungen mit wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, insbesondere aber mit dem Hinweis auf die vorhandene Arbeitslosigkeit in Brasilien, als deren eine Ursache die bisherige freie Einwanderung herausgestellt wurde — in der Terminologie des Dekrets die bisherige „unorganisierte“ Einwanderung. Diese Darstellung wird von der Literatur übernommen und teils neutral, teils bejahend und teils kritisch referiert<sup>15</sup> und die Hinwendung der brasilianischen Regierung zu einer Politik strikter Lenkung der Einwanderung und einer Zurückdrängung der ausländischen Arbeitskräfte in den Zusammenhang der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Brasiliens nach der Weltwirtschaftskrise, insbesondere der Schwierigkeiten in der Kaffeewirtschaft, gestellt<sup>16</sup>.

Die Verfassung von 1934 mit ihren programmatischen Nationalisierungs-Bekundungen stellte gegenüber der Gesetzgebung vom Dezember 1930 und ihren späteren Modifikationen eine Erweiterung des Na-



tionalisierungskonzeptes dar, das nunmehr explizit verschiedene Ebenen des Nationalisierungsstrebens zur Geltung brachte. Neben wirtschaftlichen Motivationen waren für die Nationalisierungsprogrammatik der Verfassung von 1934 ideologisch gebundene Faktoren von wesentlicher Bedeutung, die um den Fragenkreis der nationalen Vereinheitlichung des Landes kreisten, wobei die gegenseitige Beeinflussung und Verquickung dieser beiden Motivationskomplexe und ihre eventuelle Abhängigkeit von tagespolitischen Konstellationen unberücksichtigt bleiben soll. Diese komplexe Begründung der Nationalisierungsprogrammatik der Verfassung von 1934 wird am Beispiel der Einwanderungsbestimmungen, genauer der Frage der Einführung des Quotensystems und der sich anschließenden Forderung gemischtvölkischer Siedlungen, besonders deutlich.

In der Literatur wird die Einführung des Quotensystems in Brasilien mit dem Jahre 1934 in Nachahmung des nordamerikanischen Vorbildes als Diskriminierung der japanischen Einwanderung hingestellt und scheint auf japanischer Seite auch in diesem Sinn aufgefaßt worden zu sein<sup>17</sup>. — Die japanische Einwanderung in Brasilien stellt einen festumrissenen, spezifisch geprägten Ausschnitt aus der europäischen und asiatischen Einwanderung des 19. und 20. Jahrhunderts in Brasilien dar. Sie bereicherte die brasilianische Bevölkerung um ein weiteres prononciertes Bevölkerungselement, das bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt Gegenstand der Auseinandersetzung in Brasilien ist<sup>18</sup>.

Im Rahmen der Einwanderungsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts nach Brasilien bildet die japanische Einwanderung eine Spätphase, die erst 1908 einsetzte und um 1930, parallel mit der Hinwendung Brasiliens zu einer Beschränkung und Lenkung der Einwanderung, einem Höhepunkt zustrebte und sich an die Spitze der gesamten Einwanderung nach Brasilien setzte<sup>19</sup>.

Die Einführung des Quotensystems und die Kopplung des zugelassenen Prozentsatzes an die Gesamteinwanderung der letzten fünfzig Jahre trafen die japanische Einwanderung in besonderem Maße. Die zugelassenen Kontingente für die anderen hauptsächlichen Einwanderergruppen ließen genug Spielraum für eine kontinuierliche Fortsetzung der Einwanderung und übertrafen teilweise das tatsächliche Ausmaß der derzeitigen Einwanderungsbewegung; so läßt sich zwischen dem freigestellten Kontingent für die deutsche Einwanderung und dem Ausmaß der deutschen Einwanderung nach Brasilien vor Einführung des Quotensystems eine Übereinstimmung feststellen, während die freigestellte Einwanderungszahl für die italienische Einwanderung bei weitem die faktische Einwanderung übertraf; mit dem Verlauf der dreißi-

ger Jahre zeigte sich diese Tendenz auch bei der deutschen Einwanderung. Diese von vornherein abzusehende Wirkung des Quotensystems rechtfertigt den Eindruck einer angestrebten Diskriminierung der japanischen Einwanderung. Die Einwanderungsstatistik zeigt, daß die japanische Einwanderung zunächst noch die ihr freigestellte Einwanderungszahl überstieg, die Effektivität des Quotensystems also in gewissen Grenzen zu wünschen übrig ließ.

Die japanische Einwanderung in Brasilien wandte sich in den Jahrzehnten vor der Unterbrechung der japanischen Einwanderung im Jahre 1941 zur Hauptsache in den Staat São Paulo und stellte Arbeitskräfte für dessen Kaffeefazenden. Eingeleitet wurde die japanische Einwanderung unter dem Vorzeichen eines akuten Arbeitskräftemangels auf den paulistaner Kaffeefazenden, der die japanischen Einwanderer als willkommenen Hilfe erscheinen ließ. Divergierende wirtschaftliche Interessen auf seiten der Kaffeefazendeiros und auf seiten der japanischen Einwanderer, die einen schnellen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg erstrebten und angesichts des niedrigen Lohnniveaus auf den Kaffeefazenden nach einer baldmöglichen Verbesserung ihrer Lage trachteten, Wandlungen im Angebot auf dem paulistaner Arbeitsmarkt und Krisenerscheinungen in der Kaffeewirtschaft ließen das wirtschaftliche Interesse auf brasilianischer Seite an der japanischen Einwanderung mit dem Verlauf der Jahre bis zur Einführung der Einwanderungsbeschränkungen der Regierung Vargas erkalten; demgegenüber stand die sprunghafte Zunahme der japanischen Einwanderung seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, die das Augenmerk zunehmend auf die japanische Einwanderung lenkte. Zudem wurde mit den zwanziger Jahren ein staatlicher Dirigismus hinter der japanischen Einwanderung sichtbar, der sich nicht nur in einer umfassenden Subventionierung der als Arbeitskräfte für die paulistaner Kaffeefazenden bestimmten Auswanderungsbewegung manifestierte, sondern sich auch in einer eigenen Siedlungstätigkeit in Brasilien niederschlug, die über vorgeschobenen Organisationen durchgeführt wurde. Diese Charakteristika der japanischen Einwanderung seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre waren geeignet, nationale Leidenschaften in Brasilien anzusprechen, zumal zu einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Neben das Argument der wirtschaftlichen Inopportunität der japanischen Einwanderung trat somit in der Auseinandersetzung der dreißiger Jahre, in der sich Strömungen der zwanziger Jahre verdichteten, das Argument der Unassimilierbarkeit der japanischen Einwanderer und die Behauptung einer Bedrohung der erstrebten nationalen Vereinheitlichung des Landes in bevölkerungspolitischer und — so scheint

es — politischer Hinsicht<sup>20</sup>; unter bevölkerungspolitischen Aspekten erschien die japanische Einwanderung als ein Phänomen, das die herausgestellte Präponderanz des „weißen“ Bevölkerungselementes in der brasilianischen Bevölkerung der Gegenwart und insbesondere der Zukunft zu gefährden drohte und die kulturelle Einheit des Landes sprengte.

Unter dem Gewicht der sich ergänzenden und gegenseitig beeinflussenden wirtschaftlichen und nationalistischen Argumente entzündete sich die Nationalisierungsprogrammatik der dreißiger Jahre in ihren Anfängen vor allem an der japanischen Einwanderung und traten die anderen Einwanderergruppen und unter ihnen die Gruppe der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen mehr in den Hintergrund. Die Tragweite der brasilianischen Nationalisierungsgesetzgebung der Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 für die Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung läßt sich über eine Betrachtung der Nationalisierung im Bereich des Schulwesens fassen, da das entwickelte Privatschulwesen dieser ethnischen Gruppe einen besonderen Anreiz zur Nationalisierung bot; eine entsprechende Beleuchtung erfährt die Nationalisierung in diesem Bereich auch in den Quellen<sup>21</sup>.

Nach den kriegsbedingten Erschwerungen für die Tätigkeit der Privatschulen der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen scheint sich in den zwanziger Jahren bis hin zur Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas und teilweise wohl bis in die dreißiger Jahre hinein ein De-facto-Zustand ruhiger Weiterentwicklung des Privatschulwesens dieser ethnischen Gruppe wie der „grupos estrangeiros“ insgesamt trotz einschränkender Verbote herauskristallisiert zu haben, der in den dreißiger Jahren erneut nachdrücklich in Frage gestellt wurde. Die rechtliche und die tatsächliche Lage der Privatschulen der Einwanderergruppen war — so scheint es nach verschiedenen Hinweisen — in den einzelnen Staaten Brasiliens eine unterschiedliche bis weit in die dreißiger Jahre hinein. Die im folgenden beispielhaft herangezogene Lage in Santa Catarina um die Zeit des revolutionären Regierungswechsels von Ende 1930 kann deshalb nur begrenzt verallgemeinert und als repräsentativ für die Lage in Gesamtbrasilien hingestellt werden, vermag jedoch dank des sehr reichlichen Quellenmaterials die Konsequenzen der Revolution von 1930 für das Privatschulwesen der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen und darüber hinaus für die „grupos estrangeiros“ insgesamt in ihren ersten Anfängen aus-schnittshaft zu erhellen.

Wie aus einem Bericht des Konsulats in Florianopolis vom August 1930 — also vor Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio

Vargas — hervorgeht<sup>22</sup>, hatte sich die Lage der Privatschulen der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung in Santa Catarina nach dem Verbot im ersten Weltkrieg mit dem Verlauf der zwanziger Jahre günstig entwickelt. Bedrohungen für die Zukunft sah das Konsulat — bei allen Vorbehalten angesichts der Möglichkeit eines politischen Wechsels im Staate — weniger in nationalistischen Maßnahmen von brasilianischer Regierungsseite als in inneren Mängeln des Privatschulwesens selber, vor allem in den Schwierigkeiten, den notwendigen Lehrernachwuchs bereitzustellen<sup>23</sup>. Dieses positive Bild sollte Anfang 1931 einem Wandel unterliegen, da die Regierung des Interventors General Ptolemeu de Assis Brasil am 29. Januar 1931 in Form eines Dekrets (Nr. 58) die Frage der Nationalisierung des Privatschulwesens wieder aufgriff und aus deutscher Sicht in scharfer Weise zu lösen suchte<sup>24</sup>.

In der Berichterstattung des Konsulats in Florianopolis stellten die Bestimmungen des Dekrets Nr. 58 mit ihrer Forderung einer nachdrücklichen Berücksichtigung der portugiesischen Sprache, der brasilianischen Landes- und Staatsbürgerkunde<sup>25</sup> und ihrer Erschwerung der Gründung neuer Privatschulen<sup>26</sup> eine verhängnisvolle Entwicklung dar, da befürchtet wurde, daß die pekuniär schlecht gestellten Privatschulen im Staate und ihre durchweg nur ungenügend — insbesondere im Hinblick auf die Forderungen des Dekrets — ausgebildete Lehrerschaft den Anforderungen der catarinensischen Regierung nicht würden nachkommen können. Diese Befürchtungen sollten sich bei der ersten staatlichen Examinierung der Blumenauer Privatschullehrer, entsprechend den Richtlinien des Dekretes, in vollem Umfang bewahrheiten; von vierundachtzig gemeldeten Kandidaten bestanden acht die Prüfung. Dieses katastrophale Ergebnis beschwor die Gefahr umfassender Schulschließungen herauf<sup>27</sup>.

Den eindringlichen Vorhaltungen von deutscher, deutschbrasilianischer und anscheinend auch von italienischer Seite<sup>28</sup> gelang es, einer strikten Durchführung der Bestimmungen des Dekrets Nr. 58 nach dem ersten Eklat der Blumenauer Prüfungen entgegenzuarbeiten und einen Modus vivendi herbeizuführen, der Spielraum für eine graduelle Anpassung an die Forderungen des Dekrets und für vorbeugende Maßnahmen ließ. So konnte das Konsulat in Florianopolis in seiner weiteren Berichterstattung von 1931 erneut ein positiveres Bild von der Lage der Privatschulen der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung in Santa Catarina geben, das allerdings unter fragwürdigeren Vorzeichen erfolgte als das seinerzeitige Stimmungsbild vom August 1930<sup>29</sup>.

Die Berichterstattung aus Santa Catarina von 1930/31 verdeutlicht

zweierlei: zum einen zeigt sich, daß mit der Revolution von 1930 verstärkte Bestrebungen zur Nationalisierung des Privatschulwesens manifest wurden, die an Maßnahmen der Weltkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit anschlossen, zum anderen wird offenbar, daß es diesen ersten Nationalisierungsmaßnahmen an Durchschlagskraft mangelte und den Betroffenen ein Spielraum der Begegnung dieser Maßnahmen verblieb. Dieses Ergebnis läßt sich programmatisch auswerten und unter Nichtberücksichtigung aller örtlichen Nuancen und der progressiven Verschärfung der Nationalisierungsbestrebungen und ihrer Verwirklichung mit dem Verlauf dieses Zeitraumes als Charakteristikum der Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 bezeichnen<sup>30</sup>.

Ließen sich am Einzelfall Santa Catarina die unmittelbaren Auswirkungen der Revolution von 1930 für den Fragenkreis der Nationalisierung des Privatschulwesens beispielhaft demonstrieren, so läßt sich der allgemeine Rahmen dieser Bestrebungen über eine Betrachtung der Verfassung von 1934 fassen. Bereits bei oberflächlicher Durchsicht der auf den Komplex Erziehung bezogenen Passagen der Verfassung vom 16. Juli 1934 wird deutlich, daß die Forderung der Nationalisierung der Privatschulen, ausgedrückt in der Forderung des landessprachigen Unterrichts mit Ausnahme der fremdsprachigen Fächer, eingebettet war in eine Vielzahl von Bestimmungen grundsätzlicher Art zum brasilianischen Erziehungswesen, die den Fragenkreis der Nationalisierung des Privatschulwesens zu *einem* Aspekt einer umfassenden Programmatik werden ließ, die auf eine Entwicklung des gesamten Erziehungswesens in Brasilien abzielte. Damit stellt sich die Problematik der Nationalisierung im schulischen Bereich als ein Teil jener revolutionären Bewegung der Nachkriegszeit dar, die sich um eine Reform des brasilianischen Erziehungswesens bemühte und die in den zwanziger Jahren zu ersten richtungsweisenden Gestaltungen gelangt war<sup>31</sup>. Diese Interpretation kann sich auf Fernando de Azevedo stützen, der in seinem Werk „Brazilian culture“ (1950) zu der Verfassung von 1934 eingehend Stellung nimmt.

Wie insgesamt dem Urteil Fernando Azevedos zu der Revolution von 1930 und den Reformen der Regierung Vargas im Erziehungswesen eigen, spiegelt auch seine Stellungnahme zu den Bestimmungen der Verfassung von 1934 zum Komplex Erziehung positive und negative Urteilelemente wider, wobei die positiven Elemente im Fall der Verfassung von 1934 überwiegen. Zwar stellte sich ihm die Verfassung als Niederschlag jener zwei skizzierten gegensätzlichen Strömungen der dreißiger Jahre um die Gestaltung des nationalen Erziehungswesens dar, die sich im besonderen um die Frage der religiösen Erziehung ent-

zündeten, und damit als kein einheitliches Gebilde im Sinne der von ihm vertretenen Reformbewegung, doch überwog in seiner Sicht jener Teil der Verfassungsbestimmungen, der den Empfehlungen der 5. Nationalen Erziehungskonferenz von Ende 1932 in Niterói und den Richtlinien des Manifestes von 1932 folgte<sup>32</sup>. Somit konnte Fernando de Azevedo abschließend die Verfassung von 1934 als Verwirklichung der Bestrebungen nach Vereinheitlichung und Reform des brasilianischen Erziehungswesens gemäß zentral aufgestellten Richtlinien bezeichnen, d. h. gemäß einem „Nationalen Erziehungsplan“, der für die Einzelstaaten programmatische Bedeutung besitzen sollte, wie auch nach Demokratisierung des Erziehungswesens, ausgedrückt unter anderen in der Forderung nach Unentgeltlichkeit des Unterrichts vor allem in den Primarschulen<sup>33</sup>.

In der Praxis wird der Einschluß der Forderung nach Nationalisierung der Privatschulen in den umfassenden Rahmen der erstrebten Reform des brasilianischen Erziehungswesens in einem Nebeneinander von Maßnahmen sichtbar, die sich einerseits um Reform und Ausbau des staatlichen Erziehungswesens bemühten<sup>34</sup> und andererseits eine progressive Nationalisierung der Privatschulen der Einwanderergruppen anstrebten. Diese Zweigleisigkeit des Vorgehens von brasilianischer Seite in den dreißiger Jahren im Bereich des Erziehungswesens gilt es festzuhalten, um zu einer adäquaten Beurteilung der Maßnahmen zur Nationalisierung des Privatschulwesens gelangen zu können.

Die Handhabung der Nationalisierung gegenüber den Privatschulen der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung wurde durch eine Vielzahl an Faktoren geprägt, die dem Vorgehen gegen diese Gruppe eine gewisse Schwergewichtigkeit verliehen. Zu nennen sind hier: der grundlegende Faktor der Anzahl und Bedeutung der Privatschulen dieser ethnischen Gruppe, die Erinnerung an den ersten Weltkrieg, die innenpolitische Auseinandersetzung um den Integralismus mit seiner zahlreichen deutschbrasilianischen Gefolgschaft und seinem Machtzuwachs in den Munizipien des Südens, die einen hohen deutschstämmigen Bevölkerungsanteil aufwiesen, die nationalsozialistische Betätigung unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung und schließlich gegebenenfalls die tagespolitische Konstellation in dem jeweilig nationalisierenden Einzelstaat. Die beiden Faktoren Integralismus und Nationalsozialismus verschmolzen in der Argumentation gegen das Privatschulwesen der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen teilweise zu einer Einheit<sup>35</sup>; insgesamt bleibt für die Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 als erste Phase der Nationalisierung im Untersuchungszeitraum jedoch festzustellen, daß der Faktor nationalso-

zialistische Betätigung erst in einem späten Stadium dieses Zeitraums prägend, d. h. verschärfend, wirksam wurde und sich zunächst das Nationalisierungskonzept unabhängig von diesem speziellen Angriffspunkt manifestierte<sup>36</sup>.

Die Weiterentwicklung der Nationalisierung im gesetzgeberischen Bereich nach Verkündung der Verfassung von 1934 wird anhand von zwei Gesetzesanträgen deutlich, die 1936 und 1937 in der Deputiertenkammer vorgelegt wurden, jedoch erst nach dem 10. November 1937 verwirklicht werden sollten<sup>37</sup>. Es handelt sich bei diesen Gesetzesanträgen um Vorhaben zur Präzisierung der Einwanderungspolitik Brasiliens gemäß den in der Verfassung von 1934 festgelegten Prinzipien; angesprochen wurde nicht nur die Frage der Einwanderung und Niederlassung der Eingewanderten im Lande, sondern auch das Schulproblem im ländlichen Bereich Brasiliens. Die in diesen Gesetzesanträgen sich manifestierende Weiterentwicklung des Nationalisierungskonzeptes scheint Intentionen der Bundesregierung entsprochen zu haben; so war der erste Gesetzentwurf von Mitte 1936 in einer von der Bundesregierung ernannten Kommission ausgearbeitet worden und fand in dem Rechenschaftsbericht des Bundespräsidenten von Mitte 1936 über die Arbeit seiner Regierung in dem vergangenen Jahr eine gebührende Berücksichtigung und Sanktionierung<sup>38</sup>.

Inhaltlich läßt sich der Tenor dieser Gesetzesanträge exemplarisch am Beispiel der Bestimmungen zum Schulwesen und hier speziell der Sprachenfrage fixieren. Im Vergleich mit der Formulierung der Verfassung von 1934: „Ensino, nos estabelecimentos particulares, ministrado no idioma pátrio, *salvo o de línguas estrangeiras*“<sup>39</sup>, offenbarte sich in den Auslassungen der Gesetzesanträge eine weitere Verschärfung der Nationalisierungsbestrebungen mit ihrer Forderung eines Verbotes jeglichen Unterrichtes in einer anderen als der portugiesischen Sprache in den Schulen des ländlichen Bereiches für Jugendliche unter zwölf Jahren. Mit dieser Zielsetzung wurde der Spielraum, den die Verfassung von 1934 den Privatschulen der „grupos estrangeiros“ ließ, aufgehoben und eine Handhabe für eine konsequente und umfassende Nationalisierung geschaffen, die nach dem 10. November 1937 ihre volle Verwirklichung finden sollte. Damit war die Entwicklung über die Verfassung von 1934 hinausgehend zu absoluten Nationalisierungsforderungen vorgegangen.

Damit ist das Feld der Nationalisierung in den Jahren von Ende 1930 bis Ende 1937 in groben Umrissen abgesteckt, die die Details zugunsten der Grundtendenzen vernachlässigen. Es zeigt sich eine verstärkte und sich mit dem Verlauf der Jahre verschärfende Auseinandersetzung mit

dem Problem der Nationalisierung der Einwanderer und ihrer Nachkommen, ohne daß Intention und Realisation in diesen sieben Jahren zu einer vollen Übereinstimmung gelangten. Als ein besonderes und für die Thematik der Arbeit ausschlaggebendes Charakteristikum dieser Jahre erscheint die relative Unabhängigkeit der Nationalisierungsforderungen, soweit sie die Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung betrafen, von dem Fragenkreis der nationalsozialistischen Betätigung, der erst in einer Spätphase als beeinflussendes Moment relevant wurde.

### 3 · ERSTE BESTREBUNGEN GEGEN DIE BETÄTIGUNG DER AUSLANDSORGANISATION DER NSDAP

In den Jahren von Ende 1930 bis Ende 1937 und insbesondere im Verlauf des Jahres 1937 war die nationalsozialistische Betätigung in Brasilien Gegenstand von Angriffen in der brasilianischen Presse, ohne daß sich mit diesen Angriffen Maßnahmen gegen die nationalsozialistischen Gruppierungen verbanden. Die Stellungnahmen der brasilianischen Presse zu den nationalsozialistischen Aktivitäten im Lande werden somit im Mittelpunkt eines Überblickes stehen müssen, der sich bemüht, die ersten Bestrebungen auf brasilianischer Seite gegen diese Aktivitäten aufzuzeigen<sup>1</sup>.

Bis 1933<sup>2</sup> scheint der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien noch keine oder nur geringe Aufmerksamkeit von seiten der brasilianischen Öffentlichkeit gewidmet worden zu sein<sup>3</sup>. Dies änderte sich mit der nationalsozialistischen Machtergreifung, die diesen Aktivitäten größere Bedeutung verlieh. Einerseits ließen sich die nationalsozialistischen Aktivitäten in Brasilien nunmehr mit einer etablierten — europäischen — Macht verbinden und gewannen damit politisches Gewicht; andererseits steigerte sich mit der Machtergreifung das Selbstgefühl der nationalsozialistischen Gruppen ganz wesentlich, und es kam zu lautstark ausgetragenen Auseinandersetzungen mit Gegnern innerhalb des deutschen und deutschbrasilianischen Bevölkerungsteils, die nicht unbeachtet bleiben konnten<sup>4</sup>. Zudem gewannen die nationalsozialistischen Gruppen in Brasilien bis Mitte der dreißiger Jahre eine wachsende zahlenmäßige und einflußmäßige Bedeutung, zu der sich eine zunehmende organisatorische Verfestigung gesellte, so daß eine Vielzahl von Momenten zusammentraf, die geeignet waren, die Aufmerksamkeit auf diese Gruppierungen und ihre Aktivitäten zu lenken.

In den Jahren 1933/34 zeichneten sich erste Angriffe gegen die nationalsozialistischen Aktivitäten im Lande ab. Diese Angriffe wurden



durchweg ausgelöst durch das Echo auf die innenpolitische Entwicklung in Deutschland in der brasilianischen Presse, das in diesen beiden Jahren ein deutliches Auf und Ab der Bewertung zeigte<sup>5</sup>. Bezeichnend hierfür erscheint, daß das Vorgehen gegen die SA Mitte 1934 in Brasilien einerseits scharfe Stellungnahmen gegen Deutschland in der brasilianischen Presse und andererseits Angriffe gegen die nationalsozialistischen Gruppierungen und ihre Aktivitäten — unter anderem die Störung einer Filmvorführung des Filmes „Hitlerjunge Quex“ in São Paulo — zeitigte<sup>6</sup>.

Darüber hinaus wurden Angriffe auf die nationalsozialistische Betätigung im Lande ausgelöst durch die Einbeziehung der brasilianischen Öffentlichkeit in die internen Auseinandersetzungen der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung um eben diese Betätigung, die allmählich schärfere Formen anzunehmen begannen, als Antwort auf das vielfach aggressive Verhalten der nationalsozialistischen Ortsgruppen<sup>7</sup>. Zu einem Politikum wuchsen sich diese internen Differenzen in den Jahren 1933/34 in Pôrto Alegre aus<sup>8</sup>. Dort führten innere Unstimmigkeiten der nationalsozialistischen Ortsgruppe zu einem Bekanntwerden diskriminierender Bestrebungen der Ortsgruppenleitung, die in einer kritischen Berichterstattung über das ansässige Deutschtum und deutsch-brasilianische Firmen ihren Niederschlag fanden und die durch die Nichtbeachtung der Grenze der Staatsangehörigkeit besonders provokatorisch wirkten. Erregung breitete sich in Pôrto Alegre aus, und es kam zu einer Ausweitung des Konfliktes durch Anzeigen und Inhaftierungen. Vorfälle wie diese trugen in Brasilien wesentlich zu einer Verschärfung der öffentlichen Stimmung gegen die nationalsozialistische Betätigung im Lande bei und lieferten Zündstoff für die parallel laufenden brasilianischen nationalistischen Tendenzen.

In den Jahren 1935/36 zeichnete sich ein Wandel dahingehend ab, daß die Angriffe gegen die nationalsozialistischen Aktivitäten aus der unmittelbaren Bindung an die jeweilige Stellungnahme der brasilianischen Publizistik zu den innenpolitischen Ereignissen in Deutschland gelöst und in den Bereich der innenpolitischen Auseinandersetzung in Brasilien verlagert wurden und sich nunmehr als Teil der Nationalisierungsbestrebungen zu manifestieren begannen. Allerdings lassen sich Ausmaß und Verlauf dieser Angriffe während dieses Zeitraumes nur andeutungsweise erfassen<sup>9</sup>.

Zum einen brachten diese beiden Jahre einen ersten parlamentarischen Antrag gegen die Betätigung der ausländischen Parteien in Brasilien, der vom Dezember des Jahres 1935 datierte<sup>10</sup>. Diesem Antrag war kein Erfolg beschieden, doch stellte er ein erstes Vorzeichen künftiger Ent-

wicklungen dar. Die Botschaft und die Landesgruppenleitung schenkten diesem Anzeichen einer Übertragung der publizistischen Auslassungen gegen die nationalsozialistische Betätigung im Lande auf die politische Ebene besondere Beachtung und waren bemüht, alle Angriffsflächen für ein etwaiges Vorgehen gegen die Parteiorganisation zu entschärfen<sup>11</sup>. Zum anderen wird in den Jahren 1935/36 eine Verschmelzung der Vorwürfe gegen die nationalsozialistische Betätigung im Lande mit den gleichzeitigen Bestrebungen zur beschleunigten Nationalisierung der Einwanderergruppen und ihrer Nachkommen sichtbar. Von wesentlicher Bedeutung für diesen Prozeß waren die innerbrasilianischen Auseinandersetzungen um den Integralismus, dessen starke deutschbrasilianische Gefolgschaft und dessen Machtzuwachs in den Gegenden deutscher Ansiedlung eine Einbeziehung der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung in die tagespolitische Auseinandersetzung in Brasilien nahelegte und den Boden für Vorwürfe einer Nazifizierung dieser ethnischen Gruppe über eine Gleichsetzung von Integralismus und Nationalsozialismus aufbereitete<sup>12</sup>. Deutlich faßbar wird diese Entwicklung in den verschiedenen Angriffen des Jahres 1937 auf die nationalsozialistische Betätigung in Brasilien.

Mit dem Beginn des Jahres 1937 rückte die Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP zunehmend in den Blickpunkt der brasilianischen Öffentlichkeit. Parlamentarische Anfragen und eine Fülle an Presseverlautbarungen kennzeichneten das Bild dieses Jahres. Die verschiedenen, durchweg sensationell aufgezogenen Presseaktionen gewannen durch ihre Vielzahl Gewicht und beeinflussten die öffentliche Meinung in Brasilien nachhaltig in Richtung einer mißtrauischen Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Betätigung im Lande und generell gegenüber ihren deutschstämmigen Landsleuten.

Eingeleitet wurde das Jahr 1937 mit einer parlamentarischen Anfrage des aus dem Norden des Landes stammenden Abgeordneten Café Filho über die Tätigkeit Landesgruppenleiter von Cossels und der Nationalsozialisten in Brasilien<sup>13</sup>. Diese Anfrage war durch eine Meldung der Nachrichtenagentur „Transocean“ über einen Empfang von Cossels bei Hitler ausgelöst worden; der deutsche Gesandte suchte ihr mit einem Memorandum an den Außenminister zu begegnen<sup>14</sup>. — Über die Bedeutung dieser Anfrage bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gesandten und dem Vertrauensmann des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Rio de Janeiro, die in den allgemeinen Rahmen der Rivalität zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda einzufügen sind, und die krasser noch als in der Bewertung der Anfrage

von Café Filho in dem Punkt der Betätigung der deutschen jüdischen Emigranten in Brasilien zutage traten<sup>15</sup>.

Diese Gruppe tauchte seit 1933 in den Presseberichten der Gesandtschaft als einer der herausgestellten Träger antideutscher Propaganda in Brasilien auf, ohne daß dieser Einschluß durch eine entsprechende Betätigung und Wirkung dieser Gruppe gerechtfertigt wurde, wonach zu vermuten steht, daß der Aufbau dieses Teils der Presseberichte bestimmten festliegenden Regeln und Notwendigkeiten folgte. Noch im Pressebericht für 1936, der vom März 1937 datierte, wurde in verklausulierter Form darauf verwiesen, daß der Einfluß der jüdischen Emigranten auf die brasilianische öffentliche Meinung relativ gering sei, unter gleichzeitiger Betonung der bisher noch untergeordneten wirtschaftlichen und sozialen Position dieser Gruppe in Brasilien. In der Berichterstattung des Vertrauensmannes des Propagandaministeriums wurde dagegen das Moment der antideutschen Propaganda der deutschen jüdischen Emigranten in den Vordergrund gespielt. Nach Bekanntwerden des Schreibens des Vertrauensmannes des Propagandaministeriums im Auswärtigen Amt und in der Reichsvertretung in Rio de Janeiro fühlte sich Schmidt-Elskop zu einer pointierten Zurückweisung gerade der auf die jüdischen Emigranten bezogenen Passage des Schreibens veranlaßt<sup>16</sup>.

Die Frage nach dem Anteil stereotyp herausgestellter Behauptungen in den Aussagen der amtlichen Berichterstattung aus Brasilien stellt eines der Grundprobleme der Auswertung des Aktenmaterials dar, das die Quellengrundlage der Arbeit bildet. Es scheint, daß in die Urteile der Reichsvertretung über die Hintergründe der antideutschen und antinationalsozialistischen Auslassungen und Maßnahmen in Brasilien zahlreiche Stereotype eingeflossen sind, die nicht in jedem Fall so deutlich erkennbar sind wie in dem oben zitierten.

Mitte des Jahres 1937, genauer im Mai und Anfang Juni und später wieder im August, brachte Café Filho die Frage der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien erneut in der Deputiertenkammer zur Sprache<sup>17</sup>. Im „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ vom September 1937 (Nr. 14) wurden die Ausführungen Café Filhos vom 1. Juni 1937 und die sich anschließende Diskussion in toto wiedergegeben und erlauben somit eine genauere Fixierung ihres Inhaltes. Café Filho leitete seine Ausführungen mit einem zustimmenden Schreiben des bekannten deutschen Franziskanerpaters Pedro Sinzig zu seinen Bemühungen um Aufhellung der nationalsozialistischen Aktivität in Brasilien ein<sup>18</sup>. Nach den einleitenden Passagen wandte sich Café Filho mit scharfen Worten gegen die nationalsozialistische Betätigung im

Lande und insbesondere gegen die Einbeziehung der deutschbrasilianischen Jugend in diese Aktivitäten — genauer: gegen die Existenz des „Deutschbrasilianischen Jugendringes“, der Nachfolgeorganisation der früheren lokalen Hitlerjugendgruppen in Brasilien<sup>19</sup>, ohne allerdings diese Vereinigung namentlich herauszustellen. Die besondere Betonung dieses Fragenkreises in den Ausführungen Café Filhos deutet an, daß sich in Brasilien die Leidenschaften in besonderem Maße an der Frage der Jugenderziehung entzündeten und daß dieser Komplex den neuralgischen Punkt der nationalsozialistischen Betätigung im Lande bildete. Nicht zufällig stellte der „Deutschbrasilianische Jugendring“ das erste Objekt strikter Nationalisierung nach dem 10. November 1937 dar.

Die Ausführungen Café Filhos verrieten eine nur begrenzte Informiertheit des Abgeordneten über die nationalsozialistischen Aktivitäten im Lande, trugen mit ihren Vorwürfen jedoch zu der allgemeinen Verschärfung des Klimas um die „grupos estrangeiros“ und im besonderen um die Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung im Jahre 1937 bei. Die Diskussion in der Abgeordnetenversammlung vom 1. Juni 1937 mündete in der Forderung nach Unterbindung der nationalsozialistischen Aktivitäten im Lande durch geeignete staatliche Maßnahmen.

Ende August fühlte sich Café Filho erneut zu einer Interpellation in der Deputiertenversammlung veranlaßt angesichts der Ausweisung einer deutschen Staatsangehörigen namens Gertrud Lambrecht aus Brasilien, die sich ohne gültiges Visum im Lande aufhielt<sup>20</sup>, und ihrer anschließenden Verhaftung in Deutschland<sup>21</sup>. Die Nachricht von der Ausweisung Gertrud Lambrechts tauchte in den Zeitungen Rio de Janeiro am 23. August aufgrund einer „Associated-Press“-Meldung auf und beschäftigte die Zeitungen bis zum 28. August. Während dieser Zeit erschien eine Fülle von Artikeln zu diesem Fall, die Verdächtigungen einer illegalen Gestapotätigkeit in Brasilien Raum gaben und die der Frage der nationalsozialistischen Betätigung im Lande einen verschärfenden Akzent verliehen.

Mitte des Jahres 1937 wurde die brasilianische Öffentlichkeit erneut nachhaltig angesprochen durch Auseinandersetzungen innerhalb der in Pôrto Alegre ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung um die Frage der Führung dieser Gruppe<sup>22</sup>. Diese Auseinandersetzungen drangen in die brasilianische Öffentlichkeit und wurden unter dem Schlagwort der Machtgelüste der Nationalsozialisten ausgewertet. In Deutschland lösten die Ereignisse in Pôrto Alegre Unbehagen aus, und es wurde zeitweilig an ein Verbot aller dortigen Parteiveranstaltungen zur Beruhigung der Lage gedacht<sup>23</sup>.

Am 2. September 1937 schaltete sich die „London Times“ mit einem

Artikel „Nazis abroad, A picture from Brazil“ in die Auseinandersetzung um die nationalsozialistische Betätigung in Brasilien ein und verschärfte die ohnehin bereits aufgestauten Spannungen um ein Vielfaches<sup>24</sup>. Der Artikel der „London Times“ wurde durch die Nachrichtenagenturen nach Brasilien vermittelt und fand ein deutliches und langanhaltendes Echo in der dortigen Presse. Unmittelbar löste der Artikel eine Vielzahl an Artikeln und Debatten aus, die, in Wellen verlaufend, weit in den Oktober hineinreichten. Die Ausführungen der „London Times“ griffen bereits in Brasilien zirkulierende Behauptungen auf<sup>25</sup> und fanden ihrerseits Eingang in spätere Darlegungen. So werden die Auslassungen des Artikels noch 1942 in dem Buch von Hugo F. Artucio „The nazi underground in South America“ — dem wohl bekanntesten Buch lateinamerikanischer Provenienz über die nationalsozialistische Betätigung in Mittel- und Südamerika — als Wahrheiten verkündet<sup>26</sup>. Sachlich ist festzustellen, daß der Artikel der „London Times“ verschiedene, in ihrem Kern durchaus richtige Probleme anschnitt, daß jedoch durch die sensationelle, auf eine an Spionage und Ähnlichem sich entzündende Phantasie zugeschnittene Aufmachung und durch aus der Luft gegriffene Behauptungen wie „A vast majority of Brazilian-born descendants of German colonists have always been taught and have felt“ — wohlgemerkt vor 1933 — „that it is to Germany and not to Brazil that they owe allegiance“ der Artikel sich in Oberflächlichkeiten, ja teilweise Absurditäten erschöpfte und nicht zu einer überzeugenden Anklage zu werden vermochte. Hier muß jedoch einschränkend bemerkt werden, daß manche der als unwahrscheinlich erscheinenden Aussagen des Artikels — so die Behauptung, daß Deutschland den deutschen Müttern die Möglichkeit zu erschließen suche, ihre Kinder auf deutschen Schiffen zu gebären, um das „jus soli“ zu umgehen — ihren Widerpart in Wünschen der Auslandsorganisation der NSDAP fanden, wie Ausführungen von Alfred Heß, stellvertretendem Gauleiter, von 1938 verdeutlichen<sup>27</sup>. Allerdings führte der Artikel der „London Times“ diese Behauptungen als Faktum an, während die Gedanken von Heß im Bereich von Spekulationen verblieben. Inhaltlich brachte der Artikel allgemeine Behauptungen über das Ausmaß der nationalsozialistischen Aktivität in Brasilien, über den von den Nationalsozialisten ausgeübten Zwang auf ihre Landsleute und die Brasilianer deutscher Abstammung, über die nationalsozialistische Propaganda und Spionage in Brasilien und schließlich über die imperialistischen Absichten des Dritten Reiches, die an pangermanische Absichten der Zeit vor 1933 angeschlossen wurden, interessanterweise jedoch das brisante und mehrfach beschworene Argument der deutschen

Absichten auf Abtrennung der drei Südstaaten nicht mit aufführten. Die Botschaft veranlaßte über die „Federação 25 de Julho“, eine Vereinigung von Brasilianern deutscher Abstammung mit Sitz in Rio de Janeiro<sup>28</sup>, die mehrere deutschbrasilianische Politiker zu ihren Mitgliedern zählte, einen Protest gegen den Artikel der „London Times“ in der brasilianischen Öffentlichkeit und in der Deputiertenkammer<sup>29</sup>. Der Protest der „Federação 25 de Julho“ kreiste um die Frage der staatsbürgerlichen Treue der Brasilianer deutscher Abstammung, die von dem Artikel der „London Times“ in Frage gestellt worden war. Gleichzeitig legte die Botschaft über das Echo des Artikels der „London Times“ in der brasilianischen Presse beim brasilianischen Außenministerium Beschwerde ein.

Der Artikel der „London Times“ fand seine unmittelbare Fortsetzung in einer Artikelserie der bundeshauptstädtischen Zeitung „O Globo“, die anscheinend bereits vor Erscheinen des Artikels der „London Times“ einen Sonderberichterstatter in den Süden des Landes geschickt hatte, um die nationalsozialistische Betätigung in diesem Teil Brasiliens zu untersuchen, und die durch den Artikel der „London Times“ zusätzliche Aktualität für ihre angestrebte Artikelserie gewann<sup>30</sup>. Die „O Globo“-Serie setzte am 10. September ein und zog sich bis zum 19. Oktober hin. Zusammenfassend ist zu betonen, daß in der Artikelserie durchaus problematische Aspekte der nationalsozialistischen Betätigung in Südbrasilien, genauer in Santa Catarina, angesprochen wurden, daß die deutliche Voreingenommenheit der Berichterstattung und ihre sensationelle Aufmachung jedoch den Wert der Aussagen minderten — ein Ergebnis, das der Beurteilung des „London Times“-Artikels entspricht und als bezeichnend für die Qualität der Angriffe gegen die nationalsozialistische Betätigung erscheint, die die gegebenen Möglichkeiten einer wirklich fundierten Kritik nur selten nutzten. Auch bewegten sich die Artikel vielfach auf der Ebene des Kolonieklastes und verabsolutierten Einzelfälle. Der Tenor der Berichterstattung war auf eine strikte Befürwortung der Nationalisierung der Einwanderergruppen und ihrer Nachkommen abgestellt und beurteilte von dieser Warte aus die Betätigung der Nationalsozialisten in Brasilien. Besondere Bedeutung wurde der Frage der schulischen Erziehung der deutschbrasilianischen Jugend zugemessen<sup>31</sup>.

Damit wird deutlich, daß in der Artikelserie des „O Globo“ der Prozeß der Verschmelzung der Angriffe auf die nationalsozialistische Betätigung in Brasilien mit den Bestrebungen zur beschleunigten Nationalisierung der Einwanderergruppen und ihrer staatsrechtlich brasilianischen Nachkommenschaft als vollendetes Konzept vorgetragen wurde.

Der breite Raum, der dem Integralismus und seiner deutschbrasilianischen Anhängerschaft in den Artikeln eingeräumt wurde, weist auf eine der Wurzeln der Artikelserie hin und veranschaulicht das früher Gesagte über die Bedeutung des Integralismus für die inhaltliche Einordnung der Angriffe auf die nationalsozialistische Betätigung in Brasilien in die brasilianische innenpolitische Auseinandersetzung der dreißiger Jahre.

Die nationalsozialistische Betätigung stellte sich somit kurz vor dem 10. November 1937 in der brasilianischen öffentlichen Meinung als ein Faktor der „desnacionalização“ der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung dar, dem dank der behaupteten Machtfülle und des rigorosen Vorgehens der Nationalsozialisten eine ausschlaggebende Bedeutung für die Einstellung dieser ethnischen Gruppe Brasilien und Deutschland gegenüber zugemessen wurde. Als Kern der nationalsozialistischen Auslandsaktivität wurde in der „O Globo“-Serie beispielhaft die Rassenideologie der Nationalsozialisten herausgestellt<sup>32</sup> mit dem ihr zugeordneten Bestreben nach Bewahrung der rassischen Reinheit der in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung und der damit in Zusammenhang gesehenen Bedrohung für die Einheit Brasiliens.

„Dentro desse ponto de vista, as comunidades alemãs mesmo com seus descendentes que devem ser considerados brasileiros, não poderiam ser vistas como parcelas do povo brasileiro.

Deveriam ser considerados partes de um outro povo, o qual, segundo a doutrina, não deve cair na ‚deshonra de misturar o seu sangue‘ (para o que lhe é reconhecido o direito de resistir à assimilação pelo povo em cujo seio vive), o que levaria ao aumento indefinido dessas comunidades ‚estrangeiras‘ de sangue puro, qualidade que lhes deixaria sempre aberta a possibilidade de serem ‚os senhores do continente‘.“

In dieser Sicht der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien war unmißverständlich die Forderung eines Verbotes dieser Aktivitäten verborgen, die nach dem 10. November 1937 realisiert wurde.

In den verschiedenen Presseberichten der Botschaft wurde eine Vielzahl an Gruppierungen für die antideutschen Auslassungen in der brasilianischen Presse verantwortlich gemacht, die zumeist außerhalb Brasiliens zu suchen waren. Zunächst stellten die Presseberichte als Verantwortliche Frankreich, Polen, jüdische Kreise einschließlich deutscher Emigranten und Kommunisten heraus; um die Mitte der dreißiger Jahre wurden katholische Kreise und unter ihnen besonders Pater Sinzig in den Vordergrund gestellt, der als Initiator des „London Times“-Artikels und der „O Globo“-Serie bezeichnet wurde<sup>33</sup>. Ein

weiterer Wandel kündete sich in Aufzeichnungen von Hans Beyer, Vertreter des „Eildienstes“ in Brasilien, vom Oktober 1937 und von Ministerialdirektor Ritter vom November 1937 an, dem künftigen Botschafter in Brasilien, dessen Amtszeit mit der durchgreifenden Nationalisierung nach dem 10. November 1937 zusammenfiel<sup>34</sup>. In diesen Aufzeichnungen wurde die Verantwortung für die antideutschen Auslassungen der letzten Zeit in der brasilianischen Presse den Vereinigten Staaten von Amerika unterschoben und damit eine Betrachtungsweise eingeleitet, die in der Berichterstattung der kommenden Monate unter dem Eindruck der sich stetig verschärfenden Nationalisierung zunehmend an Gewicht gewinnen sollte. Eine Verifizierung dieser Behauptungen der amtlichen Berichterstattung läßt sich nicht vornehmen; in Einzelpunkten, wie in der Bewertung der brasilianischen Presseverlautbarungen im Anschluß an den Artikel der „London Times“<sup>35</sup>, läßt sich eine Umorientierung der herausgestellten Initianten gemäß der generellen Linie der Berichterstattung feststellen. Eine Verallgemeinerung dieses Einzelbefundes erlaubt das Quellenmaterial jedoch nicht.

#### 4 · DIE BEURTEILUNG DER NATIONALISIERUNG VON ENDE 1930 BIS ZUM 10. NOVEMBER 1937 VON DEUTSCHER SEITE

Rückblickend stellen sich die Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 als eine Zeit erster Nationalisierungsmaßnahmen und sich allmählich verdichtender Nationalisierungsforderungen dar, die den Boden für die Entwicklung nach dem 10. November 1937 mit ihrer konsequenten und umfassenden Nationalisierung aller Bereiche des Eigenlebens der verschiedenen im Lande ansässigen Einwanderergruppen und ihrer staatsrechtlich brasilianischen Nachkommenschaft aufbereiteten. Im Ansatz finden sich in den verschiedenen gesetzgeberischen Maßnahmen, Gesetzesanträgen und Polemiken der Jahre von Ende 1930 bis zum 10. November 1937 bereits alle Elemente der Nationalisierung nach dem 10. November 1937, die jedoch für ihre zusammenfassende Verwirklichung der politischen Entwicklung bis zum 10. November und des Rahmens des „Estado Novo“ bedurften.

Die Gruppe der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen wurde zunächst im Gesamtbild der Nationalisierung nach der Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas gegen Ende 1930 nicht mit spezifischen, negativen Attributen versehen, da die gekennzeichnete Ausprägung der ersten Nationalisierungsmanifestationen mit ihrer starken Abhängigkeit von wirtschaftlichen Faktoren das Augenmerk



vordringlich auf die Gruppe der japanischen Einwanderer und ihrer Nachkommen lenkte. Mit der sich allmählich herauskristallisierenden politischen Einfärbung des Nationalisierungskonzeptes, soweit es die Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung betraf, durch die Einbeziehung der innenpolitischen Auseinandersetzung um den Integralismus in die allgemeinen Assimilierungsforderungen und der inhaltlichen Fixierung der Sicht der nationalsozialistischen Betätigung im Lande als „Faktor“ der „desnacionalização“ zeichnete sich eine Schwerewichtsverlagerung auf diese ethnische Gruppe ab, die in den Jahren vor dem 10. Nov. 1937 aber im Bereich der publizistischen Auseinandersetzung blieb. Der Schritt zur Verwirklichung der Forderungen war dem „Estado Novo“ vorbehalten mit seinen Bestrebungen zur Ausschaltung nicht genehmer politischer und weltanschaulicher Einflüsse.

Diese spezifischen Konstellationen innerhalb des Gesamtbildes der Nationalisierung in den Jahren von Ende 1930 bis Ende 1937 manifestierten sich auf dem Untergrund nationalistischer Strömungen, die auf eine Vereinheitlichung des brasilianischen Volkes tendierten. Diese Bestrebungen waren geeignet, die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen objektiv — von dem Ausmaß der Nationalisierung aus gesehen — vor allem aber subjektiv — im Empfinden der Mitglieder dieser ethnischen Gruppe — in besonderem Maße zu treffen aufgrund der skizzierten Charakteristika dieser Einwanderergruppe und ihrer Stellung innerhalb der brasilianischen Bevölkerung. Faktoren der verschiedensten Art waren so wirksam, um den Eindruck einer besonderen antideutschen Zielsetzung der brasilianischen Nationalisierung entstehen zu lassen, der die Urteile auf deutscher Seite nach dem 10. November 1937 im Widerhall auf die umfassende Realisierung der Nationalisierungsbestrebungen nachhaltig prägte.

Durch die erst spät zutag tretende Einbeziehung der nationalsozialistischen Betätigung unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung in die innerbrasilianische Auseinandersetzung der Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 um die „grupos estrangeiros“ und die fehlende Verwirklichung der lautstark in der brasilianischen Öffentlichkeit vorgetragenen diesbezüglichen Forderungen stellte sich der Ablauf der Nationalisierung in diesen sieben Jahren noch nicht als ernsthafte Belastung der deutsch-brasilianischen Beziehungen dar, da für Deutschland naturgemäß Eingriffe in unmittelbare Aktivitäten des Reichs von vordringlichem Interesse waren. So bietet sich auch in dieser Hinsicht die Zeit bis zum 10. November 1937 als eine Periode der Vorbereitung von Spannungen und Konflikten dar, die nach der Errichtung des „Estado Novo“ zum Ausbruch kamen.

Diese Deutung der Nationalisierung von Ende 1930 bis Ende 1937 fußt auf der Gesamtschau der Entwicklung im Untersuchungszeitraum und vermag deshalb Kontinuitäten aufzuzeigen, die sich dem unmittelbaren Beobachter nicht darzubieten brauchten. So weist auch die amtliche Berichterstattung aus Brasilien in ihrem abschließend wiederzugebenden Urteil über die Nationalisierungsbestrebungen der Jahre zwischen der Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas und derjenigen des „Estado Novo“ Charakteristika auf, die aus der besonderen Situation der Urteilsbildung, aber auch aus der spezifischen Gebundenheit des Urteilenden erwuchsen.

Die verschiedenen gesetzgeberischen Maßnahmen, Gesetzesanträge und Polemiken der Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 fanden mehrfach Eingang in die amtliche Berichterstattung aus Brasilien. Als charakteristisch für diese Phase der amtlichen Beurteilung der brasilianischen Nationalisierung erscheint, daß dieses Phänomen der brasilianischen innenpolitischen Entwicklung nicht unter politischen, sondern unter kulturpolitischen Aspekten betrachtet wurde und im Rahmen der kulturpolitischen Diskussion verblieb. Dieses Moment hebt die Zeit vor dem 10. November 1937 deutlich gegen die Monate nach dem 10. November 1937 ab, in denen sich die brasilianische Nationalisierung unter dem Eindruck der Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Betätigung als ein politisches Problem darstellte, das sich als ausschlaggebend für die Gestaltung der politischen Beziehungen zu Brasilien erweisen sollte. Kennzeichnend für die kulturpolitische Einordnung der Nationalisierungsmanifestationen von Ende 1930 bis Ende 1937 von amtlicher deutscher Seite erscheint auch die große Bedeutung der konsularischen Berichterstattung im Rahmen der amtlichen Stellungnahme, während nach dem 10. November 1937 die Berichterstattung der Botschaft in den Vordergrund rückte.

Entsprechend dieser Sicht der Nationalisierungsbestrebungen und Nationalisierungsmaßnahmen von Ende 1930 bis Ende 1937 und der spezifischen Prägung der Nationalisierung in diesem Zeitraum nahmen die verschiedenen polemischen Auslassungen gegen die nationalsozialistische Betätigung in Brasilien eine nachgeordnete Stellung im Urteil der amtlichen Berichterstattung und in der Diskussion zwischen den Konsulaten und der Gesandtschaft resp. Botschaft und dem Auswärtigen Amt ein<sup>1</sup>. Teilweise wurde den Manifestationen gegen die nationalsozialistische Aktivität im Lande ein unmittelbares besorgtes Echo zuteil<sup>2</sup>, das sich jedoch nicht<sup>3</sup> zu nachhaltigen Befürchtungen vor einem drohenden Verbot der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP verdichtete<sup>4</sup>. So wurden auch die Presseverlautbarun-

gen des Jahres 1937 mit ihren teilweise recht scharfen Angriffen gegen die nationalsozialistische Betätigung unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung nicht als Ausdruck einer politisch-weltanschaulichen Willensbildung in Brasilien aufgefaßt, sondern in die Auseinandersetzung unter den deutschen Einwanderern und ihren Nachkommen um die nationalsozialistischen Aktivitäten und im weiteren Sinne in den Rahmen der religiös gebundenen katholischen Gegnerschaft eingeordnet<sup>5</sup> oder auch der Verantwortung der USA unterstellt. Nachhaltige Besorgnisse erweckte dagegen das Vorgehen in den Einzelstaaten und auf Bundesebene gegen die kulturelle Eigenständigkeit der Einwanderergruppen und ihrer staatsrechtlich brasilianischen Nachkommenschaft, insbesondere die Maßnahmen im Bereich des Schulwesens, und es wurden erste Befürchtungen vor einer spezifisch anti-deutschen Tendenz der brasilianischen Nationalisierungsbestrebungen geäußert<sup>6</sup>. Eine Abschwächung erfuhren diese prononcierten Befürchtungen<sup>7</sup> jedoch durch Hoffnungen auf eine Diskrepanz zwischen Intention und Realisation und auf die Möglichkeit einer Begegnung der Nationalisierungsforderungen durch eine gewisse Anpassung von deutscher und deutsch-brasilianischer Seite, so in der Frage der Gestaltung des Schulwesens<sup>8</sup>.

Insgesamt stellten sich die Jahre von Ende 1930 bis Ende 1937 in der amtlichen Berichterstattung aus Brasilien als eine Zeit verstärkter Nationalisierungsbestrebungen dar, die mit der Oktoberrevolution zum Durchbruch kamen und die, durch politisch-weltanschauliche Faktoren bedingt, die Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung besonders in Mitleidenschaft zu ziehen begannen, wobei der Faktor nationalsozialistische Betätigung noch weitgehend in den Hintergrund trat und neben dem Faktor Integralismus vor allem auf altverwurzelte Machtkämpfe in den Einzelstaaten, insbesondere in Santa Catarina, verwiesen wurde. In Übereinstimmung mit der spezifischen Sicht der Nationalisierung in der amtlichen Berichterstattung von Ende 1930 bis Ende 1937 wurde das deutsch-brasilianische Verhältnis in diesen Jahren mit positiven Vorzeichen versehen, die sich vor allem auf die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen gründeten<sup>9</sup>, und es wurden an die Verfestigung der Machtposition von Getúlio Vargas durch die Errichtung des „Estado Novo“ Hoffnungen auf eine günstige Weiterentwicklung der deutsch-brasilianischen Beziehungen, insbesondere der Wirtschaftsbeziehungen, geknüpft<sup>10</sup>. So bleibt festzuhalten, daß die brasilianische Nationalisierung von Ende 1930 bis Ende 1937 für Deutschland ein sekundäres Problem darstellte, dem noch kein gestaltender Einfluß auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen eingeräumt wurde.

## II · DER VERLAUF DER NATIONALISIERUNG IN BRASILIEN VOM 10. NOVEMBER 1937 BIS ZUR ABBERUFUNG DER BOTSCHAFTER IM SEPTEMBER / OKTOBER 1938

### 1 · 10. NOVEMBER 1937 BIS 18. APRIL 1938 EINSETZEN EINER DURCHGREIFENDEN NATIONALISIERUNG AUF EINZELSTAATLICHER EBENE

Nach dem 10. November 1937 wurden die Nationalisierungsbestrebungen, die sich in den vergangenen Jahren angedeutet hatten, in weitestem Umfang zunächst in den Südstaaten Paraná, Santa Catarina, Rio Grande do Sul und dann im gesamten Bundesgebiet verwirklicht und das Eigenleben der im Lande ansässigen Einwanderergruppen weitgehend unterdrückt<sup>1</sup>. Damit änderte sich das Bild der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien grundlegend.

Am Beginn der Nationalisierungsmaßnahmen nach dem 10. November 1937 standen Aktionen gegen den „Deutschbrasilianischen Jugendring“ (DBJ)<sup>2</sup>, der in Brasilien als HJ-Gruppe verschrien war. Da sich in dieser Vereinigung deutsche, brasilianische und doppelstaatliche Staatsangehörige trafen, gewann die Führung des DBJ durch deutsche Staatsangehörige und Parteimitglieder und der behauptete Zusammenhang zwischen DBJ und HJ für die Befürworter einer beschleunigten Nationalisierung der verschiedenen Einwanderergruppen eine besondere Bedeutung<sup>3</sup>. In den Auseinandersetzungen um den DBJ kulminierten die deutschen und die brasilianischen Bestrebungen der dreißiger Jahre um die Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung. So schlug sich einerseits im DBJ der nationalsozialistische Totalitätsanspruch aufs deutlichste nieder und reflektierte andererseits das Verbot des DBJ die brasilianischen Bestrebungen um Assimilierung der Einwanderergruppen in ihrer Zuspitzung durch die parallellaufenden nationalsozialistischen Aktivitäten.

Im Dezember 1937 setzten in den Staaten Paraná und Santa Catarina erste Maßnahmen gegen den DBJ ein, und es wurde eine Eingliederung der Mitglieder des DBJ in die „escoteiros brasileiros“ angestrebt. In Rio Grande do Sul konnte sich der DBJ dagegen noch länger halten<sup>4</sup>, doch markierten die Maßnahmen vom Dezember 1937 in Paraná und

Santa Catarina den Beginn der Auflösung des DBJ, die Mitte 1938 vollendet war.

Die Maßnahmen gegen den DBJ stellten nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Vorgehen gegen die nationalsozialistische Betätigung in Südbrasilien während der Monate November 1937 bis April 1938 dar<sup>5</sup>. Nach einer Fülle von Einzelmaßnahmen, wie Verboten nationalsozialistischer Zeitungen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen in den Parteibüros, erließen die Regierungen der drei Südstaaten nacheinander ein Verbot aller ausländischen politischen Vereinigungen und besiegelten damit das Schicksal der nationalsozialistischen Gruppierungen in den drei Staaten. Diese Verfügungen stellten eine konsequente Übertragung des Verbotes der brasilianischen politischen Parteien vom Dezember 1937 auf die ausländischen Parteigruppierungen im Lande dar<sup>6</sup>.

Parallel zu den Maßnahmen gegen die nationalsozialistischen Gruppierungen wurde in den drei Südstaaten auf gesetzgeberischem Wege die Schulfrage geregelt. Die Verfassung vom 10. November 1937 enthielt keinerlei Hinweise auf die Nationalisierung des Unterrichts, wie sie die Verfassung vom Juli 1934 aufwies<sup>7</sup>.

Diese Lücke wurde von den drei Schulgesetzen vom 10. Januar 1938 (Paraná)<sup>8</sup>, 31. März 1938 (Santa Catarina)<sup>9</sup> und vom 6. April 1938 (Rio Grande do Sul)<sup>10</sup> für den Süden geschlossen. Unter den drei Staaten nahm Rio Grande do Sul die liberalste Haltung ein; neben dem Verbot einer Subventionierung der Privatschulen von seiten ausländischer Regierungen und Institutionen, die sich gleichlautend in allen Verfügungen fand, enthielt das Gesetz vom April als weitere entscheidende Verfügung nur die Bestimmung, daß in den Privatschulen der Unterricht im Portugiesischen, der brasilianischen Geschichte und der Geographie von staatlichen Lehrkräften ausgeübt werden müsse, denen gleichzeitig die Sorge für die staatsbürgerliche Erziehung der Schüler unterstellt wurde.

Eine radikale Haltung nahm dagegen das Dekret Nr. 6149 des paranaensischen Interventors vom 10. Januar 1938 ein, das auf eine vollkommene Nationalisierung des Privatschulwesens in der Finanzierung der Schulen, im Lehrkörper und im Unterricht hinauslief<sup>11</sup>. Für die im Staat ansässigen Einwanderergruppen und insbesondere für die zahlreichen Polen und Brasilianer polnischer Abstammung brachte das Dekret eine einschneidende Beschränkung ihres Eigenlebens, die in Schulschließungen ihren extremsten Ausdruck fand.

Die Nationalisierungswelle nach dem 10. November 1937 erfaßte die drei Südstaaten in unterschiedlichem Maße. In dem Bereich der Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten, die mit ihren straff gegliederten

Organisationen das sichtbarste Beispiel ausländischer politischer Betätigung im Lande darstellten, zeigte sich eine Einheit des Willens in Paraná, Santa Catarina und Rio Grande do Sul. Im Bereich des Schulwesens zeichnete sich dagegen in Rio Grande do Sul ein liberalerer Kurs ab als in den beiden anderen Staaten, ungeachtet der bedeutenden Anzahl Deutscher und Brasilianer deutscher Abstammung innerhalb der riograndensischen Bevölkerung. Träger dieser Nationalisierungsmaßnahmen waren das Heer und die staatlichen Verwaltungsstellen, wobei dem Heer eine besondere Bedeutung im Rahmen dieser Kampagne zukam.

Für den neuernannten deutschen Botschafter in Brasilien, Karl Ritter, stellte sich unmittelbar mit seinem Amtsantritt das Problem der Begegnung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen<sup>12</sup>. Die Amtszeit Ritters in Brasilien stand unter einem ungünstigen Vorzeichen. Ritter war Wirtschaftsexperte, langjähriger Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Nach seinem Amtsantritt in Brasilien war er gezwungen, seine Kraft auf Belange zu konzentrieren, denen das Merkmal eines deutschen Mißerfolges von vornherein mitgegeben war und die außerhalb seiner speziellen Fachkompetenz lagen, anstatt sich ungestört dem Ausbau der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen widmen zu können.

Die Ausbreitung und zunehmende Verschärfung der Nationalisierungsmaßnahmen in den Monaten November 1937 bis April 1938 läßt sich deutlich an dem Wandel in der Beurteilung dieser Maßnahmen von seiten Botschafter Ritters in seiner Berichterstattung an das Auswärtige Amt ablesen. In seinen ersten Berichten vom Dezember 1937 über den Beginn der Nationalisierungsmaßnahmen in den drei Südstaaten verriet Ritter eine gewisse Ratlosigkeit gegenüber den Vorgängen im Süden und maß den vereinzelt Vorkommnissen noch keine größere Bedeutung bei. Er suchte diese vielmehr als aus der „Begeisterung des Augenblicks (d. h. des 10. Novembers) herrührenden Überschwang“ zu erklären<sup>13</sup>.

Ernstere Töne schlug Ritter Ende Januar 1938 an<sup>14</sup>. Er gab nunmehr der Befürchtung Ausdruck, daß sich die Nationalisierungsmaßnahmen zu einer weitgehenden Belastung der deutsch-brasilianischen Beziehungen entwickeln könnten. Zudem begann er die Ursachen dieser Maßnahmen nicht mehr nur in Übergriffen lokaler Verwaltungsstellen zu suchen, sondern auch in dem Bestreben der brasilianischen Regierung nach Vereinheitlichung des brasilianischen Volkes und nach Stärkung der Zentralgewalt, dem die ethnozentrischen Neigungen der verschiedenen Einwanderergruppen entgegenstanden. Damit sprach Ritter ei-

nen Motivationskomplex an, der in Schlagworten wie „drohende Entbrasilianisierung des Südens“ seinen Ausdruck fand. Die Formel „Schaffung eines zentralistischen Staates nationalistischer Prägung“ scheint diese Bestrebungen zu präzisieren.

In den Monaten Februar und März 1938 verdichteten sich die Befürchtungen Ritters über die Tragweite und die möglichen politischen Konsequenzen der südbrasilianischen Nationalisierung. In der ersten Hälfte des Februars standen die Maßnahmen gegen die kulturellen Einrichtungen der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung im Vordergrund der Berichterstattung Ritters, die diesen zu der nachdrücklichen Forderung einer ausschließlichen Führung des Deutschbrasilianertums durch Deutschbrasilianer veranlaßten<sup>15</sup>. Wahrte Ritter während dieses Zeitraumes noch eine relativ zuversichtliche Haltung gegenüber den Maßnahmen gegen die lokalen Parteigruppen, so änderte sich seine Beurteilung der Lage mit den Verboten ausländischer politischer Organisationen in den Südstaaten, die Mitte Februar einsetzten<sup>16</sup>. Ende März hatte sich in der Berichterstattung Ritters ein durch und durch pessimistischer Ton Bahn gebrochen<sup>17</sup>; nun stellten sich die südbrasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen für den Botschafter als Verwirklichung grundsätzlicher Überlegungen der brasilianischen Regierung dar, die sich auf die Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung konzentrierten<sup>18</sup>.

Gegenüber den Beurteilungen der vorhergehenden Monate sah Ritter Ende März drei Motivationskomplexe als verantwortlich für die südbrasilianische Nationalisierung an: zum einen das Streben des brasilianischen Bundespräsidenten — der nunmehr als ausschlaggebende Kraft herausgestellt wird — nach Vereinheitlichung des brasilianischen Volkes, zum anderen den Druck der USA auf Getúlio Vargas, eine USA-freundliche und antideutsche Politik zu verfolgen<sup>19</sup>, und zum dritten militärische Erwägungen<sup>20</sup>. Damit führte Ritter zwei neue Argumente in die Diskussion der Hintergründe der brasilianischen Nationalisierung ein, von denen das der US-amerikanischen Einflußnahme besonderes Gewicht besaß<sup>21</sup>.

Der Gedanke der Mitverantwortlichkeit der USA für die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen hatte sich nur allmählich in der Berichterstattung Ritters verdichtet. Am 23. Januar stellte Ritter das brasilianisch-US-amerikanische Verhältnis als relativ kühl dar, sprach jedoch von einem gewissen Eingehen der brasilianischen Innenpolitik auf die US-amerikanischen Wünsche, ohne allerdings den Komplex der Nationalisierung unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Am 3. März deutete sich hier ein erster Wandel an, und am 30. März ordnete Ritter

das Moment des US-amerikanischen Druckes gleichrangig neben das Streben nach Vereinheitlichung des brasilianischen Volkes. Erklärend verwies er auf verstärkte Bemühungen der USA um eine Beeinflussung der brasilianischen Politik nach dem 10. November 1937 unter dem Eindruck von Befürchtungen, daß sich in Brasilien ein autoritäres Regime mit faschistischen Zügen installieren könne. Als Antrieb der US-amerikanischen Einflußnahme sah Ritter politisch-ideologische und wirtschaftliche Erwägungen — „Kampf für die Demokratie“ und das Bestreben, den brasilianischen Markt zu beherrschen —, die sich in seinen Darlegungen als antideutsche Politik manifestierten.

Die Unsicherheiten in der Beurteilung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen von seiten Botschafter Ritters resultierten nicht zuletzt aus der Diskrepanz zwischen den Zusagen von brasilianischer Seite in der Nationalisierungsfrage, die Ritter und Landesgruppenleiter von Cossel in verschiedenen Unterredungen gegeben wurden, und dem tatsächlichen Gang der Nationalisierung. Besonders deutlich trat diese Diskrepanz in der Frage des Parteiverbots zutage.

Ritter war in langen Verhandlungen vor Erlaß der einzelstaatlichen Verbote ausländischer politischer Organisationen im Süden von seiten der brasilianischen Regierung die doppelte Zusicherung einer Unterbindung weiterer Presseangriffe gegen Deutschland und weiterer Maßnahmen gegen die lokalen Parteigruppen im Süden gegeben und in Form einer Weisung des Justiz- und Innenministers an die Polizeibehörden und des Generalstabschefs an die Militärbehörden in den Einzelstaaten weitergeleitet worden<sup>22</sup>. Auf diese Weisungen gründete Ritter in der Folgezeit seine Hoffnungen auf eine Beruhigung der Lage in Südbrasilien, die durch die Verbote vom Februar und März zunichte gemacht wurden.

Im Anschluß an die Verbote ausländischer politischer Organisationen in Paraná und Rio Grande do Sul im Februar 1938 ersuchte Ritter um eine Unterredung mit dem brasilianischen Bundespräsidenten<sup>23</sup>. Diese Unterredung brachte erstmalig deutliche Anzeichen der tatsächlichen Haltung der brasilianischen Regierung in der Frage der Behandlung der ausländischen politischen Organisationen und insbesondere der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP; sie verdeutlichte, daß die Verbote in den Südstaaten keineswegs nur als einzelstaatliche Entscheidungen anzusehen waren, vielmehr hinter ihnen der Wille der Bundesregierung stand. Ritter erkannte die volle Tragweite der Auslassungen Vargas' zur Frage des Parteiverbots nicht oder wollte sie nicht erkennen. Vargas gab in dieser Unterredung seiner Überzeugung von der Notwendigkeit eines Verbotes der Parteiorga-



nisation angesichts des allgemeinen Verbotes der politischen Parteien in Brasilien Ausdruck und begründete diese Auffassung mit dem Hinweis, daß den Ausländern kein Privileg gegenüber den Inländern gestattet werden könne. Mit dieser Argumentation bekundete Vargas unmißverständlich sein Bestreben, auf ein Parteiverbot in Gesamtbrasilien im Rahmen eines Verbotes der ausländischen politischen Organisation hinarbeiten zu wollen. Auf die massiven Vorhaltungen Ritters rückte Vargas in der Unterredung von seinem Standpunkt ab und gestand zögernd zu, die Partei nicht weiter „in Frage“ stellen zu wollen, bei gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit einer Überprüfung ihrer „actividades“. Vargas sicherte weiter zu, das Ergebnis derartiger Besprechungen mit dem Justiz- und Innenminister zunächst abwarten zu wollen<sup>24</sup>. Auch diese Zusicherungen des Bundespräsidenten entsprachen nicht dem Gang der Nationalisierung und können nicht als ernstgemeinter Verhandlungsvorschlag angesehen werden<sup>25</sup>.

Die Nationalisierungsmaßnahmen der Monate November 1937 bis April 1938 stellten Ritter vor das doppelte Problem der Beurteilung und der Begegnung dieser Maßnahmen. Dem Wandel in der Beurteilung entsprach eine Verschärfung der Vorschläge Ritters zur Begegnung der Nationalisierungsmaßnahmen auf deutscher Seite. Dieser Prozeß läßt sich deutlich an seinen Vorschlägen zur pressemäßigen Behandlung der Nationalisierung in Deutschland ablesen<sup>26</sup>. Unmittelbar nach dem Einsetzen der Nationalisierung in Südbrasilien zeigte sich Ritter bemüht, die deutsche Presse auf eine maßvolle Kritik an den Ereignissen in Brasilien abzustimmen und scharfe Polemiken zu verhindern. Angesichts der zunehmenden Ausbreitung und Verschärfung der Nationalisierungsmaßnahmen änderte der Botschafter seine Haltung. Im Verlauf des März 1938 trug Ritter im Einvernehmen mit von Cossel Vorschläge für eine gezielte Pressepolemik gegen Brasilien vor, die mit Argumenten wie „Ungesetzlichkeit“ der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen und „antideutscher Charakter“ dieser Bestrebungen arbeiten sollte. Angesichts der sich Ende März bietenden Möglichkeit einer Intervention des neuen brasilianischen Außenministers Oswaldo Aranha zugunsten Deutschlands in der Nationalisierungsfrage<sup>27</sup>, suchte Ritter diese Kampagne jedoch zunächst noch hinauszuschieben.

Das Auswärtige Amt folgte den Vorstellungen Ritters in der Frage der pressemäßigen Behandlung der Nationalisierungsmaßnahmen in Deutschland, sollte jedoch durch übereiltes Handeln die Bestrebungen des Botschafters teilweise durchkreuzen und diesem bei seinem Vorgehen in Brasilien Schwierigkeiten bereiten<sup>28</sup>. Im März 1938 veranlaßte das Auswärtige Amt in der „Deutschen Diplomatisch-Politischen Kor-

respondenz“ eine Stellungnahme, die Getúlio Vargas als unfähig, der Nationalisierung Einhalt zu gebieten, hinstellte. Diese Charakterisierung des brasilianischen Bundespräsidenten mit ihrem amtlichen Gepräge wirbelte in Brasilien außerordentlich viel Staub auf und bot Anlaß zu antideutschen Auslassungen.

Neben seinen Vorschlägen zur Begegnung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen in Deutschland suchte Ritter in Brasilien einerseits auf dem Wege des Protestes und andererseits auf dem Wege der Verhandlung Einfluß auf den Gang der Nationalisierung zu nehmen<sup>29</sup>. Wie der Verlauf der Nationalisierung zeigt, war Ritter im Grundsätzlichen kein Erfolg beschieden. Die Gesamtheit der von Ritter befürworteten und eingeschlagenen Schritte verblieb im Bereich der Abwehr bereits vollzogener Maßnahmen. Gewisse Ansätze für eine konstruktive Begegnung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen lassen sich verzeichnen — so in dem Argument Ritters, daß das Deutschbrasilianertum nur von Deutschbrasilianern geführt werden sollte<sup>30</sup> —, ohne daß diese sich zu einer generellen Überprüfung des Komplexes der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien von seiten des Botschafters verdichteten.

Ritter hatte sich in den Monaten zwischen dem 10. November 1937 und dem 18. April 1938 nicht nur mit den südbrasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen auseinanderzusetzen, sondern sah sich auch gezwungen, antideutschen Auslassungen in der brasilianischen Presse und insbesondere polemischen Angriffen auf Hitler zu begegnen und Gerüchten einer illegalen Unterstützung der verbotenen integralistischen Partei von seiten der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP und der Botschaft entgegenzutreten. Dieses letzte Moment verdient besondere Beachtung, da sich hier zeigt, daß die nach dem Integralistenputsch zirkulierenden Gerüchte einer deutschen Unterstützung des Putsches bereits in den vorhergehenden Monaten eingeleitet wurden<sup>31</sup>.

Die antideutschen Auslassungen in der brasilianischen Presse — für die unter anderem der Anschluß Österreichs Anlaß bot — veranlaßten Ritter zu wiederholten und scharfen Protestschritten bei der brasilianischen Regierung<sup>32</sup>. Um seinen Beschwerden Nachdruck zu verleihen, ersuchte Ritter das Auswärtige Amt um einen parallellaufenden Einspruch bei dem brasilianischen Botschafter in Deutschland, Moniz de Aragão. Ohne große Hoffnungen auf den Einfluß des brasilianischen Botschafters bei seinen vorgesetzten Stellen in Brasilien zu setzen, war Ritter bestrebt, auch diese Möglichkeit einer Wahrung der deutschen Interessen zu nutzen.

Das Auswärtige Amt, das ansonsten den Vorstellungen und Vorschlägen Ritters bezüglich der Nationalisierungsmaßnahmen zu folgen geneigt war, wahrte gegenüber diesem Ersuchen des Botschafters eine abwartende Haltung<sup>33</sup>. Hier tritt erstmalig eine Unterschiedlichkeit in den von Seiten Botschafter Ritters und von Seiten des Auswärtigen Amtes befürworteten Verhaltensweisen gegenüber der brasilianischen Regierung zutage, die sich in den folgenden Monaten noch vertiefen sollte. Die Gründe für diese Unterschiedlichkeit der Auffassung scheinen komplexer Natur gewesen zu sein; von Bedeutung war sicher die unterschiedliche Distanz zu den Ereignissen in Brasilien, die sich aus dem Blickwinkel des dort tätigen deutschen Botschafters und aus dem Blickwinkel des Auswärtigen Amtes in Berlin mit seinen breit gestreuten Aufgaben naturgemäß verschieden darstellten.

## 2 · DEKRET NR. 383 VOM 18. APRIL 1938 AUSDEHNEN DER SÜDBRASILIANISCHEN NATIONALISIERUNG AUF DAS GESAMTE BUNDESGEBIET

Am 18. April 1938 erließ die brasilianische Regierung ein Dekret, das die politische Betätigung von Ausländern in Brasilien untersagte und einschneidende Bestimmungen über das Privatschulwesen und vor allem das Vereinswesen der verschiedenen im Lande ansässigen Einwanderergruppen und ihrer staatsrechtlich brasilianischen Nachkommenschaft enthielt. Der Erlaß des Dekrets Nr. 383 vom 18. April 1938 leitete einen neuen Abschnitt in dem Verlauf der Nationalisierung nach dem 10. November 1937 ein, in dem die südbrazilianischen Nationalisierungsmaßnahmen auf das gesamte Bundesgebiet übertragen wurden. Es bot eine geeignete Handhabe zu umfassenden Nationalisierungsmaßnahmen und kann als ein entscheidender Schritt zu einer vollen Verwirklichung der brasilianischen Nationalisierungsbestrebungen angesehen werden.

In insgesamt elf Artikeln legte das Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938 sein Anliegen dar<sup>4</sup>. In den ersten beiden Artikeln wurde in aller Ausführlichkeit die Frage des Verbotes der politischen Betätigung von Ausländern in Brasilien behandelt. Während Artikel 1 generell die politische Betätigung von Ausländern untersagte, präziserte Artikel 2 im einzelnen das Verbot. In fünf Punkten wurde der Zusammenschluß von Ausländern zum Zwecke politischer Betätigung und auch jede individuell gehandhabte politische Aktivität untersagt und der Gebrauch von Emblemen politischer Parteien des Auslandes, politische Demon-

strationen aller Art und schließlich jegliche politische Propaganda unter Verbot gestellt.

Die folgenden drei Artikel befaßten sich mit dem Vereinswesen der in Brasilien ansässigen „grupos estrangeiros“, soweit dieses nicht unter die Bestimmungen der ersten beiden Artikel fiel, und dem Privatschulwesen und trafen besondere Regelungen für die im Lande geborenen Nachkommen der Einwanderer sowie für die naturalisierten Brasilianer. Artikel 3 bestimmte, daß sich die im Lande ansässigen Ausländer zu kulturellen, Wohltätigkeits- und Unterstützungsvereinen zusammenschließen durften, und gestand ihnen das Recht zu, ihre nationalen Feiertage zu begehen. Gleichzeitig wurde jede Subventionierung dieser Vereinigungen aus dem Ausland verboten. Artikel 4 bezog die Privatschulen des Landes in die Bestimmungen der ersten drei Artikel ein und versetzte mit seinen Bestimmungen dem Privatschulwesen der in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung einen schweren Schlag, da dieses auf die Unterstützung aus Deutschland vielfach angewiesen war<sup>3</sup>.

Der letzte der drei Artikel, Artikel 5, zog eine scharfe Trennungslinie zwischen den im Lande ansässigen Ausländern und ihrer im Lande geborenen Nachkommenschaft, indem bestimmt wurde, daß geborene oder naturalisierte Brasilianer nicht Mitglieder der in Artikel 3 genannten Vereinigungen sein durften und jeder Verstoß gegen dies Verbot unter scharfe Strafen gestellt wurde. Die letzten sechs Artikel beinhalteten ergänzende Regelungen zu den ersten fünf Artikeln und fixierten die Strafen bei Übertretung der Verbote<sup>3</sup>.

Kurz zusammengefaßt waren die wesentlichen Bestimmungen des Dekrets Nr. 383, bezogen auf die in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung, zum einen das Verbot der politischen Betätigung von Ausländern, zum anderen die geforderte Trennung zwischen Ausländern und Brasilianern und zum dritten das Verbot einer Subventionierung des Vereins- und Schulwesens der „grupos estrangeiros“ von seiten des Auslandes.

Für Botschafter Ritter verschärfte sich mit dem Erlaß des Dekrets Nr. 383 vom 18. April die Frage der Begegnung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen ganz wesentlich, da er sich nunmehr dem fait accompli eines Verbots der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP in Gesamtbrasilien gegenüber sah. Ritter legte zunächst in mündlicher Form beim brasilianischen Justiz- und Innenminister (20. April), beim Außenminister (23. April) und beim Bundespräsidenten (4. Mai) Protest gegen das Dekret ein und wiederholte seinen Protest am 10. Mai in Form einer Note<sup>4</sup>.

Ritter verband seinen grundsätzlichen Protest gegen das Dekret Nr. 383 mit einem Einspruch gegen das „procedere“ auf brasilianischer Seite. Er bezog sich damit auf die Zusagen des Bundespräsidenten, das Bestehen der Partei nicht weiter „in Frage“ stellen zu wollen und vor einer Überprüfung ihrer „actividades“ das Ergebnis von Besprechungen Ritters mit dem Justiz- und Innenminister abwarten zu wollen. Mit der Abgabe von Aufzeichnungen über die Parteiorganisation, die DAF und die „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Frau im Ausland“ hatte Ritter diesen Zusicherungen Rechnung getragen und sah sich nunmehr erneut und in besonders krasser Form mit der Tatsache einer Diskrepanz zwischen amtlicher Zusicherung und tatsächlichem Gang der Nationalisierung konfrontiert. Auf seine Vorhaltungen, die dem grundsätzlichen Protest gegen das Dekret Nr. 383 ein zusätzliches moralisches Gewicht verliehen, blieb der Justiz- und Innenminister eine Antwort schuldig; der Außenminister strebte dagegen eine Rechtfertigung mit dem Hinweis an, daß der Erlaß des Dekrets auf ein eigenmächtiges Vorgehen von Getúlio Vargas zurückzuführen sei, der einen Entwurf des Justiz- und Innenministers ohne weitere Besprechung „tel quel“ unterzeichnet und damit seinen Erlaß veranlaßt habe.

Ritters Protest gegen das Dekret Nr. 383 konzentrierte sich auf die Bestimmungen der ersten beiden Artikel (politische Betätigung von Ausländern)<sup>5</sup>. Seine Argumentation unterlag Wandlungen, die darauf hindeuten, daß Ritter erst allmählich die Ebene konsolidierte, auf der er gegen das Dekret Protest einzulegen gedachte.

In seiner Unterredung mit dem Justiz- und Innenminister am 20. April stellte Ritter den Bestimmungen des Dekrets Nr. 383 zur politischen Betätigung von Ausländern in Brasilien die Forderung entgegen, daß den deutschen Staatsangehörigen das Recht zugestanden werden müsse, die in Deutschland herrschenden politischen Überzeugungen auch im Ausland zu pflegen und sich zu diesem Zweck zu Vereinigungen zusammenzuschließen. Als alleinige Beschränkung dieses Rechtes sah Ritter die Nichteinmischung in die inneren Belange des Gastlandes an<sup>6</sup>. Er argumentierte in dieser ersten Unterredung also auf der Ebene von Forderung und Gegenforderung.

In seiner Unterredung mit dem Außenminister am 23. April suchte Ritter seine Argumentation vom 20. April zu untermauern. Er wies darauf hin, daß der NSDAP eine Sonderstellung zukomme, da sie nicht eine beliebige unter vielen Parteien darstelle, sondern „den ganzen Staat repräsentiere und mit der Regierung dieses Staates identisch sei“ und zudem Hitler gleichzeitig Staatsoberhaupt und Führer der Partei sei. Ritter führte damit das Argument von der Einheit von

Partei und Staat in die Diskussion ein<sup>7</sup>. Er leitete aus diesem Argument den Vorwurf ab, daß das Dekret Nr. 383 eine „Kränkung des Führers und der Deutschen Regierung beinhalte“.

Am 10. Mai präzisierte Ritter in seiner abschließenden Note das Argument von der Einheit von Partei und Staat dahingehend, daß die NSDAP als ein „Organ der deutschen staatlichen Verwaltung des deutschen Staates und der deutschen Regierung“ anzusehen sei, und spitzte damit seine Argumentation weiter zu<sup>8</sup>. Ritter befand sich mit seinem Protest gegen das Dekret Nr. 383 in Übereinstimmung mit der Haltung, die von deutscher Seite der Schweiz gegenüber in ähnlicher Lage eingenommen wurde<sup>9</sup>, vertrat allerdings eine sehr pointierte Auslegung des Argumentes von der Einheit von Partei und Staat<sup>10</sup>.

Mit seiner Charakterisierung der NSDAP als eines „Organ(s) der deutschen staatlichen Verwaltung des deutschen Staates und der deutschen Regierung“ vertiefte Ritter das Mißtrauen auf brasilianischer Seite gegenüber den nationalsozialistischen Aktivitäten im Lande. Dies trat deutlich in der brasilianischen Note vom 17. Mai zutage, die als Antwort auf die deutsche Note vom 10. Mai erfolgte<sup>11</sup>. In dieser Note verwahrte sich die brasilianische Regierung aufs schärfste gegen jede politische Betätigung anderer Verwaltungsorgane des Auslandes als der diplomatischen und konsularischen Vertretung auf brasilianischem Territorium, da damit der Zustand eines „Estado estrangeiro dentro do Estado nacional“ geschaffen würde<sup>12</sup>. Mit seiner Beweisführung hatte Ritter somit der brasilianischen Regierung selber Argumente gegen seinen Protest gegen das Dekret Nr. 383 geliefert.

Von brasilianischer Seite wurde dem Protest Ritters gegen das Verbot der politischen Betätigung von Ausländern in Brasilien mit dem bereits im März von dem brasilianischen Bundespräsidenten geäußerten Argument begegnet, daß eine Gleichstellung der Ausländer mit den Brasilianern in der Frage der politischen Betätigung notwendig und daß das Dekret Nr. 383 zu diesem Zweck erlassen worden sei. Damit wurde das Dekret in den Zusammenhang der machtpolitischen Bestrebungen des „Estado Novo“ gestellt, die im innenpolitischen Bereich jede unliebsame politische Aktivität auszuschalten suchten. Ausdruck dieses Strebens war das Verbot der brasilianischen politischen Parteien Ende 1937, dem folgerichtig das Verbot der politischen Betätigung von Ausländern im Lande folgte. Als Motivation für den Erlaß des Dekrets Nr. 383 sind somit vor allem machtpolitische Erwägungen anzusehen. Eine antideutsche Demonstration scheint mit dem Dekret nicht beabsichtigt gewesen zu sein, so sehr dieses auch geeignet war, Deutschland zu treffen. Hierauf deuten unter anderem die Ausführungen des Bun-

despräsidenten vom 4. Mai (Unterredung mit Ritter) hin, in denen dieser seine Rechtfertigung des Dekrets Nr. 383 mit einem Hinweis auf die Positiva der deutsch-brasilianischen Beziehungen verband, die seiner Meinung nach im Wirtschaftsbereich lagen, und das Ersuchen anschloß, daß Deutschland ihm im innenpolitischen Bereich keine Schwierigkeiten bereiten möge. Mit dieser Trennung der verschiedenen Bereiche der deutsch-brasilianischen Beziehungen vermittelte Vargas den Eindruck einer differenzierten Einstellung auf brasilianischer Seite Deutschland gegenüber, die Positiva und Negativa gegeneinander abzugrenzen suchte.

Schärfere Akzente als die mündlichen Erwiderungen von brasilianischer Seite auf den Protest Ritters gegen das Dekret Nr. 383 setzte die Note vom 17. Mai. Sie begründete den Erlaß des Dekrets Nr. 383 mit dem Passus: „... a expedição do decreto-lei Nr. 383 ... obedeceu a um proposito de defesa nacional, ou, melhor, ao intuito de preservar a integridade nacional“.

Die Argumentation der Note war also auf die Betonung des Rechtes eines jeden Staates auf Wahrung seiner nationalen Interessen und Sicherheit mit den ihm adäquat erscheinenden Mitteln abgestellt, in die das Argument der Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern eingebettet wurde. In dieser Argumentation wird ein pronunciertes Mißtrauen gegen die Intentionen der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien sichtbar, das bereits in der Unterredung Ritters mit Außenminister Aranha am 23. April zutage getreten war, ohne jedoch zu so scharfen Formulierungen zu führen, wie sie die Note kennzeichnen. Für diese Verschärfung des Tons auf brasilianischer Seite sind verschiedene Momente verantwortlich zu machen: zum einen die größere Schwergewichtigkeit einer schriftlichen Äußerung gegenüber einer mündlichen Auslassung, zum anderen die Wirkung der Ritter'schen Note vom 10. Mai und zum dritten die deutsch-brasilianischen Spannungen nach dem Integralistenputsch<sup>13</sup>; insbesondere die beiden letzten Momente gaben Anlaß zu einer Argumentation, die sich auf die Notwendigkeit der Wahrung der nationalen Interessen und Sicherheit berief.

Verschiedene Hinweise geben zu der Vermutung Anlaß, daß der Erlaß des Dekrets Nr. 383 etwas übereilt erfolgte. Hierauf deuten die Widersprüche in der Auslegung des Dekrets von seiten des Justiz- und Innenministers, des Außenministers und des Bundespräsidenten in den Unterredungen mit Ritter hin, sowie das von allen dreien Ritter mündlich gegebene Zugeständnis einer Korrekturwürdigkeit der Artikel 3 bis 5 des Dekrets und schließlich die Entgegnungen des Außenministers auf

die Vorhaltungen Ritters zum „procedere“ auf brasilianischer Seite. Insbesondere die unterschiedliche Auslegung des Dekrets von seiten der drei Kontrahenten Ritters erscheint befremdlich. Der Justiz- und Innenminister ging in der Unterredung mit Ritter buchstabengetreu von einem Verbot der Parteiorganisation und jeglicher nationalsozialistischen Betätigung auch im kleinsten Kreis aus; der Bundespräsident sah dagegen die in sich widerspruchsvolle Lösung eines Weiterbestehens der Organisation bei gleichzeitigem Verbot jeglicher Aktivität vor; der Außenminister vertrat schließlich die Auffassung, daß eine künftige Pflege nationalsozialistischen Gedankengutes unter den deutschen Staatsangehörigen in loser Form und unter der Ägide der Reichsvertretung, also in gewandeltem organisatorischem Rahmen, möglich sei<sup>14</sup>. Ritter setzte gewisse Hoffnungen in die Ausführungen Aranhas; die weitere Entwicklung entsprach jedoch der Auslegung des Justiz- und Innenministers.

Von geringer Substanz erwies sich auch die Zusicherung der drei Gesprächspartner Ritters, daß die Artikel 3 bis 5 des Dekrets Nr. 383 korrekturbedürftig seien<sup>15</sup>. Bereits die brasilianische Note vom 17. Mai nahm diese Zusicherung wieder zurück, indem sie den Protest Ritters gegen die Bestimmungen des Artikels 5 als Einmischung in innere Belange Brasiliens zurückwies. Ungeachtet der geringen Bedeutung dieser Zusicherung, kann diese doch als ein Indiz dafür gewertet werden, daß das Dekret Nr. 383 übereilt erlassen wurde. Damit wird die Version Aranhas über den Erlaß des Dekrets (eigenmächtiges Vorgehen von Getúlio Vargas) gestützt.

Der Erlaß des Dekrets Nr. 383 und die verschiedenen Unterredungen mit den brasilianischen Regierungsvertretern veranlaßten Botschafter Ritter zu Überlegungen über die künftige Politik Deutschlands Brasilien gegenüber. Seine Überlegungen sind auf dem Hintergrund der Beurteilung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen von seiten der Botschaft zu diesem Zeitpunkt zu sehen. Gegenüber den Auslassungen der vergangenen Monate zeichnete sich im April ein weiterer Wandel in der Berichterstattung der Botschaft ab; das Argument der US-amerikanischen Einflußnahme auf die brasilianische Politik gewann an Bedeutung und wurde in der amtlichen Sicht zum bestimmenden Faktor für die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen.

Dieser Wandel tritt deutlich in der programmatischen Aufzeichnung von Gesandtschaftsrat Schlimpert vom April<sup>16</sup> zutage, die Ritter am 26. April an das Auswärtige Amt mit dem Bemerken übersandte, daß die Darlegungen Schlimpersts die „Grundlage für die Auffassungen und Empfehlungen der Botschaft in den gleichzeitigen Berichten wegen der



weiteren politischen Haltung Deutschlands gegenüber Brasilien“ bildeten<sup>17</sup>. Ritter räumte mit dieser Bemerkung der Aufzeichnung eine maßgebliche Bedeutung für die Fixierung der Stellungnahme der Botschaft gegenüber dem Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938 ein.

Schlimpert suchte in seiner Aufzeichnung den Motivationen für den seit dem 10. November 1937 sich zunehmend verschärfenden Nationalisierungsdruck nachzugehen. Als Beweggründe stellte er zwei Motivationskomplexe heraus: zum einen das Streben des brasilianischen Bundespräsidenten nach Vereinheitlichung des brasilianischen Volkes und Stärkung der Zentralgewalt<sup>18</sup> und zum anderen den Druck der USA auf Brasilien, einen antideutschen und panamerikanischen Kurs zu steuern, für den er wie Ritter politisch-ideologische und wirtschaftliche Faktoren verantwortlich machte<sup>19</sup>. In der Wahl der Motivationskomplexe befand sich Schlimpert in Übereinstimmung mit den Ausführungen Ritters vom 30. März<sup>20</sup>; abweichend war die von ihm vorgenommene Schwergewichtsverteilung. Ordnete Ritter am 30. März noch beide Motivationskomplexe gleichrangig nebeneinander, so maß Schlimpert dem Moment der nordamerikanischen Einflußnahme die vorrangige Bedeutung zu und deutete die Nationalisierungsmaßnahmen als Eingehen auf die Wünsche der USA. Für diese Ausrichtung Brasiliens auf die US-amerikanische Politik machte Schlimpert das Machtstreben des brasilianischen Bundespräsidenten verantwortlich<sup>21</sup>.

Schlimperts Belege für seine These einer „diplomatischen Einmischung“ der USA in die brasilianische Politik waren wenig stichhaltig<sup>22</sup>; auch war seine Argumentation grob und zumindest sehr vereinfachend<sup>23</sup>. Für den vorliegenden Zusammenhang ist jedoch allein die aus der Aufzeichnung hervorgehende Tendenz von Bedeutung, daß die Botschaft im April nunmehr den Faktor der US-amerikanischen Einflußnahme als ausschlaggebend für die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen und die brasilianische Politik gegenüber Deutschland anzusehen begann.

Der in der Aufzeichnung Schlimperts vollzogene erneute Wandel in der Beurteilung der brasilianischen Nationalisierung findet sich auch in der Berichterstattung Ritters über das Dekret Nr. 383 vom 18. April<sup>24</sup>. Wesentlich ist allerdings, daß die Unterredung mit dem brasilianischen Außenminister am 23. April und die in dieser Unterredung zutage getretene entgegenkommende Haltung Aranhas in der Frage der Handhabung des Dekrets Ritter bestimmten, in seinen späteren Auslassungen zum Dekret Nr. 383 die brasilianische Politik Deutschland gegenüber differenzierter zu betrachten. Zwar bewegte sich Ritter in der Beurteilung der Hintergründe der Nationalisierungsmaßnahmen auf der von

Schlimpert vorgezeichneten Linie, ja er ging noch einen Schritt weiter, indem er das Moment der Vereinheitlichung des brasilianischen Volkes und der Stärkung der Zentralgewalt nur noch andeutungsweise ansprach<sup>25</sup>, doch billigte Ritter im Gegensatz zu Schlimpert der brasilianischen Politik eine gewisse Eigenständigkeit zu. So nahm er eine Unterscheidung zwischen äußerem Nachgeben auf den US-amerikanischen Druck hin und tatsächlich angestrebtem Verhalten vor und suchte die brasilianische Politik als ein Lavieren zwischen verschiedenen Interessen zu deuten<sup>26</sup>. Damit differenzierte Ritter das von Schlimpert entworfene Bild einer Einheit zwischen US-amerikanischer Einflußnahme und Gang der brasilianischen Politik, ohne zu seiner Deutung der Hintergründe der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen vom 30. März zurückzukehren.

Auf dem Hintergrund dieser am 28. April vertretenen Auffassung erfolgten die Überlegungen Ritters über die künftige Politik Deutschlands gegenüber Brasilien, die dieser in nüchterner Abschätzung der Deutschland zu Gebote stehenden Möglichkeiten vortrug. Seine Ausführungen verdeutlichen die schwierige Lage, in der sich die Botschaft befand, die ohne adäquate Druckmittel eine erfolgreiche Politik betreiben mußte. Die späteren Versuche Ritters, dieser Lage Herr zu werden, sind als Resultat der Überlegungen vom 28. April anzusehen. In seinem Schreiben zählte Ritter die verschiedenen Möglichkeiten auf, die seiner Meinung nach Deutschland Brasilien gegenüber zur Verfügung standen und setzte sich kritisch mit ihnen auseinander. Negativ fiel sein Urteil aus zu den Punkten: Repressalien gegen brasilianische Staatsangehörige in Deutschland, Wirtschaftsdruck und Abberufung des deutschen Botschafters, begrenzt positiv zu den Punkten: Pressepolemiken gegen Brasilien und Ausübung eines Druckes gesellschaftlicher Art auf die brasilianische Botschaft in Deutschland. Zu der Frage der Repressalien gegen brasilianische Staatsangehörige führte der Botschafter aus, daß sich ein Vorgehen auf dieser Ebene angesichts der geringen Zahl von Brasilianern in Deutschland und des Desinteresses der brasilianischen Regierung an ihren Staatsangehörigen im Ausland von selbst verbiete; zu der Frage des Wirtschaftsdruckes gab Ritter zu bedenken, daß Maßnahmen dieser Art nicht nur Brasilien, sondern auch Deutschland nachteilig treffen würden und nur für dritte Staaten von Vorteil wären; zu der Frage der Abberufung des Botschafters, die in der Botschaft mehrfach ventiliert wurde, verwies Ritter selber auf den Vorteil voller diplomatischer Beziehungen in Konfliktzeiten. Positiver, wenn auch nicht allzu hoffnungsvoll, war sein Urteil zu den beiden letztgenannten Punkten, die ihm als einzige tatsächlich realisier-

bare Möglichkeiten einer Begegnung der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen erschienen. In der Frage der Pressepolitik schlug Ritter eine Verschärfung des Tons der deutschen Presse vor und bekräftigte seine Darlegungen einige Tage später mit detaillierten Vorschlägen<sup>27</sup>. Mit dem an letzter Stelle angeführten Moment der gesellschaftlichen Repressalien gegenüber Botschafter Moniz de Aragão betrat Ritter Neuland<sup>28</sup>. Bei der Beurteilung dieses Vorschlages muß die Situation in Betracht gezogen werden, aus der heraus Ritter zu diesem Vorschlag gelangte.

Zusätzlich zu den am 28. April skizzierten Möglichkeiten einer Begegnung der brasilianischen Nationalisierungs-Maßnahmen ventilierte Ritter in einem Telegramm vom 27. April die Frage eines Zusammengehens zwischen Deutschland und Italien in dieser Angelegenheit und regte an, diesen Punkt während des bevorstehenden Besuches Hitlers in Italien bei den zuständigen italienischen Stellen zur Sprache zu bringen<sup>29</sup>. Das Auswärtige Amt folgte dieser Anregung, ohne mit seinem Vorstoß Erfolg zu haben<sup>30</sup>. Staatssekretär von Weizsäcker und dem Gesandten Aschmann, dem Leiter der Presse-Abteilung im Auswärtigen Amt, wurde bei ihren Fühlungen im italienischen Außenministerium bedeutet, daß sich Italien „unter der Hand“ mit Brasilien arrangiert habe, und erklärend hinzugefügt, daß die faschistischen Gruppen in Brasilien einen „völlig farblosen und unpolitischen Charakter“ besäßen. Mit dieser Abfuhr bestätigte sich der Eindruck, den Ritter aus dem Verhalten des italienischen Botschafters in Brasilien gewonnen hatte und den er über die Einschaltung des Auswärtigen Amtes zu überwinden trachtete<sup>31</sup>. Die Gründe für das Desinteresse auf italienischer Seite wurden auf deutscher Seite in der zunächst günstigeren Lage der Italiener und Brasilianer italienischer Abstammung gegenüber derjenigen der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung in der Nationalisierungsfrage gesehen, die für Italien eine Konfrontation mit Brasilien nicht opportun erscheinen lassen mußte<sup>32</sup>.

Nach Aussagen Ritters war bis zum 26. Mai<sup>33</sup> noch keine Gruppe des Fascio aufgelöst und noch keine Privatschule der in Brasilien ansässigen Italiener und Brasilianer italienischer Abstammung geschlossen worden. Ritter führte diese günstigere Lage der Privatschulen dieser ethnischen Gruppe darauf zurück, daß in ihnen bereits seit jeher der Unterricht in portugiesischer Sprache erteilt worden und so weniger Anlaß für Nationalisierungsmaßnahmen gegeben sei. Diese Aussage Ritters ist für die Vergangenheit anhand von Ausführungen von José Arthur Rios in seinem Aufsatz „Aspectos políticos da assimilação do italiano no Brasil“<sup>34</sup> zu modifizieren und in ihrer Verallgemeinerung abzu-

schwächen; in der Folgezeit wurde auch gegen die Privatschulen der Italiener und Brasilianer italienischer Abstammung in aller Schärfe vorgegangen<sup>35</sup>.

Die günstigere Lage der faschistischen Auslandsgruppen führte Ritter — seine eigene Meinung und die des italienischen Botschafters in Rio de Janeiro wiedergebend — am 26. Mai auf eine Vielzahl an Gründen zurück. So verwies er zum einen auf den großen Zeitraum, der seit der Gründung der ersten faschistischen Gruppen in Brasilien verstrichen sei und der es den Brasilianern ermöglicht habe, sich an diese Gruppen zu gewöhnen, zumal die Faschisten sich stets darum bemüht hätten, keinen Gegensatz zu brasilianischen Auffassungen entstehen zu lassen. In Verfolg dieser Politik hätten die faschistischen Gruppen durchweg einflußreiche — eingesessene — Persönlichkeiten zu ihren Führern gemacht, die gute Beziehungen zu den obersten brasilianischen Regierungskreisen aufzuweisen hätten. So seien brasilianische Regierungsmitglieder, hohe Beamte und Offiziere häufig Gäste faschistischer Veranstaltungen, die dann unter dem Zeichen der „brasilianisch-italienischen Freundschaft“ veranstaltet würden. Weiter verwies Ritter auf das verbindende Band der „Latinität und Romanität“ und als letztes — hier in Übereinstimmung mit den Ausführungen, die von Weizsäcker in Rom von italienischer Seite unterbreitet und die nachträglich von dem argentinischen Botschafter in Deutschland und dem deutschen Botschafter in Argentinien<sup>36</sup> für Argentinien als richtig bestätigt und von seiten des Auswärtigen Amtes als den Tatsachen entsprechend akzeptiert und entsprechend herausgestellt wurden<sup>37</sup> — auf das vermutlich bedeutsamste Moment, daß die faschistischen Gruppen in Brasilien nie derartig straff durchorganisiert worden seien wie die nationalsozialistischen, und umschrieb damit das Argument des „*farblosen und unpolitischen Charakters*“ der faschistischen Auslandsgruppen<sup>38</sup>.

Abweichend von der abweisenden Haltung des italienischen Außenministeriums und seiner Vertretungen in Brasilien und Deutschland zeigte sich Polen an einem gemeinsamen Vorgehen mit Deutschland interessiert und brachte diesen Wunsch sowohl in Berlin wie auch in Rio de Janeiro zur Sprache. Die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen nach dem 10. November 1937 hatten die in Brasilien ansässigen Polen und Brasilianer polnischer Abstammung gleichfalls früh getroffen; zwar besaßen diese keine den nationalsozialistischen und den faschistischen Gruppen ähnliche Organisation, hatten jedoch in ihrem Privatschul- und Vereinswesen schwere Einbußen zu erleiden<sup>39</sup>. Die Konzentrierung der polnischen Einwanderer und ihrer Nachkom-

men in Paraná, dem Staat, der sich durch besonders konsequente Nationalisierungsmaßnahmen auszeichnete, versetzte diese ethnische Gruppe in eine besonders ungünstige Lage<sup>40</sup>. Dementsprechend zeigte sich die polnische Regierung an einem gemeinsamen Vorgehen mit Deutschland interessiert und war bemüht, sich mit Deutschland in diesem Punkt zu einigen<sup>41</sup>.

Am 18. Mai sprach der polnische Botschafter in Deutschland bei Staatssekretär von Weizsäcker die Frage der Nationalisierungsmaßnahmen in Brasilien an. Im Verlauf des Gesprächs bestärkte von Weizsäcker die offensichtlichen polnischen Bestrebungen, in Brasilien eine Demarche vorzunehmen und parallel zu Deutschland zu agieren<sup>42</sup>. In Brasilien wandte sich der polnische Gesandte mehrfach in gleicher Angelegenheit an die deutsche Botschaft<sup>43</sup>; eine Gemeinsamkeit des Vorgehens zwischen der deutschen und der amtlichen polnischen Vertretung in Brasilien schien sich damit abzuzeichnen, bedurfte jedoch noch weiterer Konkretisierungen<sup>44</sup>.

Einen besonderen Akzent gewann das Vorgehen der brasilianischen Regierung im April 1938 für Deutschland durch eine Bemerkung des brasilianischen Außenministers Ritter gegenüber<sup>45</sup>, aus der hervorging, daß nach Auffassung Aranhas die brasilianischen Vorgänge ein baldiges Echo in anderen lateinamerikanischen Staaten finden würden<sup>46</sup>; Ritter beeilte sich, diesen Hinweis in einem Telegramm an das Auswärtige Amt zu übermitteln<sup>47</sup>, und verdeutlichte mit seinem Kommentar die Besorgnisse, die diese Möglichkeit einer Ausbreitung der brasilianischen Maßnahmen hervorzurufen geeignet waren<sup>48</sup>. Verschiedene Andeutungen des argentinischen Botschafters in Deutschland von Mitte Mai 1938<sup>49</sup> verdeutlichen, daß die Bemerkung Oswaldo Aranhas eine ernste Warnung enthielt und Grund zu Befürchtungen gegeben war<sup>50</sup>.

Die Berichterstattung aus Brasilien löste in Deutschland bei der Auslandsorganisation der NSDAP Beunruhigung aus. Gauleiter Bohle ersuchte von Cossel, unverzüglich nach Deutschland zu kommen, um im persönlichen Gespräch die Lage in Brasilien zu überprüfen und Vorschläge für eine Fortführung der Parteiarbeit ausarbeiten zu können<sup>51</sup>. Die Abreise von Cossels verzögerte sich jedoch bis weit in den Mai hinein und erfolgte schließlich unter den veränderten Vorzeichen der Auswirkungen des Integralistenputsches, der eine weitere Verschärfung der Lage in Brasilien brachte.

Das Auswärtige Amt war bestrebt, den Anregungen Ritters zu folgen und insbesondere der Frage einer Zusammenarbeit mit Italien nachzugehen. Im Auswärtigen Amt herrschte gegen Ende April eine nüchterne Sicht der Ereignisse in Brasilien vor, die in ihr Urteil mit einbe-

zog, daß auch andere ethnische Gruppen von den Nationalisierungsmaßnahmen betroffen wurden und die die ungünstige Lage der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung zumindest für den Bereich der Nationalisierung des Schulwesens mit ethnozentrischen Tendenzen dieser Gruppe zu erklären suchte<sup>52</sup>.

Die Verantwortung für die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen wurde zu diesem Zeitpunkt im Auswärtigen Amt noch vorwiegend in Brasilien gesucht und es wurde das Moment der US-amerikanischen Einflußnahme nur zögernd ins Gespräch gebracht. Auch wurde die von Ritter nach Berlin übermittelte Kennzeichnung des Dekrets Nr. 383 als eines unfreundlichen Aktes gegen Deutschland in den Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes von Ende April explizit nicht übernommen. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß diese Stellungnahmen ohne Kenntnis der Schreiben Ritters vom 26. und 28. April und ihrer Anlagen erfolgten.

Das Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938 veranlaßte die Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP zu einer weitgehenden Beschränkung ihrer Aktivitäten, die jedoch in begrenzter Form weitergeführt wurden. Der Versuch einer Betätigung in dem früheren Umfang verbot sich von vornherein angesichts der zu befürchtenden nachhaltigen Schwierigkeiten, die in weiteren Verhaftungen ihre Bestätigung erfuhren. Von Cossel bemühte sich im Einvernehmen mit Ritter und vermutlich auf dem Hintergrund entsprechender Weisungen aus Deutschland um Wahrung der Interessen der Partei in dem noch möglichen Umfang<sup>53</sup>. Über die getroffenen Maßnahmen berichtete der Landesgruppenleiter im Rahmen der „Ibero-Amerika-Konferenz“, die im Sommer 1939 im Auswärtigen Amt stattfand<sup>54</sup>. Aus seinen Darlegungen geht hervor, daß versucht wurde, eine Kontinuität in der Führung der Parteimitglieder und der Gesamtheit der Reichsdeutschen von seiten der Partei zu wahren. Von Cossel verblieb als „Kulturbeirat“ der Botschaft<sup>55</sup> in Brasilien mit der Funktion eines „bevollmächtigten Beauftragten des Chefs AO“ und der Stellung eines „Landesgruppenleiter(s) beim Stabe der AO“. Er präzierte seine Aufgaben als „Führung, Ausrichtung und Betreuung der Reichsdeutschen seines Gebietes“ und bekundete damit den Anspruch der Partei auf Führung der Reichsdeutschen in Brasilien auch nach dem Verbot der Parteiorganisation. Von Cossel war bemüht, in der Öffentlichkeit möglichst wenig in Erscheinung zu treten und die verbleibenden Aktivitäten der Partei über Vertrauensleute in Zusammenarbeit mit der Botschaft und den Konsulaten abzuwickeln. Damit war in der Führung der Anspruch der Auslandsorganisation der NSDAP auf Fortführung der Parteiarbeit auch

nach einem Verbot in der von Bohle auf der Ibero-Amerika-Konferenz als erstrebenswert hingestellten Form gewährleistet.

Eine Präzisierung der verbleibenden Aktivitäten der Partei nahm von Cossel nicht vor. Aus seinen Darlegungen geht hervor, daß der Lösung in der Führung der Parteimitglieder und der Reichsdeutschen keine adäquate Lösung in der Fortführung der Parteigruppen entsprach, damit die Möglichkeiten einer Betätigung der Partei weitgehend beschränkt wurden und eine politisch-weltanschauliche Einflußnahme auf die Reichsdeutschen kaum noch durchführbar erschien. Wie von Cossel im Juni 1939 ausführte, war eine Fortführung der Parteiorganisation in Form von „Hausvereine(n)“ geplant, die bereits angemeldet, aber noch nicht genehmigt waren; bis Mitte 1939 war also noch keine organisatorische Zusammenfassung der Parteimitglieder erfolgt und auch nicht möglich. Als positiv für das Bestreben der Partei war zu verzeichnen, daß das zentrale Organ der Landesgruppe, der „Deutsche Morgen“, weiter erscheinen konnte und damit dieses Mittel vorsichtig gehandhabter Einflußnahme zur Verfügung stand.

Günstiger erschien die Lage der DAF-Gruppen; wie aus verschiedenen Hinweisen ersichtlich ist<sup>56</sup>, gelang es, diese Gruppierungen teilweise umzuwandeln und als ausländische Vereinigungen in Anpassung an die Bestimmungen des Dekrets Nr. 383 über den 18. April 1938 hinweg zu retten. Lösungen dieser Art sind für Rio de Janeiro und für São Paulo belegt. Die Nachfolgevereinigungen der DAF-Gruppen erhielten den Namen „Bund der schaffenden Reichsdeutschen“ resp. „União beneficente e educativa alemã“.

In São Paulo wurde die dortige Vereinigung der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Frau im Ausland“ dem „Bund der schaffenden Reichsdeutschen“ angeschlossen und somit auch für diese nationalsozialistische Organisation eine Lösung gefunden, die ein Fortbestehen über den 18. April hinaus ermöglichte. Auch für den DBJ wurde zunächst eine Lösung in Form einer Eingliederung in die „Federação 25 de Julho“ als „Juventude 25 de Julho“ gefunden, die jedoch bereits im Juni 1938 durch Ereignisse um die „Federação 25 de Julho“ ein baldiges Ende fand<sup>57</sup>.

Aus allem ergibt sich, daß das Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938 für die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien eine einschneidende Maßnahme darstellte, daß jedoch versucht wurde, die Bestimmungen des Dekrets zu umgehen und ein gewisses Maß an nationalsozialistischer Aktivität über den 18. April hinaus zu bewahren. In der Folgezeit wurde von brasilianischer Seite wiederholt gegen das Weiterbestehen nationalsozialistischer Aktivitäten nach dem 18. April

polemisiert und vorgegangen<sup>58</sup> und insbesondere die Tätigkeit von Cossels mit Mißtrauen betrachtet; die skizzierten Bestrebungen, in Brasilien die Forderung der Auslandsorganisation nach Fortführung der Parteiaktivität um jeden Preis zu verwirklichen, bieten eine Erklärung des brasilianischen Vorgehens, wobei die Frage des Realitätsgehaltes der brasilianischen Vorwürfe zunächst offenbleiben muß.

Die Bestimmungen des Dekrets Nr. 383 lösten eine Vielzahl heftiger Spannungen innerhalb der Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung um den künftigen Status ihrer Vereine aus, die sich zu einer weltanschaulichen Auseinandersetzung auswuchsen<sup>59</sup>. Von seiten der Nationalsozialisten wurde nicht mit Vorwürfen wie „Gesinnungslumpen“ gegen die Befürworter einer „brasilianischen“ Lösung gespart, und die Auseinandersetzungen drohten die Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung ernstlich zu spalten, und zwar bereits auf der Ebene der deutschen Staatsangehörigen. Für Rio de Janeiro und São Paulo ist belegt, daß sich schließlich die Mehrzahl der Vereine als brasilianische Vereinigungen konstituierten und nur eine Minderzahl bestrebt war, sich als ausländische Vereinigung registrieren zu lassen. Die „brasilianische“ Lösung wurde mit einem Bündel von Argumenten befürwortet, die teilweise ökonomische Motivationen widerspiegeln, teilweise aber auch als deutliche Reflexion der Lage des überwiegenden Teils dieser ethnischen Gruppe anzusehen sind, für die Brasilien Heimat und Zukunft darstellte. Das Dekret Nr. 383 zeitigte in diesem Teil seiner Bestimmungen einen eindeutigen Erfolg, der eine weitere Stärkung durch das Faktum erhielt, daß eine Einflußnahme von seiten der Partei im Sinne einer nationalsozialistischen Ausrichtung dieser brasilianischen Vereine nur in begrenztem Umfang möglich war und damit die Position des Nationalsozialismus innerhalb der Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung in einem weiteren entscheidenden Punkt merklich geschwächt wurde<sup>60</sup>.

Die Durchführung des Dekrets Nr. 383 und die Reaktionen innerhalb der Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung bieten ein komplexes Bild, das hier nur in wenigen Zügen angedeutet werden konnte. Eine Verabsolutierung des Gesagten in Richtung einer Überbetonung der Betätigung und des Einflusses der Nationalsozialisten in Brasilien nach dem 18. April 1938 erscheint unangebracht, und es muß vor einseitigen Schlußfolgerungen gewarnt werden, zu denen die Thematik allzu leicht Anlaß bietet. Das Dekret Nr. 383 brachte — und das bleibt abschließend festzuhalten — für die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien einen entscheidenden Einschnitt und eine weitgehende Beschränkung ihrer Aktivität.



### 3 · INTEGRALISTENPUTSCH UND FALL KOPP MAI UND JUNI 1938

In der Nacht vom 10. auf den 11. Mai<sup>1</sup> erfolgte in Brasilien ein Putschversuch der Integralisten, der binnen kurzem niedergeschlagen wurde. Im Anschluß an den Putsch fand die Version einer deutschen Unterstützung des Putsches Verbreitung; außerdem wurde eine Vielzahl von Reichsdeutschen in verschiedenen Teilen des Landes verhaftet. Die Folge dieser Ereignisse war eine ernste Verstimmung zwischen den beiden beteiligten Ländern Brasilien und Deutschland, die ihren Abschluß in der Abberufung der Botschafter im September/Oktober des Jahres fand. Mit dem Integralistenputsch vom Mai 1938 begann ein neuer Abschnitt in dem knappen Jahr deutsch-brasilianischer Beziehungen, das das zweite Kapitel der Arbeit umfaßt. Zwei Momente prägten diesen dritten Abschnitt, zum einen der Integralistenputsch von Anfang Mai und zum anderen der Tod von Federico Kopp in einem brasilianischen Gefängnis Ende Juni 1938. Kopp war an leiternder Stelle in der „Federação 25 de Julho“ tätig, einer der Vereinigungen der Brasilianer deutscher Abstammung, die in den dreißiger Jahren unter dem vielbeschworenen Zeichen des 25. Juli, des Einwanderungstages der ersten deutschen Einwanderer in Brasilien, eine Zusammenfassung der Deutschbrasilianer in einer überregionalen und überkonfessionellen Vereinigung herbeizuführen suchten.

Der Tod Kopps steht in Zusammenhang mit dem Integralistenputsch, bildet jedoch einen in sich geschlossenen und eigenständigen Komplex. In der neueren deutschen Literatur über die nationalsozialistische Außenpolitik gegenüber Lateinamerika wird dem Integralistenputsch und dem Fall Kopp besondere Beachtung geschenkt unter dem Gesichtspunkt der deutschen Unterstützung lateinamerikanischer rechtsextremistischer Bewegungen zur Durchsetzung deutscher Expansionsbestrebungen in Lateinamerika<sup>2</sup>. Eine eingehende Analyse des vorliegenden Quellenmaterials im Hinblick auf diesen Fragenkreis erscheint geboten.

Spätabends am 11. Mai unterrichtete Botschafter Ritter das Auswärtige Amt von dem Putschversuch der Integralisten und regte an, aus dem Putsch politisches Kapital zu schlagen<sup>3</sup>. Seine Vorschläge, auf die er in einem ausführlichen Schreiben zum Integralistenputsch vom folgenden Tage noch einmal einging<sup>4</sup>, liefen darauf hinaus, die Ereignisse in Brasilien in der deutschen Presse sensationell aufzuziehen und gegen die Regierung Vargas auszuwerten<sup>5</sup>. Gedacht wurde an groß aufgemachte Überschriften des Inhaltes „Blutiges Diktat in Brasilien, Polizeiterror,

tausend Tote“<sup>6</sup>. Ritter wünschte, daß in den Presseverlautbarungen auf eine wachsende Unzufriedenheit des brasilianischen Volkes mit seiner gegenwärtigen Regierung hingewiesen und als deren Grund Mißbehagen an der zunehmenden Abhängigkeit der Vargas-Regierung von den USA und Erbitterung über den „Betrug“<sup>7</sup> an den Integralisten herausgestellt würde. Der Stil der Überschriften kündete bereits die erstrebte Charakterisierung der brasilianischen Regierung an.

Mit seinen Anregungen für die Pressebehandlung des Integralistenputsches bezweckte Ritter, die brasilianische Regierung außenpolitisch zu isolieren und moralisch unter Druck zu setzen, um die deutsche Position in den Verhandlungen um die Nationalisierungsmaßnahmen zu stärken. Seine Beurteilung der Lage in Brasilien und im besonderen der Stellung der Regierung Vargas, die sich in inhaltlich analoger Weise im Telegramm vom 11. und im Schreiben vom 12. Mai findet, spiegelte aufs deutlichste den Wandel in der Beurteilung der Regierung Vargas seit dem 10. November 1937 unter dem Eindruck der zunehmenden Verschlechterung der deutsch-brasilianischen Beziehungen wider. Zudem begannen bereits am 12. Mai erste Besorgnisse über eventuelle ungünstige Auswirkungen des Putsches auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen die Berichterstattung Ritters zu beeinflussen. An diesem Tage prophezeite Ritter in seinem Schreiben an das Auswärtige Amt eine Verschärfung der antideutschen Stimmung in Brasilien aus Anlaß des Putsches und begründete seine Annahme mit Gerüchten, die in der Stadt Rio de Janeiro zirkulierten und die besagten, daß deutsche Kreise im Einverständnis mit den Integralisten den Putsch organisiert hätten. Einen Tag später informierte Ritter das Auswärtige Amt von Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger in São Paulo, die im Zusammenhang mit dem Putsch erfolgten<sup>8</sup>; wieder einen Tag später, am 14. Mai, berichtete der Botschafter, daß an diesem Tage verschiedene brasilianische Blätter in sensationeller Aufmachung Deutschland beschuldigt hätten, den Putsch finanziert zu haben<sup>9</sup>. Damit hatten sich die Vorzeichen, unter denen sich der Putsch Ritter zunächst darstellte und denen das Auswärtige Amt aufgrund der Berichterstattung Ritters zu folgen geneigt war<sup>10</sup>, in ihr Gegenteil verkehrt.

Die antideutschen Auslassungen der brasilianischen Presse nach dem Integralistenputsch wuchsen sich bald zu einer ernststen Bedrohung der deutsch-brasilianischen Beziehungen aus, auch wenn der Charakter der Artikel und der der Träger der Angriffe von vornherein Abstriche an der Seriosität der Anklagen nahelegt. Ohnehin scheint die Bedeutung dieser Beschuldigungen vornehmlich in der Massierung antideut-

scher Auslassungen gelegen zu haben. Inhaltlich kreisten die Presseverlautbarungen um eine Beschuldigung Deutschlands, der deutschen Botschaft<sup>11</sup>, deutscher Staatsangehöriger und deutscher Firmen, den Integralistenputsch unterstützt zu haben. Auslassungen des Bundespräsidenten über eine nicht weiter präzierte „Hilfe von außerhalb“ boten gefährlichen Zündstoff für Verdächtigungen der geschilderten Art<sup>12</sup>. Die antideutschen Auslassungen der brasilianischen Presse im Anschluß an den Integralistenputsch zogen sich bis zum 18. Mai hin und endeten ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatten<sup>13</sup>. Das Verstummen der Pressekampagne ist auf eine Intervention des brasilianischen Außenministeriums auf massive Beschwerden Botschafter Ritters hin zurückzuführen.

In seinen Protesten über die Presseverlautbarungen forderte Ritter von der brasilianischen Regierung eine klare Dementierung der Beschuldigungen. Die Verhandlungen um das herauszugebende Dementi zögerten sich bis zum 21. Mai hinaus und nahmen zunehmend schärfere Formen an. Höhepunkt der Verhandlungen bildete eine heftige Auseinandersetzung Ritters mit Oswaldo Aranha am 21. Mai, die der Botschafter selber als „dramatisch“ kennzeichnete<sup>14</sup>. In der Zeit bis zum 21. Mai nahm Ritter jede sich bietende Gelegenheit wahr, um der brasilianischen Regierung schriftlich und mündlich die Verärgerung der deutschen Regierung über die fraglichen Presseverlautbarungen zu unterbreiten und seine Forderung einer eindeutigen Dementierung der Beschuldigungen vorzubringen<sup>15</sup>.

Die steten und nachdrücklichen Vorstellungen des Botschafters, zu denen sich gleichlautende Beschwerden des Auswärtigen Amtes bei dem brasilianischen Botschafter in Deutschland<sup>16</sup> und auf Wunsch Ritters und Veranlassung des Auswärtigen Amtes eine gezielte Polemik in der deutschen Presse gesellten<sup>17</sup>, veranlaßten die brasilianische Regierung, den deutschen Forderungen nachzukommen. Am 14. Mai gab Außenminister Aranha in Gegenwart Ritters die Anweisung, daß die beanstandeten Presseverlautbarungen zu stoppen seien<sup>18</sup>; ein erneuter scharfer Einspruch des Botschafters war jedoch notwendig, um dieser Weisung den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Nach weiteren Vorstellungen von deutscher Seite erklärte sich schließlich der brasilianische Außenminister am 21. Mai bereit, ein Dementi des gewünschten Inhaltes herauszugeben<sup>19</sup>. Dieser Zusicherung war vermutlich eine Intervention des brasilianischen Bundespräsidenten zugunsten der Forderungen der deutschen Regierung vorausgegangen<sup>20</sup>.

Am 22. Mai veröffentlichte die brasilianische Regierung wie versprochen ein Dementi des Inhaltes, daß ein Teil der brasilianischen

Presse die Behauptung einer Unterstützung des Integralistenputsches von seiten deutscher Firmen und deutscher Staatsangehöriger verbreitet hätte, daß „bis jetzt“ jedoch keinerlei Beweise vorlägen, die diese Beschuldigung rechtfertigten<sup>21</sup>. In dem anschließenden Kommentar der „Deutschen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz“, der auf Anregungen Ritters zurückging<sup>22</sup>, wurde die Beendigung der Krise im Anschluß an den Integralistenputsch gebührend vermerkt und insbesondere die Initiative des brasilianischen Bundespräsidenten für die erfolgreiche Beseitigung der Spannungen hervorgehoben, die noch einmal in aller Ausführlichkeit dargelegt wurden. Gleichzeitig benutzte der Kommentar jedoch den Anlaß, um den noch offenstehenden deutschen Forderungen auf dem Gebiet der Nationalisierung Nachdruck zu verleihen und bewahrte so insgesamt in seiner Stellungnahme zu dem Dementi der brasilianischen Regierung eine zurückhaltende und kritische Haltung.

Im Anschluß an die Meldung von dem Erfolg der deutschen Interventionen in der Dementifrage stellte Ritter Überlegungen über die möglichen Beweggründe an, die die brasilianische Regierung veranlaßt haben mochten, der Herausgabe des Dementis so große und langanhaltende Schwierigkeiten entgegenzusetzen, die auch noch aufrechterhalten wurden, nachdem von zuständiger Stelle längst die Zusage gegeben worden war, daß keinerlei Beweise für eine deutsche Unterstützung des Integralistenputsches vorlägen.

Eine mögliche Erklärung schien dem Botschafter, daß die Untersuchungen Beweise für die Beteiligung anderer Staaten oder Ausländer anderer Nationalität am Integralistenputsch ergeben hätten und daß die brasilianische Regierung sich nun scheute, das gewünschte Dementi zu veröffentlichen, da sie befürchten mußte, einem anderen Staat verweigern zu müssen, was sie Deutschland gewährt hatte<sup>23</sup>. Mit dieser Annahme verdächtigte Ritter vor allem Italien und italienische Staatsangehörige; die spätere Aufnahme des flüchtigen Leutnant Fourniers, eines am Integralistenputsch maßgeblich Beteiligten, in der italienischen Botschaft, scheint diesem Verdacht eine gewisse Berechtigung zu verleihen, ohne ihn zu verifizieren<sup>24</sup>.

Nicht minder ernst als die Beschuldigungen in der brasilianischen Presse und die Ausbreitung antideutscher Ressentiments in Brasilien im Anschluß an den Integralistenputsch nahm die deutsche Regierung die verschiedenen Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger, die im Zusammenhang mit dem Putschversuch erfolgten<sup>25</sup>. Kurz nach dem mißglückten Putsch wurde in São Paulo eine Anzahl deutscher Staatsangehöriger — unter ihnen verschiedene ehemalige österreichische

Staatsangehörige<sup>26</sup> — verhaftet. In den Akten des Referates Pol IX finden sich ausführliche Protokolle über den Gang der Verhaftungen und die Verhöre der Verhafteten<sup>27</sup>, die durchweg der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP oder der „Deutsch-Österreichischen Vereinigung“, der Organisation der österreichischen Nationalsozialisten, die mit dem Anschluß Österreichs ihr Sonderdasein einstellte<sup>28</sup>, angehörten oder richtiger angehört hatten, da seit dem Erlaß des Dekrets vom 18. April 1938 die Parteiorganisation in der bisherigen Form zu existieren aufgehört hatte. Ein Teil der Verhafteten stand als Herausgeber oder als Drucker in enger Verbindung mit der nationalsozialistischen Wochenzeitung der „Deutsche Morgen“; aus diesem zweifellos nicht zufälligen Zusammentreffen zog das Generalkonsulat in São Paulo den Schluß, daß die Initianten der Verhaftungen unter anderem beabsichtigten, einen vernichtenden Schlag gegen das bedeutendste Organ der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP, den „Deutschen Morgen“, zu führen.

Die Protokolle zeigen, daß gegen die Verhafteten ein Gemisch von Beschuldigungen vorgebracht wurde, das nur z. T. auf den Integralistenputsch Bezug nahm. Ein großer Teil der Fragen kreiste um innere Belange der Parteiorganisation in Brasilien und zielte darauf ab, die Ungesetzlichkeit der nationalsozialistischen Aktivitäten herauszuarbeiten; daneben wurde Verdächtigungen machtpolitischer Ambitionen der Verhafteten Raum gewährt<sup>29</sup>. Die Verhöre ergaben keine Anhaltspunkte für eine Verurteilung der Verhafteten, die nach etlichen Tagen alle freigelassen wurden, nachdem sich zudem die Botschaft in Rio de Janeiro, das Generalkonsulat in São Paulo und das Auswärtige Amt energisch für ihre Freilassung eingesetzt hatten. Bei allen Fragen, die geeignet waren, Klarheit über den inneren Aufbau der Parteiorganisation und ihrer Betätigung unter den Brazilianern und Deutschbrasilianern zu verschaffen, verstanden es die Verhafteten durchweg, geschickt der Wahrheit auszuweichen<sup>30</sup>; eine Skepsis gegenüber ihren Aussagen scheint hier angebracht. Der Wahrheit entsprechender erscheinen dagegen die übereinstimmenden Beteuerungen der Verhafteten, an dem Integralistenputsch nicht beteiligt gewesen zu sein.

Auch in anderen Teilen des Landes scheinen nach dem Integralistenputsch Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger vorgenommen worden zu sein<sup>31</sup>. Die verschiedenen Hinweise auf diese Verhaftungen deuten darauf hin, daß diese Maßnahmen z. T. ausschließlich unter der Beschuldigung der Fortführung nationalsozialistischer Aktivitäten erfolgten und nicht der Feststellung einer Verbindung zu den Integralisten dienten. Insgesamt scheinen die Verhaftungen deutscher Staats-

angehöriger nach dem Integralistenputsch eher in den Zusammenhang der Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Betätigung in Brasilien zu gehören als in den Zusammenhang der Beschuldigungen einer deutschen Unterstützung des Integralistenputsches. Denunziationen aus dem Kreis der Deutschen und Deutschbrasilianer sind für die Verhaftungen mitverantwortlich zu machen<sup>32</sup>, für die der Integralistenputsch einen geeigneten Auslöser bilden konnte.

Die Verhaftungen in Brasilien bildeten den Anlaß für die Auslandsorganisation der NSDAP, die Frage einer Festnahme prominenter Brasilianer als Repressalie zu ventilieren und an den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren weiterzuleiten<sup>33</sup>. Am 21. Mai erfolgte von Himmlers Dienststelle eine diesbezügliche Anfrage an das Auswärtige Amt, das sich beeilte, diesen Bestrebungen ein Ende zu setzen<sup>34</sup>. Eine Verwirklichung dieser Vorschläge hätte zweifellos eine ernste Gefährdung des Verhältnisses zu Brasilien zur Folge gehabt und dem Auswärtigen Amt die Initiative in der Gestaltung der politischen Beziehungen zu diesem Lande aus der Hand zu nehmen gedroht.

Auf dem Verhandlungswege leistete das Auswärtige Amt Ritter aktive Unterstützung in der Frage des Dementis der Beschuldigungen der brasilianischen Presse und in der Frage der Begegnung der Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger nach dem Integralistenputsch. In einer Vielzahl von Unterredungen mit dem brasilianischen Botschafter in Deutschland, Moniz de Aragão, forderte Staatssekretär von Weizsäcker mit Nachdruck die Entlassung der Inhaftierten und die Herausgabe des Dementis und betonte die Verstimmung über die für Deutschland nachteiligen Auswirkungen des Integralistenputsches. Moniz de Aragão zeigte sich in diesen Unterredungen um eine Entspannung bemüht, bewies jedoch durchweg eine weitgehende Uninformiertheit, so daß er den deutschen Vorhaltungen zumeist keine konkreten Aussagen entgegenzusetzen konnte. Teilweise begegnete er den deutschen Beschwerden mit Argumenten, die im Widerspruch zu den Ereignissen in Brasilien standen und die nur auf eine falsche oder die Realität verfälschende Unterrichtung des Botschafters von seiten der brasilianischen Regierung oder auf eine bewußte Verharmlosung der Ereignisse in Brasilien von seiten des Botschafters selbst zurückgeführt werden könnten<sup>35</sup>. Das Verhalten des Botschafters scheint ersteres nahezu legen. Staatssekretär von Weizsäcker schloß aus dem Verlauf der Unterredung, daß die brasilianische Regierung gewillt war, das Schwergewicht der Verhandlungen in Brasilien zu belassen<sup>36</sup>; diese Annahme vermag die bemerkenswerte Uninformiertheit des brasilianischen Botschafters weitgehend zu erklären,

die diesen in die unangenehme Lage versetzte, auf unsicherem Grund verhandeln zu müssen.

Entsprach das Auswärtige Amt in der Frage der Verhandlungsführung — und ebenso auch in der Frage der Einbeziehung der deutschen Presse als zusätzlichen Druckmittels in die Verhandlungen — den Wünschen Ritters und befand sich mit dessen Vorgehen in Übereinstimmung, so offenbarten sich in anderen Punkten schwerwiegende Differenzen zwischen den vom Botschafter und den vom Auswärtigen Amt Brasilien gegenüber befürworteten Verhaltensweisen. Diese Unterschiedlichkeit der Auffassungen, die sich bereits vor dem 18. April abzuzeichnen begann, verschärfte sich nach dem Erlaß des Dekrets Nr. 383 und dem Integralistenputsch. Mit der Zunahme der Spannungsmomente im April und Mai 1938 stellte sich für Ritter immer dringlicher das Problem, wie eine erfolgreiche Politik gegenüber Brasilien ungeachtet des Fehlens geeigneter Pressionsmittel zu betreiben sei<sup>37</sup>. Aus dieser Zwangslage heraus ventilierte der Botschafter Schritte, die sich teilweise mit dem Gebot politischer Klugheit nicht vereinen ließen und die im Auswärtigen Amt auf Widerspruch stoßen mußten, das durchweg eine vorsichtiger und zögerndere Haltung gegenüber den Ereignissen in Brasilien einnahm<sup>38</sup>.

Diese Unterschiedlichkeit der Auffassungen trat insbesondere in der Frage der Einbeziehung des gesellschaftlichen Bereiches in die politischen Spannungen zutage, die Ritter am 21. und 28. April ansprach und die er nach dem Integralistenputsch erneut ins Gespräch brachte<sup>39</sup>. Mit diesem Vorstoß begab sich Ritter auf eine Verhandlungsebene, die in Deutschland und in Brasilien Verstimmungen auslöste<sup>40</sup>.

Zunächst suchte die Botschaft über einen Privatbrief Botschaftsrat von Levetzows an den Leiter der Abteilung Protokoll, Vicco von Bülow-Schwante, dem Auswärtigen Amt die Frage der Anwendung gesellschaftlicher Druckmittel in der Auseinandersetzung mit der brasilianischen Regierung noch einmal in aller Dringlichkeit nahezubringen<sup>41</sup>. Die Vorschläge von Levetzows, die im Einvernehmen mit Botschafter Ritter erfolgten<sup>42</sup>, liefen auf eine weitgehende gesellschaftliche Isolierung des brasilianischen Botschafters in Deutschland hinaus, auf die von Partei und Auswärtigem Amt gemeinsam hingearbeitet werden sollte. Von Levetzow rechnete mit einer tiefgehenden Verstimmung des brasilianischen Botschafters und nahm an, daß dieser unverzüglich seiner Regierung Mitteilung hiervon machen und damit die brasilianische Regierung in seine Verstimmung einbeziehen werde. Auf diesem Wege erhoffte sich die Botschaft eine Verbesserung ihrer Verhandlungsposition, da sie einerseits auf eine große Empfindlichkeit der Brasilianer

im Bereich des gesellschaftlichen Verhaltens baute und andererseits als günstig veranschlagte, daß die indifferente Haltung der brasilianischen Regierung gegenüber dem diplomatischen Korps die Gefahr etwaiger entsprechender Gegenmaßnahmen von vornherein bannte.

Ohne eine Verständigung mit dem Auswärtigen Amt abzuwarten, suchte Ritter sein Konzept einer Einbeziehung des gesellschaftlichen Bereiches in die politische Auseinandersetzung zu verwirklichen, indem er eine Einladung des brasilianischen Außenministers an das gesamte diplomatische Korps anläßlich der Anwesenheit des chilenischen Außenministers in Brasilien mit einem prononcierten Hinweis auf die gegenwärtigen politischen Spannungen zwischen Brasilien und Deutschland ausschlug<sup>43</sup>. Bei dieser Gelegenheit hatte der Botschafter — ohne der Rückendeckung des Auswärtigen Amtes gewiß zu sein — dem brasilianischen Außenminister unterbreitet, daß der brasilianische Botschafter in Deutschland von seiten der Partei und des Auswärtigen Amtes gesellschaftlich boykottiert werde. Mit diesem Vorgehen löste Ritter allseitige Verärgerung aus: Sowohl der brasilianische wie der chilenische Botschafter brachten diese Frage in Berlin zur Sprache<sup>44</sup>; über die Verstimmung Oswaldo Aranhas berichtete Ritter selber in seiner Berichterstattung an das Auswärtige Amt, in der er nachträglich um Rückendeckung für sein voreiliges Vorgehen ersuchte; das Auswärtige Amt sah sich aufgrund der Eigenmächtigkeit Ritters veranlaßt, diesen zu maßregeln und von ihm zu verlangen, den brasilianischen Außenminister von der Unhaltbarkeit seiner eigenen Argumentation in Kenntnis zu setzen<sup>45</sup>.

Mit dem Versuch, die politischen Spannungen auf den gesellschaftlichen Bereich zu übertragen und durch seine Voreiligkeit, diese Bestrebungen auch ohne Rückendeckung des Auswärtigen Amtes zu verwirklichen, trug Ritter wesentlich zu seiner Ende September erfolgten Abberufung bei. Die Gegebenheiten, unter denen sich Ritter in Brasilien durchsetzen und eine erfolgreiche Politik betreiben mußte, waren denkbar ungünstig. Kritisch wurde seine Lage, als er nach dem Integralistenputsch durch sein scharfes Auftreten und durch seine Bestrebungen nach Einbeziehung des gesellschaftlichen Bereiches in die schwebenden Auseinandersetzungen sich Oswaldo Aranha zum Gegner machte, der bemüht war, auf eine Ersetzung des ihm nicht genehmen Botschafters hinzuwirken.

Ende Mai 1938 waren deutliche Anzeichen dieses Bestrebens des brasilianischen Außenministers zu verspüren, die nicht nur in Brasilien, sondern auch in Deutschland offenkundig wurden<sup>46</sup>. So teilte Reichsaußenminister von Ribbentrop Ritter am 31. Mai mit, daß die brasi-



lianische Regierung vermutlich eine Demarche wegen seines Vorgehens während der letzten Zeit vornehmen wollte und sicherte ihm nachdrücklich zu, daß er sich in einem solchen Falle hinter ihn stellen würde<sup>47</sup>. Entgegen den Befürchtungen auf deutscher Seite nahm die brasilianische Regierung jedoch zunächst von diesem Vorhaben Abstand und kam erst im September auf diese Frage zurück. Die Beweggründe für die Verzögerung der Demarche der brasilianischen Regierung ließen sich nicht schlüssig ermitteln. Während der Auseinandersetzung um die Abberufung der Botschafter Ritter und Moniz de Aragão im September/Oktober 1938 beschuldigte Oswaldo Aranha den brasilianischen Botschafter in Deutschland, ihm vor Monaten erteilte Weisungen, auf eine Ersetzung Botschafter Ritters in „freundschaftlicher Weise“ hinzuarbeiten, nicht ausgeführt zu haben, und bürdete damit Moniz de Aragão die Verantwortung für die Entwicklung der Botschafterfrage auf<sup>48</sup>. Die Möglichkeit eines Versagens des brasilianischen Botschafters kann nicht ausgeschlossen werden; sie impliziert, daß dieser aus eigener Machtvollkommenheit konkrete Direktiven seiner vorgesetzten Stelle übergab. Demgegenüber erscheint die Deutung, daß sich der brasilianische Außenminister — aus welchen Beweggründen auch immer — Ende Mai genötigt sah, beabsichtigte Schritte gegen Botschafter Ritter auf einen späteren, geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben, nicht weniger wahrscheinlich.

Ende Mai und noch deutlicher Mitte Juni sah Ritter die Krise in den deutsch-brasilianischen Beziehungen im Anschluß an den Integralistenputsch als überwunden an<sup>49</sup>. Er konnte zur Stützung seiner Auffassung anführen, daß die Polemiken in der brasilianischen Presse verstummt seien, die unter der Beschuldigung einer Unterstützung des Putsches verhafteten deutschen Staatsangehörigen aus den Gefängnissen entlassen worden seien und daß sich das brasilianische Außenministerium für verschiedene Übergriffe der Polizei entschuldigt habe. Nicht zuletzt dürfte das Ausbleiben der erwarteten Demarche der brasilianischen Regierung zu diesem Eindruck beigetragen haben.

Die Schlußfolgerungen Ritters sollten sich jedoch als voreilig erweisen. Ende Juni verstarb Federico Colin Kopp, einer der Leitenden der „Federação 25 de Julho“, der eng mit der Botschaft und der Partei zusammengearbeitet hatte, in einem brasilianischen Gefängnis. Die Hintergründe seines Todes lassen sich nicht vollständig erhellen, sei es, daß Kopp Selbstmord verübte, sei es, daß er von brasilianischen Polizeiorganen getötet wurde. Zu der Verhaftung Kopps scheint eine Vielzahl an Beweggründen geführt zu haben, die sich einerseits in die Kategorie Unterstützung der Integralisten und andererseits in die Ka-

tegorie Unterstützung der Nationalsozialisten einordnen lassen. Die Verhaftung und der Tod Kopps stellen sich als ein tragisches Nachspiel zu dem Integralistenputsch dar und verweisen gleichzeitig auf die Nationalisierung der Zeit vor dem Integralistenputsch. Die deutsche Regierung war bestrebt, über den Fall Kopp keine neue Verstimmung zwischen Brasilien und Deutschland entstehen zu lassen; ihren Wünschen kam entgegen, daß Kopp brasilianischer Staatsangehöriger deutscher Abstammung war und sich aus diesem Grunde ein Einspruch bei der brasilianischen Regierung verbot. Verschiedene Ereignisse in Brasilien wirkten sich in der Folgezeit für Deutschland günstig aus, so daß sich die Verhaftung und der Tod Kopps trotz aller bedrohlichen Aspekte nicht zu einer erneuten Belastung des deutsch-brasilianischen Verhältnisses auswuchs.

Einige Anmerkungen zur „Federação 25 de Julho“ seien der Schilderung der Ereignisse vorangestellt<sup>50</sup>. Diese Vereinigung mit Sitz in Rio de Janeiro<sup>51</sup> wurde im Jahre 1936 gegründet und stand von vornherein in engster Beziehung zu der Botschaft und der Parteiorganisation. In den dreißiger Jahren nahmen die Bestrebungen zur Zusammenfassung der in Brasilien ansässigen deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in einer überregionalen und überkonfessionellen Organisation unter dem programmatischen Zeichen des 25. Juli mehrfach Gestalt an<sup>52</sup>; so wurde in Rio Grande do Sul die „Arbeitsgemeinschaft 25. Juli“ gegründet, zu der sich eine Vielzahl bedeutender Vereinigungen des riograndenser Deutschtums zusammenschloß. Standen hinter der „Arbeitsgemeinschaft 25. Juli“ führende Persönlichkeiten und Einrichtungen des geistig-kulturellen Lebens der in Rio Grande do Sul ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung, so zählte die „Federação 25 de Julho“ unter ihre leitenden Mitglieder eine Vielzahl Brasilianer deutscher Abstammung, die sich in der Innen- wie Außenpolitik Brasiliens betätigt hatten<sup>53</sup>. Der Sitz der „Federação 25 de Julho“ in Rio de Janeiro, weit entfernt von den Hauptsiedlungsgebieten der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen und in unmittelbarer Nähe der Bundesregierung, entsprach dieser Tendenz und war zweifellos nicht zufälligen Charakters.

Ihren Statuten nach war die „Federação 25 de Julho“ eine unpolitische, auf die kulturelle Zusammenfassung und Beeinflussung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien gerichtete Organisation<sup>54</sup>. Eine entsprechende Charakterisierung gab auch Ritter am 29. Juni in einem ausführlichen Schreiben zur Verhaftung und zum Tode Kopps<sup>55</sup>. Die Darstellung Ritters erfuhr jedoch von seiten des Leiters des Referates Kult E, der die brasilianischen Verhältnisse gleich-

falls aus eigener Anschauung kannte<sup>56</sup>, eine Berichtigung dahingehend, daß diese Vereinigung auch bezwecke, die Brasilianer deutscher Abstammung in das politische Leben Brasiliens einzugliedern<sup>57</sup>. Damit wurde angedeutet, daß die „Federação 25 de Julho“ den Wunsch vieler bemühter Geister der Gruppe der in Brasilien ansässigen Deutschen und Deutschbrasilianer nach Stärkung des politischen Interesses der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen und ihrer politischen Einigung mit dem Ziel einer adäquaten Vertretung ihrer Interessen im politischen Leben Brasiliens teilte.

Die Ausführungen der Botschaft deuten darauf hin, daß die „Federação 25 de Julho“ in enger Zusammenarbeit mit der Botschaft und der Parteiorganisation ihre Zielsetzung zu verwirklichen trachtete<sup>58</sup>. Für die Botschaft stellte die „Federação 25 de Julho“ eine geeignete Möglichkeit dar, Proteste über Nationalisierungsmaßnahmen der brasilianischen Regierung indirekt über eine Vereinigung von Brasilianern deutscher Abstammung vortragen zu können und damit den eigenen Beschwerden zusätzliches Gewicht zu verleihen<sup>59</sup>. Für die Partei bot sich mit der „Federação 25 de Julho“ eine Gelegenheit, Einfluß auf die Brasilianer deutscher Abstammung zu nehmen; nach Einsetzen der Nationalisierungsmaßnahmen nach dem 10. November 1937 bildete die „Federação 25 de Julho“ zudem einen geeigneten Rahmen zur Fortführung bestimmter nationalsozialistischer Aktivitäten — genauer zur Fortführung des DBJ, gegen den sich die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen in besonderem Maße richteten und dessen Eingliederung in die „Federação 25 de Julho“ zwischen Kopp und Neubert, dem bisherigen Leiter des DBJ, im einzelnen geregelt wurde.

In einer inoffiziellen Vereinbarung, die sich als unvollständige Anlage zu dem Schreiben Ritters vom 29. Juni in den Akten Pol IX 19 findet<sup>60</sup>, legten die beiden Kontrahenten die Richtlinien zur Übernahme des DBJ in die „Federação 25 de Julho“ fest. Diese Vereinbarung verdeutlicht, daß Kopp und Neubert bestrebt waren, die DBJ-Arbeit in ungeschmälerter Form fortzuführen, nach außen hin jedoch diese Zielsetzung zu tarnen suchten. Vorgesehen war, daß Neubert die nunmehrige „Juventude 25 de Julho“ in der Position eines Stellvertretenden Landesjugendführers de facto leiten und die Befehlsgewalt nach innen ausüben sollte, während Kopp in der Stellung eines Landesjugendführers die Vertretung der „Juventude 25 de Julho“ nach außen, den brasilianischen Behörden und der „Federação 25 de Julho“ gegenüber, oblag, seine Funktion also darin bestand, die Jugendorganisation zu legalisieren und zu offizialisieren<sup>61</sup>. Analog der Zweiteilung der Führung, mit der zum einen die Eingliederung des DBJ in eine brasilianische

Organisation und damit die Sicherung seines Fortbestehens und zum anderen die Wahrung des Kontinuums in der Jugendarbeit gewährleistet wurde, und in entsprechender Illegalität im Hinblick auf die brasilianische Gesetzgebung, wurde der weitere organisatorische Rahmen der „Juventude 25 de Julho“ abgesteckt<sup>62</sup>. Die Verbindung zur Reichsjugendführung wurde über die Person des Stellvertretenden Landesjugendführers hergestellt und so auch in dieser Beziehung eine nahtlose Weiterführung der DBJ-Arbeit ermöglicht.

Es war vorgesehen, daß diese Vereinbarung in einem Exemplar auf der Botschaft niedergelegt werden und der deutsche Botschafter als Schlichter in Streitfragen auftreten sollte. Ritter scheint jedoch bis zu dem Tode Kopps keine Kenntnis von dem Schriftstück gehabt zu haben, das die Botschaft bei Bekanntwerden exponieren mußte<sup>63</sup>. Am 15. Juni teilte Ritter dem Auswärtigen Amt mit, daß die „Federação 25 de Julho“ als brasilianische Vereinigung es übernommen habe, die „Jugendorganisation der volksdeutschen Jugend durchzuführen“ und leitete damit die offizielle Version über die „Juventude 25 de Julho“ nach Deutschland weiter. Hier wird deutlich, daß Kopp, den Ritter am 29. Juni als die ausschlaggebende Kraft in der „Federação 25 de Julho“ kennzeichnete<sup>64</sup>, unter der Hand eine Politisierung der „Federação 25 de Julho“ betrieb, die über das Bestreben einer Weckung des politischen Interesses der Deutschbrasilianer und ihrer Einschaltung in das politische Leben Brasiliens weit hinausging und die „Federação 25 de Julho“ zu einem Instrument nationalsozialistischer Betätigung werden zu lassen drohte<sup>65</sup>. — Damit rundet sich das Bild der „Federação 25 de Julho“ ab, und es wird deutlich, daß die Charakterisierung Ritters vom 29. Juni eine Verharmlosung dieser Organisation darstellte. Daß eine so geartete Vereinigung brasilianischer Staatsbürger Anlaß für Verdächtigungen von brasilianischer Seite bot, liegt auf der Hand; zudem lieferte Kopp durch Sympathien für die Integralisten weiteren Zündstoff.

Am 27. Juni übermittelte Ritter erstmalig die Nachricht von der Verhaftung und dem Tode Kopps an das Auswärtige Amt, ohne jedoch Genaueres mitteilen zu können<sup>66</sup>. Im Verlauf der folgenden zwei Tage schälten sich die Ereignisse in Brasilien allmählich klarer heraus und es zeigte sich, daß der Fall Kopp geeignet war, die politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland ernstlich zu belasten und zu einer erneuten Verstimmung zwischen den beiden Ländern zu führen.

In weiteren Telegrammen und einem ausführlichen Schreiben unterrichtete Ritter das Auswärtige Amt von den Ergebnissen seiner Nach-

forschungen zur Verhaftung und zum Tode Kopps<sup>67</sup>; bezeichnenderweise wurden Ritter die verschiedenen Informationen von mit Kopp befreundeten Parteimitgliedern zugetragen. Eine von der Botschaft veranlaßte Beschauung der Leiche Kopps durch einen Arzt vermochte die genauen Todesumstände nicht aufzuhellen, da die Aufseher des Leichenschauhauses eine genauere Untersuchung zu verhindern wußten<sup>68</sup>. Im Verlauf der verschiedenen Unterredungen, die Ritter führte, kristallisierten sich jedoch die Umstände der Verhaftung und die mutmaßlichen Verhaftungsgründe relativ klar heraus. Es ergab sich, daß Kopp etwa acht Tage vor seiner Verhaftung eine Warnung zugegangen war, auf die hin er sich bemühte, kompromittierende Schriftstücke aus dem Büro der „Federação 25 de Julho“ in Sicherheit zu bringen. Seine Verhaftung erfolgte am 24. Juni; als die Botschaft am 26. Juni von der Inhaftierung Kopps erfuhr, war dieser bereits tot.

Die Recherchen Ritters ergaben, daß Kopp die Sicherstellung belastender Schriftstücke nicht gelungen war; so stand zu befürchten, daß die Vereinbarung zwischen Kopp und Neubert<sup>69</sup> in die Hände der brasilianischen Polizei gefallen war, ebenso ein Plan für einen neuen Integralistenputsch in den Südstaaten Brasiliens. Aussagen des Vertreters von Transozean wiesen zudem darauf hin, daß Kopp möglicherweise in den Integralistenputsch von Anfang Mai verwickelt gewesen war<sup>70</sup>. Diese verschiedenen Hinweise legen die Schlußfolgerung nahe, daß die Beschuldigungen Kopps um die beiden Punkte Unterstützung der Integralisten und der Nationalsozialisten zentrierten; das weitere Vorgehen der brasilianischen Polizei stützt diese Vermutungen<sup>71</sup>.

Angesichts der Ergebnisse der Befragungen, die Ritter befürchten lassen mußten, daß auch die Botschaft in den Fall Kopp verwickelt werden würde, befürwortete er dringend, Verhaftung und Tod Kopps nicht in die deutsche Presse zu bringen und von deutscher Seite in der Angelegenheit äußerste Zurückhaltung zu üben. Von einer Intervention bei der brasilianischen Regierung hatte Ritter von Anfang an abgeraten mit dem Hinweis auf Kopps Staatsangehörigkeit<sup>72</sup>; nach Bekanntwerden der belastenden Begleitumstände des Falles Kopp vertrat Ritter aufs strikteste eine Politik unbedingten Stillschweigens. Zu Ritters Erleichterung fanden im Zusammenhang mit dem Fall Kopp keine antideutschen Auslassungen in der brasilianischen Presse statt<sup>73</sup>; der Botschafter führte dieses Phänomen darauf zurück, daß die brasilianische Regierung möglicherweise gegenwärtig keine neue Verstimmung mit Deutschland heraufbeschwören wolle oder aber erst nach Abschluß der Ermittlungen an die Öffentlichkeit zu treten gedenke.

Botschaft und Partei taten ein übriges und bemühten sich, die durch den

Fall Kopp belasteten Parteimitglieder nach Deutschland zu schaffen, um sie dem Griff der brasilianischen Behörden zu entziehen, nachdem vorher bei drohenden Verhaftungen Schutz in den Räumen der Botschaft gewährt worden war<sup>74</sup>. Zunächst verwandte sich Ritter erfolgreich für Neubert und Barwich, den Vertreter von „Transozeän“, später betrieb die Botschaft die Heimschaffung von Heinz Hammer-schmidt, dem langjährigen Leiter der „Deutsch-Österreichischen Vereinigung“, der im Zusammenhang mit dem Fall Kopp zehn Tage in São Paulo verhaftet gewesen war, und von Günther Dungs, einem führenden Mitglied des DBJ, der in der Vereinbarung zwischen Neubert und Kopp namentlich genannt wurde<sup>75</sup>. Im Gegensatz zu den erstgenannten scheint die Gefahr einer Verhaftung für Dungs nicht bestanden zu haben, doch wünschten Botschaft und Partei, daß dieser Brasilien verließ, um etwaigen Nachforschungen der brasilianischen Behörden von vornherein den Boden zu entziehen<sup>76</sup>. Diese Heimschaffungen reflektieren die Besorgnisse in Rio de Janeiro um eine Ausweitung des Falles Kopp in eine allgemeine Untersuchung über die nationalsozialistischen Aktivitäten nach dem Verbot vom 18. April 1938, die weniger unter dem Aspekt: Unterstützung des Integralistenputsches von seiten der Parteimitglieder als unter dem Aspekt: Aufhellung der Bestrebungen um Fortführung der Parteiarbeit bedrohlich erschien.

Den Bemühungen Ritters kamen zeitlich parallel liegende Ereignisse, insbesondere die Flucht des am Integralistenputsch maßgeblich beteiligten Leutnants Fournier auf die italienische Botschaft und die daraus resultierenden Spannungen in den brasilianisch-italienischen Beziehungen, entgegen<sup>77</sup>. Die von Ritter befürwortete Politik der Zurückhaltung in der Frage Kopp sollte sich bezahlt machen; der Fall Kopp wuchs sich trotz der ihm innewohnenden bedrohlichen Aspekte nicht zu einer erneuten Bedrohung der deutsch-brasilianischen Beziehungen aus, sondern blieb ein menschlich tragischer Fall, der aus taktischen Gründen dem Vergessen anheimgegeben wurde<sup>78</sup>.

Unter dem Schlagwort „deutsche Unterstützung“ des Integralismus verbergen sich verschiedene Sachverhalte. Zu unterscheiden sind a) Unterstützung von seiten amtlicher deutscher Stellen und b) von seiten privater deutscher Stellen, wobei sich die ersteren privater Kanäle bedienen mochten. Unter den amtlichen Stellen sind insbesondere das Auswärtige Amt und die Auslandsorganisation der NSDAP zu nennen. Über die Stellungnahme der amtlichen deutschen Vertretung in Brasilien zum Integralismus finden sich eine Vielzahl an aufschlußreichen Informationen, die das aus den Ereignissen um den Integralistenputsch gewonnene Bild vertiefen können<sup>79</sup>.

Die Einstellung der amtlichen Vertretung in Brasilien zum Integralismus manifestierte sich auf verschiedenen Ebenen. Nach ersten Berichten aus dem Jahre 1934, die den Integralismus im Gegensatz zum Kommunismus sahen, ohne weiter Stellung zu beziehen<sup>80</sup>, nahm die Frage des Integralismus in der amtlichen Berichterstattung aus Brasilien im Jahre 1935 schärfere Konturen an. Zunächst stellte sich Mitte des Jahres das Problem einer finanziellen und propagandistisch-kulturellen Unterstützung des Integralismus, das von integralistischer Seite an die Gesandtschaft herangetragen worden war<sup>81</sup>. Schmidt-Elskop wandte sich in seinem Bericht an das Auswärtige Amt aufs bestimmteste gegen den Gedanken einer finanziellen Unterstützung der Integralisten, unter nachdrücklicher Betonung der Problematik eines derartigen Schrittes, und wies abschließend darauf hin, daß sich die Reichsvertretung und die Parteiorganisation strikteste Zurückhaltung gegenüber der „Acção Integralista Brasileira“ auferlegten, um den Verdacht einer Einmischung in innerbrasilianische Belange nicht aufkommen zu lassen<sup>82</sup>. In Entsprechung dieser Entscheidung von 1935 wurde auch 1936 ein neuerliches integralistisches Ersuchen um ideelle Unterstützung der weltanschaulichen Aufbauarbeit der „Acção Integralista Brasileira“ abschlägig beschieden<sup>83</sup>.

Auf der anderen Seite befürwortete Schmidt-Elskop in seinen Ausführungen von 1935 einen Ausbau persönlicher Kontakte zu den Integralisten, um für den Fall einer integralistischen Machtübernahme den Boden für eine positive Gestaltung der deutsch-brasilianischen Beziehungen aufzubereiten. Die Berichterstattung der Jahre 1935/1936 aus Rio de Janeiro weist also eine doppelte Orientierung auf, die einerseits bestrebt war, jede Verwicklung in innerbrasilianische Angelegenheiten durch Unterstützung der Integralisten und damit eine mögliche Kompromittierung Deutschlands zu vermeiden, sich andererseits aber darum bemühte, auf unverbindliche Weise gute Kontakte zu führenden Integralisten herzustellen. Überschattet wurden diese Bemühungen durch abfällige Auslassungen Plínio Salgados über den Nationalsozialismus, auf die verschiedentlich in der amtlichen Berichterstattung dieser Jahre hingewiesen wurde<sup>84</sup>.

Neben diesen Überlegungen politischer Opportunität tauchte in der Berichterstattung der Jahre 1935/36 das Moment einer kritischen Auseinandersetzung mit der Zielsetzung der Integralisten in der Frage der Behandlung der verschiedenen Einwanderergruppen und ihres Anspruchs auf Wahrung einer gewissen Eigenständigkeit auf, das im Zusammenhang mit dem starken Zustrom von Deutschbrasilianern zum Integralismus Aktualität gewann. In besonders entschiedener Weise

setzte sich ein Schreiben der Botschaft vom 17. April 1936<sup>85</sup> mit dieser Problematik auseinander, auf dem Hintergrund eines deutlichen Anwachsens der Vorwürfe gegen die „Unassimilierbarkeit“ der Brasilianer deutscher Abstammung, für die die starke deutschbrasilianische Gefolgschaft des Integralismus einen Ansatzpunkt bot. In den Auslassungen vom 17. April wurde die Neigung der Deutschbrasilianer zum Integralismus aufs schärfste verurteilt und dem Integralismus eine extreme nationalistische Orientierung unterstellt, wobei die Besorgnisse um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Gruppe der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen einen Anlaß für diese Kritik boten.

Der 10. November und das anschließende Verbot der politischen Parteien veranlaßte die Botschaft zu einer Vielzahl von Stellungnahmen zum Integralismus. In den Berichten der Botschaft vom November und Dezember, für die von Levetzow verantwortlich zeichnete, erfuhren die Integralisten keine besonders positive Beurteilung<sup>86</sup>. Einerseits wurde ihnen Schwäche in ihrem Verhalten gegenüber der Machtverteilung nach dem 10. November und dem Verbot der politischen Parteien vorgeworfen, andererseits wurde deutlich Kritik an den nationalistischen Ideen der Integralisten geübt. Diese Beurteilung muß auf dem Hintergrund der Stellungnahme der Botschaft zum „Estado Novo“ unmittelbar nach dem 10. November 1937 gesehen werden, die sich aus mehreren Auslassungen von Levetzows belegen läßt, und die in einem Schreiben vom 1. Dezember in einem Vergleich der Vor- und Nachteile einer integralistischen Regierung eine besonders aufschlußreiche Darstellung erfuhr<sup>87</sup>. Es zeigt sich, daß von Levetzow unmittelbar nach dem 10. November 1937 sowohl einer integralistischen Regierung wie der künftigen Regierung Vargas das Bestreben freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland unterstellte, diese Aussage für die Integralisten jedoch mit dem pointierten Hinweis auf die nationalistischen Bestrebungen der „Acção Integralista Brasileira“ abschwächte. Im Gegensatz hierzu sah von Levetzow in einem Schreiben vom 16. November<sup>88</sup> die Lage der Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung unter Getúlio Vargas positiver, ohne sich allerdings analog zu seinen definitiven Aussagen vom 1. Dezember über die Haltung der Integralisten in dieser Frage zu einer Prophezeiung über den künftigen Kurs der Regierung Vargas in der Problematik der Nationalisierung entschließen zu wollen.

Die wenigen Auslassungen Botschafter Ritters aus den Monaten Januar bis einschließlich Mai zum Integralismus, die sich auf eine Betonung der wachsenden Unzufriedenheit von integralistischer Seite im Zusammenhang mit einer allgemeinen Zunahme der Kritik an der Regierung



Vargas konzentrierten, reflektierten die Spannungen mit der brasilianischen Regierung um den Verlauf der Nationalisierung. So ist auch die Wendung „Betrug an den Integralisten“, die Ritter in seiner Berichterstattung über den Integralistenputsch anführte, nicht als Beweis einer Beteiligung der Botschaft am Putsch und der Enttäuschung über das Fehlschlagen des Putsches zu bewerten, sondern im Zusammenhang mit der Verschärfung des Tons der Berichterstattung über die Regierung Vargas mit zunehmender Belastung der deutsch-brasilianischen Beziehungen zu sehen. Bezeichnend hierfür erscheint der Wandel in der Beurteilung der Beweggründe des Verbots der Integralisten, die zunächst in einem Zusammenspiel von Bestrebungen des Bundespräsidenten zur Stärkung der Zentralgewalt als dem vorherrschenden Motiv und einem Eingehen auf die Wünsche der USA gesehen wurden<sup>89</sup>, um mit dem Verlauf der Zeit einseitig zugunsten des letzteren Moments eingeeengt zu werden. Unberücksichtigt blieb hierbei, daß sich das Verbot gegen alle Parteigruppierungen richtete — also nicht nur die Integralisten traf — und somit gleichzeitig als ein antidemokratischer Akt erscheinen mußte. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die behauptete Kausalbeziehung, Druck der USA — Verbot der Integralisten im Rahmen eines allgemeinen Parteiverbots, zumindest als eine Vereinfachung der tatsächlichen Gegebenheiten dar.

Soweit Hinweise über die Stellungnahme der Auslandsorganisation der NSDAP zum Integralismus vorliegen<sup>90</sup>, deuten auch sie darauf hin, daß eine Politik der „Neutralität“ — wie es Jacobsen formuliert (S. 562) — verfolgt wurde, die der skizzierten doppelten Orientierung in der Stellungnahme der amtlichen deutschen Vertretung (Berichterstattung der Jahre 1935/36) zu entsprechen scheint. Mit anderen Worten: es bestand das Bestreben, sich einerseits nicht in Gegensatz zur Regierung Vargas und andererseits nicht in Gegensatz zu den Integralisten zu bringen. Neben dem Interesse an den Zielsetzungen des Integralismus scheinen auch von seiten der Auslandsorganisation der NSDAP Bedenken gegen seine Ausstrahlungskraft auf die Deutschbrasilianer gehegt worden zu sein. — Das Spektrum der Beziehungen von seiten der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP — oder vermutlich richtiger: von seiten einzelner ihrer Mitglieder oder auch Gruppierungen — zur „Acção Integralista Brasileira“ läßt sich anhand des vorliegenden Quellenmaterials nicht ermitteln, ebenso wenig läßt sich schlüssig feststellen, ob und in welchem Maße Einzelmitglieder der Landesgruppe in den Integralistenputsch verwickelt waren. Eine offizielle Unterstützung des Putsches von seiten der Landesgruppe bzw. der Zentrale in Deutschland erscheint

wohl ebenso ausgeschlossen<sup>91</sup> wie eine offizielle Unterstützung des Putsches von seiten des Auswärtigen Amtes und seiner Vertretung in Brasilien.

Die Frage der Unterstützung der „Acção Integralista Brasileira“ und speziell des Integralistenputsches von deutscher Seite hat in der Sekundärliteratur und insbesondere in den neueren deutschen Untersuchungen zur nationalsozialistischen Außenpolitik gegenüber Lateinamerika ein deutliches Interesse gefunden, ohne daß bisher erschöpfende Aussagen gemacht worden sind — und aufgrund des vorliegenden Quellenmaterials möglicherweise auch nicht gemacht werden können. Sie gewinnt im Rahmen der Diskussion um die Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik in Lateinamerika Bedeutung. Entsprechend dem jeweiligen Standpunkt zu diesem Fragenkreis zeigen sich deutliche Nuancen in der Beurteilung der Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus.

Im folgenden soll nicht das ganze Spektrum der Aussagen der Sekundärliteratur zu dieser Problematik herangezogen werden<sup>92</sup>, sondern es werden nur die Stellungnahmen neuerer west- und ostdeutscher Arbeiten berücksichtigt. Im einzelnen handelt es sich um: Arthur W. von Magnus, *Die neue Phase der Monroedoktrin angesichts der Bedrohung Lateinamerikas durch die totalitären Staaten* (1933—1945), Berlin 1956 (Masch. Diss.); Manfred Kossok, „Sonderauftrag Südamerika“, *Zur deutschen Politik gegenüber Lateinamerika 1938 bis 1942*, in: *Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus, 1810—1960*, Berlin 1961, S. 234 ff.; Friedrich Katz, *Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika 1898 bis 1941*, in: *Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933—1943*, Berlin 1966, S. 9 ff.; Jürgen Hell, *Das „südbrasilianische Neudeutschland“*. Der annexionistische Grundzug der wilhelminischen und nazistischen Brasilienpolitik (1895 bis 1938), in: *ibid.*, S. 103 ff. und Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938*, Frankfurt/M. und Berlin 1968.

Unter den genannten Arbeiten ist die Dissertation von Arthur W. von Magnus die zeitlich früheste Untersuchung. Wie der Titel andeutet, beleuchtet von Magnus die Thematik der Ziele der Außenpolitik des Dritten Reiches gegenüber Lateinamerika unter dem Aspekt der „Bedrohung“ (im Zusammenhang mit der Frage des Wandels der Monroedoktrin aufgrund eben dieser „Bedrohung“). Unter den verschiedenen möglichen Formen der „Bedrohung“ scheidet von Magnus diejenige der machtpolitischen „Bedrohung“: Unterstützung bzw. Initiierung von Staatsstreichen und militärische Aktion, als nicht existent aus<sup>93</sup>. Er

trifft sich damit auffassungsmäßig mit Louis de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959 (holländische Ausgabe 1953). Beide Autoren kommen im Hinblick auf den Fragenkreis der Furcht vor einer militärischen Bedrohung Lateinamerikas durch das Dritte Reich, an die vielfach im Zusammenhang mit Befürchtungen vor der Bildung einer 5. Kolonne durch die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP und anderer Organe des Dritten Reiches geglaubt wurde, zu dem Untersuchungsergebnis, daß von einer tatsächlichen militärischen Bedrohung Lateinamerikas, einer geplanten Invasion Brasiliens und einem geplanten Staatsstreich deutscher und deutschstämmiger Bevölkerungsgruppen bzw. einer Verantwortlichkeit von deutscher Seite für einen Staatsstreich lateinamerikanischer Provenienz nicht gesprochen werden kann. Sie äußern jedoch die Vermutung, daß ein Sieg Hitlers in Europa derartige Pläne möglicherweise heraufbeschworen hätte<sup>94</sup>.

Als existent stellt von Magnus dagegen eine andere Form der „Bedrohung“ heraus, die er etwas unglücklich als „politisch“ bezeichnet. Er versteht hierunter die „Bedrohung“ des „demokratischen Systems“ des jeweiligen Gastlandes durch die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP<sup>95</sup>:

„Eine totalitäre Kaderorganisation im Ausland (von Magnus bezieht sich hiermit auf die Auslandsorganisation der NSDAP — K. H.) die, basierend auf der nationalsozialistischen Weltanschauung, weisungsgebunden an ihre Zentrale in Deutschland war, *konnte* keine demokratische Politik einschlagen und war dadurch *in se* eine Bedrohung des Gastlandes.“

und in etwas anderer Formulierung:

„In dem Bestehen der Auslandsorganisation in Lateinamerika, die die Ziele der nationalsozialistischen Ideologie bejahte und verfolgte, ist — im Sinne des Interventionsverbots der Monroedoktrin — der Versuch zu sehen, das politische System Europas auf Amerika zu übertragen. Die Steuerung dieser Organisation durch das nationalsozialistische Deutschland und die Aktivitäten der Auslandsorganisation zielten auf die Störung des sozialen Friedens hin. Die Störung des sozialen Friedens durch totalitäre Staaten ist aber nur der erste Schritt zur Zerstörung und Beseitigung des demokratischen Systems<sup>96</sup>.“

Im Rahmen dieser grundsätzlichen Erwägungen, die gewisse Fragwürdigkeiten aufweisen (siehe die undifferenzierte Verwendung des Terminus „demokratische[s] System“), ist die Stellungnahme von Magnus' zur Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches zu sehen.

Der Integralistenputsch und seine Auswirkungen auf die deutsch-brasilianischen Beziehungen stehen im Mittelpunkt der Ausführungen von Magnus' über die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien (die Abschnitte über die Betätigung der Auslandsorganisation in einzelnen lateinamerikanischen Ländern sollten die These der „Bedrohung“ am konkreten Einzelfall erhärten). Brasilien stellte im Rahmen der Beweisführung von Magnus' weitgehend einen Negativbefund dar, einerseits aufgrund der frühen rigorosen Maßnahmen gegen die Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP, andererseits aufgrund des Vorhandenseins einer eigenständigen „faschistischen“ Organisation (der „Acção Integralista Brasileira“), deren Bestehen das Aktionsfeld der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien einengen mußte<sup>97</sup>.

Somit verblieb als Diskussionspunkt vor allem die Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches (vgl. die oben erörterte Differenzierung des Komplexes „Bedrohung“). Von Magnus bemüht sich um eine Klärung dieses Fragenkreises, resigniert jedoch vor der Unzulänglichkeit des Quellenmaterials (von Magnus stützt sich auf die in den Aktenpublikationen abgedruckten amtlichen Quellen)<sup>98</sup>. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß eine Teilnahme von Deutschen am Integralistenputsch bzw. eine deutsche Unterstützung des Putsches nicht bewiesen und auch nicht „wahrscheinlich“ sei, fügt jedoch einschränkend hinzu, daß gewisse Verbindungen einzelner Mitglieder der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP zum Integralismus bestanden hätten<sup>99</sup>.

Diese Aussage stützt von Magnus auf die Heimschaffung verschiedener Parteimitglieder im Sommer 1938 durch die Botschaft, die im Zusammenhang mit der Verhaftung und dem Tode von Federico Colin Kopp erfolgten<sup>100</sup>. Während sich aus dem Fall Kopp selbst zweifellos gewisse Indizien für ein Sympathisieren von deutscher und deutschbrasilianischer Seite mit dem Integralistenputsch ablesen lassen, die allerdings zu vage und zu wenig belegt sind, um in konkrete Aussagen umgemünzt werden zu können, deuten andererseits gerade die von A. W. von Magnus herausgestellten Heimschaffungen auf einen anderen Fragenkreis hin: auf den der Befürchtungen vor einer Aufhellung der Bemühungen um Fortführung der Parteiarbeit nach dem Erlaß des Dekrets Nr. 383 vom 18. April 1938. Die Vereinbarung zwischen Kopp und Neubert ist ein deutlicher Beweis für die Berechtigung dieser Befürchtungen. — Die Beweisführung von Magnus' erscheint somit unglücklich gewählt und kann nicht zu einer Klärung der Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches selbst in dem engen

Rahmen beitragen, in dem eine Unterstützung für möglich gehalten wird.

Andere Akzente in der Diskussion der Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus als von Magnus setzen Manfred Kossok, Friedrich Katz und Jürgen Hell, deren Aussagen sich inhaltlich nahestehen, wobei einerseits die westdeutsche (von Magnus, auch Jacobsen), andererseits die ostdeutsche Provenienz (Kossok, Katz, Hell) Unterschiede der Auffassung mitbedingen, wenn auch nicht allein verursachen. Auch hier muß als allgemeiner Bezugspunkt die jeweilige Stellungnahme zur Frage der deutschen Außenpolitik in Lateinamerika mit berücksichtigt werden.

Kossok definiert als Ziel der deutschen Lateinamerikapolitik allgemein das Bestreben, Lateinamerika auf „Achsenkurs“ zu bringen (z. B. S. 238). Diese generelle Aussage wird durch drei weitere Aussagen differenziert und periodisiert, in denen als Zielsetzung herausgestellt wird:

- a) Streben, den „Konkurrenzmächten USA und England die Hegemonie über Lateinamerika abzujagen“ (S. 237), als grundsätzlicher Wunsch, der modifiziert wird in der Vorkriegs- und beginnenden Kriegszeit in
- b) Streben nach einer „Neutralisierung“ des südlichen Amerikas als Resultat der „Erkenntnis und dem Eingeständnis, daß die ökonomischen, politisch-ideologischen und militärischen Machtmittel nicht ausreichen, um diese Staaten an der Seite der ‚Achse‘ in den Krieg zu zerren“ (S. 244) und schließlich mit dem weitgehenden Fiasko der Neutralitätspolitik nach Pearl Harbour (1941) und der Konferenz von Rio de Janeiro (1942) in
- c) Streben nach „Verteidigung der politischen Positionen in Südamerika“ (S. 246) („Sonderauftrag Südamerika“ — Verteidigung mittels Ausbau der Propagandatätigkeit).

Als Teilaspekte (bzw. Mittel, um das gesetzte Ziel zu erreichen) des unter a) umrissenen grundsätzlichen Bestrebens der deutschen Lateinamerikapolitik stellt Kossok fünf Momente heraus:

- 1) das Streben nach „Beherrschung der lateinamerikanischen Rohstoffquellen und Märkte“ (S. 235 f.);
- 2) das Streben nach nationalsozialistischer Ausrichtung des Auslandsdeutschtums, um dieses als 5. Kolonne einsetzen zu können (S. 236 ff.)<sup>101</sup>;
- 3) das Streben nach Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen „fasischistischen“ Bewegungen (S. 238 ff.);
- 4) das Streben nach „Ausnutzung der antiimperialistischen Bewegung in Lateinamerika“ (d. h. insbesondere der anti-US-amerikanischen Bestrebungen) (S. 240 ff.);

5) das Streben nach einer „Verstärkung der militärischen Einflußnahme in offener oder indirekter Form“ (S. 242 f.).

Dieses Spektrum wird ergänzt durch Reflektionen über den Realitätsgehalt der auf Lateinamerika gerichteten außenpolitischen Bestrebungen des Dritten Reiches, die als Ausgangspunkt für die Beurteilung der deutschen Lateinamerikapolitik von 1933 bis 1945 von seiten Kossoks anzusehen sind. Ausgehend von den bekannten (und deshalb hier nicht weiter referierten) Ausführungen H. Rauschnings über die von Hitler verkündeten (Fern-)Ziele der deutschen Außenpolitik gegenüber Lateinamerika mit ihrem pointierten politisch-wirtschaftlichen Expansionsstreben<sup>102</sup>, betont Kossok zu Beginn seines Aufsatzes (S. 235):

„Es ist müßig, bei diesen und anderen Plänen, die letztlich auf das allgemeine Kolonialprogramm des deutschen Imperialismus hinauslaufen, nach dem möglichen graduellen Unterschied zwischen ‚Wahn und Wirklichkeit‘ (Kossok bezieht sich hier auf Erich Kordt, *Wahn und Wirklichkeit*, Stuttgart 1947 — K. H.) zu suchen, denn die historische Wahrheit, die es bloßzulegen gilt, besteht darin, daß der deutsche Faschismus keine Machtmittel scheute, um der Zielsetzung seiner Expansion auch in Lateinamerika so nahe wie irgend möglich zu kommen.“

In den Rahmen dieser grundsätzlichen Stellungnahme fügt sich auch die Distanzierung Kossoks von den Schlußfolgerungen de Jongs über die Tragweite der deutschen 5. Kolonne im zweiten Weltkrieg ein<sup>103</sup>. Die Frage der militärischen Bedrohung Lateinamerikas durch das Dritte Reich berücksichtigt Kossok — im Gegensatz zu von Magnus und Katz — in seinen Ausführungen nicht.

Für den vorliegenden Zusammenhang ist das unter Punkt 3 herausgestellte Streben der deutschen Lateinamerikapolitik nach einer Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen „faschistischen“ Bewegungen als Mittel zur Verwirklichung der angestrebten Zielsetzung von zentraler Bedeutung. Im Rahmen dieses Abschnittes befaßt sich Kossok vorrangig mit der Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches. Er scheitert wie von Magnus auch an der Unzulänglichkeit des ihm zur Verfügung stehenden Quellenmaterials (Kossok basiert ebenfalls auf den in den Aktenpublikationen veröffentlichten Aktenstücken), versteigt sich jedoch zu wesentlich weitergehenden Schlußfolgerungen. Entsprechend seiner grundsätzlichen Stellungnahme betont Kossok zunächst, daß der Integralistenputsch „durchaus im Interesse des deutschen Imperialismus (gelegen habe), der mit Hilfe einer integralistischen Regierung das stärkste südamerikanische Land aus dem anglo-amerikanischen Kraftfeld herauszubrechen hoffte“ (S. 239), ohne allerdings diese weitgehende Aussage belegen zu können. Er fährt dann

auf die Frage der deutschen Unterstützung des Putsches direkt eingehend fort: wenn es auch schwierig sei, „den ganzen Umfang des aus Anlaß des Putsches von der brasilianischen Presse behaupteten deutschen Anteils konkret nachzuweisen, so steht immerhin fest, daß die Spitzen der Naziarteiorganisation in Brasilien geheime Zusammenkünfte mit Salgado und dessen Mitarbeitern hatten, in denen ‚Waffen zur Bewaffnung der Integralisten‘ gefordert und Putschpläne bekanntgegeben wurden“ (S. 239). Auch diese Aussage belegt Kossok nicht; die beiden Belegstellen, auf die er in dem Absatz über die Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches hinweist (Schreiben Ritters vom 12. Mai 1938 — siehe weiter vorn — und Aufzeichnung Clodius über eine Unterredung mit Schlotterer vom Reichswirtschaftsministerium von Anfang Oktober 1938 — siehe Kap. III, 2), beziehen sich auf andere Inhalte. Ein Beleg für die Aussagen Kossoks ließ sich in der Gesamtheit der durchgesehenen Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, im Berlin Document Center und im Bundesarchiv Koblenz (siehe Literaturverzeichnis) nicht ermitteln; sollte sich Kossok auf den Fall Kopp beziehen, ist seine Interpretation falsch (siehe „Spitzen der Naziorganisation“) bzw. fragwürdig. Die Ausführungen Kossoks können daher als nicht belegte Behauptungen für den Versuch einer Klärung der Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches nicht herangezogen werden.

Die Arbeiten von Friedrich Katz und Jürgen Hell lassen sich gemeinsam erörtern, da sie in demselben thematisch einheitlich ausgerichteten Sammelband („Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933—1943“) erschienen sind und gegenseitige Bezüge sichtbar werden. Es erscheint sinnvoll, die Ausführungen von Jürgen Hell zunächst zu diskutieren, da sich Katz bei der Untersuchung der Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches auf Hell bezieht.

Jürgen Hell reflektiert die Frage der Zielsetzung der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches in dem auf Brasilien bezogenen Ausschnitt, wobei er der Brasilienpolitik eine zentrale Rolle für die inhaltliche Fixierung der gesamten Lateinamerikapolitik zumißt. Er unterscheidet zwei Phasen:

- a) eine Phase deutlich annexionistischer Zielsetzung — er spricht von einem Streben nach „kolonial-politischen Eroberungen“ (S. 118) — und
- b) eine sich anschließende Phase, in der auf diese Zielsetzung verzichtet wird und an ihre Stelle das Bestreben nach Wahrung der lateinamerikanischen Neutralität tritt.

Die Abfolge dieser Phasen wird nach ihm im wesentlichen durch die Rückschläge der deutschen Politik in Brasilien mit dem Einsetzen der Nationalisierungsmaßnahmen des „Estado Novo“ und den politischen Auswirkungen des Integralistenputsches bestimmt<sup>104</sup>.

Wesentlich ist an diesem Konzept, daß der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches für die Vorkriegszeit — also nicht etwa in dem an sich näherliegenden Zusammenhang der behaupteten militärischen Bedrohung Lateinamerikas durch das Dritte Reich — annexionistische Zielsetzungen unterstellt werden. Es handelt sich hierbei um den Fragenkreis der Bestrebungen um Abtrennung der drei Südstaaten Brasiliens, den Hauptgebieten deutscher Ansiedlung in Brasilien. Hell selber verweist darauf, daß diese Bestrebungen bis in die Zeit des wilhelminischen Deutschlands zurückreichten (vgl. S. 103 ff.) und zu Beginn des Dritten Reiches wieder aufgegriffen wurden. Die Existenz derartiger Bestrebungen soll hier keineswegs bestritten werden; zu diskutieren bleibt allerdings, welchen Grad von Offizialität sie jeweils besaßen.

Hell bezieht sich mit seiner Aussage über die annexionistische Zielsetzung der Brasilienpolitik des Dritten Reiches auf Ausführungen der 1933 in Brasilien weilenden Kommission Vageler, die u. a. Siedlungsfragen klären sollte<sup>105</sup>. Vageler war nach Hell Beauftragter des „Ver eins zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte“ und mit amtlicher finanzieller Unterstützung nach Brasilien entsandt. Es handelt sich bei den fraglichen Ausführungen somit nicht um die Verlautbarungen einer der Behörden des Dritten Reiches; noch findet sich — wie Hell selbst betont (S. 113 und S. 122, Anm. 43) — eine zustimmende amtliche Äußerung. Hell führt zwar des weiteren aus, daß die Auslandsorganisation der NSDAP in Deutschland diese Ideen teilte (S. 113):

„Insofern unterschied sich die Zielsetzung des Auswärtigen Amtes von der der Auslandsorganisation, als erstere die Aussichten einer Annexion Südbrasilien vorläufig für gering erachtete, letztere aber eine kurzfristige deutsche Staatsgründung in Südbrasilien anstrebte“, belegt diese Aussage jedoch nicht<sup>106</sup>. Der von ihm herausgestellte enge Kontakt Vagelers mit von Cossel, dem späteren Landesgruppenleiter der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP, kann nicht stellvertretend für eine fehlende Aussage von seiten der Zentrale der Auslandsorganisation der NSDAP in Deutschland stehen. Von Cossel befand sich zu jener Zeit noch keineswegs in einer Position, die ihn als *den* Repräsentanten des Willens der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien auswies; vielmehr war er in Machtkämpfe um die Führungsstellung innerhalb der sich allmählich formierenden Parteiorganisation in Brasilien verwickelt und war bestrebt, Vageler für



seine Zielsetzungen zu nutzen<sup>107</sup>. Es muß somit abschließend zu dem Konzept Hells gesagt werden, daß der von ihm beigebrachte Beleg nicht die notwendige Offizialität besitzt, um eine Verifizierung seiner Aussagen in der von ihm herausgestellten Tragweite darstellen zu können.

Auch im Hinblick auf die Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches zeigt sich eine ähnliche Diskrepanz zwischen Aussage und Beleg. (Hell basiert ebenfalls auf den in den Aktenpublikationen veröffentlichten Aktenstücken). Hell überschreibt seinen Abschnitt über den Integralistenputsch mit der programmatischen Überschrift „Die Verschwörung von Sigma und Hakenkreuz“ (S. 115) und leitet ihn mit den Worten ein (S. 115):

„Angesichts ihrer politischen Ausschaltung (Hell bezieht sich sowohl auf das Verbot der brasilianischen politischen Parteien wie auf die Ausdehnung dieses Verbotes auf die ausländischen politischen Parteien — K. H.) organisierten die Nazis und die Integralisten, die besonders in den Südstaaten seit 1934 zusammengearbeitet hatten, einen Putsch. Dieser sollte die Integralisten an die Macht bringen, ein faschistisches, anti-amerikanisches Regime in Brasilien errichten und den Deutschbrasilianern einen autonomen Status gewähren<sup>108</sup>.“

Abgesehen davon, daß die Aussage „und (sollte) den Deutschbrasilianern einen autonomen Status gewähren“ mit den nationalistischen Bestrebungen des Integralismus nicht in Übereinklang zu bringen ist, vermag Hell seine Schlußfolgerungen auch nicht überzeugend zu belegen. Er verweist als Beleg ausschließlich auf den Fall Kopp (S. 116 f.), der nach ihm einen schlüssigen Beweis darstellt. Die Implikationen des Falles Kopp im Hinblick auf die Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches sind bereits weiter vorn diskutiert worden. Aus dieser Erörterung ergibt sich, daß auch die Ausführungen Hells nicht zu einer Klärung der Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches beitragen können.

Im Rahmen des Sammelbandes „Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933—1943“ kommt dem Aufsatz von Friedrich Katz eine zentrale Bedeutung zu, da in ihm das Konzept der Gesamtveröffentlichung entwickelt wird, das dann in den weiteren Beiträgen in Einzelaspekten eine Vertiefung erfährt. Katz präzisiert in klarer und umfassender Form seine Stellungnahme zu der Frage der Zielsetzung der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches. Diese stellt sich ihm in zweigerechter Form dar: a) „Wirtschaftsexpansion“, b) „politische Expansion“, wobei sich beide Aspekte zu einem geschlossenen Konzept zusammenfügten. Die wirtschaftlichen Ziele der Lateinamerikapolitik des

Dritten Reiches lagen nach Katz in dem Streben nach Rohstoffgewinnung (vgl. Kap. III, 2) und nach Investitionsmöglichkeiten, wobei einer ersten Phase der Expansion eine zweite der Reduzierung der Intentionen auf das Streben nach „Wahrung der wirtschaftlichen Positionen“ (S. 27) folgte (vgl. die folgenden Ausführungen über die Zäsuren in der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches); die politischen Ziele kennzeichnet er zusammenfassend folgendermaßen (S. 56 f.):

„Tatsächlich war man bestrebt, vornehmlich bis 1938, zur Unterstützung faschistischer Bewegungen in Lateinamerika naziähnliche oder nazihörige Regime zu schaffen. Die Perspektive, die man nach 1940 hatte, reichte von Putschen in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, gestützt nicht nur auf faschistische Bewegungen, sondern auf rechtsorientierte Teile der alten Oligarchie, bis wahrscheinlich zur regelrechten Eroberung Lateinamerikas; denn man braucht nicht daran zu zweifeln, daß — wäre es Hitler gelungen, die Sowjetunion zu erobern — der amerikanische Kontinent das nächste Ziel der vereinigten Bestrebungen der Nazis und des japanischen Imperialismus gewesen wäre.“

Diese Schlußfolgerung faßt verschiedene Einzelergebnisse zusammen, die im einzelnen darzulegen bleiben. Es ergibt sich zunächst, daß Katz eine Zäsur in der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches mit dem Jahr 1938 ansetzt<sup>109</sup>. Er spricht zunächst von

a) einer ersten Phase, die durch die Aspekte (S. 22):

- 1) Streben nach „Gewinnung lateinamerikanischer Regierungen für ein Zusammengehen bzw. für eine Bündnispolitik mit Deutschland“
- 2) Streben nach „Stützung auf politische Bewegungen vor allem faschistischer Art“
- 3) Streben nach „Gewinnung und Orientierung der ‚Auslandsdeutschen‘“

bestimmt wird. Die mannigfachen Schwierigkeiten, denen sich Deutschland 1938 nicht nur in Brasilien gegenüber sah<sup>110</sup>, führten zu

- b) einer zweiten Phase der Lateinamerikapolitik, in der das Streben nach „Beibehaltung der Neutralität Lateinamerikas im Kriegsfall“ (S. 27) vorherrschte, dessen Realisierung vor allem mittels einer Verstärkung der Propagandatätigkeit erfolgen sollte. Dieses Streben erfuhr durch den Ausbruch des zweiten Weltkrieges eine weitere Akzentuierung.

Diese zweite Phase weist ihrerseits gewisse Zäsuren in den verfolgten politischen Aktivitäten auf, die von dem Verlauf des Krieges bestimmt wurden. Für den vorliegenden Zusammenhang ist wesentlich, daß

Deutschland nach Katz 1940/41 die nach 1938 „stark eingeschränkte Verschwörertätigkeit“ (S. 36) wieder aufnahm. Katz kommt damit auf das umstrittene Problem zu sprechen, inwieweit das Dritte Reich während des zweiten Weltkrieges Putschversuche in Lateinamerika unterstützte bzw. initiierte, die in Zusammenhang mit angestrebten militärischen Eroberungen standen bzw. zu sehen sind. Die Frage der „militärischen Bedrohung“ diskutiert Katz in diesem Zusammenhang nicht, wenn auch seine abschließende Stellungnahme zur Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches in dieser Hinsicht eine eindeutige Aussage trifft. Um so ausführlicher erörtert er die Frage der Beteiligung Deutschlands an lateinamerikanischen Putschplänen während des zweiten Weltkrieges, wobei seine Argumentation auf eine Auseinandersetzung mit de Jong hinausläuft. Er unterscheidet zwei Fragestellungen, die es ihm ermöglichen, diesen Fragenkreis differenziert zu betrachten:

- a) ob die deutschen amtlichen Stellen zu dieser Zeit eine Teilnahme an Putschversuchen in Lateinamerika prinzipiell ablehnten und
- b) ob eine Beteiligung deutscher Stellen an derartigen Putschversuchen (Katz bezieht sich auf verschiedene Länder, u. a. Argentinien und Uruguay — vgl. dazu de Jong, von Magnus, Jacobsen) nachweisbar ist.

Anhand von im DZA Potsdam<sup>111</sup> aufgefundenen Aktenstücken sucht Katz zu belegen, daß eine prinzipielle Ablehnung einer Beteiligung an lateinamerikanischen Putschversuchen von deutscher amtlicher Seite *nicht* vorgenommen wurde. Die Quellenbasis für diese Schlußfolgerung ist schmal, jedoch legt das von ihm vorgelegte Quellenmaterial die Notwendigkeit einer Überprüfung des de Jongschen Standpunktes im Sinne der Aussagen von Katz nahe. Eine definitive Antwort auf die zweite Frage vermag Katz nicht zu geben und führt dies zunächst auch explizit aus; seine abschließenden Schlußfolgerungen verdecken dann allerdings diese Unsicherheit.

In der Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches, die zeitlich der ersten von Katz herausgestellten Phase der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches zuzuordnen ist, stützt sich Katz in seinen Ausführungen auf Jürgen Hell. Generell kennzeichnet er Brasilien als ein Land, in dem das Dritte Reich hoffte, die verschiedenen Intentionen seiner Politik dieser ersten Phase verwirklichen zu können. (S. 25):

„Zweifelloos sollte Brasilien für die Nazis ein Beispiel des erfolgreichen Zusammenwirkens aller Elemente ihrer wirtschaftlichen und politischen Expansion bilden; ein Zusammengehen mit einer Regierung, untermauert durch wirtschaftliche Positionen im Handel, in den Banken und

im Transportwesen, und gestützt durch Einfluß auf die Armee und eine starke faschistische Bewegung. In dieser faschistischen Bewegung wiederum spielten deutschstämmige Elemente, die von den Nazis direkt beeinflußt wurden, eine bedeutende Rolle.“

Die im letzten Satz vorgetragene Interpretation des Faktors der starken deutschstämmigen Gefolgschaft des Integralismus weist gewisse Fragwürdigkeiten auf (vgl. die weiter vorn aufgezeigten Vorbehalte von deutscher Seite gegen das nationalistische Konzept des Integralismus). Belege für seine Gesamtausführungen bringt Katz nicht.

Im Hinblick auf die Frage der deutschen Unterstützung des Integralistenputsches betont Katz, daß „alles dafür (spricht), wie es Hell zeigt, daß die Nazis unmittelbar am Integralistenputsch in Brasilien beteiligt waren“ (S. 26). Aufgrund des Fehlens einer eigenständigen Analyse des Fragenkreises der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches und des deutlichen Bezuges auf die Ausführungen von Jürgen Hell läßt sich eine kritische Auseinandersetzung mit den Aussagen von Katz nicht durchführen und muß auf die Kritik an den Schlußfolgerungen von Hell verwiesen werden.

Wesentlich differenzierter als die bisher zitierten Autoren erörtert Hans-Adolf Jacobsen die Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches. Seine (knappen) Ausführungen über die Ziele der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches fügen sich in den größeren Rahmen einer Diskussion der außenpolitischen Zielsetzung des Dritten Reiches generell ein. Um Jacobsens Stellungnahme im Rahmen der Forschung zumindest andeutungsweise erfassen zu können, sei sie im folgenden mit den Ausführungen von Günter Moltmann über die „Weltherrschaftsideen Hitlers“ (1961) konfrontiert.

Moltmann wendet sich aufgrund seiner Untersuchungen gegen die Interpretation der Politik Hitlers als eine Folge isolierter Phasen: Machtergreifung, Revision von Versailles, und „erst daraus resultierend die imperialistische Ostpolitik als Abschluß“. Vielmehr müsse man diese drei Phasen als „vorbereitende Stufen für eine geplante vierte in der Zukunft“ ansehen, auf die sie von „vornherein“ — „wenn auch nicht immer offenkundig“ — bezogen gewesen seien. Dieses ungeachtet aller machtpolitischen Improvisation Hitlers „unverrückbar“ feststehende Endziel habe nicht im Osten gelegen, sondern „globale Ausmaße“ besessen und sei „Richtmaß für den auf Jahrhunderte angelegten permanenten Kampf der ‚Bewegung‘“ gewesen. Hitler selbst sah sich nach Moltmann als „Begründer einer neuen Weltepoch“, in der absolute Herrschaftsansprüche Deutschlands verwirklicht werden sollten<sup>112</sup>.

Allerdings verneint auch Moltmann das Bestehen einer „militärischen Bedrohung“ Amerikas im zweiten Weltkrieg; das von ihm herausgestellte Weltherrschaftsstreben Hitlers war auf eine ferne Zukunft bezogen, die sehr bald im tatsächlichen Geschehen versank<sup>113</sup>.

Jacobsen arbeitet in seiner umfassenden Untersuchung der „Nationalsozialistischen Außenpolitik 1933—1938“ die zentralen Merkmale dieser Außenpolitik heraus, wobei sich ein bedeutender Teil seiner Arbeit mit den verschiedenen Trägern der nationalsozialistischen Außenpolitik befaßt. Aus dem von ihm entworfenen komplexen Bild lassen sich Einzelaspekte wie der hier interessierende der Zielsetzung der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches nur schwer herauslösen.

Nach Jacobsen bildete das „Kernstück . . . (der Hitlerschen) außenpolitischen Grundlinien“ ein „gesteigerter Nationalismus“ (S. 2), der folgendermaßen präzisiert wird (S. 2):

„Zum höchsten Zweck des politischen Handelns wurde die deutsche Nation (integraler Nationalismus) erhoben, deren Ansprüche und Lebensrechte nicht allein vorrangig, sondern auch mit allen ‚Mitteln der Machtpolitik‘ zu behaupten und durchzusetzen waren.“

Dieses Streben kulminierte außenpolitisch in der „unerbittlichen Er kämpfung von Lebensraum“ (S. 3), das einen Niederschlag fand in dem angestrebten Ziel einer (S. 616 f.)

„völlige(n) rassische(n) Neugestaltung des europäischen Kontinents. (S. 4 heißt es „... gipfelten Hitlers Vorstellungen von einem zukünftigen Europa in einer gewaltsam erzwungenen Neuordnung des Kontinents unter Führung eines revolutionierten Deutschland, die er mit gewissen neoromantischen Reichsgedanken und einer pseudodarwinistischen Rassenideologie zu verbinden suchte.“ — K. H.) Dafür scheute er (Hitler) vor nichts zurück, auch nicht vor einem Krieg, auf den er das deutsche Volk seit 1935 organisatorisch und geistig planmäßig vorbereitete.“

Zu fragen bleibt, ob sich dieses Streben nach „Lebensraum“ bis zu dem Ziel überseeischer machtpolitischer Expansion verstieg. Im Hinblick auf die Frage der kolonialen Forderungen (Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien) betont Jacobsen, daß Bestrebungen dieser Art von verschiedenen Seiten gehegt wurden, daß das — letztlich ausschlaggebende — Hitlersche Konzept von der Gewinnung von „Lebensraum“ jedoch primär auf die innereuropäische Expansion — d. h. Ausdehnung nach Osten — gerichtet gewesen sei (S. 4 f., S. 429 ff.). — Im Hinblick auf die Frage, inwieweit die Außenpolitik des Dritten Reiches globale machtpolitische Bestrebungen verfolgte, die über die Forderung der Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien hinausgingen, führt Jacobsen in Erwiderung der Schlußfolgerungen Moltmanns (ohne

allerdings zu berücksichtigen, daß auch Moltmann die „sogenannte militärische Bedrohung“ Lateinamerikas im zweiten Weltkrieg als nicht existent ansieht) aus (S. 7, Anm. 23):

„Die von Hitler angestrebte Weltmachtstellung Deutschlands war nicht notwendigerweise eine Zwischenstufe zur Eroberung der Welt, zumal es Pläne zur Inbesitznahme z. B. des nord- oder südamerikanischen Kontinents, geschweige denn von Teilen Asiens, niemals gegeben hat.“ (Vgl. auch S. 557, 562 und 598 ff.)

Aus allem ergibt sich, daß Jacobsen unter der außenpolitischen Zielsetzung „Weltmachtstellung Deutschlands“ nicht das Streben nach globalen Eroberungen mit einbezieht, also auch machtpolitische Expansionsbestrebungen in bezug auf Lateinamerika ausschließt. Eine weitere Präzisierung der Ziele der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches nimmt Jacobsen dann allerdings nicht vor.

Im Rahmen der Gestaltung der Außenpolitik des Dritten Reiches mißt Jacobsen der Auslandsorganisation der NSDAP nur eine begrenzte Einflußnahme zu. Er charakterisiert ihre Tätigkeit zunächst folgendermaßen (S. 601):

„Im Grunde war sie eine eigenartige Mischung: Die Auslandsorganisation war in erster Linie ein vielfach gehandhabtes Instrument zur weltanschaulichen Schulung der Reichsdeutschen im Ausland, ohne jedoch über die gleichen rigorosen Mittel zur Durchsetzung dieses Programms zu verfügen wie die staatlich-parteilichen Stellen im Reich. Außerdem wollte sie das Deutschtum im Ausland, im besonderen in den Streu- und Grenzgebieten Europas, als Werkzeug aktiver Außenpolitik nutzbar machen, was ihr aber niemals in dem gewünschten Umfange gelungen ist. In Übersee hingegen waren ihre Bemühungen mehr auf die Bekämpfung der gegnerischen Propaganda und der Assimilierungspolitik gerichtet; zudem verfolgte sie dort wirtschaftliche Interessen. Ihre Wirksamkeit in Amerika als Vorbereitung für eine spätere Eroberung der amerikanischen Hemisphäre auszulegen . . ., dürfte jedoch zu weit gehen.“

Abschließend kommt er dann zu der Schlußfolgerung, daß die Auslandsorganisation der NSDAP die deutsche Außenpolitik weder „kontrolliert“, noch den „ausenpolitischen Entscheidungsprozeß . . . beeinflußt“ habe (abgesehen von ihrem Eingreifen in den Spanischen Bürgerkrieg) (S. 602). Vielmehr bezeichnet er ihre Betätigung im Ausland als einen „eklatanten Mißerfolg“ (S. 602).

Im Hinblick auf die spezielle Frage der Zusammenarbeit der Auslandsorganisation der NSDAP mit rechtsextremistischen Gruppierungen anderer Länder betont Jacobsen, daß (S. 603)

„vereinzelt eine vorsichtige Fühlungnahme mit anderen faschistischen Parteien nachzuweisen (sei). Es entsprach dem Prinzip der Selbstverharmlosung, wenn die AO ausschließlich das nationale Interesse betonte und jede Kooperation mit anderen rechtsgerichteten Kreisen in der Welt in diesen Jahren nach außen hin leugnete. Das schloß nicht Sympathien für Gleichgesinnte und eine Fühlungnahme ohne offiziellen Auftrag mit denselben aus“.

Im Sinne dieser abschließenden Aussagen interpretiert Jacobsen auch die Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches (S. 556 und S. 559 ff.). Seine Schlußfolgerungen entsprechen den vorne als Ergebnis der vorliegenden Untersuchung vorgetragenen<sup>14</sup> (doppelte Orientierung bzw. Politik der Neutralität, Bedenken gegen die nationalistischen Bestrebungen der Integralisten, keine offizielle Unterstützung des Putsches, anhand des vorliegenden Quellenmaterials läßt sich nicht schlüssig nachweisen, ob und in welchem Maße Deutsche auf privater Ebene am Integralistenputsch beteiligt waren) und sind in dem Aspekt der Stellungnahme der Auslandsorganisation der NSDAP zum Integralismus bereits dort vorgetragen worden. Sie brauchen deshalb hier nicht referiert zu werden.

Als Ergebnis der Analysen der verschiedenen Stellungnahmen in den neueren deutschen Arbeiten zur Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches ergibt sich: es besteht eine deutliche Abhängigkeit zwischen der Stellungnahme zu dieser Frage und der jeweiligen Interpretation der außenpolitischen Zielsetzung des Dritten Reiches und speziell der Zielsetzung der Lateinamerikapolitik. Die skizzierten Unterschiede der Interpretation manifestieren sich auf einer weitgehend homogenen Quellenbasis, die nur durch die Fülle des jeweils zur Verfügung stehenden gleichartigen Quellenmaterials variiert wird und nicht durch das Vorhandensein unterschiedlicher Quellen, die differierende Deutungen nahelegen könnten.

Alle vorgetragenen Stellungnahmen einschließlich der vorne dargelegten Untersuchungsergebnisse der vorliegenden Arbeit verdeutlichen, daß die Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus und speziell des Integralistenputsches mit dem bisher zur Verfügung stehenden Quellenmaterial nicht schlüssig geklärt werden kann und daß weitere (insbesondere auch außerdeutsche) Quellen erschlossen werden müssen, um der Lösung dieser Frage endgültig näherzukommen. Es scheint jedoch — um ein abschließendes Urteil vorzutragen — alles darauf hinzudeuten, daß das Ausmaß der deutschen Unterstützung des Inte-

gralismus und speziell des Integralistenputsches eher als gering anzusehen ist und zudem weitgehend inoffizieller Natur war.

#### 4 · FORTGANG DER NATIONALISIERUNG BIS ZUR ABBERUFUNG DER BOTSCHAFTER IM SEPTEMBER/OKTOBER 1938

Während der Spannungen um den Integralistenputsch liefen die Verhandlungen um das Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938 zwischen Deutschland und Brasilien weiter. Nach Eintreffen der brasilianischen Note vom 17. Mai schaltete sich die Auslandsorganisation der NSDAP nach vorherigen Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt mit einem eigenen Notenentwurf in die Auseinandersetzungen um das Verbot der Parteiorganisation in Brasilien ein<sup>1</sup>. In ihrem Notenentwurf vertrat die Auslandsorganisation einen Standpunkt, der von der bisher von Ritter vertretenen Linie abwich und zudem in seiner Argumentation nicht durchweg überzeugend war. Über die Einstellung des Auswärtigen Amtes und Ritters zu dem Notenentwurf der Auslandsorganisation der NSDAP liegen keine eindeutigen Unterlagen vor; es scheint, daß das Auswärtige Amt es nicht ungern sah<sup>2</sup>, daß der Notenentwurf über die Spannungen um den Fall Kopp nicht zur Abgabe gelangte<sup>3</sup>.

In einem ausführlichen Schreiben an Ritter legte der Stellvertretende Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Alfred Heß, die Beweggründe der von der Auslandsorganisation eingenommenen Haltung dar, die auf eine andere Interpretation der Stellung der NSDAP hinauslief, als sie Ritter bisher vertreten hatte<sup>4</sup>. Bei voller Würdigung der politischen Linie Ritters und seines Vorgehens in Brasilien<sup>5</sup>, unterstrich Heß die Notwendigkeit einer Änderung der Argumentation der brasilianischen Regierung gegenüber in der Frage des Verbotes der Parteiorganisation mit Nachdruck und suchte Ritter die Kursänderung in aller Freundschaftlichkeit nahezu legen.

Aus dem Begleitschreiben von Heß geht hervor, daß die brasilianische Note vom 17. Mai den Anlaß für das Eingreifen der Auslandsorganisation der NSDAP bildete und die Angst vor einem Nachahmen der brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen in anderen Staaten ein übriges tat<sup>6</sup>. Die Hoffnung, über eine gewandelte Argumentation die brasilianische Seite zum Einlenken bewegen zu können, spielte gleichfalls eine Rolle wie auch die Überlegung, daß es geboten sei, bei Maßnahmen gegen die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP allen Staaten gegenüber eine gleiche Linie zu vertreten angesichts der Möglichkeit einer Verständigung der betreffenden Staaten unterein-



ander. Der entscheidende Wandel gegenüber der Linie Ritters lag einmal in einer differenzierten Betrachtung der Stellung der NSDAP und zum anderen in dem Versuch einer Verharmlosung der Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien. Zu ersterem führte Heß in seinem Begleitschreiben aus, daß es notwendig sei, der brasilianischen Regierung gegenüber herauszustellen, daß die NSDAP keine staatlichen Funktionen ausübe, in Begegnung ihrer Argumentation vom 17. Mai. Heß stützte sich auf das „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“, das nach seinen Darlegungen die NSDAP *neben* den Staat stellte, „als die führende und bewegende Kraft des nationalsozialistischen Staates“<sup>7</sup>. In diesem Sinne sind auch die betreffenden Passagen des Notenentwurfes abgefaßt, die dazu dienen sollten, das Mißtrauen der brasilianischen Regierung zu beseitigen. Zu dem zweiten Komplex finden sich nur in dem Notenentwurf konkrete Hinweise<sup>8</sup>.

Inhaltlich stellt sich der auf diesen Komplex bezogene Teil des Notenentwurfes als ein grobes Täuschungsmanöver dar, mit dem versucht wurde, die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP als apolitisch und damit nicht im Gegensatz zu den Bestimmungen des Dekrets Nr. 383 vom 18. April 1938 stehend hinzustellen<sup>9</sup>. Substantiell brachte die Argumentation des Notenentwurfes keine Verbesserung der deutschen Verhandlungsposition, da ihr taktischer Hintergrund zu durchsichtig war, um überzeugend wirken zu können. An diesem Punkt wird die Schwierigkeit einer wirksamen Begegnung des brasilianischen Standpunktes deutlich sichtbar.

Beachtung verdient dagegen der Teil des Notenentwurfes, der sich mit der Frage der Einheit von Partei und Staat befaßt. Es ist hier nicht Platz, eine detaillierte Diskussion dieser vielschichtigen Problematik durchzuführen<sup>10</sup>.

Alfred Heß vertrat mit seiner Argumentation einen Standpunkt, der eine klare Fixierung in einem Schreiben des Reichs- und Preußischen Innenministeriums vom 6. März 1935 erfuhr<sup>11</sup>. In diesem Schreiben wurde die Frage der Einheit von Partei und Staat untersucht und die eindeutige Aussage getroffen, daß die NSDAP keine „Staatsbehörde“ sei. Gegenüber diesen Aussagen stellte sich die Argumentation Ritters als eine überspitzte Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen über die Einheit von Partei und Staat dar. Bei genauerer Sicht gewinnt diese Frage jedoch durch die Forderung des „Primats“ der Partei, wie sie im „Organisationsbuch der NSDAP“ oder in der zitierten Rede Fricks niedergelegt ist, ein komplexes Aussehen. Es wird deutlich, daß die Differenz zwischen der Argumentation Ritters und derjenigen von Heß in der angewandten Betrachtungsweise lag.

Die Ereignisse in Brasilien, wie eine sich auch in anderen lateinamerikanischen Staaten abzeichnende verstärkte Auseinandersetzung um die nationalsozialistische Betätigung, veranlaßten die Auslandsorganisation der NSDAP, die Parteiarbeit in diesem Halbkontinent einzuschränken. Mit Runderlaß vom 18. Mai 1938, der für Brasilien keine Gültigkeit mehr besaß, forderte Bohle eine radikale Beschränkung jeglicher nach außen sichtbaren Parteiaktivität und eine Trennung von den Volksdeutschen. Dieser zweite Punkt wurde dahingehend präzisiert, daß Volksdeutsche und Doppelstaatler aus der Partei und ihren Gliederungen und den angeschlossenen Verbänden zu entlassen seien, Reichsdeutsche aus volksdeutschen Vereinigungen mit politischer Zielsetzung auszuscheiden hätten und daß vorbereitende Maßnahmen für künftige Auffangorganisationen, sogenannte reichsdeutsche Gemeinschaften unter interner Führung der Partei, zu treffen seien<sup>12</sup>. Diese Maßnahmen entsprangen taktischen Überlegungen, wie sich am Beispiel der Behandlung der Frage der Parteizugehörigkeit von Doppelstaatlern deutlich zeigt.

Am 25. August 1938 erließ Bohle ergänzende Bestimmungen zur Frage der Parteizugehörigkeit von Volksdeutschen und Doppelstaatlern<sup>13</sup>. Während für die Volksdeutschen eine strikte Ablehnung der Parteimitgliedschaft ausgesprochen wurde, sah Bohle für die Doppelstaatler nur ein Ruhen der Parteizugehörigkeit während ihres Aufenthaltes im Ausland vor und wahrte damit den Anspruch der Partei auf diese vom deutschen Standpunkt aus deutschen Staatsangehörigen. Zeitlich parallel zu diesen generellen Verfügungen wurde angestrebt, für Argentinien die Forderung einer strikten Trennung von Reichs- und Volksdeutschen in der im Erlaß vom 18. Mai fixierten Form zu umgehen, ungeachtet der bedrohlichen Lage in diesem Land. Hier wird deutlich, daß die Auslandsorganisation bemüht war, ihren Einfluß auch auf die Volksdeutschen wenn irgend möglich zu wahren<sup>14</sup>.

Die Überprüfung der verschiedenen Auslassungen der Auslandsorganisation der NSDAP um die Mitte des Jahres 1938 zeigt, daß in der Zentrale in Berlin Überlegungen einer Modifizierung der Betätigung in Brasilien und darüber hinaus in Gesamt-Lateinamerika angestellt wurden, die als taktische Zugeständnisse an die angedeuteten Entwicklungen in Lateinamerika und nicht als Ansatz einer grundsätzlichen Revision der Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in diesem Halbkontinent und generell im Ausland anzusehen sind.

In den skizzierten Überlegungen und Maßnahmen der Auslandsorganisation der NSDAP spiegeln sich die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen in dem Ausschnitt wider, der unmittelbare Parteibelange

betrifft und wird der Bezug auf das Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938 und die erneute Verschärfung der Lage in Brasilien nach dem Integralistenputsch deutlich sichtbar. Die Monate zwischen dem Erlass des Dekrets Nr. 383 vom 18. April 1938 und der Abberufung der Botschafter im September/Oktober 1938 weisen jedoch eine Fülle weiterer Nationalisierungsmaßnahmen auf, die den gesamten Lebensbereich der in Brasilien ansässigen Einwanderer und ihrer staatsrechtlich brasilianischen Nachkommenschaft umfaßten, und die die Tendenzen der Vormonate konsequent fortsetzten und zu verwirklichen trachteten.

An gesetzgeberischen Maßnahmen ist die Neuregelung der Einwanderung und Niederlassung der Eingewanderten im Lande mit den Dekreten Nr. 406 vom 4. Mai 1938 und Nr. 3.010 vom 20. August 1938 herauszustellen, die die Bestrebungen der Jahre vor dem 10. November 1937 in verabsolutierter Form realisierten<sup>15</sup>. Die Verfassung vom 10. November 1937 hatte in Artikel 151 die früheren Bestimmungen zur quotenmäßigen Regulierung der Einwanderung aufgegriffen<sup>16</sup> und erneut als bindend hingestellt, hatte darüber hinaus jedoch keine weitergehenden Verfügungen getroffen. Mit den Dekreten Nr. 406 und Nr. 3.010 vom 4. Mai und vom 20. August 1938 suchte die brasilianische Regierung den Gedanken einer strikten und umfassenden Lenkung der Einwanderung und der Niederlassung der Eingewanderten im Lande auf gesetzgeberischem Wege adäquat zu fixieren, etwaige Mängel der früheren Einwanderungsgesetzgebung in dieser Hinsicht auszumerzen<sup>17</sup> und die Grundlage für eine volle Verwirklichung der angestrebten Einwanderungspolitik zu schaffen.

Die Dekrete Nr. 406 und Nr. 3.010 beseitigen den Terminus Einwanderer und setzten an seine Stelle die Klassifizierung in „*estrangerios temporários*“ und „*estrangerios permanentes*“, die durch eine Aufenthaltsdauer von weniger oder mehr als sechs Monaten gegeben wurde. Ihr besonderes Augenmerk wandten die Dekrete den „*estrangerios permanentes*“ als künftigen Bewohner des Landes zu.

Durch ein System mehrfacher Kontrolle<sup>18</sup> suchten die Dekrete Nr. 406 und Nr. 3.010 eine genaue Auswahl und Überprüfung der Einwanderer zu gewährleisten und jede wilde Einwanderung auszuschließen. Zu diesen Bestimmungen zielgerichteter Lenkung der Einwanderungsbewegung gesellten sich ergänzende Maßnahmen zur Kontingentierung der Einwanderung, die vorsahen, daß 80 Prozent der jeweiligen jährlichen Quote einer Einwanderergruppe von „*agricultores ou técnicos de indústrias rurais*“<sup>19</sup> besetzt werden mußten. Gleichzeitig sah die Gesetzgebung eine gewisse flexible Handhabung des Quotensystems durch den neugeschaffenen „*Conselho de Imigração e Colonização*“

vor, die ihre Fortsetzung in einer Befreiung der portugiesischen Einwanderung von allen quotenmäßigen Beschränkungen fand<sup>20</sup>. An diesem Punkt wird deutlich, daß der Faktor der Assimilierbarkeit der Einwanderer einen der Antriebe der Einwanderungsgesetzgebung des „Estado Novo“ bildete.

Auch die Niederlassung der Eingewanderten im Lande wurde in konsequenter Weiterentwicklung der Forderungen von 1934 in den Dekreten Nr. 406 und Nr. 3.010 einschränkenden Maßnahmen unterworfen, die das Entstehen ethnisch homogener Ansiedlungen verhindern sollten<sup>21</sup>. Die Dekrete bestimmten, daß sich die Ansiedlungen aus mindestens 30 Prozent geborenen Brasilianern und höchstens 25 Prozent „estrangeiros“ einer einzigen Nationalität zu konstituieren hätten. Dem „Conselho de Imigração e Colonização“ wurde eine gewisse Flexibilität in der Handhabung auch dieser Verfügung zugebilligt, die gleichfalls auf eine Begünstigung der portugiesischen Einwanderung hinauslief.

Die Einwanderungsgesetzgebung vom Mai und August 1938 zeitigt keine nachhaltige Belastung der deutsch-brasilianischen Beziehungen, da die deutsche Auswanderung nach Brasilien eine rückläufige Tendenz aufwies und die Bestimmungen der Dekrete Nr. 406 und Nr. 3.010 somit für Deutschland keine Aktualität besaßen<sup>22</sup>. Die Frage der Wanderungsbewegung zwischen Deutschland und Brasilien stellte sich Mitte 1938 für Deutschland unter umgekehrten Vorzeichen dar. Viele Reichsdeutsche waren geneigt, den mannigfachen Problemen in Brasilien durch eine Rückwanderung nach Deutschland auszuweichen<sup>23</sup>. So läßt sich in den Jahren von 1937 bis Mitte 1939 eine beträchtliche Zunahme der Rückwanderung aus Brasilien nach Deutschland feststellen, die die Auswanderung von Deutschland nach Brasilien zu überflügeln begann<sup>24</sup>. Es handelte sich bei den Rückwanderern vornehmlich um deutsche Staatsangehörige, deren Ehefrauen und Kinder vielfach die brasilianische Staatsangehörigkeit besaßen. Beruflich überwogen unter den Rückwanderern die beiden Kategorien „Facharbeiter“ und „Kolonist“ bzw. „Landarbeiter“, wobei der Terminus „Facharbeiter“ Handwerker und Facharbeiter in der Industrie umfaßt<sup>25</sup>. Die Motivationen für die Rückwanderung waren vielfältiger Art. In diesen Bestrebungen trafen sich der Wunsch, aus dem Brasilien der Nationalisierungsmaßnahmen abzuwandern, mit Hoffnungen auf gute Verdienstmöglichkeiten in Deutschland, trafen sich die Abwanderungsbestrebungen gescheiterter Existenzen, nüchterne wirtschaftliche Überlegungen und seelische Bedrängnis angesichts des zunehmenden Nationalisierungsdruckes<sup>26</sup>.

Zwischen den verschiedenen Motivationskomplexen und der beruflichen Gliederung der Rückwanderer läßt sich eine deutliche Interdependenz

feststellen. So scheint für die als „Facharbeiter“ Klassifizierten die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Brasilien aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen über das numerische Verhältnis zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitnehmern, wie auch die vielfache Verschlechterung des Betriebsklimas auf der einen und die Vorstellung besserer Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland auf der anderen Seite, maßgebend für den Rückwanderungswunsch gewesen zu sein. Bei den in der Landwirtschaft tätigen Rückwanderungswilligen lassen sich zwei Motivationskomplexe als vorherrschend herausstellen, die mit der Dauer der Ansiedlung in Brasilien korrelierten<sup>27</sup>. So scheint bei den Neueinwanderern das Bestreben bestimmend gewesen zu sein, aus der Wirtschaftsmisere ihres Siedlerdaseins auszurechnen; ihr Rückwanderungsbestreben war somit Ausdruck der üblichen Schwierigkeiten, die die Fixierung als Siedler zur Folge hatte. Bei den älteren Ansiedlern, für die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Siedlerdaseins keine ungewohnte Erscheinung mehr darstellten, scheinen dagegen der Nationalisierungsdruck mit den ihn begleitenden Schikanen und Erschwerungen des täglichen Lebens auslösendes Moment des Rückwanderungswunsches gewesen zu sein<sup>28</sup>. Die allseitig verspürbaren Abwanderungstendenzen bildeten einen Stimulus, der vorhandene Wünsche ins Bewußtsein hob. Für die Botschaft und die Konsulate stellten sich die Rückwanderungsbestrebungen zunächst als finanzielles und soziales Problem dar (Kosten der Rückwanderung)<sup>29</sup>. Darüber hinaus wurden in Brasilien wie auch in Deutschland Überlegungen angestellt, ob das Phänomen der Rückwanderung wirtschaftlichen (Beschaffung von Fachkräften für die deutsche Wirtschaft) und politischen (Repressalie gegen die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen) Zwecken dienen konnte<sup>30</sup>. Die diesbezüglichen Auslassungen der Botschaft lassen sich jeweils auf den letztgenannten Motivationskomplex zurückführen<sup>31</sup>. Ökonomische und technische Bedenken gegen die in den Vorschlägen der Botschaft befürwortete prononcierte Forderung der Rückwanderungsbewegung ließen eine Konkretisierung dieser Überlegungen nicht zu.

Neben den Bestimmungen zur Einwanderung und Niederlassung der Eingewanderten im Lande enthielten die Dekrete Nr. 406 und Nr. 3.010 Bestimmungen zum Schulwesen<sup>32</sup> und zum Fragenkreis der Veröffentlichung in ausländischen Sprachen<sup>33</sup>, die die umfassende Zielsetzung dieser Einwanderungsgesetzgebung des „Estado Novo“ verdeutlichen. Die Verfügungen der beiden Dekrete zum Schulwesen im ländlichen Bereich Brasiliens, der nach den Definitionen des Dekrets Nr. 3.010 fast das gesamte brasilianische Territorium mit Ausnahme des „Distrito Federal“, der Hauptstädte der einzelnen Bundesstaaten

und der „portos de entrada de estrangeiros“ umfaßte (Art. 275), griffen die einzelstaatlichen Erlasse zum Privatschulwesen in ihren zentralen Aspekten auf und verliehen ihnen grundsätzliches Gewicht<sup>34</sup>. In der Praxis entsprach der einzelstaatlichen und der bundesstaatlichen Gesetzgebung zum Privatschulwesen ein radikales Vorgehen gegen die bestehenden Privatschulen der verschiedenen Einwanderergruppen, das sich insbesondere in Santa Catarina und Paraná in vielfachen Schulschließungen manifestierte<sup>35</sup>, während in Rio Grande do Sul unter dem dortigen Interventor Coronel Cordeiro de Farias zunächst noch ein gemäßigter Kurs beibehalten wurde<sup>36</sup>. Daneben ließen sich Bemühungen um einen weiteren Ausbau des staatlichen Schulwesens verzeichnen.

Von weitreichender Bedeutung waren gleichermaßen die Bestimmungen der Dekrete Nr. 406 und Nr. 3.010 zur Frage der Veröffentlichung in ausländischen Sprachen, die den Beginn einer allmählichen Unterbindung der fremdsprachigen Publizistik im Lande darstellten und einen weiteren Lebensnerv des Eigenlebens der verschiedenen Einwanderergruppen zu treffen geeignet waren. Die Einwanderungsgesetzgebung von 1938 unterstellte die Veröffentlichungen von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen und anderweitigen publizistischen Erzeugnissen in ausländischen Sprachen in Gesamtbrasilien und insbesondere im ländlichen Bereich des Landes der Zustimmung des Justizministeriums und des „Conselho de Imigração e Colonização“<sup>37</sup>. Diese Maßnahme fand in den folgenden Monaten der Jahre 1938/39 eine Fortsetzung in weiteren Verfügungen und Eingriffen, wie z. B. im Gebot einer Übersetzung der fremdsprachigen Texte, die bald den gewünschten Erfolg einer ersten Beeinträchtigung der fremdsprachigen Publizistik zeitigten, wie es am Beispiel des deutschsprachigen Pressewesens abgelesen werden kann<sup>38</sup>. Neben diesen über eine Betrachtung der Einwanderungsgesetzgebung faßbar werdenden Nationalisierungsmaßnahmen der Monate zwischen dem Erlaß des Dekrets Nr. 383 vom 18. April 1938 und der Abberufung der Botschafter im September/Okttober 1938 verzeichnen der „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ und die verschiedenen Zusammenstellungen des DAI von Berichten aus Brasilien<sup>39</sup> eine Fülle weiterer Einzelmaßnahmen, die sich nunmehr auch auf das Gebiet des fremdsprachigen Gottesdienstes zu erstrecken begannen und damit auch diesen zentralen Bereich kultureller Eigenständigkeit der verschiedenen Einwanderergruppen in die Nationalisierungsprogrammatik mit einbezogen. Die Ansätze des Jahres 1938 fanden ihre Fortsetzung in der Bestimmung des Dekrets Nr. 1.545 vom 25. August 1939 zur Nationalisierung der Nachkommen der Ein-

wanderer<sup>40</sup>, die fremdsprachige Predigten untersagte (Art. 16) und die ihren Widerhall in weiteren Verfügungen und Maßnahmen fand.

Insgesamt stellen sich die Monate zwischen dem Erlaß des Dekrets Nr. 383 vom 18. April 1938 und der Abberufung der Botschafter Ende September, Anfang Oktober 1938 als eine Zeit kontinuierlicher Fortsetzung und Ausweitung der Nationalisierungstendenzen der Vormonate und darüber hinaus der Jahre vor dem 10. November 1937 dar, die allmählich alle Bereiche des Eigenlebens der im Lande ansässigen Einwanderergruppen zu erfassen begannen. Neben den deutschen Einwanderern und ihren Nachkommen waren auch die anderen Einwanderergruppen von den Nationalisierungsmaßnahmen betroffen, so die Polen und Brasilianer polnischer Abstammung in Paraná, und zeigte sich die umfassende Tendenz der Nationalisierungsbestrebungen nach dem 10. November 1937 aufs deutlichste.

Die Vielschichtigkeit und Tragweite der Nationalisierung in Brasilien und ähnliche sich in Ansätzen auch in anderen lateinamerikanischen Ländern abzeichnende Tendenzen veranlaßten die deutschen Missionschefs in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im Juli 1938, das Problem der Deutschtumspolitik in Lateinamerika in einer gemeinsamen Besprechung einer umfassenden Revision zu unterziehen und erste Vorschläge für eine Neuorientierung der Deutschtumspolitik zu machen<sup>41</sup>. Die Besprechung der Missionschefs verdient besondere Beachtung als erster konstruktiver Versuch einer Begegnung der sich wandelnden Realitäten in Lateinamerika. Wie das brasilianische Beispiel zeigt, wurde dieser Entwicklung bis zu der Besprechung von Ende Juli 1938 kein angepaßtes deutsches Konzept entgegengebracht, sondern mit einer Mehrzahl defensiver Maßnahmen von Fall zu Fall entgegengetreten. Hier suchte die Besprechung der Missionschefs Abhilfe zu schaffen.

Den Kernpunkt der Überlegungen der Missionschefs bildete eine kühle Abwägung der gegenwärtigen Lage in Lateinamerika generell und im besonderen in den Ländern des eigenen Amtsbereiches im Hinblick auf die jeweiligen Gegebenheiten für die deutsche Politik. Das Ergebnis dieser Sichtung war die in der Aufzeichnung mit Nachdruck fixierte Erkenntnis, daß die gegenwärtige „fremdenfeindliche“ und besonders „deutschfeindliche“ Einstellung der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten keine aus dem Augenblick geborene Haltung sei, sondern einen Faktor darstelle, mit dem auf lange Sicht zu rechnen sei. Eine Klärung der Motivationen dieser Entwicklung wurde nicht gegeben; die Formulierungen der Aufzeichnung scheinen anzudeuten, daß die Missionschefs innenpolitischen Antrieben den Vorrang vor dem Argument der

nordamerikanischen Einflußnahme gaben. Zur Bekräftigung ihrer Darlegungen warnten die Missionschefs vor einer falschen Auslegung der Austritte lateinamerikanischer Staaten aus dem Völkerbund und betonten, daß derartige Entscheidungen keine Verbesserung der Position Deutschlands in Lateinamerika zur Folge hätten, sondern eher den panamerikanischen Bestrebungen zugute kämen.

Auf diesem Hintergrund forderten die Missionschefs eine Überprüfung der deutschen Ziele in Lateinamerika und vor allem einen Verzicht auf alle machtpolitischen Ambitionen und eine klare Distanzierung von Plänen dieser Art. Die Missionschefs bezogen sich mit ihrer Forderung nicht nur auf lateinamerikanische Befürchtungen, sondern zogen reale machtpolitische Erwägungen von deutscher Seite in Betracht, in dem angesprochenen Fall Ausführungen eines Mitglieds der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP, die Botschafter Ritter in Besprechungen mit der brasilianischen Regierung zur Kenntnis gelangt waren<sup>42</sup>.

Die Besprechung der Missionschefs umspannte den gesamten Bereich der deutschen Politik in Lateinamerika und befaßte sich mit den Themen Handelspolitik, Deutschtum, Schulen, Vereine, Presse, Rückwanderung, Personen-Schiffahrt, Militärattachés, Doppelstaatler, um nur die Überschriften der einzelnen Abschnitte zu nennen. Hier interessieren nur diejenigen Passagen der Aufzeichnung, die in den Bereich der Deutschtumspolitik fallen, also die Abschnitte: Deutschtum, Schulen, Vereine, Rückwanderung, Doppelstaatler. Die Betrachtung der Ausführungen der Aufzeichnung zeigt, daß die Missionschefs sich der schwierigen Lage der Deutschtumspolitik in Lateinamerika voll bewußt waren, jedoch das Bemühen zeigten, keinen radikalen Bruch mit der Deutschtumspolitik der vorhergehenden Jahre zu vollziehen.

Ausgangspunkt der Betrachtungen der Missionschefs zur Deutschtumspolitik war die Forderung einer scharfen Trennung zwischen Reichs- und Volksdeutschen, die durch ein erstrebtes deutsches Entgegenkommen in der Frage der Doppelstaatler auf einen mittleren Rechtsstandpunkt („*jus loci*“) ergänzt wurde. Eine endgültige Lösung dieser als zunehmende Belastung der Beziehungen zwischen Deutschland und den lateinamerikanischen Staaten sich darstellenden Frage hatten die Missionschefs nicht anzubieten, da diese auf einen Verzicht auf das „*jus sanguinis*“ und auf eine Anerkennung des „*jus soli*“ hinauslaufen mußte und damit eine grundsätzliche deutsche Position angegriffen wurde. Durch den Vorschlag eines Kompromisses für die Zeit der Ansässigkeit der Doppelstaatler in Lateinamerika vor allem in der Frage des Militärdienstes, in Paß- und Meldefragen und Zivilstandsfragen einerseits



und der Befürwortung einer Erleichterung der Rückwanderung andererseits suchten die Missionschefs, einen Modus vivendi mit gewissen Erfolgsaussichten herbeizuführen.

In der Frage der Parteitätigkeit vertraten die Missionsvertreter den Standpunkt des Primats der Außenpolitik vor den Belangen der Partei und unterstrichen mit Nachdruck die Notwendigkeit äußerster Zurückhaltung von seiten der Partei in der Öffentlichkeit<sup>43</sup>. Diese grundsätzliche Forderung erweiterten die Missionschefs mit der Forderung der Entpolitisierung der DAF-Gruppen und der Gruppen der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Frau im Ausland“, die auf dem Hintergrund der Verhältnisse in Brasilien zu sehen ist, wo das Weiterbestehen entpolitisierter DAF-Gruppen auch nach dem Erlaß des Dekrets Nr. 383 vom 18. April 1938 ermöglicht wurde. In der Frage der nationalsozialistischen Jugendgruppen, die als ein besonderer Belastungspunkt bezeichnet wurde, hatten die Missionschefs keine allgemein anwendbare Lösung anzubieten; ihre Vorschläge beliefen sich auf eine Nachahmung des argentinischen Beispiels — Fortbestehen in sich geschlossener Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft in dem argentinischen Pfadfinderkorps —, das eine gewisse deutsche Einflußnahme zu gewährleisten schien.

In der Frage des Schul- und Vereinswesens befürworteten die Missionschefs eine finanzielle Verselbständigung der Privatschulen der verschiedenen Gruppen deutscher Abstammung in den lateinamerikanischen Ländern unter eventueller Zuhilfenahme der Winterhilfsgelder, einen Ausbau der Lehrerseminare und eine Anpassung der Vereinsstatuten an die herrschenden nationalistischen Strömungen. Mit diesen Forderungen zogen die Missionschefs das Fazit aus den Vorgängen in Brasilien.

In der Frage der Rückwanderung vertraten die Missionschefs einen vorsichtigen Standpunkt und warnten vor einer zu großen Förderung der Rückwanderung und insbesondere einer offiziellen Organisation der Rückwanderung<sup>44</sup>. Ihre Bedenken resultierten aus den Klagen deutscher Firmen in Lateinamerika über die verstärkte Rückwanderung von Facharbeitern und den Befürchtungen vor empfindlichen Reaktionen der lateinamerikanischen Staaten.

Insgesamt wahrten die Vorschläge der Missionschefs einen mittleren Kurs und verblieben auf der Linie allgemeiner Empfehlungen, die im einzelnen zu präzisieren waren. Mitte des folgenden Jahres wurden die Anregungen der Missionschefs im Rahmen einer Ibero-Amerika Konferenz des Auswärtigen Amtes und seiner Vertreter in Lateinamerika unter Einschluß der Auslandsorganisation der NSDAP und der Volksdeutschen Mittelstelle aufgegriffen und diskutiert, da sich mit zuneh-

mender Dringlichkeit die Notwendigkeit einer Klärung der Deutsch-  
tumspolitik in Lateinamerika stellte, nicht zuletzt unter dem Aspekt  
der machtpolitischen Bestrebungen des Dritten Reiches, d. h. unter dem  
Aspekt des kommenden Krieges.

### III · DIE ABBERUFUNG DER BOTSCHAFTER RITTER UND MONIZ DE ARAGÃO IM SEPTEMBER/OKTOBER 1938

#### 1 · ABBERUFUNG DER BOTSCHAFTER UND POLITISCHE TRAGWEITE DIESES SCHRITTES

Ende September 1938 unterbreitete Botschafter Moniz de Aragão dem Auswärtigen Amt den Wunsch seiner Regierung, Botschafter Ritter, der sich zu diesem Zeitpunkt in Deutschland aufhielt<sup>1</sup>, möge nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Dieser Schritt der brasilianischen Regierung konnte das Auswärtige Amt nicht unvorbereitet treffen. Erinnerung sei daran, daß bereits am 31. Mai Reichsaußenminister von Ribbentrop Ritter dahingehend verständigt hatte, daß die brasilianische Regierung möglicherweise eine Demarche betreffend seine Person vornehmen werde; diesem selbst wie dem Auswärtigen Amt war die tiefgehende Verstimmung des brasilianischen Außenministers über das Vorgehen des deutschen Botschafters insbesondere im Zusammenhang mit den nach dem Integralistenputsch erhobenen Verdächtigungen wohl bekannt<sup>2</sup>. Andeutungen, daß Ritter in Brasilien „nicht mehr willkommen sei“<sup>3</sup>, scheint der brasilianische Botschafter zu wiederholten Malen vor der Unterredung Ende September gemacht zu haben<sup>4</sup>, ohne daß diese als konkretes Ersuchen aktenkundig geworden sind und das Auswärtige Amt sich zu etwaigen Folgerungen genötigt fühlte.

In einer Unterredung mit Unterstaatssekretär Woermann am 21. September legte Moniz de Aragão diesem den Wunsch der brasilianischen Regierung nach Abberufung Botschafter Ritters dar. Seine Ausführungen zielten darauf hin, daß die deutsche Regierung den Wunsch der brasilianischen Regierung aufgreifen und von sich aus Ritter ablösen möge. Wie Woermann in seiner Erwiderung andeutete, war man auf deutscher Seite keineswegs bereit, sich mit Brasilien in diesem Sinne zu arrangieren und damit den brasilianischen Einwänden gegen Ritter eine offizielle Berechtigung zuzuerkennen; vielmehr begegnete die deutsche Regierung dem am 30. September<sup>5</sup> mündlich wie schriftlich vorgetragenen offiziellen<sup>6</sup> Ersuchen der brasilianischen Regierung um Abberufung Botschafter Ritters mit einer entsprechenden Forderung betreffend die Person des brasilianischen Botschafters in Deutschland, Moniz de Aragão. Am 30. September deutete Woermann dem brasilianischen Bot-

schafter die beabsichtigte Haltung der deutschen Regierung an<sup>7</sup>; in einem Erlaß an von Levetzow vom 3. Oktober wurde dieser angewiesen, dem brasilianischen Außenminister die Forderung der deutschen Regierung nach Abberufung des brasilianischen Botschafters in einer Note zu unterbreiten<sup>8</sup>. Am 5. Oktober führte von Levetzow weisungsgemäß seinen Auftrag aus<sup>9</sup>, dem von brasilianischer Seite in Vorausschau der Entwicklung bereits am 4. Oktober mit einem entsprechenden Schritt zuvorgekommen worden war<sup>10</sup>.

Mit der Abberufung der Botschafter Ritter und Moniz de Aragão erreichten die seit Monaten in zunehmendem Maße strapazierten politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland einen Tiefstand, der — bedingt durch seinen Anlaß — auch nach außen hin klar in Erscheinung trat.

Verschiedene Hinweise in den Akten des ehemaligen Auswärtigen Amtes, Berlin, deuten darauf hin, daß der brasilianischen Regierung die Zuspitzung der Abberufungsfrage durch die scharfe Reaktion der deutschen Regierung nicht genehm war<sup>11</sup>. Gestützt wird diese Annahme zum einen durch die — bis zur letzten Minute vorgenommenen — Versuche des brasilianischen Botschafters, die deutsche Regierung zu bewegen, von sich aus Ritter abzuberufen und Brasilien die Notwendigkeit eines offiziellen Schrittes mit der ihm innewohnenden Schärfe und Schwergewichtigkeit zu ersparen. So war Moniz de Aragão noch am 30. September bestrebt, durch Hinauszögerung der Abgabe der zu überreichenden Note betreffend die Abberufung Ritters die Chance einer Lösung in dem angedeuteten Sinne nicht zu verbauen. Möglicherweise hat in dem Bemühen des Botschafters der Wunsch eine Rolle gespielt, einem eventuellen Verweis der brasilianischen Regierung über die Zuspitzung der Abberufungsfrage zu entgehen, da ihm — aus Äußerungen des brasilianischen Außenministers Oswaldo Aranha zu schließen — seit längerem die Weisung erteilt worden war, auf eine Ersetzung Ritters in freundschaftlichem Übereinkommen mit der deutschen Regierung hinzuarbeiten<sup>12</sup>. Am 5. Oktober prangerte dann auch Außenminister Aranha von Levetzow gegenüber Moniz de Aragão als den allein Schuldigen an dem Verlauf der Botschafterfrage an. Inwieweit in diesen Ausführungen des brasilianischen Außenministers allerdings der Wunsch mitsprach, einen Sündenbock für eine nicht genehme Entwicklung zu finden, die de facto aus der persönlichen Verstimmung Oswaldo Aranhas über den deutschen Botschafter resultierte, muß dahingestellt bleiben<sup>13</sup>.

Zum anderen können die Erwidierungen Außenminister Aranhas vom 5. Oktober auf die Unterbreitung der deutschen Forderung nach Ab-

berufung des brasilianischen Botschafters in Deutschland als ein Beleg dafür herangezogen werden, daß die scharfe Reaktion auf deutscher Seite der brasilianischen Regierung nicht gelegen kam. In seinem Kommentar unterstrich von Levetzow diesen Eindruck und verwies als mögliche Beweggründe auf die Veränderung der Lage in Europa — er ließ sich zu diesem Punkt nicht weiter aus, bezog sich aber wohl auf das Münchner Abkommen — und auf gleichzeitige Spannungen zwischen Brasilien und Italien aus entsprechendem Anlaß<sup>14</sup>.

Als Begründung des Ersuchens um Abberufung Botschafter Ritters wurde in der brasilianischen Note vom 30. September allgemein auf Spannungen zwischen Ritter und der brasilianischen Regierung verwiesen und betont, daß ein Verbleiben des Botschafters auf seinem Posten sich hemmend auf eine wünschenswerte Weiterentwicklung der politischen und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland auswirken würde. In persönlichen Ausführungen des brasilianischen Botschafters in Deutschland und des brasilianischen Außenministers<sup>15</sup> wurde auf die mangelnde diplomatische Geschicklichkeit Ritters im Umgang mit der brasilianischen Regierung, genauer im Umgang mit dem brasilianischen Außenminister<sup>16</sup>, als hauptsächlicher Motivation des Abberufungswunsches verwiesen — Moniz de Aragão sprach von einer Nichtbeachtung der „äußeren Formen der Höflichkeit“ — und damit die Formulierung der Note präzisiert. Ergänzend können Ausführungen von Levetzows in einem Privatbrief an den Stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung, von Bismarck, vom 2. Januar 1939<sup>17</sup> herangezogen werden, die in die gleiche Richtung weisen.

In seinem Schreiben an den Fürsten Bismarck betonte von Levetzow, daß auf brasilianischer Seite gegen Ritter vorgebracht werde, daß dieser, „um sich durchzusetzen, unrichtige Angaben bezüglich der Ausschliefung der Brasilianischen Botschaft von Einladungen gemacht hat“. Aus diesem Satz läßt sich entnehmen, daß die Bestrebungen Ritters, die politischen Spannungen in dem gesellschaftlichen Bereich auszuspielen<sup>18</sup>, die dieser nach dem Integralistenputsch ohne Rückendeckung des Auswärtigen Amtes zu verwirklichen trachtete, an seiner Abberufung einen maßgeblichen Anteil hatten. Als weiterer Faktor, der für den Abberufungswunsch der brasilianischen Regierung von ähnlich ausschlaggebender Bedeutung war, ist das scharfe Auftreten Ritters nach dem Integralistenputsch im Zusammenhang mit der Bekämpfung der geschilderten Verdächtigungen und insbesondere seine Auseinandersetzung mit Außenminister Aranha am 21. Mai zu nennen<sup>19</sup>. Dieses Moment wird in den Ausführungen Oswaldo Aranhas vom 5. Oktober hervorgehoben.

Angesichts dieser Hinweise erscheint die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß das Ersuchen der brasilianischen Regierung um Abberufung Botschafter Ritters in der Verstimmung des brasilianischen Außenministers Oswaldo Aranha über das Vorgehen des deutschen Botschafters nach dem Integralistenputsch wurzelte, also in einer persönlichen Differenz zwischen diesen beiden Persönlichkeiten zu suchen ist<sup>20</sup>. Belege dafür, daß die brasilianische Regierung über die Frage der Abberufung Botschafter Ritters eine Zuspitzung der bestehenden Spannungen in den politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland gegen Ende September 1938 herbeiführen wollte, ergaben sich aus dem eingesehenen Quellenmaterial nicht<sup>21</sup>.

Schwieriger zu beantworten ist die Frage, welche Beweggründe das Auswärtige Amt veranlaßten, dem brasilianischen Ersuchen um Abberufung Ritters mit der Forderung nach Abberufung des brasilianischen Botschafters in Deutschland, Moniz de Aragão, zu begegnen. Aufzeichnungen über die Überlegungen, die im einzelnen zu dieser Entscheidung führten, waren in den Akten nicht aufzufinden. Insbesondere ließ sich nicht klären, ob und inwieweit Ritter für diese Entscheidung mitverantwortlich war. Diese Vermutung liegt nahe, da der Botschafter an den späteren Auslassungen des Auswärtigen Amtes in der Abberufungsfrage maßgeblich beteiligt war und gegenüber den Bestrebungen des zuständigen Referates Pol IX das Auswärtige Amt auf einen schärferen Kurs gegenüber Brasilien steuerte.

Aus den Ausführungen Unterstaatssekretär Woermanns vom 30. September ergeben sich erste Anhaltspunkte für eine Erfassung der Motivationen der deutschen Haltung. Es zeigt sich, daß das Auswärtige Amt nicht gewillt war, der brasilianischen Regierung gegenüber Botschafter Ritter Schuld an der Verschlechterung der deutsch-brasilianischen Beziehungen in den vergangenen Monaten aufzubürden, wie auch immer das Verhalten Ritters beurteilt wurde<sup>22</sup>, und sich damit voll hinter seinen Botschafter stellte. Bei dieser Entscheidung wird nicht zuletzt die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß ein Nachgeben auf deutscher Seite Brasilien die Möglichkeit einer einseitigen Interpretation der gekennzeichneten Spannungen zwischen Brasilien und Deutschland gegeben hätte und damit der deutsche Anspruch auf Zurücknahme der Maßnahmen gegen die Reichsdeutschen untergraben worden wäre.

Im Anschluß an die Abberufung der Botschafter fand zwischen der deutschen und der brasilianischen Regierung eine langandauernde Auseinandersetzung statt, die zum einen um die Abberufung und zum anderen um die deutsche Forderung einer Dementierung von Behauptungen der US-amerikanischen, englischen und französischen Publizistik

über einen Zusammenhang zwischen der Abberufung und dem Integralistenputsch kreiste<sup>23</sup>. Die weitere Erörterung der Abberufungsfrage, die sich in Form einer starren Bekundung des jeweiligen Standpunktes und dem Bemühen, der anderen Seite die Schuld an der Zuspitzung in den politischen Beziehungen zuzuschieben, äußerte, fand in Form eines Notenwechsels statt, der sich bis in den Anfang des Jahres 1939 hinzog. Die Unversöhnlichkeit der Standpunkte trat in der schriftlichen Fixierung schärfer zutage als im mündlichen Gespräch und steigerte sich jeweils in der Reaktion auf die Auslassungen der gegnerischen Seite. Dieser Notenwechsel behauptete bis zuletzt Positionen, die in der praktischen Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in der Zwischenzeit bereits im Ansatz überwunden wurden.

Die Auseinandersetzung um die Abberufung der Botschafter wurde in der zweiten Hälfte des Monats Oktober (17. bis 25. Oktober) kurzfristig durch das erneute Hochspielen der Frage einer deutschen Unterstützung des Integralistenputsches, auf die die publizistischen Behauptungen eines Zusammenhanges zwischen Abberufung und Integralistenputsch hinzielten<sup>24</sup>, in andere Bahnen gelenkt. Äußerungen des scheidenden brasilianischen Botschafters in Deutschland, Moniz de Aragão, stützten diese Behauptungen<sup>25</sup>. Deutschland reagierte mit sichtlicher Schärfe auf diese Verlautbarungen und verlangte von der brasilianischen Regierung eine klare Dementierung des behaupteten Zusammenhanges zwischen Abberufung und Integralistenputsch<sup>26</sup>. Die deutsch-brasilianischen Verhandlungen in der Dementifrage führten zu keinem Ergebnis und wurden von Deutschland abgebrochen.

Außenminister Aranha zeigte sich bereit, dem deutschen Begehren nachzukommen, war jedoch gleichzeitig bestrebt, die Hintergründe der Abberufung und damit seinen Anteil an der Entwicklung nicht nach außen treten zu lassen<sup>27</sup>. Seine lavierende Haltung vertiefte die Verstimmung auf deutscher Seite und löste den Abbruch der Verhandlungen um das Dementi von deutscher Seite auf direkte Intervention Reichsaußenminister von Ribbentrops aus<sup>28</sup>. Die scharfe deutsche Reaktion, die Aranha mit dem Vorwurf eines unloyalen Verhaltens Deutschland gegenüber und einer angestrebten Irreführung der Öffentlichkeit in der Abberufungsfrage begegnete, veranlaßte den brasilianischen Außenminister zu einem weitgehenden Eingehen auf die deutschen Wünsche, ohne daß die deutsche Regierung dieses Entgegenkommen zu honorigen bereit war. Der Verlauf der Verhandlungen um das Dementi verdeutlicht, daß Außenminister Aranha grundsätzlich willens war, dem deutschen Ersuchen entgegenzukommen und die deutsche Ver-

stimmung nach Möglichkeit zu beheben trachtete, daß er jedoch andererseits bestrebt war, den brasilianischen Anteil an der ihm aus innen- und außenpolitischen Beweggründen nicht genehmen Entwicklung in der Abberufungsfrage<sup>29</sup> zu verwischen und zunächst beiden Bestrebungen Rechnung zu tragen suchte. Erst die Verhärtung der deutschen Haltung mit dem Abbruch der Verhandlungen gab den Ausschlag zu einer klaren Entscheidung, die einem der beiden Gesichtspunkte, und zwar dem der Minderung der Spannungen mit Deutschland, den Vorrang verlieh.

Auf deutscher Seite zeigte sich eine genau entgegengesetzte Entwicklung. Nach anfänglichem Entgegenkommen verschloß sich Deutschland abrupt jeder weiteren Verhandlung, ungeachtet des deutlichen brasilianischen Einlenkens. Hier ist zu bedenken, daß jede Verzögerung des Dementis seinen Wert mindern mußte und daß gerade in der Frage des Integralistenputsches kaum beschwichtigte Empfindlichkeiten auf deutscher Seite mit im Spiele waren. Zudem schuf der Verlauf der Abberufungsfrage ein grundsätzlich ungünstiges Verhandlungsklima zwischen den beiden Staaten<sup>30</sup>. So konnte die lavierende Verhandlungstaktik Aranhas als schwere Brückierung Deutschlands aufgefaßt werden, wie die Intervention Reichsaußenminister von Ribbentrops und das Übergehen des brasilianischen Entgegenkommens nahelegen.

In ähnlich ergebnislosen Bahnen wie die Verhandlungen um das Dementi verlief auch der Notenwechsel um die Abberufung<sup>31</sup>. Während die brasilianische Regierung bemüht war, Deutschland für die Entwicklung der Abberufungsfrage verantwortlich zu machen<sup>32</sup>, suchte Deutschland Brasilien die Schuld an der zunehmenden Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zuzuschieben. So wurde von deutscher Seite Brasilien entgegengehalten, daß nicht das Verhalten des deutschen Botschafters, sondern die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen die Spannungen in den politischen Beziehungen ausgelöst hätten. Mit dieser Argumentation wurde einerseits eine Rechtfertigung des Vorgehens Botschafter Ritters in den vergangenen Monaten unternommen und gleichzeitig der deutsche Standpunkt in der Abberufungsfrage dargelegt<sup>33</sup> und andererseits angestrebt, die Diskussion über die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen neu zu beleben.

Mit der von Deutschland gewählten Form einer pointiert formulierten schriftlichen Weiterführung der Auseinandersetzung um die Abberufung der Botschafter über die unmittelbare Konfliktsituation und die ersten beiderseitigen Verlautbarungen hinaus (Deutsche Note vom 4. Januar 1939 als Beantwortung der brasilianischen Note vom 6. Oktober 1938) wurde ein Weg beschritten, der die Spannungen um die Botschafter-



frage zu zementieren drohte und dem deutschen Bestreben nach einer Neubelebung der Diskussion um die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen entgegengesetzt war. Diese Entscheidung fiel auf Betreiben Ritters gegen das Bestreben des zuständigen Referates Pol IX nach einer langandauernden internen Auseinandersetzung im Auswärtigen Amt, die mit der deutschen Note vom 4. Januar ihren Abschluß fand<sup>34</sup>. Die Abgabe dieser Note löste im brasilianischen Außenministerium eine tiefgehende Verstimmung aus und drohte, das sich in den letzten Wochen aufgrund intensiver und geschickter Bemühungen von Levetzow um die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zum brasilianischen Außenministerium allmählich entspannende politische Klima zwischen Brasilien und Deutschland erneut ernstlich zu belasten<sup>35</sup>. Zudem fand die mit der Note vom 4. Januar 1939 beabsichtigte Demonstration gegen Oswaldo Aranha zu einem Zeitpunkt statt, zu dem von Levetzow bei Beschwerden über neuerliche Nationalisierungsmaßnahmen gerade im brasilianischen Außenministerium Rückhalt fand und somit eine flexiblere Haltung auf deutscher Seite von Vorteil gewesen wäre<sup>36</sup>.

Von Levetzow gelang es jedoch, die Verstimmung auf brasilianischer Seite binnen kurzer Zeit zu beheben, so daß die deutsche Note im Endeffekt keine ernsten Folgen zeitigte<sup>37</sup>. Gleichzeitig vermochte er das Auswärtige Amt zu bestimmen, die als Antwort auf die deutsche Note vom 4. Januar erfolgte brasilianische Note vom 25. Januar, die in der Sache unnachgiebig, im Ton jedoch verbindlicher gehalten war, mit Stillschweigen zu übergehen und damit den Notenwechsel um die Abberufung der Botschafter zu beenden<sup>38</sup>. Mit dieser Entscheidung des Auswärtigen Amtes fand eine Auseinandersetzung ein Ende, die sich zunehmend als Belastung für beide Partner darstellte, und wurde der Weg für Verhandlungen über eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen durch eine Neubesetzung der Botschafterposten geebnet.

Die Abberufung der Botschafter stellt zweifellos einen Tiefpunkt in den seit Monaten strapazierten politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland dar, der jedoch richtiger als Nachhall eines bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1938 ausgetragenen Konfliktes zwischen den beiden Ländern zu bezeichnen ist. Als politisches Ereignis war die Abberufung der Botschafter von geringer Tragweite; hierüber kann auch der Notenwechsel mit seinen starren antagonistischen Positionen nicht hinwegtäuschen. So wurden bereits im Februar 1939 sowohl auf deutscher wie auf brasilianischer Seite Bestrebungen nach einer Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland sichtbar, die sich im Verlauf der Monate März bis Mai

konkretisierten und Ende Mai zu einer offiziellen Vereinbarung zwischen den beiden Ländern über eine Neubesetzung der Botschafterposten führten<sup>39</sup>. Aus dieser Entwicklung der Botschafterfrage läßt sich deutlich ablesen, daß sowohl Brasilien wie Deutschland bestrebt waren, aus den Spannungen um Botschafter Ritter keine permanente politische Krise entstehen zu lassen und daß die eigentlichen Schwierigkeiten nur in dem „wie“ der Beendigung des Konfliktes lagen.

In internen Überlegungen des Auswärtigen Amtes war bereits Anfang Februar der Wunsch nach einer Normalisierung der diplomatischen Beziehungen geäußert worden<sup>40</sup>, der sich gleichermaßen in der Beendigung des Notenwechsels um die Abberufung manifestierte. Einen wesentlichen Anteil an dieser positiven Wendung in der Botschafterfrage hatte der bereits mehrfach zitierte Privatbrief von Levetzows an den Fürsten Bismarck vom 2. Januar 1939, der latenten Bestrebungen im Auswärtigen Amt (vgl. die Haltung des Referates Pol IX in der Frage der Beantwortung der brasilianischen Note vom 6. Oktober) entgegenkam. In diesem Schreiben hatte von Levetzow aufs eingehendste seine Bemühungen um Entspannung und um Herstellung guter Kontakte zu den maßgeblichen Stellen in Brasilien dargelegt und die Bedeutung guter persönlicher Beziehungen für eine erfolgreiche Politik in Brasilien herausgestellt. Er betonte, daß seines Erachtens eine Fortsetzung des „Konfliktes“ mit Brasilien Deutschland keinerlei Nutzen bringen könne, solange man auf deutscher Seite nicht gewillt sei, seinerseits Maßnahmen gegen Brasilien zu ergreifen, daß zudem Proteste in der Nationalisierungsfrage nur zu einer Versteifung der brasilianischen Haltung führen würden und außerdem als Einmischung in innere Angelegenheiten Brasiliens ausgelegt werden könnten. Damit verwies von Levetzow einerseits auf die schwache Verhandlungsposition Deutschlands gegenüber Brasilien, die während der Spannungen um den Integralistenputsch so deutlich zutage getreten war (Fehlen geeigneter Pressionsmittel)<sup>41</sup>, und begründete andererseits sein Bestreben, dem deutschen Standpunkt in der Nationalisierungsfrage auf dem Wege der Überzeugung Geltung zu verschaffen.

Dem deutschen Bestreben nach Wiederherstellung voller diplomatischer Beziehungen zu Brasilien<sup>42</sup> kam eine Fühlungnahme von brasilianischer Seite vom 25. Februar 1939 entgegen, die in die gleiche Richtung zielte<sup>43</sup>. An diesem Tage teilte der brasilianische Geschäftsträger Freitag vom Referat Pol IX mit, daß Getúlio Vargas beabsichtige, seinen Sohn für ein halbes Jahr zum Studium nach Deutschland zu schicken und knüpfte an diese Mitteilung Bemerkungen über die Deutschland freundlich gesonnene Haltung des brasilianischen Bundespräsidenten

und über die erfreuliche Entwicklung der politischen und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in der letzten Zeit an. Anschließend brachte der Geschäftsträger in aller Deutlichkeit den Wunsch der brasilianischen Regierung nach Wiederherstellung voller diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck.

Mit dieser Geste der brasilianischen Regierung wurden die beiderseitigen Bestrebungen nach Normalisierung der diplomatischen Beziehungen in konkrete Bahnen geleitet. In den Verhandlungen der Monate März bis Mai galt es, die Prestigefrage zu lösen, von welcher Seite der erste offizielle Schritt zu vollziehen sei<sup>44</sup>. Der beiderseitige Wunsch nach Beendigung des Botschafterzwischenfalls und nach Entspannung trug maßgeblich zu dem positiven Abschluß der Verhandlungen bei.

Die glückliche Beendigung des Konfliktes um die Botschafter ist zu einem großen Teil dem geschickten Vorgehen von Levetzows zu verdanken, der es verstanden hatte, für Deutschland in Brasilien werbend einzutreten und Barrieren der Verstimmung zu überwinden. Die brasilianische Regierung unterließ es nicht, nach glücklicher Beendigung der Krise um die Abberufung der Botschafter über ihren Geschäftsträger in Berlin der vorgesetzten Behörde von Levetzows ein ausdrückliches Lob über den Takt und das geschickte Vorgehen des Geschäftsträgers zugehen zu lassen und mit dieser Anerkennung die Beliebtheit von Levetzows in Brasilien zu demonstrieren<sup>45</sup>. Hier bewahrheitete sich aufs eindeutigste die Aussage von Levetzows, daß es für eine erfolgreiche Politik in Brasilien wichtig sei, dort gute persönliche Beziehungen zu besitzen.

Neben der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zum brasilianischen Außenministerium bemühte sich von Levetzow vor allem um gute Kontakte zu den leitenden Militärs in Brasilien, auf deren Konto die Nationalisierungsmaßnahmen zu einem bedeutenden Teil gingen, um auf diesem Wege zu versuchen, Einfluß auf die Gestaltung der Nationalisierung zu gewinnen. Von Levetzow war insbesondere bestrebt, herzliche Beziehungen zu dem einflußreichen Generalstabschef und früheren Kriegsminister Góes Monteiro herzustellen, der deutschfreundlich eingestellt war<sup>46</sup>. Anlaß für die Bemühungen des deutschen Geschäftsträgers um den Generalstabschef war eine ihm zugetragene Mitteilung, daß dieser bei Oswaldo Aranha gegen die Zuspitzung der Spannungen in den deutsch-brasilianischen Beziehungen protestiert habe unter Hinweis auf ein anstehendes Krupp-Geschäft und auf seinen Wunsch, im kommenden Jahr zu den Manövern nach Deutschland eingeladen zu werden<sup>47</sup>. Von Levetzow maß dieser Information eine große Bedeutung zu und war bestrebt, das Auswärtige Amt für eine Einla-

derung des Generalstabschefs zu den Manövern des folgenden Jahres zu gewinnen. Er erhoffte sich von einem derartigen Schritt eine Beeinflussung des Generalstabschefs in prodeutscher Richtung und die Möglichkeit einer anschließenden Fühlungnahme über den Komplex der Nationalisierung.

Das Auswärtige Amt nahm gegenüber dem Ersuchen von Levetzows zunächst eine ablehnende Haltung ein, nicht aufgrund einer grundsätzlichen Stellungnahme gegen den Gedanken einer Einladung des Generalstabschefs zu den deutschen Manövern, sondern aus dem Bestreben heraus, zunächst eine gewisse Entspannung in der Abberufungsfrage eintreten zu lassen<sup>48</sup>. Hier offenbart sich wiederum eine Diskrepanz in den befürworteten Verhaltensweisen von seiten der Botschaft in Rio de Janeiro und von seiten des Auswärtigen Amtes aufgrund der unterschiedlichen Distanz der beiden Stellen zu den Ereignissen in Brasilien, nur daß in diesem Fall das Auswärtige Amt die schärfere Haltung einnahm<sup>49</sup>.

Mit seiner weiteren Berichterstattung vermochte von Levetzow jedoch die Bedenken des Auswärtigen Amtes zu zerstreuen<sup>50</sup>. Es gelang ihm, Kontakt zu Góes Monteiro herzustellen<sup>51</sup> und den gewünschten Gedankenaustausch über die Frage der Nationalisierung herbeizuführen, der die Geneigtheit des Generalstabschefs sichtbar werden ließ, mäßigend in dieser Frage wirken zu wollen<sup>52</sup>. Mit dem Bericht über dieses Zusammentreffen löste von Levetzow eine Revision der Haltung des Auswärtigen Amtes aus, die durch spätere Hinweise des Geschäftsträgers auf eine bevorstehende Einladung des Generalstabschefs in die USA verstärkt wurde<sup>53</sup>. Mitte Januar konnte von Levetzow dem Generalstabschef die deutsche Einladung zu den Manövern des laufenden Jahres aussprechen.

Als unmittelbare Reaktion zeitigte die deutsche Einladung eine Sympathiekundgebung für Deutschland im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung, an der leitende Militärs und Regierungsvertreter teilnahmen, unter ihnen der Außenminister, der Vertreter des in Südbrasilien weilenden Kriegsministers, der Generalstabschef und alle in Rio de Janeiro anwesenden Generäle<sup>54</sup>. Der Erfolg der Bestrebungen von Levetzows um Verbesserung des Verhandlungsklimas wird hier aufs anschaulichste demonstriert.

Dem Bemühen von Levetzows kamen politische Entwicklungen in Brasilien entgegen, die die deutsch-brasilianischen Beziehungen gegen Jahresende in einem günstigeren Licht erscheinen ließen: Aus der Berichterstattung des deutschen Geschäftsträgers der Monate November bis einschließlich Januar, die durch Berichte des DNB-Vertreters in

Rio de Janeiro ergänzt werden, geht hervor, daß sich mit dem Jahrestag der Errichtung des „Estado Novo“ in Brasilien eine Deutschland geneigtere Stimmung durchzusetzen begann, die sich in verschiedenen Bereichen manifestierte<sup>55</sup>. Allein in dem Bereich der Nationalisierung ließ sich kein Wandel verzeichnen, doch relativierten die parallellaufenden Klagen von portugiesischer, italienischer, japanischer, polnischer und katholischer Seite die deutschen Beschwerden und zeigten die Breite der Nationalisierungsmaßnahmen zu diesem Zeitpunkt<sup>56</sup>.

Manifest wurde der von dem deutschen Geschäftsträger und dem DNB-Vertreter prononciert herausgestellte Wandel vor allem in den Bereichen der öffentlichen Meinung und der Wirtschaftsbeziehungen, und zwar im einzelnen in den Punkten: Verstummen der Presseangriffe gegen Deutschland, Bemühen der Pressezensur, eine Erörterung des Vorgehens gegen die Juden in Deutschland zu unterbinden, die positive Lösung von Spannungen um von Cossel, die vermutlich zu einem wesentlichen Teil auf das Konto der Bemühungen von Levetzows um Entspannung zurückzuführen ist, Verlautbarungen von Regierungsseite, die sich für Deutschland günstig darstellten und schließlich als vordringlich herausgestellter Faktor eine positive Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen<sup>57</sup>.

Dieser Katalog ist eindrucksvoll gemessen an den Belastungen der letzten Wochen und Monate und erklärt den fast euphorischen Ton der amtlichen Berichterstattung um die Jahreswende 1938/39, nachdem im Oktober und Anfang November noch ein sehr pessimistischer Tenor in den Berichten von Levetzows vorgeherrscht hatte und düstere Prognosen für die Zukunft der deutsch-brasilianischen Beziehungen gestellt wurden<sup>58</sup>. Für diesen pointierten Umschwung mag das Moment subjektiver Erleichterung über die Abschwächung der deutsch-brasilianischen Spannungen mit verantwortlich gewesen sein. Als Beweggründe dieses Wandels werden in der Berichterstattung von Levetzows und des DNB-Vertreters die Faktoren: Stärkung der Machtposition des Bundespräsidenten, Schwächung der Machtposition des Außenministers, Zurückdrängen des US-amerikanischen Einflusses als Reaktion auf die Überspitzung des US-amerikanischen Druckes, Erfolg der zahlreichen Proteste von Levetzows bei den zuständigen brasilianischen Stellen, herausgestellt — d. h. vorwiegend Faktoren, die um den Komplex der brasilianisch-US-amerikanischen Beziehungen kreisten. Zu diesen Faktoren ist das Moment der personellen Veränderung an der Spitze der Botschaft mit der Abberufung Botschafter Ritters und der nunmehrigen Wahrnehmung der Geschäfte der Botschaft von seiten von Levetzows hinzugesellen<sup>59</sup>.

Ohne die Hintergründe des herausgestellten Wandels im einzelnen überprüfen zu können, läßt sich aus der Berichterstattung aus Brasilien von Ende 1938, Anfang 1939 in Zusammenschau mit der positiven Entwicklung in der Botschafterfrage seit Beginn des Jahres 1939 entnehmen, daß die Spannungen um die Abberufung der Botschafter die politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland nur kurzfristig belasteten und insgesamt von sekundärer politischer Bedeutung waren. Die Deutung des Abberufungswunsches der brasilianischen Regierung als eines aus persönlicher Verstimmung resultierenden Schrittes, der sich aufgrund der scharfen deutschen Reaktion zu einem beiden Seiten nicht genehmen Konflikt auswuchs, wird hier bestätigt. Um die Jahreswende 1938/39 bildete der Wunsch nach Entspannung vor allem auch im Hinblick auf die ungestörte Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen ein oder auch das zentrale Streben der beiden Länder. Auf brasilianischer Seite wurde allerdings der Komplex der Nationalisierung nicht mit in dieses Streben einbezogen, während Deutschland die Nationalisierungsfrage naturgemäß nicht aus der Gesamtschau der deutsch-brasilianischen Beziehungen ausschalten konnte<sup>60</sup>.

Verkompliziert wurde das Bild der deutsch-brasilianischen Beziehungen Ende 1938 durch latente Spannungsmomente, die künftigen Konfliktstoff in sich bargen: gemeint sind die Auswirkungen der politischen Spannungen in Europa in Brasilien, insbesondere die der Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei<sup>61</sup>. Am 3. November hatte von Levetzow in Beantwortung eines Runderlasses des Auswärtigen Amtes an die deutschen Missionen in Lateinamerika anläßlich der Münchner Konferenz, der die Einstellung der lateinamerikanischen Regierungen und öffentlichen Meinung zu diesem Zeitpunkt zu Deutschland eruieren sollte<sup>62</sup>, für Brasilien eine „unfreundliche“ Haltung im Falle eines europäischen Krieges prophezeit. Er gründete seine Annahme auf die Faktoren: US-amerikanische Einflußnahme, eine allgemeine Hinneigung der brasilianischen Bevölkerung zu den „demokratischen“ Staaten, Bestärkung panamerikanischer Tendenzen in Brasilien aufgrund der politischen Entwicklung in Europa mit der ihr immanenten Zuspitzung der zwischenstaatlichen Spannungen. Wenn auch zunächst noch die europäische Konfliktsituation keinen außenpolitischen Kurswechsel der brasilianischen Regierung zur Folge hatte<sup>63</sup>, so lagen hier doch zweifellos die entscheidenden Momente für die Zukunft der deutsch-brasilianischen Beziehungen.

## 2 · DIE BEDEUTUNG DER ABBERUFUNG GEMESSEN AN DEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN BRASILIEN UND DEUTSCHLAND

Der Konflikt um die Abberufung der Botschafter veranlaßte das Reichswirtschaftsministerium zu einer Intervention im Auswärtigen Amt<sup>1</sup>. Am 4. Oktober, mitten in den Auseinandersetzungen um die Abberufung, unterbreitete Ministerialdirigent Schlotterer vom Reichswirtschaftsministerium dem Stellvertretenden Leiter der Handels-(Wirtschafts-)politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, VLR Clodius, die Bedenken des Reichswirtschaftsministeriums wegen der Zuspitzung der Spannungen in den politischen Beziehungen. Schlotterer wies zur Begründung seiner Intervention auf die wirtschaftliche Bedeutung Brasiliens für Deutschland hin — er nannte Brasilien den wichtigsten Staat Südamerikas in wirtschaftlicher Hinsicht — und veranschaulichte seine Aussage am Beispiel der Baumwollimporte aus Brasilien. Schlotterer konkretisierte die Befürchtungen des Reichswirtschaftsministeriums über eine mögliche Beeinträchtigung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch die Spannungen im politischen Bereich mit dem Hinweis auf eine eventuell drohende Einflußnahme des brasilianischen Außenministers zuungunsten Deutschlands und verdeutlichte mit dieser Aussage, daß auch das Reichswirtschaftsministerium in Oswaldo Aranha einen Träger antideutscher Bestrebungen und Vermittler nordamerikanischer Wünsche in Brasilien sah.

Clodius war in der Unterredung mit Schlotterer nicht bereit, der Forderung des Reichswirtschaftsministeriums über das Primat der Wirtschaftsbeziehungen vor den politischen Beziehungen nachzugeben und konterte mit dem Hinweis, daß die Urheberchaft des letzten Konfliktes bei Brasilien zu suchen sei, unter gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit einer entschiedenen Haltung im politischen Bereich. In einer abschließenden Bemerkung seiner Aufzeichnung über die Unterredung mit Schlotterer, die für die innere Diskussion des Auswärtigen Amtes gedacht war, machte sich Clodius jedoch die Einwände des Reichswirtschaftsministeriums zu eigen und hob seinerseits die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zu Brasilien hervor.

Die Unterredung zwischen Schlotterer und Clodius verdeutlicht, daß ohne eine Berücksichtigung der Wirtschaftsbeziehungen nur ein einseitiges Bild des Verhältnisses zwischen Brasilien und Deutschland im Untersuchungszeitraum und im besonderen bei der Beurteilung der Tragweite der Abberufung der Botschafter umrissen werden kann und legt ein kurzes Eingehen auf diesen Bereich nahe<sup>2</sup>.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland im Untersuchungszeitraum wurden durch eine Folge von vertraglichen Übereinkommen umgrenzt, die den Rahmen der Beziehungen in diesem Bereich absteckten und Aufschlüsse über die Schwerpunkte der Interessen auf beiden Seiten gaben. Schon bald nach der Machtübernahme wandte sich die Provisorische Regierung unter Getúlio Vargas an das Ausland mit dem Ersuchen um Abschluß von Handelsabkommen auf der Basis der uneingeschränkten Meistbegünstigung<sup>3</sup>. Unter den angesprochenen Staaten befand sich auch Deutschland<sup>4</sup>. Am 22. Oktober 1931 wurde durch Notenwechsel ein Handelsabkommen zwischen Brasilien und Deutschland auf der Basis uneingeschränkter Meistbegünstigung nach der Musterformel des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes abgeschlossen<sup>5</sup>. Vorgesehen war eine zweijährige Laufzeit des Abkommens nach erfolgter Ratifizierung durch Deutschland. Diese Begrenzung war variabel; das Abkommen blieb auch über die zwei Jahre hinaus in Kraft, solange es nicht von einem der beiden vertragschließenden Teile gekündigt wurde. Für die Zeit bis zur Ratifizierung durch die deutsche Regierung war ein vorläufiges Inkrafttreten des Handelsabkommens vorgesehen.

Anfang 1936 kündigte die brasilianische Regierung im Rahmen von Bestrebungen zur Modifizierung ihrer Handelspolitik<sup>6</sup> das Handelsabkommen von 1931. Lange vor diesem Datum, im Verlauf des Jahres 1934, hatte sich Deutschland um eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Brasilien auf erweiterter vertraglicher Grundlage bemüht<sup>7</sup>. In der zweiten Hälfte des Jahres 1934 unternahm eine deutsche Handelsdelegation, die sich aus Vertretern verschiedener sachlich interessierter Stellen Deutschlands zusammensetzte, eine Reise durch Südamerika, um engere wirtschaftliche Verbindungen zu den Ländern dieses Halbkontinents einzuleiten. Die Verhandlungen der Delegation erfolgten auf dem Hintergrund von Bestrebungen, die deutschen Rohstoffankäufe auf Länder zu verlagern, die zur Abnahme deutscher Exporte bereit waren. Im Rahmen dieser Neuorientierung der deutschen Handelspolitik wurde dem südamerikanischen Markt eine besondere Bedeutung zugemessen<sup>8</sup>.

Die Verhandlungen der Delegation in Brasilien führten zu keinem definitiven Vertragsabschluß, lösten jedoch eine Intensivierung des deutsch-brasilianischen Handels im Rahmen der festgelegten Richtlinien aus, die auf eine Steigerung der brasilianischen Kaffee- und Rohstoffexporte (Baumwolle u. a. m.) nach Deutschland bei gleichzeitiger Belebung der deutschen Exporte nach Brasilien und die Abwicklung des Handels über Verrechnungsverkehr hinausliefen<sup>9</sup>.



Im Anschluß an die südamerikanischen Verhandlungen zog Kiep, der Leiter der Handelsdelegation, ein positives Fazit aus den erzielten Ergebnissen, die er für den deutsch-brasilianischen Warenverkehr in der Verfügung über brasilianischen Kaffee, Baumwolle, Kautschuk und andere Rohstoffe sah<sup>10</sup>. Diese günstigen Perspektiven der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen Ende 1934 sollten Anfang des folgenden Jahres durch neue Devisenbestimmungen Brasiliens eine ernsthafte Störung erfahren, die das ganze kunstvoll errichtete Gebäude des deutsch-brasilianischen Warenverkehrs auf Verrechnungsbasis zu gefährden drohten und die Zeichnung des abschließend getätigten Noten- und Schriftwechsels in Frage stellten<sup>11</sup>.

Zum Angelpunkt der weiteren Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen entwickelte sich die Frage der Freigabe von Baumwollankäufen in Verrechnungsmark, die für Deutschland von vordringlicher Bedeutung war. Aus zunächst starren Positionen kam es im Verlauf der Monate zu einer allmählichen Annäherung der beiden Partner, die auf der Grundlage von Zugeständnissen von brasilianischer Seite in der Baumwollfrage und einer Honorierung dieses Entgegenkommens von deutscher Seite mit verstärkten Kaffeeimporten erzielt wurde.

Anfang 1936 fanden zwischen Brasilien und Deutschland offizielle Verhandlungen um die künftige vertragliche Gestaltung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen statt, die einerseits durch die Kündigung des Meistbegünstigungsabkommens von 1931 und andererseits durch die beiderseitigen Bestrebungen zur Neuregelung des Warenverkehrs bedingt waren<sup>12</sup>. Mitte Juni fanden diese Verhandlungen in verschiedenen Vereinbarungen ihren Abschluß, die nur teilweise zur Veröffentlichung freigegeben wurden und die in ihren wesentlichen Zügen auf die Weitergewährung unbedingter und uneingeschränkter Meistbegünstigung<sup>13</sup>, auf eine Umgrenzung des Rahmens des deutsch-brasilianischen Warenverkehrs für die kommenden zwölf Monate und auf die grundsätzliche Anerkennung des Verrechnungsverkehrs als Basis des deutsch-brasilianischen Warenaustausches hinausliefen<sup>14</sup>. Mit dem Zugeständnis eines Einschlusses der Baumwolle in den Verrechnungsverkehr von brasilianischer Seite und einer Erhöhung der Kaffeeimporte von deutscher Seite wurde den beiderseitigen Interessen Rechnung getragen und fanden die Schwierigkeiten der vorhergehenden Monate einen als befriedigend empfundenen Abschluß.

Der mit dem Noten- und Schriftwechsel vom 6. und 8. Juni 1936 geschaffene Modus vivendi des deutsch-brasilianischen Warenverkehrs und die stete Zunahme des gegenseitigen Handelsvolumens seit Mitte

der dreißiger Jahre<sup>15</sup> führten Mitte 1937 zu einer Intervention von US-amerikanischer und von englischer Seite, wobei sich die US-amerikanische Intervention in den Akten in den Vordergrund schiebt. Die brasilianische Regierung sah sich unter diesem Druck von dritter Seite veranlaßt, einen Kompromiß anzustreben, der einerseits dem Wunsch nach Aufrechterhaltung des deutsch-brasilianischen Warenverkehrs Rechnung trug, andererseits jedoch die Vereinigten Staaten nicht vor den Kopf stieß. Aus dieser Lage heraus befürwortete die brasilianische Regierung eine Verlängerung der Vereinbarungen von Mitte 1936 zunächst nur um drei Monate mit der Aussicht auf eine weitere Verlängerung<sup>16</sup>. Der abschließende Notenwechsel vom 16. Juni 1937<sup>17</sup> reflektiert dieses Bestreben der brasilianischen Regierung, dem sich die deutsche Regierung beugte.

In den Verhandlungen um die Verlängerung der vertraglichen Vereinbarungen vom Juni 1936 trat erstmalig der Faktor der US-amerikanischen Einflußnahme auf die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen in Erscheinung, der in der politischen Berichterstattung der Botschaft eine so große Rolle spielte. Eine Überprüfung der Berechtigung der nordamerikanischen Einwände gegen die Form der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen soll hier nicht erfolgen<sup>18</sup>, da im Rahmen unserer Darstellung allein die Begegnung des herausgestellten Druckes von brasilianischer Seite von Interesse ist, soweit sie in den Quellen faßbar wird.

Das Verhalten der brasilianischen Regierung während der Verhandlungen um die Verlängerung der Vereinbarungen von 1936 zeigte ein unverkennbares Interesse an einer Aufrechterhaltung des Status quo der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen; auf der anderen Seite verdeutlichte die Reaktion auf deutscher Seite ein Eingehen auf die Wünsche der brasilianischen Regierung nach taktischer Behandlung der Verlängerungsfrage, das sich aus dem Bestreben einer Wahrung der deutschen wirtschaftlichen Position in Brasilien erklärt.

Im August 1937 wurden erneute Verhandlungen zwischen der brasilianischen und der deutschen Regierung um eine Verlängerung der Vereinbarungen vom Juni eingeleitet, die sich über Monate hinzogen, ohne zu einem Ergebnis zu führen<sup>19</sup>. Für diese Schwierigkeiten sind verschiedene Momente verantwortlich zu machen; so eine erneute und verstärkte Einflußnahme der Vereinigten Staaten, aber auch gewisse Vorbehalte der deutschen Regierung. Besonders umstritten war die Forderung der brasilianischen Regierung, daß Deutschland sich bereithalten sollte, die deutsche Ausfuhr nach Brasilien nicht zu subventionieren<sup>20</sup>.

Nach langem Hin und Her schien sich im Januar 1938 eine Lösung anzubieten, die beiden Standpunkten Rechnung trug, doch führte diese Annäherung zu keinem positiven Abschluß der Verhandlungen<sup>21</sup>. In seinem Schreiben vom 28. April 1938 nahm Botschafter Ritter Bezug auf das Scheitern der deutsch-brasilianischen Verhandlungen um Verlängerung der vertraglichen Vereinbarung vom Juni 1936 und stellte die Verantwortung der Vereinigten Staaten für diese Entwicklung heraus. Gleichzeitig betonte Ritter, daß die brasilianische Regierung es mit einer Politik des Lavierens verstanden habe, dem US-amerikanischen Druck auszuweichen und verwies damit auf eine Kontinuität des brasilianischen Verhaltens über den 10. November 1937 und die daran anschließende Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten hinaus. Die Verhandlungen deuten darauf hin, daß Deutschland sich zu einer dilatorischen Behandlung der Angelegenheit und damit zu einer Entsprechung der von Ritter herausgestellten brasilianischen Haltung bereit fand, da der Status quo zufriedenstellend weiterlief<sup>22</sup>. Dieses positive Bild der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen erfuhr eine Bestätigung durch die Zuteilung eines umfassenden Artillerieprogramms an die Firma Krupp von seiten der brasilianischen Regierung im ersten Viertel des Jahres 1938<sup>23</sup>.

Die Verhandlungen um diesen Auftrag liefen seit Jahren; die glückliche Beendigung der Verhandlungen in den ersten Monaten des Jahres 1938 ist zu einem bedeutenden Teil dem Geschick Botschafter Ritters zu verdanken, der mit seiner fachlichen Autorität die Schwierigkeiten vor der Zuteilung des Rüstungsauftrages entwirrte, die in einer Rivalität der beiden deutschen Firmen Krupp und Rheinmetall lagen. Mit einem Anerkennungstelegramm trug Reichsaußenminister von Ribbentrop dem Verdienst Botschafter Ritters Rechnung<sup>24</sup>.

Rückblickend stellen sich die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren von Ende 1930 bis etwa Mitte 1938 unter günstigen Vorzeichen dar. Die Quellen offenbaren ein deutliches Interesse der beiden Länder an einem stetigen gegenseitigen Warenaustausch. Auf deutscher Seite stand der Wunsch nach dem Erwerb brasilianischer Baumwolle beherrschend im Vordergrund des Interesses und gewann in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zunehmend an Gewicht; auf brasilianischer Seite spielte der Wunsch eines Absatzes des brasilianischen Kaffees eine bedeutende Rolle<sup>25</sup>. Daneben trafen sich das Bestreben Deutschlands nach einem Absatz deutscher Fertigwaren und der Wunsch Brasiliens, die brasilianische Rüstung zu steigern. Für Deutschland verband sich mit den prononcierten Import- und

Exportinteressen am brasilianischen Markt der Wunsch einer Abwicklung des Warenverkehrs auf dem Verrechnungsweg; diesem Bestreben bereitete Brasilien aufgrund eigener Devisenprobleme und aufgrund von Interventionen von dritter Seite teilweise Schwierigkeiten, ohne sich grundsätzlich dem deutschen Begehren zu entziehen. So waren auf beiden Seiten Positiva zu verzeichnen, deren Niederschlag in der Handelsbilanz im einzelnen zu untersuchen bleibt.

Auf diesem grob umrissenen Hintergrund der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen seit der Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas stellt sich die Entwicklung in diesem Bereich deutsch-brasilianischer Beziehungen während des Konfliktes um die Abberufung der Botschafter als eine Fortsetzung früherer Tendenzen dar<sup>26</sup>. Die Quellen verweisen darauf, daß sich im Verlauf des Jahres 1938 mehrfach Stockungen im Verrechnungsverkehr ergaben durch Einstellen des Ankaufs von Verrechnungsmark von seiten des Banco do Brasil, die eine neuerliche Beeinträchtigung des deutsch-brasilianischen Warenverkehrs zur Folge hatten. Diese Maßnahmen wurden in der Berichterstattung der Botschaft auf banktechnische Beweggründe — Schwierigkeiten aufgrund eines überhöhten Angebots an Verrechnungsmark<sup>27</sup> —, auf Versuche einer US-amerikanischen Einflußnahme<sup>28</sup> und auf die Auswirkungen der politischen Spannungen in Europa<sup>29</sup> zurückgeführt. Es scheint, daß Deutschland durch eine gezielte Akkumulierung deutscher Ankäufe zu diesen Schwierigkeiten ursächlich beitrug<sup>30</sup> und durch eine Unterbindung der Einfuhrbewilligungen für brasilianische Waren eine Verschärfung der Lage herbeiführte<sup>31</sup>. Die Aussagen der Quellen deuten darauf hin, daß Botschafter Ritter diese Spannungen bewußt förderte als ein Mittel, die deutschen Interessen durchzusetzen, und daß ihm die zuständigen Stellen des Reichs nur begrenzt zu folgen geneigt waren<sup>32</sup>.

Entscheidend für die Frage der Interdependenz von Abberufung der Botschafter und Verlauf der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland ist, daß sich die skizzierten Stockungen im Verrechnungsverkehr über mehrere Monate des Jahres 1938 in wechselnder Ausprägung hinzogen und daß mit dem Monat Oktober<sup>33</sup> — in den Akten erstmalig faßbar mit einem Telegramm vom 18. Oktober<sup>34</sup> — ein deutliches Bestreben der brasilianischen Regierung sichtbar wird, die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen wieder zu normalisieren, und diesem Bestreben durch Weisungen an die Banco do Brasil Ausdruck verliehen wurde<sup>35</sup>. Noch bedeutsamer erscheint jedoch die Tatsache, daß sich die brasilianische Regierung gegen Ende des Jahres 1938 zu einer erneuten vertraglichen Regelung des deutsch-brasilianischen Waren-

verkehrs bereit zeigte und mit einer Note vom 1. Dezember 1938 ein neuer Modus vivendi mit Wirkung vom 6. September 1938 zustandekam, den von Levetzow als Vorstufe eines angestrebten langfristigen Handelsvertrages interpretierte<sup>36</sup>.

Aus dem Verlauf der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland in den Jahren von Ende 1930 bis Ende 1938 ergibt sich für die Thematik der vorliegenden Arbeit und im besonderen für die Fragestellung des III. Kapitels zweierlei. Zum einen zeigt sich, daß Brasilien ein starkes Interesse an einem reibungslosen Ablauf des deutsch-brasilianischen Warenverkehrs und an Deutschland als Handelspartner besaß und bemüht war, Störungen von dritter Seite zu begegnen. Zum anderen wird offenbar, daß der Konflikt um die Botschafter keinen wesentlichen Widerhall in den Wirtschaftsbeziehungen fand, vielmehr von brasilianischer Seite im Oktober 1938 — zur Zeit der schärfsten Auseinandersetzungen um die Abberufung der Botschafter — der Wunsch nach einer Reaktivierung des seit Monaten gestörten deutsch-brasilianischen Warenverkehrs ausgesprochen wurde. Damit bestätigt sich die Deutung der Abberufung als eines aus einer persönlichen Verstimmung über Botschafter Ritter erwachsenen Konfliktes, dem von brasilianischer Seite nicht die Absicht einer politischen Demonstration beigemessen wurde, und es ergibt sich insgesamt ein anderes Bild, als es die Quellen über die politischen Beziehungen vermitteln. So erweist sich die Berücksichtigung der Wirtschaftsbeziehungen als außerordentlich aufschlußreich für die Bewertung der skizzierten politischen Spannungen zwischen Brasilien und Deutschland.

### 3 · ABBERUFUNG UND NATIONALISIERUNG

Während der Verhandlungen um die Abberufung der Botschafter und um die Neubesetzung der Botschafterposten wurde die Nationalisierung der Einwanderergruppen und ihrer Nachkommenschaft zügig vorangetrieben. In ihren Kommentaren zum Wandel in der politischen Orientierung Brasiliens im November 1938 betonten der DNB-Vertreter und von Levetzow mehrfach, daß der Bereich der Nationalisierung von dieser Entwicklung nicht mit erfaßt werde<sup>1</sup>. Eine Bestätigung erfahren diese Aussagen durch die verschiedenen Informationen über den Gang der Nationalisierung in den Monaten zwischen der Abberufung der Botschafter und der Einleitung von Verhandlungen um die Neubesetzung der Botschafterposten Anfang 1939 mit ihrer deutlichen Dokumentation einer Verbesserung des politischen Klimas zwischen Brasilien und Deutschland und des beiderseitigen Wunsches nach Nor-

malisierung der diplomatischen und nach Entspannung der politischen Beziehungen<sup>2</sup>.

Die Aussagen der Quellen verdeutlichen, daß sich die Auseinandersetzung um die „grupos estrangeiros“ und im besonderen um die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen im Winter 1938/39 weiter verschärfte<sup>3</sup> und daß sich die Nationalisierungs-Tendenzen der Vormonate fortsetzten<sup>4</sup>. Die Berichte aus Brasilien von Ende 1938 zeichneten sich durch eine resignierende Haltung aus; so betonte von Levetzow am 28. Dezember, daß die Nationalisierungsmaßnahmen in den Südstaaten, insbesondere in den letzten Wochen, „das Bild des dortigen Deutschtums in immer düsteren Farben erscheinen“ ließen<sup>5</sup>. Von Levetzow bezog sich mit diesem Satz primär auf die erneute Zuspitzung der Nationalisierung in Santa Catarina, wo auf gesetzlichem Wege gegen die Grabinschriften in lebenden ausländischen Sprachen auf den „oeffentlichen nationalen“ Friedhöfen vorgegangen und damit den Nationalisierungsmaßnahmen ein neuer und zutiefst verletzender Akzent verliehen wurde<sup>6</sup>. Die gesetzlichen Bestimmungen bezogen sich nicht nur auf künftig anzubringende, sondern auch auf bereits bestehende Grabinschriften; sie wurden in verschiedenen Munizipien des Staates gewaltsam durchgesetzt<sup>7</sup>. Mit diesem Vorgehen Santa Catarinas radikalisierten sich die Nationalisierungsbestrebungen und wurden die überreizten Spannungen der Kriegsjahre um die „grupos estrangeiros“ vorweggenommen.

Die Maßnahmen gegen die Grabinschriften in lebenden ausländischen Sprachen in Santa Catarina stellten ein besonderes Charakteristikum der Monate zwischen der Abberufung der Botschafter und der Einleitung von Verhandlungen um die Neubesetzung der Botschafterposten dar und drohten, die deutsch-brasilianischen Beziehungen erneut zu belasten und die Bemühungen von Levetzows um Entspannung zu nichts zu machen. Die verschiedenen gesetzlichen Verfügungen und die sich anschließenden Gewaltaktionen lösten scharfe Proteste der deutschen Botschaft aus<sup>8</sup>. Auf die massiven Beschwerden von Levetzows hin, zeigte sich das Außenministerium geneigt, mäßigend auf die Nationalisierungsbestrebungen in Santa Catarina einzuwirken und bewirkte damit Modifizierungen der Gesetzgebung auf lokaler Ebene<sup>9</sup>.

Die erneute Zuspitzung der Nationalisierung in Südbrasilien<sup>10</sup> veranlaßte von Levetzow zu Überlegungen (Schreiben vom 28. Dezember) über Gegenmaßnahmen, die geeignet waren, Brasilien die deutsche Verstimmlung zu verdeutlichen. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Berichte aus Südbrasilien war von Levetzow geneigt, eine erneute Belastung der deutsch-brasilianischen Beziehungen durch eine Verschär-

fung des Tons seiner Demarchen heraufzubeschwören, ungeachtet seiner nachdrücklichen Bemühungen um Milderung der durch die Vorgänge um die Abberufung der Botschafter hervorgerufenen Verärgerung auf brasilianischer Seite. Als möglicherweise erfolgreiche weitere Maßnahme ventilierte von Levetzow eine bewußte Förderung der deutschen Rückwanderung im Zusammengehen mit Italien und Polen und dachte als erste Maßnahme an eine schlagartige Rückführung von 5000 Personen. Dieser Vorschlag von Levetzows erfolgte auf dem Hintergrund von Überlegungen, daß der Vorschlag wirtschaftlicher Repressalien als de facto wirksamstes Mittel der deutschen Politik bei seinen vorgesetzten Stellen auf Widerstand stoßen würde und somit nach anderen Wegen einer erfolgversprechenden Begegnung der Nationalisierungsmaßnahmen gesucht werden müßte<sup>11</sup>. Über eine Förderung der Rückwanderung in den gekennzeichneten Ausmaßen erhoffte sich von Levetzow eine Beeinflussung der „einsichtsvollen Kreise“ Brasiliens in Richtung einer mäßigenden Einflußnahme auf die Befürworter der Nationalisierung.

Die Berichterstattung von Levetzows und seine Vorschläge wurden im Auswärtigen Amt aufs lebhafteste diskutiert. Am 4. Januar wandte sich der Leiter des Referates Pol IX an die zuständigen Fachreferate<sup>12</sup> mit der Bitte um Stellungnahme zu den Vorschlägen von Levetzows und mit dem Ersuchen um Überprüfung der bisherigen Haltung des Auswärtigen Amtes in der Frage der Anwendung wirtschaftlicher Repressalien Brasilien gegenüber. Mit dieser Anfrage wichen Freytag und das zuständige politische Referat — möglicherweise beeinflusst durch die Formulierungen von Levetzows — von dem bisherigen Standpunkt des Auswärtigen Amtes und insbesondere des Reichswirtschaftsministeriums in dieser Frage ab und gaben der Verstimmung über die neuerliche Verschärfung der Nationalisierungsmaßnahmen unmittelbaren Ausdruck. Von Bedeutung für das Ersuchen Freytags mag gewesen sein, daß die Auseinandersetzungen um die Abberufung der Botschafter noch nicht in versöhnlichere Bahnen gelenkt worden war, da der Privatbrief von Levetzows an den Fürsten Bismarck erst zu einem späteren Zeitpunkt im Auswärtigen Amt eintraf.

Die Vorstöße für eine schärfere Politik Deutschlands gegenüber Brasilien, wie sie in den Vorschlägen von Levetzows und dem Ersuchen Freytags enthalten waren, verblieben auf der Ebene erster Fühlungen. In der Frage der wirtschaftlichen Repressalien gegenüber Brasilien stellten das zuständige Referat W VIII b und Clodius die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands erneut pointiert über das politische Interesse einer Stärkung der Position Deutschlands in den poli-

tischen Auseinandersetzungen mit Brasilien unter Berufung auf die Haltung des Reichswirtschaftsministeriums und warteten mit massiven Gegenargumenten auf: Bedarf des Dritten Reiches an Rohstoffen, insbesondere Baumwolle, die Labilität der deutsch-brasilianischen Handelsbeziehungen, die positiven Auswirkungen jeder Verschlechterung dieser Beziehungen für die USA<sup>13</sup>. Eine entsprechend scharfe Ablehnung erfuhren die Vorschläge von Levetzows zur Intensivierung der Rückwanderungsbestrebungen als politischem Druckmittel, die als technisch undurchführbar und als ungeeignetes Mittel der tagespolitischen Auseinandersetzung hingestellt wurden<sup>14</sup>.

Die Verhandlungen in Deutschland um das Schreiben von Levetzows vom 28. Dezember verdeutlichen aufs neue die Schwäche der deutschen Position in den Auseinandersetzungen um die Nationalisierungsmaßnahmen. Aus dieser Schwäche heraus resultierten die verschiedenen politisch unausgewogenen und unklugen und teilweise ins Reich der Utopie zu verweisenden Erwägungen der Botschaft zur Verbesserung der eigenen Verhandlungsposition, zu denen auch die Anregung von Levetzows vom Dezember 1938 rechnet. Da die Wirtschaftsbeziehungen mit Brasilien und insbesondere die Möglichkeit der Einfuhr von brasilianischer Baumwolle den zuständigen deutschen Stellen zu wichtig erschienen, um diese als Druckmittel in die Auseinandersetzung um die Nationalisierungsmaßnahmen einzubeziehen, verblieb der deutschen Regierung kein wirksames Repressionsmittel gegen Brasilien. Das von Ritter angeregte Mittel der gesellschaftlichen Diskriminierung der brasilianischen Botschaft in Deutschland war zweifellos geeignet, in Brasilien Verstimmung hervorzurufen und nachhaltig zu wirken. Einer Verwirklichung dieses Schrittes standen jedoch schwerwiegende Bedenken entgegen: zum einen die einzuberechnenden Imponderabilien der brasilianischen Reaktion auf ein derartiges Vorgehen, die sich durchaus in einer Verschärfung der Spannungen manifestieren konnten und zum anderen die Problematik eines solchen Schrittes als grundsätzlichen Mittels der Tagespolitik, das, in größerem Umfang angewandt, zu einer untragbaren Verwirrung des gesellschaftlichen Verhaltens in Berlin führen mußte<sup>15</sup>.

Aus dem Verlauf der Nationalisierung um die Jahreswende 1938/39 ergibt sich eine Kontinuität des Nationalisierungstrebens unabhängig von den jeweiligen tagespolitischen Konstellationen. Bezogen auf den Fragenkreis der Abberufung der Botschafter verweist dieses Ergebnis auf eine Unabhängigkeit der Nationalisierungsmaßnahmen gegen die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen von dem Auf und Ab der politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland. Soweit



sich eine Einflußnahme des skizzierten Wandels im politischen Klima zwischen den beiden Staaten gegen Ende 1938 und Anfang 1939 feststellen ließ, wie in der Intervention des Außenministeriums in der Frage der Grabinschriften, berührte diese nur sekundäre Aspekte des Nationalisierungsprozesses und stellte die grundsätzlichen Tendenzen der Nationalisierung nicht in Frage.

Dieser Eigengesetzlichkeit der Nationalisierungsbestrebungen trug von Levetzow im November 1938 im Einvernehmen mit von Cossel<sup>16</sup> mit Vorschlägen zur Neuorientierung der Deutschtumspolitik Rechnung<sup>17</sup>. Er knüpfte damit an die Besprechung der Missionschefs vom Juli dieses Jahres an, von der er sich allerdings inhaltlich entfernte. Das Echo in Deutschland auf seine Vorschläge war durchweg negativ, da von Levetzow mit seinem weitgehend unorthodoxen Bemühen um Entideologisierung der deutschen Politik gegenüber Brasilien den machtpolitischen Ambitionen und der weltanschaulichen Gebundenheit der beteiligten deutschen Stellen entgegentrat. Gegenüber der Besprechung der Missionschefs vom Juli 1938 stellte das Konzept von Levetzows eine Präzisierung des Gedankens der Neuorientierung der Deutschtumspolitik in Brasilien und Gesamt-Lateinamerika dar.

Den Hintergrund der Vorschläge von Levetzows bildete die nüchterne Bestandsaufnahme der Lage der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung in Brasilien im Zusammenhang mit einer Berücksichtigung auch der Lage der anderen Einwanderergruppen und ihrer Nachkommen<sup>18</sup>, die die Notwendigkeit einer Einigung zwischen Brasilien und Deutschland auf einen beiden Regierungen genehmen Modus vivendi als baldmöglichst zu erstrebendem Ziel nahelegte. In von Levetzows Sicht der Monate Oktober/November 1938 stellten sich die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen als Ausfluß der Bestrebungen der brasilianischen Regierung dar, aus „Brasilien einen Einheitsstaat zu machen, mit einer starken zentralen Regierung, einer Einheitssprache und einem Nationalvolk“<sup>19</sup>, denen die verschiedenen Einwanderergruppen und ihre Nachkommenschaft mit ihren ethnozentrischen Neigungen im Wege standen. Der Einfluß der USA wirkte sich nach ihm in Richtung einer Verschärfung dieser Bestrebungen zu Befürchtungen vor machtpolitischen Ambitionen der Herkunftsländer der verschiedenen „grupos estrangeiros“ aus, als deren Sprungbrett die im Lande ansässigen Einwanderer und ihre Nachkommen angesehen wurden. Mit seiner Argumentation knüpfte von Levetzow an die Zeit vor dem 18. April an. Seine Vorschläge bildeten den Versuch einer adäquaten Begegnung einer innenpolitischen Entwicklung in Brasilien, die als Willensäußerung der gegenwärtigen Machthaber auf dem Hintergrund

eines Bündels an Antrieben und darüber hinaus als Phase in der Entwicklung Brasiliens verstanden wurde<sup>20</sup>.

In seinen Ausführungen befaßte sich von Levetzow mit den Komplexen der Parteitätigkeit in Brasilien, der Staatsangehörigkeit der Nachkommenschaft der Einwanderer und des Schul- und Vereinswesens und machte teilweise recht weitgehende Vorschläge, gemessen an dem Status quo vor dem 10. November 1937, vor allem im Bereich des Schulwesens.

Zur Frage der Parteitätigkeit in Brasilien schlug von Levetzow vor, in Besprechungen mit der brasilianischen Regierung auf eine Lösung analog der Lage in der Schweiz zu drängen. Über die nationalsozialistischen Aktivitäten in der Schweiz liegt eine Untersuchung von Günter Lachmann aus dem Jahre 1962 vor, aus der zu ersehen ist, daß zu dem Zeitpunkt der Abfassung des Berichtes von Levetzows in der Schweiz ein Ausmaß an Parteitätigkeit bestand, das dem Status quo in Brasilien weit überlegen war<sup>21</sup>. Die Schweiz hatte nach der Ermordung Gustloffs im Jahre 1936 die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP auf die Ebene der Stützpunkte und Ortsgruppen reduziert und die darüberliegenden Kreisleitungen und die Landesgruppenleitung verboten. In der Person des Gesandtschaftsrats Freiherrn von Bibra, der wenig später der Gesandtschaft zugeteilt wurde, wurde das Verbot der Landesgruppenleitung de facto umgangen, da von Bibra die Geschäfte eines Landesgruppenleiters wahrnahm und seine Betätigung nach etlicher Zeit die Billigung der Schweizer Regierung erfuhr<sup>22</sup>. Gemessen an der Lage in Brasilien bedeutete die Nachahmung des Schweizer Beispiels die Möglichkeit einer organisierten nationalsozialistischen Aktivität auf unterer Ebene. In der Frage der Staatsangehörigkeit der in Brasilien geborenen Nachkommen deutscher Staatsangehöriger schlug von Levetzow eine Anerkennung des in Brasilien herrschenden „jus soli“ von deutscher Seite vor, um diesen neuralgischen Punkt der Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland zu entschärfen. Als brasilianische Gegenleistung für die Anerkennung des brasilianischen Standpunktes dachte von Levetzow an eine Zubilligung des Rechtes auf Option für die deutsche Staatsangehörigkeit zwischen dem 18. und dem 21. Lebensjahr für die in Brasilien geborenen Nachkommen deutscher Staatsangehöriger.

Mit seinen Vorschlägen zur Neuorientierung der Deutschumpolitik in der Schulfrage vertrat von Levetzow einen radikalen Standpunkt. Seine Anregungen liefen auf einen offiziellen deutschen Verzicht auf das Privatschulwesen hinaus, der von brasilianischer Seite durch eine Berücksichtigung der deutschen Sprache, Literatur, Heimatkunde und

des deutschen Liedes in den Schulen in Gegenden dichter deutscher Ansiedlung honoriert werden sollte<sup>23</sup>. Mit seinen Vorschlägen rückte von Levetzow von der traditionellen Betonung der Bedeutung des Privatschulwesens der Gruppe der in Brasilien ansässigen Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung für die Volkstumspolitik ab. Die Anregungen von Levetzows zogen das Fazit aus der Entwicklung der letzten Jahre in Brasilien, ließen sich jedoch mit völkischen Bestrebungen schwer vereinbaren.

An letzter Stelle beschäftigte sich von Levetzow mit der Frage des Vereinswesens der Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung. Seine Vorschläge sahen vor, daß von brasilianischer Seite die Bestimmungen des Dekrets Nr. 383 für die vor Erlaß des Dekrets gegründeten Vereine zurückgenommen wurden und nur für alle neuzugründenden Vereine Geltung besitzen sollten.

Das Schreiben von Levetzows wurde in verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amtes besprochen. In die Auseinandersetzungen wurden die Auslandsorganisation der NSDAP, die Volksdeutsche Mittelstelle, sowie auch das Oberkommando der Wehrmacht und das Reichsministerium des Inneren eingeschaltet. Unter den vorliegenden Stellungnahmen verdient die der Auslandsorganisation der NSDAP besondere Beachtung, da sie ein deutliches Bild von der in der Zentrale in Berlin herrschenden Auffassung über die Begegnung feindlicher Maßnahmen des Auslandes gegen die Parteiaktivitäten gegen Ende 1938 und Anfang 1939 vermittelt, das über den Bezug auf den Einzelfall Brasilien hinaus von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Nach mehr oder minder ablehnenden Stellungnahmen der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes<sup>24</sup> und der Volksdeutschen Mittelstelle<sup>25</sup> bezog die Auslandsorganisation der NSDAP zunächst kurz am 15. Februar und ausführlich am 9. März Stellung zu den Vorschlägen von Levetzows<sup>26</sup>.

Die Verzögerung der Antwort von seiten der Auslandsorganisation der NSDAP hatte von Cossel und von Levetzow veranlaßt, am 10. und 11. Februar<sup>27</sup> erneut bei ihren vorgesetzten Dienststellen um Weisung in der Frage der Parteiaktivitäten nachzusuchen unter Betonung der Unmöglichkeit einer Wiederherstellung des Status quo vor dem 10. November 1937 und der Notwendigkeit, auf eine Lösung hinzuwirken, die dieser Einsicht Rechnung trug und gleichzeitig konstruktive Möglichkeiten für die künftige nationalsozialistische Betätigung in Brasilien bot. Von Cossel und von Levetzow befanden sich in der schwierigen Lage, Besprechungen mit der brasilianischen Regierung führen zu müssen, in denen grundsätzliche Fragen der Deutschtumspolitik zur

Sprache kamen, ohne mit genauen Richtlinien über die einzuhaltende politische Linie versehen worden zu sein<sup>28</sup>. Ihnen schien die Zeit für Verhandlungen um die Frage der künftigen Gestaltung der Parteitätigkeit günstig, und sie befürchteten, daß eine weitere Hinauszögerung der Stellungnahmen von seiten ihrer vorgesetzten Dienststellen die gegenwärtigen Chancen aufs Spiel setzen könnte.

Am 15. Februar beschränkte sich die Auslandsorganisation der NSDAP auf eine strikte Ablehnung der Vorschläge zur Parteitätigkeit<sup>29</sup>; am 9. März legte Heß in seinem Schreiben an das Auswärtige Amt in extenso die Haltung der Auslandsorganisation zu dem Gesamtkatalog der Vorschläge von Levetzows dar und stellte eine Benachrichtigung von Levetzows von seiten des Auswärtigen Amtes anheim. Die Auslandsorganisation der NSDAP zeigte gegenüber fast allen der von von Levetzow angeschnittenen Punkte eine negative Einstellung<sup>30</sup>; eine besonders scharfe Ablehnung erfuhren die Vorschläge zur Parteitätigkeit und zur Staatsangehörigkeitsfrage, die unmittelbare Interessen der Auslandsorganisation berührten.

Die Entscheidung der Auslandsorganisation der NSDAP in der Frage der Parteitätigkeit war bereits in dem Begleitschreiben zum Notenentwurf der Auslandsorganisation von Mitte 1938 an Botschafter Ritter vorgezeichnet. In diesem Schreiben kam klar zum Ausdruck, daß die Auslandsorganisation der NSDAP nicht bereit war, einem Staat gegenüber grundsätzliche Zugeständnisse in der Frage der Parteitätigkeit zu machen, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Diese Befürchtung trat in den Ausführungen von Alfred Heß vom 9. März 1939 als wesentlicher Antrieb zutage<sup>31</sup>.

Heß traf eine scharfe Trennung zwischen offizieller Stellungnahme und inoffizieller Zielsetzung. Während ihm als zu erstrebende Zielsetzung eine Nachahmung des Schweizer Beispiels in Brasilien durchaus wünschenswert erschien, solange keine offiziell dargelegten Konzessionen damit verbunden waren, lehnte er ein vertragsmäßiges — also offizielles — Übereinkommen mit der brasilianischen Regierung auf Zulassung der Parteitätigkeit in dem in der Schweiz gestatteten Umfang strikt ab. Dieses Ergebnis ist im Hinblick auf die Ausführungen Lachmanns zur nationalsozialistischen Betätigung in der Schweiz von besonderem Interesse, da sich hieraus Rückschlüsse über die Einstellung der Auslandsorganisation der NSDAP zu der in der Schweiz getroffenen Regelung ziehen lassen<sup>32</sup>. Als charakteristisch erscheint die Mehrschichtigkeit der Stellungnahme, die grundsätzliche Forderungen mit einer Berücksichtigung der Realitäten im Ausland zu verbinden trachtete, wobei die grundsätzlichen Überlegungen im Vordergrund standen.

Nicht minder strikt war die Ablehnung der Vorschläge von Levetzows zur Frage der Staatsangehörigkeit der in Brasilien geborenen Nachkommen deutscher Staatsangehöriger. Heß argumentierte auf der Ebene des zu wahrenen Prestiges Deutschlands; so betonte er, daß es unter dem „Ansehen“ und der „Würde“ Deutschlands sei, der Not gehorchend Brasilien nachzugeben. Die folgenden Ausführungen des Schreibens mit ihrer deutlichen Bekundung des Totalitätsanspruches der Auslandsorganisation der NSDAP auf die deutschen Staatsangehörigen *und* ihre Nachkommen im Ausland verraten jedoch den eigentlichen Grund der Ablehnung der Vorschläge von Levetzows<sup>33</sup>.

Die Stellungnahmen zu dem Schreiben von Levetzows zeigen, daß dieser festgefügte Positionen verschiedenster Provenienz angriff und damit allseitig Kritik und weitgehende Ablehnung hervorrief. Den Bemühungen von Levetzows und von Cossels um eine Neuorientierung der Deutschtumspolitik blieb der Erfolg versagt. Damit wurden Ansätze einer grundsätzlichen Erörterung dieser Problematik, auf die von Levetzow im Rahmen seiner Bemühungen um Entspannung der deutsch-brasilianischen Beziehungen im Zusammengehen mit von Cossel hingearbeitet hatte, verspielt, und es stellte sich erneut das Problem der unterschiedlichen Auffassungen in Brasilien und in Deutschland über die Gestaltung der deutschen Politik in Brasilien.

Wenig später, im April 1939, entschloß sich das Auswärtige Amt zum Handeln in der Frage der Neuorientierung der Deutschtumspolitik in Lateinamerika<sup>34</sup>. Am 21. April berief Staatssekretär von Weizsäcker auf Weisung Reichsaußenminister von Ribbentrops die deutschen Missionschefs in Lateinamerika für Anfang Juni zu einer Besprechung über „lateinamerikanische insbesondere Deutschtumsfragen“ nach Berlin<sup>35</sup>. Auf Wunsch der Auslandsorganisation der NSDAP wurden verschiedene Hoheitsträger der Partei in das Ersuchen miteinbezogen, unter ihnen von Cossel.

Die geplante Konferenz begann am 12. Juni und zog sich bis in den August hinein; an ihr nahmen das Auswärtige Amt, die Auslandsorganisation der NSDAP und die Volksdeutsche Mittelstelle teil. Dem Betrachter stellt sich die Ibero-Amerika Konferenz von 1939 als ein großangelegter Versuch des Auswärtigen Amtes dar, die deutsche Politik gegenüber Lateinamerika einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen und insbesondere die Kompetenzverteilung zwischen Auswärtigem Amt und Auslandsorganisation der NSDAP und damit den Komplex der Betätigung der Partei im Ausland zu überprüfen und nezugestalten. Als Beweggründe für dieses Bestreben des Auswärtigen Amtes sind zu nennen: der Druck von sich zunehmend verschärfenden

Nationalisierungsmaßnahmen in Lateinamerika, der als Bedrohung veranschlagte Faktor der US-amerikanischen Bestrebungen nach Einflußnahme auf die Gestaltung der lateinamerikanischen Außenpolitik und der Gesichtspunkt der Eventualität eines Krieges, an dem Deutschland beteiligt sein würde und für den es galt, die Neutralität der lateinamerikanischen Staaten zu sichern<sup>36</sup>. Von seiten des Auswärtigen Amtes wurde die nationalsozialistische Deutschumpolitik in Lateinamerika Mitte 1939 deutlich als Belastung der deutschen Außenpolitik veranschlagt<sup>37</sup>. In der Forderung des Primats der Außenpolitik, die wie ein roter Faden die verschiedenen Aufzeichnungen über die Konferenz durchzieht, konkretisierten sich diese Bestrebungen, die zu einer scharfen Konfrontation zwischen Auswärtigem Amt und Auslandsorganisation der NSDAP führten.

Die Ibero-Amerika Konferenz von 1939 hat mehrfach Beachtung in der Sekundärliteratur erfahren<sup>38</sup>. Insbesondere Katz und Kannapin haben in ihren Untersuchungen über die deutsche Politik gegenüber Lateinamerika die Ibero-Amerika-Konferenz von 1939 als prägnanten Ausdruck einer 1938/39 erfolgten Wende in der Lateinamerikapolitik des Dritten Reiches herausgestellt<sup>39</sup>. Nach Katz kennzeichnete sich diese Wende durch die nunmehr als hauptsächliche Zielsetzung geforderte Konzentrierung der deutschen Politik auf die Sicherung der Neutralität Lateinamerikas in einem künftigen Krieg, an dem Deutschland beteiligt sein würde (neben dem wirtschaftspolitischen Ziel der Wahrung der deutschen Wirtschaftsposition in Lateinamerika) und damit der Rückstellung der bisherigen politischen Expansionsbestrebungen (Parteibetätigung unter den Deutschen und Deutsch-Lateinamerikanern / Unterstützung lateinamerikanischer rechtsextremistischer Bewegungen), die 1938 weitgehend gescheitert waren<sup>40</sup>. Ähnlich stellt auch Kannapin das Ziel der Sicherung der Neutralität Lateinamerikas als Charakteristikum der deutschen Lateinamerikapolitik seit 1939 heraus, das auf der Ibero-Amerika-Konferenz zum Ausdruck gelangte<sup>41</sup>.

In ihrem Bemühen, die deutsche Lateinamerikapolitik von 1933 bis 1945 in Phasen zu gliedern und diese jeweils inhaltlich auf eine knappe Formel zu bringen, verwischen beide Autoren Unterschiede der Auffassung zwischen den verschiedenen Trägern der Außenpolitik, für die aber gerade die Ibero-Amerika Konferenz ein deutliches Beispiel ist. Symptomatisch hierfür erscheint, daß Bohle auf der Eröffnungssitzung am 12. Mai die Notwendigkeit einer Fortführung der Parteibetätigung in Lateinamerika mit der Bedeutung eines nationalsozialistisch ausgerichteten Auslandsdeutschums im Fall eines Krieges, an dem Deutschland beteiligt sein würde, begründete und damit das Argument der

Neutralitätspolitik unter wesentlich anderen Aspekten faßte als das Auswärtige Amt<sup>42</sup>. Eine detaillierte Analyse der Konferenz deckt tiefgreifende Differenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und der Auslandsorganisation der NSDAP auf, die die Ausführungen von Katz und Kannapin modifizieren und zudem von grundsätzlicher Bedeutung für die Frage des Verhältnisses der verschiedenen Träger der nationalsozialistischen Außenpolitik zueinander sind.

Die Ibero-Amerika-Konferenz von 1939 fand das besondere Interesse des Reichsaußenministers, der festumrissene Vorstellungen über die wünschenswerte Abgrenzung der Betätigung des Auswärtigen Amtes und der Auslandsorganisation der NSDAP besaß und über den Anlaß der zunehmenden Verschlechterung der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen eine machtpolitische Auseinandersetzung mit der Auslandsorganisation der NSDAP heraufzubeschwören bestrebt war<sup>43</sup>.

Ausgangspunkt aller späteren Verlautbarungen von Ribbentrops, für die ausführliche Unterlagen des Referates Pol IX<sup>44</sup> den notwendigen Faktenhintergrund lieferten, war der Wunsch, den Missionschefs künftig die volle Verantwortung für das „Zusammenspiel der Deutschumpolitik mit der amtlichen Politik“ abzufordern und damit das Primat des Reichsvertreters gegenüber dem Hoheitsträger eindeutig zu fixieren, da die Forderung der „vollen Verantwortung“ automatisch die Forderung der „vollen Autorität“ nach sich zog<sup>45</sup>.

Auf Wunsch von Ribbentrops verfertigte das Referat Pol IX vor Beginn der Konferenz einen detaillierten Überblick über die Lage des Deutschums in den verschiedenen lateinamerikanischen Staaten und trug seine Vorschläge über die künftige Gestaltung der Deutschumpolitik vor<sup>46</sup>. Die Vorschläge des Referates Pol IX offenbarten eine weitgehende Anlehnung an die Aufzeichnung der Missionschefs vom Juli des vergangenen Jahres und verdeutlichen, daß die Anregungen dieser Besprechung im Auswärtigen Amt ein positives Echo fanden im Gegensatz zu der Aufnahme der Vorschläge von Levetzows bei den zuständigen Stellen. Teilweise wiederholten die Vorschläge des Referates Pol IX buchstabengetreu die Darlegungen der Aufzeichnung der Missionschefs vom Juli 1938, so z. B. in der Schulfrage<sup>47</sup>. In dem zentralen Aspekt der künftigen Gestaltung der Parteibetätigung in Lateinamerika zeigte sich jedoch eine Weiterentwicklung der Gedankengänge der Besprechung vom Juli des vorhergehenden Jahres.

Pol IX argumentierte auf dem Hintergrund einer grundsätzlichen Forderung der Einstellung der Deutschumpolitik des Dritten Reiches auf die lateinamerikanischen Realitäten, die gekennzeichnet wurden durch eine allgemeine Erschwerung der Lage der Reichs- und Volksdeutschen

und damit zusammenhängend eine Verschlechterung der deutsch-latein-amerikanischen Beziehungen generell. Als Ursachen dieser Entwicklung sah Pol IX in Entsprechung der Berichterstattung aus Lateinamerika die Dreifaltigkeit „nordamerikanischer Wirtschafts imperialismus“, „panamerikanischer politischer Druck“ und „nativistische Bewegungen“<sup>48</sup> besonders in den ABC-Staaten an. Die Vorschläge von Pol IX bewegten sich teilweise in den gemäßigten Bahnen der Ausführungen der Missionschefs von 1938, stießen in dem Punkt der künftigen Parteibetätigung jedoch unter dem Aspekt des Primats der Außenpolitik zu radikalen Lösungen vor.

An den Anfang der Überlegungen über eine Neuorientierung der Deutschtumspolitik in Lateinamerika stellte die Aufzeichnung von Pol IX in Einklang mit den Empfehlungen der Missionschefs die Forderung eines Verzichtes auf machtpolitische Ambitionen in Lateinamerika und die Dokumentierung der Beschränkung der deutschen Politik auf kulturelle und wirtschaftliche Belange mit allen verfügbaren Mitteln der Publizistik<sup>49</sup>.

Der anschließend behandelte Komplex der nationalsozialistischen Aktivitäten in Lateinamerika, dem im Rahmen der Ibero-Amerika-Konferenz die zentrale Bedeutung zukommen mußte, konzentrierte sich auf die Erwägung der Opportunität einer Nachahmung des italienischen Beispiels, dessen Charakteristika in der Beschränkung der faschistischen Auslandsgruppen auf kulturelle Belange und in der alleinigen Verantwortung der amtlichen Vertretungen für die faschistische Auslandsaktivität gesehen wurden<sup>50</sup>. Den Ausgangspunkt der Vorschläge des Referates Pol IX bildete ein nüchterner Vergleich der Lage der nationalsozialistischen Gruppierungen mit derjenigen der Auslandsgruppen des Fascio und der Falange. Die u. a. aus Brasilien belegten unterschiedlichen Auswirkungen der Nationalisierungsbestrebungen für diese in ihrer Tendenz ähnlichen Organisationen wurden in einer Vielzahl von Faktoren gesehen, die teils als unabänderlich hingestellt wurden — „Rasseverwandtschaft und Religionsgleichheit“ — teilweise jedoch in Abhängigkeit von dem Vorgehen des Fascio, der Falange und der NSDAP gesehen und somit als variabel hingestellt wurden. In Erkenntnis dieser Gegebenheiten ventilierte Pol IX die Frage einer Nachahmung des faschistischen Beispiels und sah die Gründung von lokalen reichsdeutschen Vereinigungen kulturellen Charakters unter Ehrenvorsitz des lokalen Reichsvertreters und als Variante von weniger radikaler Konsequenz in Ländern größerer Toleranz den Zusammenschluß von Parteimitgliedern „zur inneren Ausrichtung und Pflege nationalsozialistischen Gedankengutes . . . in Übereinstimmung mit den Landes-



gesetzt“ unter strikter Beachtung des Gebotes der Vermeidung jedes öffentlichen Aufsehens vor. Eine Berücksichtigung des Einflusses der NSDAP in den erstgenannten Vereinigungen sollte über personelle Maßnahmen gewährleistet werden.

In einer kurzen Zusammenfassung der im sofortigen Anschluß und der auf längere Sicht vorzunehmenden Maßnahmen, wurde die Frage der Nachahmung des italienischen Beispiels unter dem Gesichtspunkt der Abklärung des Verhältnisses zwischen Reichsvertreter und Hoheitsträger noch einmal kurz vorgetragen:

Alleinige Verantwortung des Reichsvertreters;

Nur kulturelle Betreuung der Reichsdeutschen;

Zur Vermeidung der Doppelarbeit keine quasi-behördlichen Funktionen der Parteigruppen;

Keine großaufgezogenen Organisationen;

Sollen Beamte des auswärtigen Dienstes Parteifunktionen übernehmen können?

Berichterstattung über die Missionschefs und Konsulate leiten.

Mit diesem Vorschlag vollzog das Referat Pol IX einen Bruch mit der bisherigen Praxis nationalsozialistischer Auslandsaktivität selbst in der von Bohle mit Weisung vom Mai eingeleiteten reduzierten Form und nahm eine weit radikalere Haltung ein als von Levetzow in seinen Ausführungen vom November 1938. Die Darlegungen von Pol IX zogen die Wünsche des Auswärtigen Amtes und die Lage in Lateinamerika in Betracht, berücksichtigten jedoch nicht die Bestrebungen der Auslandsorganisation der NSDAP und ihren Machtanspruch, die einem derartigen Programm hemmend entgegenwirken mußten<sup>51</sup>.

Diese Überlegungen und Forderungen des Referates Pol IX wurden ergänzt durch die in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Missionschefs verlangte strikte Trennung von Reichs- und Volksdeutschen und dem Eintreten für eine Verselbständigung der letzteren in der Frage der Bewahrung ihrer ethnischen Eigenart durch organisatorischen Zusammenschluß unter der Führung volksdeutscher Elemente. Diese grundsätzliche Forderung wurde erweitert durch eine Warnung vor jeder offensichtlichen Bindung an innerdeutsche Institutionen und allen Maßnahmen, die geeignet wären, den Vorwurf einer Einflußnahme der im Ausland lebenden Reichsdeutschen auf die volksdeutschen Belange hervorzulocken — genauer: vor dem Zusammenschluß von reichsdeutschen und volksdeutschen Vereinigungen zu Dachorganisationen<sup>52</sup>.

Die Vorschläge des Referates Pol IX wurden durch die Anregung ergänzt, in Madrid und Rom wegen eines gleichgerichteten Vorgehens in Lateinamerika zu sondieren. Damit griff man auf die analogen Über-

legungen zurück, die Botschafter Ritter im April 1938 angestellt hatte. Das Scheitern der deutschen Fühlungnahme in Rom im Mai 1938 läßt Zweifel an der Realisierbarkeit der entsprechenden Bestrebungen des Auswärtigen Amtes im Jahre 1939 entstehen, soweit diese sich auf Italien bezogen. Dagegen scheint der Gedanke einer deutsch-spanischen Zusammenarbeit — folgt man Katz<sup>53</sup> — erfolgversprechender gewesen zu sein<sup>54</sup>.

Auf der ersten Sitzung am 12. Juni prallten die unterschiedlichen Auffassungen des Auswärtigen Amtes — repräsentiert durch Darlegungen verschiedener Missionschefs, die aus dem unmittelbaren Erleben der Entwicklung in Lateinamerika mit einer Reihe an Vorschlägen zur Entschärfung der Lage aufwarteten — und der Auslandsorganisation der NSDAP, in Erwiderungen Gauleiter Bohles, aufs heftigste aufeinander. Sie wurden von Staatssekretär von Weizsäcker in seinen abschließenden Worten nur mühsam überdeckt. Die gegensätzlichen Standpunkte von Auswärtigem Amt und Auslandsorganisation der NSDAP fanden ihren Eingang auch in die im Anschluß an die Sitzung auf Anregung von Weizsäckers angefertigten Aufzeichnungen der Missionschefs einerseits und der Hoheitsträger resp. Vertreter der Zentrale der Auslandsorganisation andererseits. Darüber hinaus kamen sie in einer Aufzeichnung Bohles vom 12. Juni pointiert zum Ausdruck<sup>55</sup>.

Am 12. Juni sprachen die Botschafter und Gesandten von Thermann, von Schön, Langmann und Reinebek stellvertretend für die Gesamtheit der Missionschefs über die Problematik der nationalsozialistischen Betätigung in den vier Staaten Argentinien, Chile, Uruguay und Guatemala. Besonders Botschafter von Thermann opponierte gegen die Betätigung der Auslandsorganisation in ihrer bisherigen Form und führte eine deutliche Sprache, die auch in seiner Aufzeichnung vom 13. Juni ihren Niederschlag fand. Die Ausführungen von Thermanns vom 13. Juni verdeutlichen, daß den Teilnehmern der Konferenz die Zielsetzung des Zusammentreffens — ausgedrückt in der Forderung von Ribbentrops, künftig die Missionschefs für alle Vorgänge in ihrem Amtsbereich, die die außenpolitischen Belange zu beeinträchtigen geeignet waren, voll verantwortlich zu machen — durchaus bewußt war. So erweiterte von Thermann in seiner Aufzeichnung die Forderung des Reichsaußenministers noch dahingehend, daß den Missionschefs in diesem Fall auch die volle Autorität in ihrem Amtsbereich zugesprochen werden mußte und zog damit die unausgesprochenen Konsequenzen aus der Direktive des Reichsaußenministers.

Im einzelnen wurde von den Missionschefs in der Sitzung vom 12. Juni sowie in ihren anschließenden Aufzeichnungen folgende Kritik an der

bisherigen Betätigung der Auslandsorganisation geübt und in die Form konstruktiver Vorschläge gekleidet:

Primat der Außenpolitik;

Nachahmung des italienischen Beispiels<sup>56</sup>;

Klare Abgrenzung der Aufgabenbereiche von Reichsvertreter und Hoheitsträger mit den Varianten:

Vetorecht des Reichsvertreters und Abgabe der „quasi-behördlichen“ Funktionen der Parteiorganisation an die Reichsvertretungen, im besonderen auf das Gebiet der Betätigung im Bereich der Wirtschaft und der Presse<sup>57</sup> bezogen;

Keine getarnte Fortführung der Parteiorganisation;

Trennung von Reichs- und Volksdeutschen<sup>58</sup>.

Je nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse und vermutlich auch der persönlichen Einstellung des Missionschefs, variierten die Stellungnahmen zu diesen Punkten; die weitgehendsten Forderungen fanden sich in den Darlegungen und Aufzeichnungen der Botschafter und Gesandten von Thermann (Argentinien), Schlimpert als Vertreter für die Botschaft in Rio de Janeiro, Büsing (Paraguay), von Schön (Chile) und Reinebek (Guatemala u. weiteres Zentralamerika). Eine besondere Note brachte Botschafter von Thermann in die Sitzung vom 12. Juni mit der völlig aus dem Rahmen fallenden Auffassung, daß in Argentinien die „Werbung der Reichsdeutschen für die Partei und überhaupt das Dritte Reich als abgeschlossen gelten könne“ unter Hinweis darauf, daß der bisher erreichte Status quo das vermutliche Endziel der Möglichkeiten der Gewinnung der Reichsdeutschen in Argentinien darstelle. Im Anschluß an diese pointierte Auslassung plädierte von Thermann für die künftige Verlagerung der Aktivität von der „Werbung der Deutschen“ auf die „Gewinnung der Argentinier“, d. h. in diesem Fall der Argentinier als lateinamerikanisches Volk und nicht der argentinischen Staatsangehörigen deutscher Abstammung.

Die Darlegungen der Missionschefs veranlaßten Gauleiter Bohle zu scharfen Entgegnungen und zu einer pointierten Bekundung der grundsätzlichen Auffassung der Auslandsorganisation der NSDAP in der Frage ihrer Betätigung im Ausland, die durch die späteren Aufzeichnungen der Hoheitsträger resp. der Vertreter der Zentrale eine mehr auf das Einzelbeispiel gerichtete Ergänzung erfuhren. Die Ausführungen Bohles zeigen, daß die Auslandsorganisation der NSDAP einen dem Auswärtigen Amt genau entgegengesetzten Standpunkt einnahm und sich für sie unbeschadet eines gewissen Entgegenkommens<sup>59</sup> die Frage des Primats unter umgekehrten Vorzeichen darstellte. Zur Unterstützung seines Anspruchs verwies Bohle auf die Notwendigkeit, das

Auslandsdeutschtum für den „Ernstfall“, d. h. einen zukünftigen Krieg, zu gewinnen und zu aktivieren<sup>60</sup>.

Der unbeirrbare Wille der Auslandsorganisation zur Aufrechterhaltung ihres Anspruchs auf Erfassung der Reichsdeutschen und — wenn auch nicht offen eingestanden — der Volksdeutschen, auch um den Preis von Spannungen mit fremden Staaten<sup>61</sup>, kennzeichnet die Entgegnungen Bohles, angefangen von der pathetischen Bekundung des Totalitätsanspruches auf „jeden Tropfen deutschen Blutes im Ausland“ bis hin zu der schroffen Ablehnung der Einwände des Gesandten Reinebek in der Frage der Betätigung der Auslandsorganisation auf dem Gebiet der Wirtschaft. Zur Lösung der Schwierigkeiten in der Parteiarbeit sah Bohle einen Einbau von Vertrauensleuten der Auslandsorganisation als Deutschtumsreferenten in die Missionen vor, die die Geschäfte eines Landesgruppenleiters ausüben sollten. Mit diesem Vorschlag griff Bohle auf Überlegungen zurück, die sich mit der nationalsozialistischen Betätigung in der Schweiz verbanden<sup>62</sup> und die in der Auslandsorganisation der NSDAP Verbreitung fanden, da sie den doppelten Vorteil eines Schutzes des Landesgruppenleiters unter dem Deckmantel der Botschaft und eines Eindringens in diese Bastion der deutschen Außenpolitik zu bieten schienen.

In seinen Entgegnungen auf die verschiedenen Einwendungen der Missionschefs wahrte Bohle einen durchweg unnachgiebigen Standpunkt. Ein gewisses Entgegenkommen zeigte der Gauleiter in der Frage der Betätigung der Partei auf dem Gebiet der Presse, wenn er auch zunächst dafür plädierte, daß diese Aktivität der Partei unterstellt bleiben sollte<sup>63</sup>. Ablehnend war seine Erwiderung auf den Vorschlag von Thermanns, das Vetorecht des Reichsvertreters auf Einspruch in den Fragen, die außenpolitische Belange zu tangieren imstande waren, durch das Recht auf Informierung durch den Hoheitsträger und in gewissen Fällen auf Weisungsbefugnis über den Hoheitsträger zu ergänzen und damit praktisch eine Abhängigkeit des Hoheitsträgers von dem Reichsvertreter herbeizuführen<sup>64</sup>.

Bohle wandte sich strikt gegen eine derartige Fixierung und Erweiterung des Vetorechtes des Reichsvertreters und bekräftigte seine Entgegnung mit der abschließenden Bemerkung, daß der „Staat der Partei“ keine Weisung geben könne“. Eine Aufzeichnung Bohles vom gleichen Tage<sup>65</sup> verdeutlicht, daß Bohles Wünsche eher in die umgekehrte Richtung gingen; zwar zeigte sich Bohle bereit, ein Recht des Reichsvertreters auf Einspruch mit aufschiebender Wirkung in allen Fragen zuzugestehen, die außenpolitische Belange berührten, er ergänzte dieses Zugeständnis jedoch gleichzeitig mit der Forderung, daß der Reichsver-

treter keine Maßnahmen in dem Bereich der Deutschtumsarbeit treffen dürfe, ohne das Einverständnis des Hoheitsträgers eingeholt zu haben und bei gegensätzlicher Auffassung eine Weiterleitung der Angelegenheit an den Chef AO im Auswärtigen Amt, also an Bohle, erforderlich sei. Mit dieser Forderung verkehrte Bohle praktisch die Wünsche des Auswärtigen Amtes in ihr Gegenteil und verknüpfte sein vorheriges Zugeständnis mit Forderungen, die dessen Wirkung aufzuheben imstande waren.

Besonders schroff war Bohles Ablehnung der Vorbehalte des Gesandten Reinebek gegen die Betätigung der Auslandsorganisation auf dem Sektor der Wirtschaft, die von einer Doppelgleisigkeit der geleisteten Arbeit sprachen und in dieser Doppelgleisigkeit gefährlichen Zündstoff für Verdächtigungen von dritter Seite hinsichtlich „angeblicher wirtschaftlicher Hegemonieabsichten“ Deutschlands sahen. Reinebek dachte an eine Konzentrierung der gesamten „praktischen“ Aktivität in diesem Bereich in den Händen der Gesandtschaft, so daß der Auslandsorganisation der NSDAP nur die „weltanschauliche“ Ausrichtung des deutschen Kaufmanns, wie Reinebek formulierte, verblieb — eine Aufgabe, die ohnehin in dem grundsätzlichen Anspruch der Auslandsorganisation der NSDAP auf Erfassung und Ausrichtung der Reichsdeutschen enthalten war. Bohle begegnete den Auslassungen Reinebeks mit dem schroffen Hinweis, daß die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP auf dem Gebiet der Wirtschaft durch Weisung Görings in den Rahmen des Vierjahresplanes eingegliedert sei und ein Wandel somit nicht eigenwillig vollzogen werden könne. Diese Aussage Bohles veranlaßte Reichsaußenminister von Ribbentrop, Erkundigungen zu diesem Fragenkreis einziehen zu lassen, die zum einen die geringe Substanz der Behauptung Bohles, zum anderen das ganze Ausmaß der Betätigung der Auslandsorganisation auf dem Sektor der Wirtschaft offenbarten und eine volle Bestätigung der von Reinebek monierten Doppelgleisigkeit ergaben<sup>66</sup>.

Die Ausführungen von Alfred Heß, bei dem Wiehl weisungsgemäß Erkundigungen einzog, weckten in dem Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung Unbehagen über die Tragweite der Aktivitäten der Auslandsorganisation, die sich mit den umfassenden Komplexen Exportförderung, Beschaffung von Rohstoffen und Anbahnung von besonderen Ein- und Ausfuhrorganisationen und einer Vielzahl an Einzelbetätigungen im Rahmen dieser großen Komplexe befaßte.

In der Frage der Trennung von Reichs- und Volksdeutschen nahm Bohle eine ausweichende Haltung ein. Die Beweggründe des Verhaltens von Bohle werden bei Durchsicht der verschiedenen Aufzeichnungen

gen der Hoheitsträger und Vertreter der Auslandsorganisation offenbar. Es zeigt sich, daß die Weisung Bohles vom Mai vergangenen Jahres auf strikte Trennung von Reichs- und Volksdeutschen in unmittelbarem Zusammenhang mit den damaligen Spannungen in Lateinamerika, im besonderen in Brasilien, stand, und daß die Auslandsorganisation der NSDAP Mitte 1939 eine durchaus rückläufige Tendenz anstrebte, die sich bereits im vergangenen Jahr abzuzeichnen begann<sup>67</sup>. Eine Bekräftigung der Forderung der Trennung von Reichs- und Volksdeutschen von seiten der Auslandsorganisation erfolgte weder auf der Sitzung am 12. noch in den anschließenden Aufzeichnungen der Hoheitsträger und Vertreter der Zentrale. Im Gegenteil zeigt sich die Tendenz einer Umkehrung der Forderung vom Mai des vergangenen Jahres, die sich auf Äußerungen von lateinamerikanischer Seite berief (vgl. Anm. 68). Dieser Trend wird in den Aufzeichnungen über die Lage in Argentinien und in Paraguay sichtbar, die zum einen von Sandstede, dem Beauftragten der Landesgruppe Argentinien und somit aus der Sicht eines Mitgliedes einer Auslandsgruppe, und zum anderen von Zeissig aus der Zentrale der Auslandsorganisation der NSDAP, also aus der Sicht eines Sachreferenten in Deutschland, verfaßt wurden. Sandstede führte in seinen Darlegungen aus, daß Äußerungen von argentinischer Seite aus neuester Zeit darauf hindeuteten, daß gerade die Absonderung der Reichsdeutschen als Zeichen des Widerstandes gegen die staatlichen Assimilierungsbestrebungen gewertet würde und sich somit die Notwendigkeit einer vollkommen neuen Sicht der Frage der Betreuung der Volksdeutschen ergäbe, die im Gegensatz zu bisher befürworteten Lösungen stünde<sup>68</sup>. In ähnlichen Bahnen argumentierte auch Zeissig für Paraguay. Somit ergab sich für Argentinien eine entgegengesetzte Beurteilung der Lage aus der Sicht des Reichsvertreters und der Landesgruppe in einem Fragenkreis, der als einer der zentralen Punkte der Frage der Deutschtumspolitik in Lateinamerika anzusehen war.

Man wird hinter der Argumentation Sandstedes und Zeissigs das Bestreben der Auslandsorganisation der NSDAP sehen dürfen, Einfluß auf die Gesamtheit der Deutschen und ihrer Nachkommen im Ausland und nicht nur auf die deutschen Staatsangehörigen nehmen zu wollen. Die Interpretation des Erlasses vom 18. Mai 1938 als einer taktischen Maßnahme wird hiermit voll bestätigt.

Aus den verschiedenen Ausslassungen von seiten der Missionschefs, der Hoheitsträger und der Vertreter der Zentrale der Auslandsorganisation der NSDAP zur Lage der Partei in Lateinamerika ergeben sich die verschiedenen Realisierungen der von Bohle grundsätzlich geforderten

Weiterführung des „Schwunges“ der Parteiarbeit auch nach etwaigen Verboten. Es zeigt sich eine Vielfalt an Lösungen, die von Versuchen einer getarnten Fortführung der nationalsozialistischen Organisation und Aktivitäten bis hin zu Umgestaltungen reichte, die sich den Vorschlägen des Referates Pol IX annäherten, ohne den allerdings grundlegenden Faktor der Verantwortlichkeit des Reichsvertreters für diese Vereinigungen einzuschließen. An eine Reduzierung der Organisation der Partei war durchaus gedacht, sei es in Form von reichsdeutschen Gemeinschaften oder anderweitigen Zusammenschlüssen, wie auch an eine Einschränkung ihrer Aktivitäten und eine Verlagerung ihrer Betätigung auf den kulturellen Bereich. Festgehalten wurde jedoch an der Position des Landesgruppenleiters als obersten Repräsentanten der Partei in dem jeweiligen Land. Die erstrebten Lösungen in diesem Punkt gingen in die von Bohle skizzierte Richtung.

In einer längeren Aufzeichnung vom Juni fixierte von Ribbentrop seine Beurteilung der auf der Konferenz behandelten Probleme<sup>69</sup>. Der Reichsaußenminister münzte die verschiedenen ihm vorliegenden Informationen über die Lage in Lateinamerika und die auf der Sitzung vom 12. Juni hervorgetretenen Gegensätze zwischen dem Auswärtigen Amt und der Auslandsorganisation der NSDAP in eine persönliche Stellungnahme um, die in krassestem Gegensatz zur Argumentation der Auslandsorganisation der NSDAP auf der Konferenz stand, und in der nicht an mehr oder minder deutlich vorgetragenen Vorwürfen gegen deren Betätigungen gespart wurde. Im ersten Teil der Aufzeichnung wurde zunächst eine grundsätzliche Abgrenzung der Betätigung des Auswärtigen Amtes und der Auslandsorganisation der NSDAP gegeneinander vorgenommen und im zweiten Teil dann die Forderungen für die Zukunft aufgestellt.

In den einführenden Passagen trennte von Ribbentrop klar die Aufgaben des Reichsvertreters und des Hoheitsträgers der Partei, indem er ersterem die ausschließliche Verantwortung für die Außenpolitik und die Belange der deutschen Kolonie zuschrieb und ihm somit die maßgebliche Rolle im Ausland zuerteilte. Demgegenüber wurde dem Hoheitsträger die begrenzte Aufgabe der weltanschaulichen Ausrichtung der Reichsdeutschen und der Zusammenfassung der Parteimitglieder zuerkannt. Aus dieser Aufgabenverteilung folgte von Ribbentrop die Forderung des Primats der Außenpolitik und des Rechtes des Reichsvertreters auf Einsicht und Einspruch in die Vorhaben der Partei. Im Anschluß an diese Abgrenzung unterzog von Ribbentrop die bisherige Betätigung der Partei im Ausland einer deutlichen Kritik unter Verweis auf das italienische Beispiel und forderte ein elastisches, den

spezifischen Bedingungen des Auslandes angepaßtes Vorgehen. Abschließend wendete der erste Teil der Aufzeichnungen sich dem Komplex der Betreuung der Volksdeutschen zu und vertrat mit Nachdruck die Berechtigung der Forderung der Trennung von Reichs- und Volksdeutschen auf dem Hintergrund einer Betonung der Notwendigkeit guter politischer Beziehungen zu Lateinamerika im Hinblick auf einen eventuellen Kriegsfall. Diese Passage der Aufzeichnung verdient besondere Beachtung wegen ihrer strikten Zurückweisung der pathetischen Forderung Bohles auf Anspruch auf jeden „Tropfen deutschen Blutes im Ausland“:

„Wenn ich auch den Parteistandpunkt, wonach jeder Tropfen ausgewanderten deutschen Blutes erhalten werden sollte, voll und ganz teile, so liegt der Kern eines zukünftigen guten Verhältnisses zwischen Deutschland und den lateinamerikanischen Staaten doch darin, daß die Parteiarbeit sich von dem deutschen Volkstum fremder Staatsangehörigkeit vollkommen fernhalten muß. Denn der Südamerikaner will seine Einwanderer aller Rassen, also auch die Deutschen, so schnell wie möglich assimilieren . . . Wenn wir aber den Intentionen dieser Staaten nicht entgegenarbeiten wollen, sondern sie sogar zu unseren außenpolitischen Helfershelfern bei der Gestaltung des Schicksals eines 80 Millionen Volkes in der Welt machen wollen, so muß gegenüber diesem Ziel bis auf weiteres die Erhaltung von einigen 100 000 ausgewanderten Deutschen zurückstehen<sup>70</sup>.“

Im zweiten Teil der Aufzeichnung fixierte von Ribbentrop die Forderungen für die künftige Parteitätigkeit in Lateinamerika, die eine klare Zurückdrängung des Einflusses der Auslandsorganisation beinhalteten. Der Reichsaußenminister sah folgende Regelung vor:

Primat der Außenpolitik;

Recht des Reichsvertreters auf Informierung und Einspruch in allen Belangen, die außenpolitische Interessen zu tangieren imstande waren, ergänzt durch die weniger strikt formulierte Pflicht der Informierung des Hoheitsträgers über alle Schritte, die Belange der Partei zu berühren imstande waren;

Übertragung der von der Partei ausgeübten „quasi behördlichen Funktionen“, wie Betätigung auf dem Gebiet der Presse und Propaganda, der Rückwanderung, der Wirtschaft, auf den Reichsvertreter unter künftiger Heranziehung der Sachbearbeiter der Partei von seiten der Missionen;

Weiterführung der Parteiarbeit in Ländern, in denen ein Verbot bestehe, soweit außenpolitisch zu rechtfertigen, nach Gesichtspunkten, die von den örtlichen Gegebenheiten bestimmt werden müßten. Be-



traung der Führung der Parteiarbeit durch einen „außerhalb der Reichsvertretung“ stehenden Reichsdeutschen, der gemeinsamer Vertrauensmann von Partei und Reichsvertretung sein müßte;

Informierung der Reichsvertreter und der Hoheitsträger seitens des Auswärtigen Amtes und der Auslandsorganisation von der vorstehenden Regelung und Klärung aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auf oberster Ebene in Deutschland.

An diesen Ausführungen sind insbesondere die Vorschläge zur Weiterführung der Parteiarbeit im Falle eines Verbotes interessant, die zum einen verdeutlichen, daß der Vorschlag des Referates Pol IX auf Nachahmung des italienischen Beispiels nicht aufgegriffen wurde, zum anderen aber gleichfalls eine deutliche Zurückweisung des von der AO gewünschten Einbaus der Hoheitsträger als Deutschumsreferenten in die Missionen brachte. Dieser Standpunkt wurde in noch schärferer Form in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes gewahrt, die den Titel „Ziele“ trug. In dieser Aufzeichnung wurde die Forderung vertreten, daß in denjenigen Ländern, in denen ein Parteiverbot bestehe, die Funktionen des Landesgruppenleiters von dem Reichsvertreter zu übernehmen seien und keinesfalls eine getarnte Übernahme der Parteiorganisation in die Reichsvertretung erfolgen solle<sup>71</sup>.

In den abschließenden Direktiven, die Staatssekretär von Weizsäcker am 19. August auf Weisung des Reichsaußenministers den Missionschefs mitteilte, wurde weitgehend die Linie eingehalten, die in der Aufzeichnung von Ribbentrops vom Juni festgelegt worden war<sup>72</sup>. Entsprechend dem bereits vor Beginn der Konferenz festliegenden Wunsch von Ribbentrops wurde den Reichsvertretern die volle Verantwortung für alle Beeinträchtigungen der politischen Beziehungen durch Deutschumsfragen aufgebürdet und ihnen auferlegt, in gemeinsamen Besprechungen mit den Hoheitsträgern im Einklang mit den dargelegten Richtlinien eine Regelung für die Fortführung der Parteiarbeit zu finden, die zu einem späteren Zeitpunkt eine Untermauerung durch eine mit der Auslandsorganisation zu treffende grundsätzliche Regelung erfahren werde. Die Richtlinien waren gegenüber der Aufzeichnung vom Juni dadurch ergänzt, daß die Übertragung der „quasi-behördlichen“ Funktionen der Partei auf die Reichsvertreter durch das Zugeständnis personeller Forderungen der Missionen erweitert wurde. Differenziert wurde die Frage der Fortführung der Parteiarbeit in Ländern, in denen ein Parteiverbot erlassen wurde, dargelegt. Hier sahen die abschließenden Direktiven folgende Alternative vor: Fortführung der Aufgaben des Hoheitsträgers der Partei von Seiten eines von Reichsvertretung und Partei gemeinsam zu bestimmenden Sonderreferenten

innerhalb der Gesandtschaft, der unter der Leitung und Verantwortung des Reichsvertreters zu arbeiten hätte, einerseits bzw. von seiten eines außerhalb der Reichsvertretung stehenden Reichsdeutschen als Vertrauensmann von Missionschef und Partei andererseits. Damit fand eine Annäherung an die Forderungen Bohles statt. Auf eine Nachahmung des italienischen Beispiels, wie zu Beginn der Konferenz ventiliert wurde, wurde verzichtet.

Die abschließenden Direktiven des Auswärtigen Amtes an die Missionschefs zeigen, daß auf der Konferenz keine Synthese der gegensätzlichen Standpunkte des Auswärtigen Amtes und der Auslandsorganisation der NSDAP erzielt wurde und damit dem großangelegten Versuch des Auswärtigen Amtes, die Einflußnahme der NSDAP auf die Außenpolitik zurückzudrängen, kein entsprechender Erfolg beschieden war<sup>73</sup>. Die Weisungen an die Missionschefs reflektierten die Wünsche des Auswärtigen Amtes, ohne jedoch die Reichsvertreter mit der notwendigen Machtfülle zur Durchsetzung dieser Wünsche ausstatten zu können<sup>74</sup>.

Die Ibero-Amerika Konferenz bietet dem Betrachter ein anschauliches Bild von der Zersplitterung der Außenpolitik des Dritten Reiches durch die Vielzahl der Institutionen, die auf diesem Gebiet tätig waren. Sie verdeutlicht im besonderen den Antagonismus zwischen dem Auswärtigen Amt und der Auslandsorganisation der NSDAP als den Vertretern zweier unterschiedlicher Konzeptionen, von denen die eine mit dem traditionellen Anspruch auf Wahrnehmung der Außenpolitik aufwarten konnte, während die andere als Ausdruck der parteipolitischen Bestrebungen auf Abbau des Einflusses eben dieser traditionellen Positionen anzusehen ist<sup>75</sup>. — Darüber hinaus beleuchtet die Ibero-Amerika Konferenz des Jahres 1939 die nationalsozialistische Auslandsaktivität und ihre Auswirkungen auf die deutsche Politik in Lateinamerika. Die massiven Vorwürfe des Auswärtigen Amtes gegen die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Lateinamerika sind ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Aktivitäten in hohem Maße die politischen Beziehungen Deutschlands zu Lateinamerika belasteten und mannigfache Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen der lateinamerikanischen Regierungen boten.

Die Darstellung des Ablaufs der Nationalisierung *und* im besonderen die Untersuchung der Tragweite der Abberufung der Botschafter deuten darauf hin, daß die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen ihrem Ursprung nach Ausdruck einer innenpolitischen Entwicklung des Landes waren und einer bestimmten Phase der Geschichte Brasiliens entsprachen und daß alle Einflüsse von außerhalb nur akkumulierende Wirkung besaßen. Die informativen und die grundsätzlichen Auslassungen

der Ibero-Amerika Konferenz veranschaulichen den Anteil der nationalsozialistischen Auslandsaktivität an diesem Geschehen und füllen die brasilianischen Vorwürfe und Verdächtigungen mit Inhalt. Gleichzeitig wird offenkundig, daß die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen nicht zum Maßstab der Beurteilung des brasilianischen Verhältnisses zum Dritten Reich im Untersuchungszeitraum gemacht werden dürfen, da sie nur einen — deutlich für sich bestehenden — Aspekt der von Brasilien verfolgten Politik darstellen.

## ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

Die Einzelergebnisse der verschiedenen Kapitel der Arbeit verweisen darauf, daß die deutsch-brasilianischen Beziehungen in den Jahren von Ende 1930 bis Ende 1938 durch Auseinandersetzungen um die in Brasilien lebenden Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung belastet wurden. Es zeigt sich, daß diese Spannungen in der Zeit von Ende 1930 bis zum 10. November 1937 vorbereitet wurden und nach dem Staatsstreich vom 10. November 1937 zu einem offenen Konflikt zwischen den beiden Staaten führten, der seine äußere Zuspitzung in der Abberufung der Botschafter Ritter und Moniz de Aragão im September/Oktober 1938 fand.

Der Rückblick auf die Zeit von Ende 1930 bis zum 10. November 1937 verdeutlicht, daß mit der Revolution von Ende 1930 in Brasilien verstärkte Bestrebungen zur Assimilierung — im Sprachgebrauch der Zeit Nationalisierung — der im Lande ansässigen Einwanderergruppen und ihrer Nachkommen zur Geltung kamen, die durch eine Vielzahl an Faktoren politischer, geistig-weltanschaulicher und wirtschaftlicher Gebundenheit bedingt wurden. In ihren Anfängen wiesen diese Bestrebungen eine deutliche Abhängigkeit von wirtschaftlichen Momenten auf, die im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage Brasiliens im Anschluß an die Weltwirtschaftskrise standen, und enthielten eine besondere Spitze gegen die Gruppe der japanischen Einwanderer und ihrer Nachkommen.

Von Bedeutung für die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen und damit für die deutsch-brasilianischen Beziehungen wurde die Politisierung dieser Bestrebungen im Verlauf der Jahre bis zum 10. November 1937 durch die Erscheinung des Integralismus mit seiner starken deutsch-brasilianischen Gefolgschaft und durch die Konsolidierung der nationalsozialistischen Betätigung unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung. Beide Momente waren geeignet, die Nationalisierungsbestrebungen auf diese ethnische Gruppe zu konzentrieren, die ohnehin durch ihre Eigenart Anlaß zu Forderungen nach einer beschleunigten Assimilierung bot.

Die innenpolitische Entwicklung Brasiliens mit der Errichtung des „Estado Novo“ gab den Rahmen für eine konsequente Verwirklichung

der Nationalisierungsbestrebungen, die alle Einwanderergruppen und ihre Nachkommen erfaßten. Aufgrund der gekennzeichneten Entwicklung gewann die Nationalisierung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen eine besondere ideologisch-politische Bedeutung, die diesem Ausschnitt der umfassenden Nationalisierung ein spezifisches Gepräge gab.

Entsprechend seiner inneren Ausrichtung reagierte Deutschland mit besonderer Heftigkeit auf die brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen und löste seinerseits wieder scharfe Reaktionen auf der Gegenseite aus, die die Frage der deutsch-brasilianischen Beziehungen in einem einseitigen Licht erscheinen ließen. Die Entwicklung in Brasilien verdeutlicht die Belastung der außenpolitischen Beziehungen des Dritten Reiches durch die Auslandsaktivität der Auslandsorganisation der NSDAP, die von Land zu Land unterschiedliche Folgen zeitigte. Für Brasilien stellte sich die Betätigung der Auslandsorganisation als ein Problem der Volkstumspolitik dar, das in einer Zeit ausgeprägter nationalistischer Strömungen und zentralistischer Neigungen der derzeitigen Regierung auf dem Wege strikter Nationalisierung gelöst wurde. Damit wird die Deutung der Nationalisierungsmaßnahmen als Ergebnis der nordamerikanischen Einflußnahme, wie sie die amtliche deutsche Berichterstattung aus Brasilien nach Errichtung des „Estado Novo“ vertrat, in ihren grundsätzlichen Aspekten zurückgewiesen.

# ANMERKUNGEN

## VORWORT

- 1 Auf den Fragenkreis der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Brasilien im Untersuchungszeitraum wird in Kap. III, 2 kurz eingegangen werden.
- 2 Die Termini „Nationalisierung“ / „nationalisieren“ wurden dem Sprachgebrauch in Brasilien im Untersuchungszeitraum entlehnt; sie sind daher nicht als exakt definierte wissenschaftliche Begriffe anzusehen.
- 3 Egon Schaden: Der Deutschbrasilianer — ein Problem. In: Staden-Jahrbuch, 2 (1954), S. 187.
- 4 Vgl. zur Außenpolitik des Dritten Reiches die grundlegende Arbeit von Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938, Frankfurt/M., Berlin 1968.
- 5 Mit dem Jahr 1931 gewannen die nationalsozialistischen Bestrebungen unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung in Brasilien deutliche Konturen (vgl. über die Anfänge der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien insbesondere die Akten im DC).
- 6 Vgl. Kapitel II, 3 / Schlußbetrachtungen.
- 7 Vgl. z. B. die Ausführungen von Günter Lachmann, Der Nationalsozialismus in der Schweiz, 1931—1945, Berlin 1962, über die nationalsozialistische Betätigung in der Schweiz.

## EINLEITUNG: DIE DEUTSCHEN EINWANDERER UND IHRE NACHKOMMEN IN BRASILILIEN

- 1 Die Fülle an Literatur zu dieser Thematik konnte nicht vollständig erfaßt und noch viel weniger insgesamt in das Literaturverzeichnis oder in die Anmerkungen aufgenommen werden.
- 2 Es handelt sich hierbei um die offizielle Klassifizierung, wie sie sich z. B. in den Zensen findet. Die brasilianische Bevölkerung gebraucht eine Vielzahl an Bezeichnungen für die Angehörigen der drei Großrassen und ihre mannigfachen Mischungen. Neben der Hautfarbe spielt in diesen Klassifizierungen vor allem die Haarstruktur eine bedeutende Rolle, ihre Anwendung folgt jedoch verschiedenen Motivationen (soziale Stellung u. a.). Die afro-amerikanistische Forschung in Brasilien hat zu diesem Punkt mehrfach Stellung genommen.
- 3 Die neuere afro-amerikanistische Forschung in Brasilien schenkt diesem Problemkreis eine besondere Beachtung. Vgl. zur Einführung den Aufsatz von Fernando Henrique Cardoso, Das Hautfarbenurteil in Brasilien, in: Staden-Jahrbuch, 11/12 (1963/64), S. 9 ff., der sich kritisch mit den bisherigen Arbeiten zur Thematik der Rassen- und Farbenurteile in Brasilien auseinandersetzt.

- 4 Zur kulturellen Einheit wie Vielfalt Brasiliens vgl. u. a. Charles Wagley, *Estudos de comunidades no Brasil sob perspectiva nacional*, in: *Sociologia*, 16 (1954) 2, S. 3 ff.
- 5 Die Betonung liegt auf handhabbar, da für den vorliegenden Zusammenhang eine eingehende Diskussion des Problems der Zuverlässigkeit der Einwanderungs- und Bevölkerungsstatistik von sekundärer Bedeutung ist.
- 6 Vgl. auch die Zusammenstellung der deutschen Auswanderung nach Brasilien in „Übersicht über die deutsche überseeische Auswanderung in den Jahren von 1820—1953“, Koblenz 1954. — Über die deutsche Einwanderung in Rio Grande do Sul finden sich detaillierte Angaben in „Kurze Geschichte der deutschen Einwanderung in Rio Grande do Sul“, São Leopoldo 1936; Karl Heinrich Oberacker Jr., *Die volkspolitische Lage des Deutschtums in Rio Grande do Sul (Südbrasilien)*, Jena 1936; Jean Roche, *La colonisation allemande et le Rio Grande do Sul*, Paris 1959.
- 7 Vgl. José Fernando Carneiro, *Imigração*, S. 61 ff.; Karl Heinrich Oberacker Jr., *Die volkspolitische Lage*, S. 21 ff.; Jean Roche, *La colonisation allemande*, S. 73 ff. (Kap. II, III) zur Diskussion dieser Problematik.
- 8 Über die Geschichte der japanischen Einwanderung in Brasilien und der Niederlassung der Eingewanderten im Lande informiert ausführlich Hiroshi Saito, *O japonês no Brasil*, São Paulo 1961. Vgl. auch Käte Harms-Baltzer, *Die japanische Einwanderung und Niederlassung in Brasilien*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, 5 (1968), S. 347 ff.
- 9 Die Abwanderungs- und Rückwanderungsbewegung war teilweise beträchtlich. Vgl. Jean Roche, *La colonisation allemande*, S. 115 f.; Emílio Willems, *A aculturação dos alemães no Brasil*, São Paulo etc. 1946, S. 98 ff.

Der Name Emílio Willems verlangt einige biographische Hinweise. Die folgenden Ausführungen stützen sich zur Hauptsache auf eine Zusammenstellung des Kölner Soziologischen Seminars, die von G. Mus(s)olini unterzeichnet wurde.

Emílio Willems ist Deutscher von Haus aus und hat in Deutschland an verschiedenen Universitäten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert. Er hat in den 30er Jahren mit bahnbrechenden und bis heute gültigen Forschungen über die Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung, die sich auf theoretische Studien und auf Feldforschungen gründeten, die Erforschung des sich bei den in Brasilien ansässigen „grupos estrangeiros“ vollziehenden Kulturwandels eingeleitet und gleichzeitig exakter Feldforschung im Bereich der Sozialwissenschaften in Brasilien den Weg geebnet (vgl. Manuel J. Diégues Jr., *Estudos de relações étnicas no Brasil*, in: *Sociologia*, 16 (1954) 2, S. 23 ff., idem, *Estudos de assimilação cultural no Brasil*, in: *Memórias do I Painel Nipo Brasileiro*, Tomo 2, São Paulo 1956, S. 15 ff., und Florestan Fernandes, *Die sozialgeschichtliche Entwicklung der Soziologie in Brasilien*, in: *Sociologus*, N.F. 6 (1956) 2, S. 100 ff.). Zu nennen sind hier vor allem seine beiden grundlegenden Veröffentlichungen „*Assimilação e populações marginais no Brasil*“, Rio de Janeiro etc. 1940, und „*A aculturação dos alemães no Brasil*“, São Paulo etc. 1946.

Emílio Willems hat in São Paulo an der „Fundação Escola de Sociologia e Política de São Paulo“ (deren Name damals etwas anders lautete) und an der „Faculdade de Filosofia, Ciências e Letras“ gelehrt und ist Mitbegründer der Zeitschrift „Sociologia“. Er gehört zu jenen ausländischen Wissenschaftlern, die in den Jahren vor Ausbruch des 2. Weltkrieges die Erforschung der ethnischen und sozialen Gegebenheiten Brasiliens in bedeutendem Maße mitzugestalten begannen und die durch ihre Tätigkeit an brasilianischen Universitäten und Instituten zu Lehrern einer jüngeren Generation brasilianischer Soziologen und Völkerkundlern wurden (vgl. Cyro Berlinck, *A Escola de Sociologia e Política no XXV aniversário (1933—1958)*, in: *Sociologia*, 20 (1958) 2, S. 127 ff., und Alfonso Trujillo Ferrari, *Pesquisas e publicações nas ciências sociais sob a influência da Escola de Sociologia e Política (1933—1958)*, *ibid.*, S. 137 ff.).

Ende der 40er Jahre ging Emílio Willems an die Vanderbilt University, Nashville/Tennessee, USA.

- 10 Vgl. Emílio Willems, Zur sozialen Anpassung der Deutschen in Brasilien, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 1 (1948/49), S. 317.
- 11 Vgl. Emílio Willems, *A aculturação dos alemães*, S. 114 f., S. 144 f., der wirtschaftliche Beweggründe für dieses Phänomen verantwortlich macht, genauer die Erfordernisse einer auf der Familienarbeit gründenden kleinen Landbesitzerschicht, wie sie die Einwanderer nach ihrer Niederlassung in Brasilien darstellten.
- 12 Vgl. die Zusammenstellung bei Jean Roche, *La colonisation allemande*, S. 133 ff. für Rio Grande do Sul.
- 13 Vgl. u. a. Emílio Willems, *A aculturação dos alemães*, S. 67.
- 14 Vgl. E. Willems, *Assimilação e populações marginais*, S. 41 ff.; *idem*, *A aculturação dos alemães*, S. 54 ff., und Erich Fausel, *Die deutsch-brasilianische Sprachmischung*, Berlin 1959, S. 7 ff., der die regionale Heterogenität der deutschen Einwanderung am Beispiel der in Brasilien gesprochenen Mundarten aufzeigt.
- 15 Hier sind vor allem die Hunsrücker und Pommern zu nennen. Beruflich und sozial zeichnen sich weitere Differenzierungen ab. — Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wirkte sich das von der Heydtsche Rescript — vgl. u. a. Jean Roche, *La colonisation allemande*, S. 89 f. — hemmend auf die deutsche Auswanderung nach Brasilien aus.
- 16 Einen instruktiven Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des frühen 19. Jahrhunderts gibt Carl Jantke, *Der vierte Stand*, Freiburg 1955.
- 17 Die Heterogenität der deutschen Einwanderung führte teilweise zu Spannungen zwischen den verschiedenen Einwanderergruppen. Im Untersuchungszeitraum offenbarte sich diese Problematik pointiert in der vielfach heftigen Gegnerschaft alteingesessener deutsch-brasilianischer Kreise gegen die nationalsozialistischen Ortsgruppen (bei einer gleichzeitigen Bejahung des Dritten Reiches und des Nationalsozialismus), die eine wesentliche Komponente der Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppe der Deutschen und Deutschbrasilianer um die nationalsozialistische Betätigung darstellte. Über diese Gegnerschaft geben eine Mehrzahl an Schreiben in den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn, insbesondere in dem Aktenbestand Inl. II A/B, 82—02,



Aufschluß. Eine weitere Quelle bildet die zeitgenössische deutschsprachige Presse in Brasilien.

- 18 Beiden Trends kommt eine spezifische wirtschafts- und sozialgeschichtliche Bedeutung zu. Vgl. Pierre Monbeig, *Pionniers et planteurs de São Paulo*, Paris 1952, und Jean Roche, *La colonisation allemande*.
- 19 Die Italiener siedelten auch im Süden; die Anzahl der Italiener und ihrer Nachkommen in Rio Grande do Sul ist bedeutend, kann jedoch nicht mit den Zahlen für São Paulo verglichen werden.
- 20 Vgl. u. a. Karl Heinrich Oberacker Jr., *Der deutsche Beitrag zum Aufbau der brasilianischen Nation*, São Paulo 1955, S. 340.
- 21 Unberücksichtigt bleibt z. B. die Ein- und Abwanderung in die Städte, die spätere Entwicklungen widerspiegelt.
- 22 Vgl. Karl Heinrich Oberacker Jr., *Die sozialgeschichtliche Bedeutung der deutschen Einwanderung*, in: *Staden Jahrbuch*, 2 (1954), S. 175 ff. und detaillierter Jean Roche, *La colonisation allemande*.
- 23 Hierfür ließe sich eine Fülle von Belegen zitieren, hingewiesen sei hier nur auf die diesbezüglichen Aussagen des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ im „Rundbrief“, *passim*.
- 24 Auch diese Aussage beinhaltet eine Vereinfachung, da sie die Fixierung der Einwanderer in nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten, so im Gewerbe, übergeht. Vgl. „Kurze Geschichte der deutschen Einwanderung in Rio Grande do Sul“, S. 28 ff. und differenzierter Jean Roche, *La colonisation allemande*, verschiedene Passagen.
- 25 Auf dieses Charakteristikum hat u. a. Emílio Willems, *Zur sozialen Anpassung*, mit Nachdruck hingewiesen.
- 26 Unberücksichtigt bleiben muß hier das Phänomen des kulturellen Wandels innerhalb der Gruppe der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen aufgrund einer gegenseitigen Beeinflussung der verschiedenen Einwandererschübe, das ein weiteres Moment der Komplexität bildet.
- 27 Vgl. Emílio Willems, *Assimilação e populações marginais*, S. 70 ff.
- 28 Vgl. Emílio Willems, *ibid.*, S. 55 ff. und an anderer Stelle; *idem*, *A aculturação dos alemães*, S. 79 ff., 136 ff., und in anderen Zusammenhängen des Buches.
- 29 So stützt sich Egon Schaden, der wie Emílio Willems die Gruppe der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien unter kulturanthropologischen Aspekten betrachtet, in diesem Punkt ganz auf Willems (vgl. die angeführten Titel im Literaturverzeichnis).
- 30 Willems und mit ihm Schaden grenzen die deutsche Einwanderung in die drei Südstaaten gegen die in den Staat São Paulo ab und illustrieren diesen Gegensatz über einen Vergleich mit der japanischen Einwanderung und mit dem Ablauf des Kulturwandels bei dieser ethnischen Gruppe.
- 31 Roche stützt sich in seinen Interpretationen teilweise auf Willems, bestätigt mit seinem umfassenden Faktenmaterial andererseits die Deutungen von Willems.
- 32 Diese Prozesse reichen in Vorstufen bis tief in das 19. Jahrhundert zurück — so läßt sich z. B. seit Beginn der Ansiedlung deutscher Einwanderer in Südbrasilien eine Differenzierung wirtschaftlicher und sozialer Art durch Herausbildung einer handeltreibenden Schicht feststellen, die sich über die der kleinen Landwirte erhob. Vgl. Roche, *La colonisation allemande*, S. 306 ff. und an anderer Stelle.

- 33 Der Begriff deutsch umfaßt deutsch und deutschbrasilianisch.
  - 34 Diesen Punkt stellt Emílio Willems in seinen verschiedenen Veröffentlichungen pointiert heraus, ihm folgt Jean Roche, *La colonisation allemande*, mit neuem Faktenmaterial. Vgl. neben den genannten Arbeiten von Emílio Willems insbesondere seinen Aufsatz „*A miscigenação entre brasileiros de ascendência germânica*“, in: *Sociologia*, 15 (1953) 2, S. 95 ff.
  - 35 Die Frage der Einstellung der verschiedenen Kirchen zum Problem des Kulturwandels spielt bei Willems eine große Rolle, ist jedoch zu komplex, um in dem begrenzten Rahmen einer Einleitung abgehandelt werden zu können.
  - 36 Vgl. auch Jean Roche, *La colonisation allemande*, S. 418 ff.
- I · DER VERLAUF DER NATIONALISIERUNG IN BRASILIEN  
VON ENDE 1930 BIS ZUM 10. NOVEMBER 1937
1. Die innenpolitischen Voraussetzungen der Nationalisierung in Brasilien: Die Regierung Getúlio Vargas
    - 1 Getúlio Vargas regierte zu Beginn der 50er Jahre ein zweites Mal. Im folgenden wird unter der Wendung „Regierung Vargas“ die Zeit von Ende 1930 bis 1945 verstanden.
    - 2 Von US-amerikanischer Seite werden speziellere Untersuchungen über die Regierung Vargas unternommen — vgl. z. B. die diesbezüglichen Hinweise in: *Brazil, Field research guide in the social sciences*, Ed. by Robert Levine, New York 1966, S. 77 ff., S. 268 f.
    - 3 Hier seien nur zwei neuere Untersuchungen genannt, die zur Einführung dienen können: John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil, A political biography*, Austin u. London 1967, und Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil, 1930—1964*, New York 1967.
    - 4 Es hatte sich als übliches Verfahren herauskristallisiert, daß São Paulo und Minas Gerais jeweils alternierend den Präsidenten stellten. Washington Luís, selber Paulistaner, suchte diesen Modus — erfolgreich — zu durchbrechen zugunsten der Wahl wiederum eines Paulistaners. — Den auslösenden Faktor für den Ausbruch der seit längerem geplanten Revolution bildete die Ermordung des Staatsschefs von Paraíba, Partner von Minas Gerais und Rio Grande do Sul in den Auseinandersetzungen um die Nachfolge von Washington Luís. Vgl. hierzu Ann Quiggins Tiller, *The igniting spark — Brazil 1930*, in: *The Hispanic American Historical Review*, 45 (1965) 3, S. 384 ff. — Der Terminus „Revolution“ wird hier undiskutiert aus der Literatur übernommen; eine kritische Erörterung würde den vorliegenden Rahmen sprengen.
    - 5 Vgl. u. a. Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 9 ff., S. 333 ff. (Anm. 12—22) und John D. Wirth, *Tenentismo in the Brazilian revolution of 1930*, in: *The Hispanic American Historical Review*, 44 (1964) 2, S. 161 ff. — Skidmore unterscheidet revolutionär und nicht-revolutionär gesinnte Anhänger der Oktoberrevolution; unter den ersteren ist insbesondere die Gruppe der „tenentes“ zu nennen, die bereits in den 20er Jahren an Aufständen beteiligt gewesen war. Die „tenentes“ haben als eine im politischen Spektrum des Brasiliens der

20er/30er Jahre besonders hervortretende Gruppe mehrfach Aufmerksamkeit in der Literatur erfahren. Eine detaillierte Analyse ihres Gedankengutes findet sich bei John D. Wirth, *Tenentismo*, S. 166 f. (und an anderer Stelle des Aufsatzes): „The background and mentality of the tenentes ... suggests that they were above all middle class radicals in uniform. Their program called for limited capitalism of the petty bourgeoisie, democratic individualism bolstered by syndical organizations, producers and consumers cooperatives, minimum wage laws, and legislation regulating the hours of work for women and children. (Vgl. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 338, Anm. 35.) But above all the tenentes demanded the gradual elimination of latifundio, and the nationalization of mines, power sources, commerce, and retail trade. Thus they were friendly to those middle groups which had been left out of the so-called 'Old Republic', but they were hostile to the special interests of Anarcho-Syndicalist and Communist labor unions (both of which had small membership lists) and to the middle class liberal parties which they considered too close to the elite.

Included in their demands for an expansion of government were protection and greater opportunities for the little man, especially the Brazilian national. Government to them was a benevolent authority, the agent in creating a strong Brazilian nationality, integrated and harmonious. That government should be paternalistic as well issued from their authoritarian mentality. The seeds of corporatism and neofascist radicalism were there, but confused with a vague socialism.“

- 6 Vgl. u. a. Gerhard Schickert, *Intelligenza und Politik in Brasilien*, Aachen 1967, S. 55 ff. — Einen deutlichen Ausdruck fand diese Zeit des Umbruchs in der „modernistischen Bewegung“ in der brasilianischen Literatur — vgl. Mário de Andrade, *O movimento modernista*, Vol. 10 der „Obras completas“, São Paulo 1956. Diese Bewegung gewinnt für die Thematik der vorliegenden Arbeit besondere Bedeutung, da sie im Rahmen einer Hinwendung zu ethnischen und sozialen Problemen die Frage der Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien aufgriff und bei der Behandlung dieser Thematik nationalistischen Vorstellungen Raum gab. Vgl. R. J. Costa Pacheco, *O imigrante na literatura brasileira de ficção*, in: *Sociologia*, 18 (1953) 3, S. 201 ff.
- 7 Vgl. zur sozio-ökonomischen Entwicklung Brasiliens u. a. Celso Furtado, *Formação econômica do Brasil*, Rio de Janeiro 1961.  
Eine eingehendere Diskussion der verschiedenen Beweggründe der Revolution von 1930 findet sich bei José Maria Bello, *A history of modern Brazil, 1889—1964*, Stanford 1966, S. 275 ff.
- 8 Mit Dekret vom 11. November 1930 wurde die Verfassung von 1891 außer Kraft gesetzt; es wurden die Organe der Legislative — von der bundesstaatlichen bis zur kommunalen Ebene — aufgelöst und die exekutive sowie die legislative Gewalt in der Hand der Regierung (Bundespräsident) vereinigt. Auf einzelstaatlicher Ebene wiederholte sich diese Machtkonzentration in der Person des vom Bundespräsidenten einzusetzenden Interventors. Vgl. Karl Loewenstein, *Brazil under Vargas*, New York 1942, S. 17 f.
- 9 Vgl. zur Geschichte der paulistaner Erhebung u. a. Glauco Carneiro, *História das revoluções brasileiras*, Vol. 2, Rio de Janeiro 1965, S.

- 396 ff., und Hélio Silva, 1932: A guerra paulista, Vol. 5 von „O ciclo de Vargas“, Rio de Janeiro 1967.
- 10 Über die Verfassungen von 1934 und 1937 vgl. Karl Loewenstein, *Brazil under Vargas* sowie Themístocles Brandão Cavalcanti, *Las constituciones de los Estados Unidos del Brasil*, Madrid 1958. Zur Verfassung von 1934 vgl. auch Kap. II, 2 der vorliegenden Arbeit. — Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 19, nennt die Verfassung von 1934 ein „hybrid product... (die) realized to a remarkable degree the ideals both of political liberalism and of socio-economic reformism.“
  - 11 Vargas regierte teilweise mit dem Ausnahmezustand.
  - 12 Nach Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 339, Anm. 42, hat sich Robert Levine mit dem Prozeß der Radikalisierung in Brasilien während der 30er Jahre eingehend befaßt. Hinweise über diesen Prozeß finden sich in den verschiedenen im Literaturverzeichnis angegebenen Veröffentlichungen zur Regierung Vargas von 1930—1945.
  - 13 Über den Linksextremismus in Brasilien („Partido Comunista Brasileiro“ und „Aliança Nacional Libertadora“) vgl. einführend Boris Goldenberg, *Die kommunistische Partei Brasiliens*, in: *Der Ostblock und die Entwicklungsländer* (Juni 1966) 24, S. 144 ff.
  - 14 Vgl. Kap. II, 3.
  - 15 Vgl. „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“, versch. Nummern, und Karl-Heinrich Hunsche, *Der brasilianische Integralismus*, Stuttgart 1938, sowie auch Kap. I, 3 der vorliegenden Arbeit. — Über den Integralismus informieren neben der mit kritischer Distanz zu lesenden Arbeit von Hunsche vor allem die verschiedenen Veröffentlichungen der Führer des Integralismus (Plínio Salgado, Gustavo Barroso).
  - 16 Allgemein zum 10. November 1937 und speziell zu der Rolle des Militärs vgl. u. a. Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 25 ff.; John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 155 f., und Lourival Coutinho, *O general Góes depõe ...*, 3. Aufl., Rio de Janeiro 1956, Kap. 6: „A caminho de um regime diferente“, S. 231 ff., und Kap. 7: „Estado Novo“, S. 329 ff.
  - 17 Zur Frage der Inkraftsetzung dieser Verfassung vgl. Karl Loewenstein, *Brazil under Vargas*, S. 48 f., und Themístocles Brandão Cavalcanti, *Las constituciones*, S. 471.
  - 18 In der Literatur erscheinen die Integralisten als Hauptbetroffene dieses Verbotes, da es zunächst schien, als ob sie nach dem Putsch an der neuen Regierung beteiligt sein würden, also zu den Gewinnern des politischen Umschwunges zählten.
  - 19 Vgl. die im Literaturverzeichnis angegebene Literatur zur Regierung Vargas, insbesondere die verschiedenen Biographien über Getúlio Vargas. Auf die Unterschiedlichkeit der Stellungnahmen in der Literatur weist auch Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 344, Anm. 67, hin.
  - 20 John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 341 f.
  - 21 Die folgenden Aussagen basieren auf einem Interview mit Tristão de Athayde vom 4. November 1966.
  - 22 Die folgenden Aussagen basieren auf einem Interview mit Caio Prado Júnior vom 9. November 1966.
  - 23 Auch in der amtlichen Berichterstattung der deutschen Reichsvertretung an das Auswärtige Amt — vgl. insbesondere die Aktengruppen „Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen“ und „Politische Beziehungen

Brasilens zu Deutschland“ — spiegeln sich deutliche Wandlungen des Vargas-Bildes wider, die in einem engen Zusammenhang mit der jeweiligen Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland stehen. Der Spannungsbogen reicht von lobenden Hervorhebungen des politischen Geschicks von Getúlio Vargas und einer Betonung seiner ausgleichenden Fähigkeiten bis hin zu einer Charakterisierung des Präsidenten als eines machthungrigen Opportunisten und einer charakterschwachen, labilen Persönlichkeit (vgl. auch Kap. II, 2).

- 24 Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 32.
- 25 *ibid.*, S. 33.
- 26 Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 41 ff. Vgl. die im Literaturverzeichnis angegebene Literatur über die wirtschaftliche Entwicklung Brasilens (siehe auch Anm. 7 dieses Abschnittes).
- 27 *ibid.*, S. 33 ff. Vgl. Karl Loewenstein, *Brazil under Vargas*, S. 317 ff. für einen Versuch einer Abwägung der Positiva und Negativa des „Estado Novo“.
- 28 John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 345.
- 29 Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil*, S. 30 f.
- 30 Getúlio Vargas, *A nova política do Brasil*, Rio de Janeiro 1938—1947. Vgl. auch John J. Johnson, *Political change in Latin America*, *The emerge of the middle sector*, Stanford 1958, S. 164.
- 31 Vgl. Fernando de Azevedo, *Brazilian culture* (Übersetzung von „A cultura brasileira“), New York 1950, S. 446 ff., und J. Roberto Moreira, *Educação e desenvolvimento no Brasil*, Rio de Janeiro 1960, S. 87 ff.
- 32 Es verdient hervorgehoben zu werden, daß mit Dewey US-amerikanisches Geistesgut Einfluß auf die brasilianische Intelligenz nahm, ein Vorgang, der sich wenig später im Universitätsleben wiederholte.
- 33 Moreira faßt diese Bestrebungen auf S. 91 f. folgendermaßen zusammen (für eine ausführlichere Darstellung vgl. Fernando de Azevedo): „De modo geral, essas reformas . . . visavam criar um sistema de escolas primárias, secundárias e superiores que fôsem capazes de fornecer à sociedade brasileira o lastro tecnológico-cultural que era necessário ao seu desenvolvimento democrático. Procurou-se organizar os currículos escolares por meio de técnicas de base psico-sociológica; tentou-se fazer da escola primária um instrumento básico de aperfeiçoamento social da comunidade, mediante a cooperação e integração, na tarefa educativa de tôdas as agências sociais; pensou-se em organizar a escola secundária em currículos flexíveis e ‚compreensivos‘; deram-se os primeiros passos para organizar o ensino superior num sistema de universidades autônomas, com institutos profissionais, de pesquisas e desenvolvimento científico, de artes e letras.“
- 34 Vgl. Kap. I, 2. — 1932 formulierten die Reformer in einem Manifest ihre Ideen. Vgl. Fernando de Azevedo, *Brazilian culture*, S. 454 ff.
- 35 Die Forderung einer „educational policy of national character“ (Fernando de Azevedo, *Brazilian culture*, S. 456) wird mehrfach bei Fernando de Azevedo betont.
- 36 Fernando de Azevedo, *ibid.* S. 452 ff., räumt diesen Auseinandersetzungen, die sich in den 30er Jahren als zwei gegensätzliche Strömungen manifestierten, einen breiten Platz in seinen Ausführungen zur Reform des Erziehungswesens ein.

## 2. Erste Nationalisierungsgesetzgebung

- 1 Der Text der Verfassung von 1934 — wie auch der übrigen brasilianischen Verfassungen — findet sich bei Themístocles Brandão Cavalcanti. *Las constituciones*, S. 379 ff.
- 2 PA, III, Po 5, Brasilien, Innere Politik . . ., Bd. 8, Schreiben der Gesellschaft vom 20. Mai 1935, J. Nr. 691/35, III MS 1820. Vgl. auch John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 136 f., auch S. 131 ff. — Soweit im folgenden aus den Akten zitiert wird, werden Schreibvarianten aufgrund der verwendeten Schreibmaschinentastatur vereinheitlicht (d. h. generell ß und nicht ss, sowie ä, ö, ü und nicht ae, oe, ue). — Bei Wiederholungen wird auf Aktenstücke in den Anmerkungen nur in abgekürzter Form verwiesen.
- 3 Themístocles Cavalcanti Brandão, *Las constituciones*, S. 435 ff., und verschiedene Bestimmungen in den „Disposições transitórias“, S. 458 ff.
- 4 Themístocles Cavalcanti Brandão, *Las constituciones*, S. 245 ff., S. 376.
- 5 Art. 121, § 6°, S. 438: „A entrada de imigrantes no território nacional sofrerá as restrições necessárias à garantia de integração étnica e capacidade física e civil do imigrante, não podendo, porém, a corrente imigratória de cada país exceder, anualmente, o limite de dois por cento sobre o número total dos respectivos nacionais fixados no Brasil durante os últimos cinquenta anos.“
- 6 Art. 121, § 7°, S. 438/: „E vedada a concentração de imigrantes em qualquer ponto do território da União, devendo a lei regular a seleção, localização e assimilação do alienígena.“
- 7 Art. 121, § 4°, S. 437: „... Procurar-se-á fixar o homem no campo, cuidar da sua educação rural, e assegurar ao trabalhador nacional a preferência na colonização e aproveitamento das terras públicas.“
- 8 Realiter handelt es sich um Tendenzen zur Nationalisierung der Wirtschaft in gewissen Bereichen — vgl. insbesondere Art. 117 und 119 der Verfassung von 1934, S. 435 f., die in Reden von Getúlio Vargas und anderen Mitgliedern seiner Regierung in den vorhergehenden Jahren mehrfach programmatisch herausgestellt wurden. Vgl. Getúlio Vargas, *A nova política do Brasil*, Bd. 1, Rio de Janeiro 1938, Reden vom 23. Februar 1931, S. 102, und vom 4. Mai 1931, S. 121, und PA, HaPol, Handakten Clodius, Bd. 1, Schreiben der deutschen Gesandtschaft vom 12. Juni 1931, J. Nr. 421/II/31.  
Die Komplexe: Beschränkung der Einwanderung, Nationalisierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes hängen eng zusammen; der Fragenkreis der Bestrebungen zur Nationalisierung der Wirtschaft wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nicht berücksichtigt werden, da er von der gestellten Thematik fortführt und einen eigenen Ansatz der Untersuchung fordert. Zum „wirtschaftlichen Nationalismus“ der Regierung Vargas vgl. u. a. E. Bradford Burns, *Nationalism in Brazil*, New York usw. 1968, S. 72 ff., S. 148 f.
- 9 Vgl. Art. 131—136, S. 439 f. und Art. 21, 22 der „Disposições transitórias“, S. 464.
- 10 Art. 150, Einziger Paragraph, Buchstabe d, S. 444: „Ensino, nos estabelecimentos particulares, ministrado no idioma pátrio, salvo o de línguas estrangeiras.“

- 11 BA, R 57, DAI 35, Text des Dekretes. Vgl. Mauricio Wellisch, *Legislação sobre estrangeiros*, Rio de Janeiro, 1941, S. XXXIX; Fernando Bastos de Avila, *L'immigration au Brésil*, Rio de Janeiro 1956, S. 63 f.
- 12 Vgl. Wellisch, *ibid.*, S. XL und Jean Roche, *La colonisation*, S. 112. Vgl. auch Kapitel II, 4.
- 13 Art. 1—3; die weiteren Artikel behandelten steuerliche und andere Fragen. Vgl. die Darlegungen von Getúlio Vargas vom 15. November 1933, wiedergegeben in „*A nova política*“, Bd. 3, S. 142 f., 148 ff.
- 14 Vgl. Mauricio Wellisch, *ibid.*, gleichfalls Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, 13 (1. April 1931) 7, und 13 (1. Oktober 1931) 19.
- 15 Vgl. neben Wellisch, Bastos de Avila und Roche u. a. José Fernando Carneiro, *Imigração*, Kap. I.  
Scharfe Kritik übt z. B. Fernando Bastos de Avila, *L'immigration*, S. 64, an dem Dekret Nr. 19 482 vom 12. Dezember 1930: „*L'erreur économique qui inspirait cette politique était celle de confondre l'économie nationale avec l'économie fermée d'un établissement rural ou industriel où jouerait la loi des rendements décroissants.*“  
Eine knappe Zusammenfassung der brasilianischen Einwanderungsgesetzgebung von 1930 findet sich bei Fernando Carneiro, *op. cit.*, und bei Jean Roche, *La colonisation allemande*, S. 112. Nationalistische Strömungen manifestierten sich bereits vor 1930 in der brasilianischen Einwanderungspolitik und Einwanderungsgesetzgebung, wie aus der Literatur hervorgeht, ohne sich jedoch zu einem konsequent durchgeführten Konzept zu verdichten, wie es die Regierung Vargas von Ende 1930 bis 1945 brachte.  
Die brasilianische Einwanderungspolitik von 1808 bis 1930 ist Thema einer Untersuchung von Michael Hall — vgl. „*Brazil, Field research guide in the social sciences*“, S. 282.
- 16 Über die Geschichte des Kaffees in Brasilien, genauer im Staat São Paulo, dem Zentrum des Kaffeeanbaus in Brasilien, berichtet anschaulich und umfassend Pierre Monbeig, *Pionniers*, *passim*.  
Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise für Brasilien untersucht Celso Furtado, *Formação econômica*, S. 209 ff. (vgl. auch S. 199 ff.).
- 17 Dieser Auffassung steht eine Passage in der amtlichen deutschen Berichtserstattung von Mitte 1936 entgegen — PA, VI A/Kult A, Deutschtum Nr. 1, Brasilien, Bd. 4, Schreiben der Botschaft vom 16. Juni 1936, J. Nr. 486<sup>2</sup>/36, Kult A 480 — die in den brasilianischen Einwanderungsbeschränkungen eine spezifische antideutsche Tendenz sieht und die Angriffe gegen die Japaner und ihre Nachkommen als vordergründig abtut; dieser Interpretation stehen ihrerseits die Vielzahl an zeitgenössischen und späteren Beurteilungen entgegen, wie z. B. Mauricio Wellisch, *Legislação*, S. XVI, „*Rundbrief*“ des „*Deutschbrasilianischen Arbeitskreises*“ (November 1937) 15, S. 14 f., Fernando Bastos de Avila, *L'immigration*, S. 67, die einen Bezug auf die japanische Einwanderung in dem angedeuteten Sinn herstellen.
- 18 Vgl. Käte Harms-Baltzer, *Die japanische Einwanderung*; idem, *Forschungen zum Kulturwandel bei den Japanern und ihren Nachkommen in Brasilien*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, 5 (1968).

Instruktiv ist auch die knappe Zusammenfassung bei John Sasaki, *Japanese emigrants in Brazil*, Rio de Janeiro, 1958, S. 8 ff.

- 19 Einen ersten instruktiven Überblick über die Einwanderungsbewegung nach Brasilien gibt die Tabelle bei Fernando Carneiro, *Imigração*, die die Jahre 1819 bis 1947 umfaßt.
- 20 Hierunter fällt das Argument der imperialistischen Absichten Japans, dem nachzugehen bleibt. Vgl. John Sasaki, *Japanese emigrants*, S. 9.
- 21 Vgl. insbesondere PA, VI S; BA, R 57, DAI-Akten und „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“.

Einige Anmerkungen zum Privatschulwesen der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in Brasilien erscheinen hier angebracht. Veranlaßt durch das Fehlen eines staatlichen Schulwesens, schufen sich die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen ein eigenständiges deutschsprachiges Privatschulwesen, das von der schulischen Realität in Deutschland ebensoweit entfernt war wie von dem brasilianischen Schulwesen.

Über den Vorgang der Herausbildung dieses Privatschulwesens finden sich Hinweise in fast jeder Veröffentlichung über die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen in Brasilien, so daß sich hier besondere Literaturangaben erübrigen. Verwiesen sei nur auf die Artikelserie von Paul Fräger, *Untersuchungen über das deutschbrasilianische Schulwesen*, in der „Allgemeine(n) Lehrerzeitung für Rio Grande do Sul“, 30—31 (1933—1934) versch. Nos., und auf die Ausführungen Emílio Willems' zu diesem Thema — vgl. u. a. „A aculturação dos alemães“, S. 376 ff. —, die dem Gesichtspunkt des Kulturwandels Rechnung tragen. Die Privatschulen der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung waren von höchst unterschiedlicher Prägung; die Skala reichte von den primitiven Kolonieschulen, die rudimentäre Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen vermittelten und deren Lehrer zumeist ungeschulte Kräfte waren, bis zu den großstädtischen Gymnasien, die deutschen Vorbildern nachstrebten. Eine Vielzahl von Hinweisen in den Akten des Auswärtigen Amtes — Kult S — und des Deutschen Ausland-Instituts verdeutlichen, daß sich gerade im Untersuchungszeitraum eine gewisse Anpassung des Privatschulwesens an brasilianische Vorbilder unabhängig von dem Nationalisierungsdruck abzeichnete, veranlaßt durch die Tatsache, daß viele Eltern ihre Kinder auf staatliche Schulen gaben, die einerseits billiger waren und andererseits mit ihren anerkannten Abschlüssen den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der deutschbrasilianischen Jugend erleichterten (vgl. Willems, *ibid.*, S. 404 ff.). Hier zeigen sich Einbrüche in das Privatschulwesen der Deutschen und Deutschbrasilianer aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Antriebe, die die zweifellos retardierend auf den Ablauf des Kulturwandels wirkende Einflußnahme der Privatschulen abzuschwächen geeignet waren.

- 22 PA, VI S, *Deutsches Schulwesen im Ausland*, Brasilien, Bd. 16, Schreiben des deutschen Konsulats in Florianopolis vom 25. August 1930, J. Nr. 518/III/30, VI S 6415.
- 23 Als notwendig erwies sich auch ein Anschluß an das brasilianische Schulwesen, da sich die Gefahr eines Abwanderns der um das wirtschaftliche und soziale Fortkommen ihrer Kinder besorgten Deutschen und Deutschbrasilianer an die Staatsschulen bemerkbar machte. Vgl. verschiedene



- Schreiben in der zitierten Aktengruppe und der Aktengruppe PA, III, Po 25, Deutschtum in Brasilien.
- 24 Vgl. PA, IV S., *ibid.*, Schreiben des Konsulats in Florianopolis vom 2. April 1931, Tgb. Nr. 421/31, VI S 2321.
- 25 Der Text des Dekrets findet sich mehrfach in den Akten, u. a. in dem Aktenband BA, R 57, DAI 35.
- Bestimmte Passagen des Dekrets sollen in dieser und der folgenden Anmerkung in extenso zitiert bzw. beschrieben werden, um einen genaueren Vergleich mit der späteren Gesetzgebung — vgl. insbesondere Kapitel II, 1 — zu ermöglichen. So ist die Forderung des Art. 2 von Bedeutung, die besagt:
- „Art. 2. Die ausländischen Schulen, welche von der Direktion der öffentlichen Unterrichts schon die Erlaubnis haben und eingetragen sind, werden fortfahren zu funktionieren; sie müssen für jede Schülerzahl von 60 oder überschreitenden Bruchteil einen befähigten Lehrer haben nach der Form dieses Dekretes für den Unterricht der Landessprache, Geographie von Brasilien, Chorographie des Staates, vaterländische Geschichte, moralische Unterweisung, Bürgerkunde und vaterländische Gesänge.
- § 1. Das Programm für die im gegenwärtigen Artikel bezeichneten Fächer ist dasselbe wie in den öffentlichen Schulen des Staates nach dem Grad der Schulen, was dem Urteil des Unterrichtsdirektors unterliegt.
- § 2. Die Direktoren der Schulen, auf die sich der gegenwärtige Artikel bezieht, müssen geläufig die Landessprache sprechen.“
- Ergänzend wurde in Art. 9 eine staatliche Examinierung der an den Privatschulen tätigen Lehrer in den in Art. 2 umrissenen Fächern verlangt.
- Diese Forderungen erschienen dem Konsulat in Florianopolis angesichts der pekuniären Belastungen für die Privatschulen und des erwarteten Kenntnis- und Leistungsstandes als sehr gravierend, und es wurde ein Rückgang der (reichs)deutschen Lehrkräfte, vor allem aber zahlreiche Schulschließungen befürchtet.
- 26 Art. 4 bestimmte in Wiederaufnahme früherer Verfügungen, daß Privatschulen von „grupos estrangeiros“ im Umkreis von 3 Kilometern von einer öffentlichen Schule nur als Nachmittagsschule — gleichsam als „ausländischer Sprachkurs“ (der Terminus wird im Dekret gebraucht) — fungieren und ihre Schüler nur aus den Zöglingen der öffentlichen Schulen rekrutieren durften. Damit wurde der Einfluß der Privatschulen gegenüber den öffentlichen Schulen energisch zurückgedrängt; das Konsulat befürchtete zudem, daß der verlangte umfassende Registrierungsvorgang aller neuzugründenden Privatschulen innerhalb und außerhalb des 3-km-Radius die Kapazität der Schullehrer übersteigen würde.
- 27 Nach der Auffassung des Konsulats trugen Versäumnisse und Fehler auf deutscher Seite (Nichtbefolgen bzw. nachlässiges Befolgen brasilianischer Forderungen in den letzten Jahren) zu dieser Entwicklung ursächlich mit bei.
- 28 Vgl. PA, VI S, *ibid.*, Aufzeichnung des Konsulats in Florianopolis vom 2. April 1931.
- 29 Vgl. insbesondere VI S, *ibid.*, verschiedene Schreiben.
- 30 Vgl. „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“, verschiedene Nummern.

- 31 Vgl. Kap. I, 1.
  - 32 Fernando de Azevedo, *Brazilian culture*, S. 468.
  - 33 *Ibid.*, S. 467 ff.
  - 34 Vgl. neben Fernando de Azevedo, *Brazilian culture*, u. a. „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“, verschiedene Nummern, PA, VI S, Schulbeihilfen, Brasilien, Bd. 3, Schreiben des Konsulats in Florianopolis vom 5. März 1935, 434/35, VI S 6659—35, auch *Brazil, portrait of half a continent*, New York, 1951, S. 313 ff., Ausführungen von A. Carneiro Leão, *The evolution of education in Brazil*.
  - 35 Vgl. Kap. I, 3.
  - 36 Vgl. die detaillierten Ausführungen des folgenden Abschnittes.
  - 37 Vgl. PA, VI A/Kult A, Deutschtum Nr. 1/Brasilien, Bd. 4, Schreiben der Reichsvertretung vom 16. Juni 1936, J. Nr. 486<sup>2</sup>/36, Kult A 480, und Pol IX 23, Bd. 1, Schreiben vom 5. Juni 1936, J. Nr. 839/36, Pol IX 416/36, „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ (Oktober 1936) 8, (November 1936) 9, (März 1937) 11, (November 1937) 15.
  - 38 Vgl. Schreiben der Botschaft vom 5. Juni 1936. Über die Schritte der Botschaft und von deutschbrasilianischer Seite gegen diesen Gesetzesentwurf berichtet das Schreiben vom 16. Juni, das seine Ergänzung in den verschiedenen Verlautbarungen im „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ findet.
  - 39 Die Hervorhebung wurde von der Verf. vorgenommen.
3. Erste Bestrebungen gegen die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP
- 1 Im folgenden kann über ein allgemeines Stimmungsbild hinausgehend keine detaillierte Untersuchung über die einzelnen Zeitungen — insbesondere auch über ihren finanziellen Hintergrund — angestellt werden. Auch ist die Quellengrundlage zu begrenzt, als daß nicht korrigierende Nuancierungen aufgrund weiteren Quellenmaterials denkbar wären. Eine Darstellung und kritische Erörterung der Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP in Brasilien, wie teilweise wünschenswert erscheinen könnte, kann ebenfalls nicht durchgeführt werden, um den Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu sprengen. In Kürze erscheint ein Aufsatz der Verf. zur nationalsozialistischen Jugendarbeit in Brasilien.
  - 2 Vgl. Vorwort, Anm. 5.
  - 3 Vgl. PA, P 16, Bd. 7, und N, Brasilien 1, Bd. 6, Berichte des deutschen Gesandten vom 8. Oktober 1931, J. Nr. 1507/31, P 5039, und vom 16. August 1932, J. Nr. 1235/32, P 3955, die durch das Fehlen jeglicher Hinweise auf derartige Verlautbarungen diesen Schluß nahelegen, gerade auch im Hinblick auf die späteren Berichte der Reichsvertretung.
  - 4 Ein anschauliches Bild über die ersten Auseinandersetzungen um die nationalsozialistischen Ortsgruppen nach deren Gründung unter besonderer Berücksichtigung des Wandels im Verhalten der Nationalsozialisten nach dem 30. Januar 1933 läßt sich anhand des Organs der Ortsgruppe Rio de Janeiro „Mitteilungsblatt“/„Der Nationalsozialist“ und einer Vielzahl von Schreiben im DC gewinnen.
  - 5 Vgl. PA, P 16, Bd. 7, Schreiben der Gesandtschaft vom 17. Oktober 1933, J. Nr. 1298 II/33, P 9912, mit Anlagen; Schreiben vom 27. April 1934,

J. Nr. 673/34, P 5140; Schreiben vom 12. Februar 1935, J. Nr. 218/35, in N, Brasilien 2, Bd. 2.

- 6 Hierzu vgl. verschiedene Schreiben in dem Aktenband III, Po 25, Brasilien, Bd. 3.
- 7 In den Presseberichten der amtlichen deutschen Vertretung erfuhren diese Auseinandersetzungen, die sich in den folgenden Jahren fortsetzten, eine zunehmende Beachtung (vgl. PA, N, Brasilien 2, Bd. 2, Schreiben vom 12. März 1936 (Pressebericht), J. Nr. 325/36 und Pressebericht für 1936, datiert vom 3. März 1937, Nr. B 16/B, in Pol IX 17).
- 8 Die Berichterstattung findet sich in PA, III, Po 25, Brasilien, Bd. 3.
- 9 Vgl. die in Anm. 7 zitierten Berichte.
- 10 PA, VI A/Kult A, Bd. 4, Schreiben der Botschaft vom 17. April 1936, J. Nr. 486<sup>2</sup>/36, VI A 1780.
- 11 In dem Schreiben der Botschaft heißt es wörtlich: „Im Dezember vorigen Jahres brachte der Abgeordnete Negrão de Lima in der Deputiertenkammer einen Antrag gegen die politische Betätigung ausländischer Parteien in Brasilien ein. Der Antrag ist noch nicht zur Behandlung gekommen, sichere Informationen darüber, wann dies geschehen wird, sind nicht zu erlangen. Aus Interviews und Artikeln des Antragstellers ergibt sich klar, daß der Antrag — dessen Text trotz verschiedener, unter der Hand unternommener Schritte nicht zu erlangen war — sich in erster Linie gegen die Organisationen der NSDAP in Brasilien richtet.  
Es besteht Grund zur Annahme, daß Negrão de Lima über die Organisation der NSDAP und ihre Gliederungen, sowie über das Verhältnis zwischen der brasilianischen Landesgruppe und der Auslandsorganisation gut unterrichtet ist; ferner, daß er sich Informationen über innere Vorgänge in den Gliederungen der NSDAP in Brasilien zu verschaffen wußte. Eine unmittelbare Einwirkung in der Angelegenheit ist z. Z. weder möglich noch ratsam, vor allem deshalb nicht, weil der Antrag offiziell nicht bekannt ist und eine Befassung mit ihm zweifellos als Geständnis eines schlechten Gewissens gewertet werden würde. Die Lage der Partei ist dieser Drohung gegenüber natürlich äußerst unbequem. Die Landesleitung legt sich in allen Dingen Zurückhaltung auf, um keine Handhaben für ein Vorgehen gegen sie zu bieten; so hat sie z. B. einen Plan, der die Gründung einer brasilianischen Arbeitsgemeinschaft (eine D.A.-Organisation, die für Reichs- und Volksdeutsche offen sein, und der D.A. in Deutschland unterstellt sein sollte) zum Ziele hatte, bis auf weiteres zurückgestellt.“
- 12 Vgl. „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ (Mai 1936) 6, S. 9.
- 13 PA, Ref. Dtschl/Inl. II/A/B, 82—00 B, Bd. 1, Telegramm der Gesandtschaft vom 15. Januar 1937 und DNB-Meldung vom gleichen Tage.  
Es handelt sich um den späteren brasilianischen Bundespräsidenten Café Filho (1954—1955).
- 14 Einige Daten zur Person Cossels aus einer Aufzeichnung der Auslandsorganisation der NSDAP von 1938, die sich in PA, Chef AO 5, finden, seien hier angefügt: Nach dieser Aufzeichnung war von Cossel Frontsoldat und Freikorpskämpfer, seit 1934 Landesgruppenleiter der Landesgruppe Brasilien der Auslandsorganisation der NSDAP (von Cossel war

- Mitbegründer der Ortsgruppe São Paulo) und seit 1938 Kulturbeirat bei der Deutschen Botschaft.
- 15 PA, N, Brasilien 1, Bd. 6, Schreiben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 12. April 1937, VII 7056/K/2.2.37/417-6, 13. P 3200, mit Anlage, und Schreiben der Botschaft vom 10. Aug. 1937, Nr. 596/37.  
Vgl. auch die Verhandlungen der „Ibero-Amerika-Konferenz“ von Mitte 1939, PA, St.S., Amerika, Sdh. 1, auf die in Kapitel III, 4 ausführlich eingegangen wird.
  - 16 Der Vertrauensmann des Propagandaministeriums hatte insbesondere auf eine Von-Mund-zu-Mund-Propaganda der jüdischen Emigranten hingewiesen.
  - 17 Vgl. „Rundbrief“ (Juni 1937) 14, S. 16 ff., sowie Louis de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959, S. 38, und Arthur W. von Magnus, Die neue Phase der Monroedoktrin angesichts der Bedrohung Lateinamerikas durch die totalitären Staaten (1933—1945), Berlin 1956, S. 85, die sich beide auf Darlegungen Café Filhos vom Mai beziehen, mit ihren ungenauen Angaben möglicherweise jedoch die Anfrage vom Januar ansprechen. Da über die Ausführungen Café Filhos vom Mai keine detaillierten Aussagen zu ermitteln waren, läßt sich eine sachliche Kritik an den vagen Ausführungen de Jongs und von Magnus' nicht vornehmen.
  - 18 Zur Person Pater Sinzigs vgl. Karl Heinrich Oberacker Jr., Der deutsche Beitrag, S. 404. Johannes Keller betont in seinem Aufsatz „Leiden und Freuden eines deutschen Lehrers in Brasilien“, in „Volk und Heimat“, 3 (1937), S. 208, daß Pater Sinzig im 1. Weltkrieg in besonderem Maße für Deutschland eingetreten sei. Dieser Hinweis verdient besondere Beachtung, da Pater Sinzig im Untersuchungszeitraum zu den prominentesten katholischen Gegnern deutscher Abstammung des Dritten Reiches und des Nationalsozialismus in Brasilien zählte und in dieser Eigenschaft in den Presseberichten der Reichsvertretung seit Mitte der 30er Jahre in den Vordergrund gestellt wird. Dieser Fragenkreis läßt sich über das Organ der Franziskaner „Vozes de Petrópolis“ im einzelnen erfassen, muß aber im Rahmen der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt bleiben.
  - 19 So heißt es unter anderem: „Ew. Exz., Herr Präsident, wissen, daß in Santa Catharina die brasilianische Jugend sich nach dem Muster der 'Hitlerjugend' organisiert, also eine Jugend, die sich den Interessen Brasiliens widmen mußte, Brasilien über alles und unter allen Umständen zu lieben. Diese Jugend wird dem Kult des deutschen Regierungschefs zugeführt.  
Es ist Ihnen auch nicht unbekannt, Herr Präsident, daß die deutsche Regierung fast monatlich Abordnungen dieser brasilianischen 'Hitlerjugend' nach Deutschland kommen läßt, wo den jungen Menschen der politische Geist und die Disziplin des Nazismus eingeprägt wird. Diese brasilianische Jugend wird dazu gebracht, nicht mehr Brasilien über alles zu lieben, sondern Deutschland und seine Regierung, deutlicher ausgedrückt, mehr noch als Deutschland den Nationalsozialismus.“ Vgl. Anm. 1.
  - 20 Gertrud Lambrecht hielt sich seit Beginn des Jahres 1936 nur mit einem Touristenvisum von 90 Tagen Gültigkeit in Brasilien auf.

- 21 Die Vorgänge um Gertrud Lambrecht finden sich in dem Aktenband PA, Ref. Dtschl./Inl. II A/B, 83—65, Sdh. III. Gertrud Lambrecht wurde am 10. August 1937 von brasilianischen Polizeibeamten an Bord der „Cap Arcona“ gebracht und des Landes verwiesen. Die „Cap Arcona“ lief am 23. August Hamburg an. Dort wurde Gertrud Lambrecht in einem Schnellgerichtsverfahren vor dem Amtsgericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie — nach Aussagen des Geheimen Staatspolizeiamtes — aus Brasilien „Drohbriefe“ an Parteidienststellen und an die Hamburger Staatsanwaltschaft geschrieben hatte, um eine Ausreisegenehmigung für ihre Mutter „zu erzwingen“ (Schreiben vom 10. Dezember 1937, B. Nr. 2709/37-II A 3, 83—65 10/12).
- Die Mutter Gertrud Lambrechts war eine alte Parteigenossin, die bereits vor der Ausreise ihrer Tochter nach Brasilien „wegen Verächtlichmachung und Verleumdung der Bewegung sowie führender Männer von Partei und Staat“ in Hamburg inhaftiert gewesen war, später kurze Zeit in München in Schutzhaft saß, am 28. Mai 1936 erneut in Hamburg inhaftiert worden war und am 27. November 1936 zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Frau Lambrecht hatte „Material“ gegen die Bewegung gesammelt. Einen Teil dieses Materials hatte der Ehemann der Frau Lambrecht der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt, einen weiteren Teil hatte diese bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt, so daß Frau Lambrecht nur Reste verblieben waren. Gertrud Lambrecht drohte nun mit einer Veröffentlichung dieses Restmaterials. Zur Frage der Bestrebungen um eine Zusammenarbeit zwischen der brasilianischen und der deutschen Polizei vgl. PA, Ref. Dtschl./Inl. II g 66. Für eine vertiefte Erörterung dieses Frankkreises reicht das herangezogene Quellenmaterial allerdings nicht aus.
- 22 Es handelte sich — nach Aussagen des „Rundbriefes“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ zu schließen (vgl. (März 1937) 11, S. 14 ff. und (September 1937) 14, S. 15 ff.) — um Auseinandersetzungen um den beabsichtigten Anschluß der „Sängerriege“ des dortigen „Turnerbundes“ an den „Deutschen Sängerbund von Brasilien“, der seinerseits wieder der „Dachorganisation“ des „Deutschen Sängerbundes“ in Deutschland unterstellt war.
- 23 Vgl. eine Vielzahl von Telegrammen von Juni 1937 in dem Aktenband PA, Chef AO 5.
- 24 PA, Pol IX 17, als Zeitungsausschnitt in dem Aktenband vorhanden. Vgl. Telegramm und Schreiben der deutschen Botschaft vom 3. September 1937, Telegramm Nr. 94, Pol IX, 936, vom 9. September, Schreiben Nr. 1303/37, Pol IX 978, und vom 10. November 1937, Nr. B 16, Pol IX 1263, dem als Anlage Zeitungsartikel des „O Globo“ beigelegt waren. Im August hatte die Frage der Verpachtung von 6 nordamerikanischen Zerstörern an Brasilien, die am Einspruch Argentinien scheiterte, viel Staub aufgewirbelt, da sich mit ihr Behauptungen von brasilianischen Befürchtungen vor machtpolitischen Ambitionen der totalitären Staaten verbanden. Die Vorgänge um die Verleihung der 6 Zerstörer finden sich in dem Aktenband PA, Pol IX 22. Es ist aus dem Quellenmaterial nicht ersichtlich, ob die Zerstörerfrage Auslassungen in der brasilianischen Presse zeitigte, die für den vorliegenden Zusammenhang von Bedeutung

- wären. In der amtlichen Berichterstattung aus Brasilien wurde die Zerstörerfrage als Beweis des US-amerikanischen Strebens, auf die Gestaltung der brasilianischen Politik und der Wirtschaftsbeziehungen Einfluß zu nehmen, gedeutet und dementsprechend in den Vordergrund gespielt.
- 25 Die Ausführungen Café Filhos vom Juni und der Artikel der „London Times“ speisten sich teilweise aus denselben Quellen. Vgl. Anm. 33.
  - 26 Hugo F. Artucio, *The nazi underground in South America*, New York 1942. Auf die zeitgenössischen lateinamerikanischen und US-amerikanischen Veröffentlichungen zum Thema „nationalsozialistische Betätigung in Lateinamerika“ kann hier nicht eingegangen werden; im Literaturverzeichnis wird auf etliche dieser Veröffentlichungen hingewiesen werden.
- An brasilianischen Veröffentlichungen sind zu nennen: A. da Silva Py, *O nazismo no Rio Grande do Sul*, 2º relatório, o. O., o. J.: idem, A 5 a. coluna no Brasil, Porto Alegre 1942. Auf die zeitgenössischen US-amerikanischen Veröffentlichungen geht Arthur W. von Magnus, *Die neue Phase*, näher ein.
- 27 Vgl. Kapitel III, 3.
  - 28 Vgl. Schreiben der Botschaft vom 9. September und Ausführungen im „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ (November 1937) 15, S. 25 ff.
  - 29 Über den Abgeordneten Diniz Júnior des Staates Santa Catarina, der mit dem Präsidenten der „Federação 25 de Julho“, Konsul Henrique Schüler, befreundet war, wurde dieser Protest in die Deputiertenkammer getragen.
  - 30 PA, Pol IX 17, Schreiben der Botschaft vom 10. November 1937, Nr. B 16, Pol IX 1263 mit Anlagen.
  - 31 Bezeichnend erscheint folgende Passage: „A pressão nacionalizadora se vem fazendo sentir desde o inicio de forma cada vez mais extensa, dada a resistencia passiva que ia sendo encontrada. Houve, enfim, um periodo em que as comunidades pareciam dispostas a ceder de vez, entregando as escolas particulares dos Estados e Municipios para a sua definitiva nacionalização. Infelizmente começaram tambem a surgir nesse tempo os elementos nazistas em plena propaganda e verificou-se irremediavelmente uma renovação das resistencias antigas. As forças desnacionalizadoras entravam novamente em campo. Os guardiões da 'flamma sagrada' do germanismo constituíam a mais antiga dellas; em seu seio brotou ainda a virulencia dos nazistas; e por fim, o integralismo que em ultima analyse tambem se tornou um factor capaz de prejudicar a nacionalização, conforme tudo fartamente comprovaremos.“
  - 32 Zu der Frage der nationalsozialistischen Rassenideologie heißt es an anderer Stelle: „Assim, em se falando de nazismo, onde se diz 'exclusivismo doutrinário' isso quer dizer 'exclusivismo racial'.“ „Da mesma forma, quando se considera a acção nazista no exterior, não se deve ahi ver a intenção propriamente de impôr um regimen, mas a de impôr a supremacia de uma raça.“
  - 33 Café Filho bezog sich in seinen zitierten Ausführungen vom 1. Juni auf Darlegungen von katholischer Seite, die sich in dem Artikel der „London Times“ wiederfinden. Die Interdependenz der verschiedenen antinationalsozialistischen Auslassungen des Jahres 1937 wird hier deutlich, und es

stellt sich die — aus dem Quellenmaterial nicht zu beantwortende — Frage nach dem Ausgangspunkt der jeweiligen Aussagen.

- 34 PA, P 16/8, Schreiben der Botschaft vom 20. Oktober 1937, Nr. B 16/10, P 9052, und der Reichsstelle für den Außenhandel vom gleichen Tage, I Hth/S, P 9058, die beide in der Anlage das Schreiben Beyers übermitteln, und N, Brasilien 2, Bd. 2, Aufzeichnung Ritters vom November 1937, PV 524.

Die Aufzeichnung Ritters deckt sich inhaltlich mit der früheren Aufzeichnung Beyers.

- 35 Vgl. die in Kapitel II, 1 zitierten Ausführungen Martin Schlimpersts.

4. Die Beurteilung der Nationalisierung von Ende 1930 bis zum 10. November 1937 von deutscher Seite

- 1 PA, III, Po 5, Brasilien, Innere Politik, Pol IX 23, desgl. VI A/Kult A, Brasilien/Deutschtum, Evang. Angeleg., Kathol. Sachen; VI S/Kult S, Brasilien/Deutsches Schulwesen, Schulunterstützungsgesuche.

- 2 Vgl. die zitierten Aussagen über den Antrag von Negrão de Lima.

- 3 Die Lückenhaftigkeit der Akten muß mit in Betracht gezogen werden.

- 4 So steht die besorgte Haltung des Schreibens vom 17. April 1936 (vgl. Kap. I, 3, Anm. 11) dem positiven Bild der Jahresübersicht für 1935, die vom 15. Oktober 1936 datiert (J. Nr. 1234/36) — i. A. Pol IX 17 — gegenüber:

„Der Landesgruppenleitung und ihren Gliederungen gegenüber verhielten sich Regierung und Polizeiorgane stets korrekt und loyal, und so konnte ihre Aufklärungsarbeit unter den Deutschen ungestört fortgesetzt werden.“ Vgl. auch die leichte Behandlung der „O Globo“-Serie von seiten der Botschaft.

- 5 So bei dem Artikel der „London Times“ und der Serie des „O Globo“.

- 6 Vgl. PA, VI A/Kult A, Deutschtum Nr. 1, Brasilien, Bd. 4, Schreiben der Botschaft vom 16. Juni 1936, J. Nr. 486<sup>2</sup>/36 Kult A 480. „Diese Bestimmungen beweisen, daß der Gesetzesentwurf (es handelt sich um den in Kapitel I, 2 zitierten von Mitte 1936 — K. H.) als umfassende Aktion zur gewaltsamen Assimilierung fremdsprachiger Kolonien gedacht ist. Es fällt auf, daß in allerletzter Zeit die Kreise, welche die Gedankengänge des Gesetzesentwurfs gutheißen und propagieren, sich hauptsächlich gegen die japanische Siedlungstätigkeit wenden. Damit soll der öffentlichen Meinung die Richtigkeit des Gesetzesentwurfs verständlich gemacht werden; die japanische Einwanderung hat erst etwa im Jahre 1905 begonnen und die Assimilierung der Japaner hat in der Tat außerordentlich langsame Fortschritte gemacht. Die japanischen Siedler bilden in ihrer Umwelt unter diesen Umständen Fremdkörper. An der wichtigsten und ältesten Kolonisation in Brasilien, der deutschen, ist es für die Autoren des Gesetzesentwurfs und ihre Anhänger unendlich viel schwerer, die innere Berechtigung ihrer Vorschläge zu beweisen; deshalb wird sie weniger erwähnt. Diese Tatsache darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Gesetzesentwurf in erster Linie gegen die Deutschen in Brasilien richtet.“

- 7 Die Nationalisierung spielte insbesondere in der Berichterstattung des deutschen Konsulats in Florianopolis eine zentrale Rolle, bedingt durch

die innenpolitische Entwicklung in Santa Catarina nach der Errichtung der Provisorischen Regierung von Getúlio Vargas, die mit der neuerlichen Machtergreifung seitens der Familie Ramos Tendenzen zum Durchbruch verhalf, die sich in deutscher und deutschbrasilianischer Sicht als nachteilig darstellten.

- 8 Vgl. die Bemühungen des Konsulats in Florianopolis, über die in einer Vielzahl von Schreiben Bericht erstattet wird.
- 9 Vgl. u. a. Schreiben der Botschaft vom 4. März 1937, Nr. B 5, Pol IX 222 (PA, Pol IX 23).  
„Für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland wäre sein Verbleiben (die Aussage bezieht sich auf das Verbleiben von Getúlio Vargas im Amt über die Neuwahlen von Anfang 1938 hinaus — K. H.) im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Kandidaten am vorteilhaftesten, da er den Wert dieser Wirtschaftsbeziehungen erkennt und sie ständig trotz aller Schwierigkeiten mit anderen Staaten verteidigt und fördert.“
- 10 Vgl. PA, Pol IX 23, Schreiben der Botschaft vom 16. November 1937, Nr. 1655<sup>3</sup>/37, Pol IX 1288 und vom 1. Dezember 1937, Nr. 1655<sup>3</sup>/37, Pol IX 1361, sowie Telegramm vom 18. November 1937, Nr. 114, Pol IX, 1268.

## II · DER VERLAUF DER NATIONALISIERUNG IN BRASILIEN VOM 10. NOVEMBER 1937 BIS ZUR ABBERUFUNG DER BOTSCHAFTER IM SEPTEMBER/OKTOBER 1938

1. 10. November 1937 bis 18. April 1938: Einsetzen einer durchgreifenden Nationalisierung auf einzelstaatlicher Ebene
  - 1 Vgl. PA, Pol IX 17—20; St. S., Brasilien; Chef AO 5 u. a.; BA R 57/414, DAI 772 u. 774 „12 Uhr Nachrichtendienst“ und „Außendeutscher Wochenspiegel“; „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ und M. Wellisch, Legislação.
  - 2 Vgl. PA, Pol IX 17, Schreiben der Botschaft vom 18. Dezember 1937, Nr. K 2/1, Kult J 136/37; Aufzeichnung der Auslandsorganisation der NSDAP vom 23. März 1938 (Chef AO 5); Auslassungen des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ in den „Rundbriefen“ Nr. 17 und 18 vom März und Mai 1938. — Vgl. auch Kap. I, 3, Anm. 1.
  - 3 Vgl. Aurélio da Silva Py, O nazismo, S. 307 ff. und idem, A 5 a. coluna, S. 239 ff., der die brasilianischen Bedenken gegen den DBJ wiedergibt. Aurélio da Silva Py war maßgeblich an der Nationalisierung in Rio Grande do Sul beteiligt.
  - 4 Vgl. Aurélio da Silva Py, op. cit. Die Veröffentlichungen von Aurélio da Silva Py bilden eine Quelle, die nur mit großer Vorsicht benutzt werden kann, da sich in ihnen alle Vorurteile und Verdächtigungen der Zeit über die Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung und ihre „Nazifizierung“ niedergeschlagen haben. Auf der anderen Seite gibt Py Aufschluß über die Maßnahmen und Motive der Nationalisierungskampagne in Rio Grande do Sul und kann als Quelle nicht umgangen werden.  
Es ist zu bedauern, daß Jean Roche in seiner ausgezeichneten Arbeit



über „La colonisation allemande et le Rio Grande do Sul“ den Abschnitt über die nationalsozialistische Betätigung in Rio Grande do Sul im wesentlichen auf den Veröffentlichungen von Py aufbaut und damit das Niveau seiner übrigen Kapitel verläßt.

- 5 Vgl. im einzelnen die Aktenbände PA, Pol IX 17 und Pol IX 23, sowie die Aufzeichnungen der Auslandsorganisation der NSDAP vom 23. und 29. März 1938, in Chef AO 5.
- 6 Vgl. die Aufzeichnung der Auslandsorganisation der NSDAP vom 23. März 1938, sowie PA, Pol IX 23, DNB-Meldung vom 17. Februar 1938; Telegramm Botschafter Ritters vom 14. Februar 1938, Nr. 17, Pol IX 222; Erlaß des Auswärtigen Amtes an Botschafter Ritter auf das Telegramm vom 14. Februar, datiert 19. Februar 1938, Nr. 28; Telegramm Ritters vom 21. Februar, Nr. 19, Pol IX 274; Schreiben Ritters vom 10. März 1938, Nr. B 7/7, Pol IX 377.
- 7 Vgl. Themístocles Brandão Cavalcanti, Las Constituciones, S. 443 ff. (Verfassung vom 16. Juli 1934), 517 f. (Verfassung vom 10. November 1937).
- 8 „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“, (März 1938) 17, S. 20 ff.
- 9 ibid., (Mai 1938) 18, S. 15 f.
- 10 ibid., (Juli 1938) 19, S. 12 f.
- 11 Der volle Wortlaut des Dekrets kann hier nicht wiedergegeben werden. In seinem Mittelpunkt stehen die Artikel 4 und 5, die besagen:  
„Art. 4: Das vorerwähnte Gesuch (es handelt sich um die Bestimmung der Registrierung der Privatschulen — K. H.) muß von folgenden Dokumenten begleitet sein:  
a) Nachweis, daß die Lehrer für Portugiesisch, Geographie und brasilianische Geschichte geborene Brasilianer sind;  
b) Nachweis, daß die Lehrer und der Direktor geborene oder naturalisierte Brasilianer sind;  
c) Nachweis, daß die Lehrer von einer anerkannten nationalen Unterrichtsanstalt diplomiert worden sind oder ihre Prüfung in der Landessprache nach Art. 8 dieses Dekrets abgelegt haben.  
...  
i) ausdrückliche Erklärung, daß die Anstalt nicht von einer auswärtigen Regierung oder einer ähnlichen Institution unterhalten oder unterstützt wird.“ (Diese Bestimmung wurde durch eine entsprechende Forderung des Art. 6 ergänzt.)  
„Art. 5: Es ist Pflicht der privaten Unterrichtsanstalt:  
...  
2) den Primarkursus, falls ein solcher vorhanden ist, nur in der Landessprache zu geben;  
3) für den Primarkursus die offiziellen Programme und Schulbücher anzuwenden;  
4) die Kurse in Kindergärten und Mütterschulen brasilianischen Lehrern anzuvertrauen;  
5) alle Unterrichtsstunden außer jener für Fremdsprachen in der Landessprache zu erteilen;  
6) den Unterricht für Portugiesisch und brasilianische Geschichte geborenen Brasilianern zu übertragen;

- 7) die Schriftführung in Portugiesisch zu betätigen;
- 8) für Anschläge, Plakate und Aufschriften im internen und externen Gebrauch ausschließlich die Landessprache anzuwenden;
- 9) täglich in allen Kursen die Nationalhymne und die Flaggenhymne zu lehren und zu singen.

...“

(Unterstreichungen im Text, die vom „Deutschbrasilianischen Arbeitskreis“ vorgenommen wurden, wurden weggelassen.)

...

- 12 Ritter war Karrierebeamter, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt und mit der Leitung wirtschaftspolitischer Angelegenheiten von 1924 bis 1937 beauftragt, wie aus dem Personenregister der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“, Serie D, Bd. V, Baden-Baden, 1953; den „Trials of war criminals before the Nuernberg Military Tribunal under Control Council Law No. 10“, Bde. XII u. XIII, Washington — London 1951 bis 1952 und dem Urteilsspruch im Fall 11, abgedruckt in „Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß“, Schwäbisch Gmünd 1950 hervorgeht. In Nürnberg wurde die Ernennung Ritters zum Botschafter von dem Verteidiger Ritters als eine Kaltstellung hingestellt — vgl. „Trials of war criminals“, Bd. XII, S. 285 und „Das Urteil“, S. 157 f. — ohne daß die Ankläger dieser Sicht zu folgen gewillt waren. — Über die Abberufung Ritters wie überhaupt über seine Tätigkeit in Brasilien finden sich in den verschiedenen Veröffentlichungen über die Verhandlungen gegen Ritter im Rahmen des sog. „Wilhelmstraßen-Prozeß“ keine detaillierten Angaben, da Ritter für diese Zeit seiner beruflichen Tätigkeit nicht unter Anklage gestellt war.
- 13 PA, Chef AO 5, Brasilien, Schreiben Ritters vom 16. Dezember 1937, Nr. K 2/1, Kult S 16991, und das bereits zitierte Schreiben Ritters vom 18. Dezember 1937. Zitat: Schreiben vom 18. Dezember 1937.
- 14 PA, Chef AO 5, Politischer Jahresbericht Ritters vom 23. Januar 1938, Nr. B 5, Pol IX 175/38.
- 15 PA, Pol IX 23, Schreiben Ritters vom 9. Februar 1938, Nr. K 2/1, Pol IX 248.
- 16 Vgl. PA, Pol IX 23, Telegramm Ritters vom 21. Februar 1938, Nr. 19, Pol IX 274 und Schreiben Ritters vom 3. März 1938, Nr. B 7/7, Pol IX 341.
- 17 PA, Pol IX 17, Schreiben Ritters vom 30. März 1938, Nr. B 7/7, Pol IX 490.
- 18 Gegenüber den Ausführungen früherer Berichte verengte der Botschafter am 30. März das Bestreben nach Vereinheitlichung des brasilianischen Volkes auf einen Konflikt um die Gruppe der Deutschen und Brasilianer deutscher Abstammung.
- 19 Dieses Argument wurde bereits am 3. März angedeutet.
- 20 Hierunter verstand Ritter Befürchtungen vor machtpolitischen Ambitionen des benachbarten Argentinien auf den militärisch ungenügend gesicherten Süden Brasiliens. Der Bezug zwischen diesen Befürchtungen und dem Nationalisierungsstreben bleibt in den Ausführungen Ritters unklar.
- 21 Dieser Fragenkreis läßt sich über eine Untersuchung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Brasilien — vgl. Kap. III, 2 —

differenzierter erfassen als allein über die Analyse der politischen Beziehungen. Eine weitergehende Erörterung dieses Fragenkreises kann in der vorliegenden Arbeit nicht vorgenommen werden, da hierfür die quellenmäßigen Voraussetzungen fehlen. In den Arbeiten zur Regierung Vargas werden die US-amerikanisch-brasilianischen Beziehungen nur begrenzt und dann vor allem für die Jahre 1939—1945 berücksichtigt, die von der vorliegenden Arbeit nicht mehr erfaßt werden (vgl. z. B. Lourival Coutinho, *O general Góes depõe*, S. 357 ff., und ausführlicher John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 201 ff., auch S. 195 f.). Eine neue Untersuchung der US-amerikanisch-brasilianischen Beziehungen im Untersuchungszeitraum bietet die unveröffentlichte Dissertation von D. Warren Griffin, *The normal years: Brazilian American relations, 1930—1939*, Diss. Vanderbilt 1963, (die Zeit von 1938 bis 1945 wird von Francis McCann, *Indiana*, untersucht — vgl. *Brazil, Field research guide*, S. 285, zu Griffin S. 270). Allgemein zur Lateinamerikapolitik der USA vgl. u. a. Arthur W. von Magnus, *Die neue Phase*.

22 Telegramm vom 21. Februar und Schreiben vom 3. März.

23 Vgl. Schreiben vom 3. März.

24 Die Aussagen Vargas' lauteten nach der Aufzeichnung Ritters, die als Anlage dem Schreiben vom 3. März beigelegt war:

„Der Präsident erklärte nach längerer Pause, daß er die Partei in Brasilien nicht zulassen könne, nachdem alle politischen Parteien in Brasilien aufgelöst und den brasilianischen Staatsbürgern selbst jede politische Aktivität verboten sei. Wenn gleichzeitig den Ausländern eine politische Betätigung erlaubt werde, so käme das auf eine Privilegierung der Ausländer hinaus; das könne er nicht zulassen.“

und als spätere Aussage:

„Der Präsident lenkte dann ein und formulierte Wort für Wort: Die Frage des Bestehens der Partei in Brasilien solle nicht mehr in Frage gestellt werden; es müsse aber die Form der ‚actividades‘ der Partei in Brasilien geklärt werden. Er bat, daß man in Deutschland dafür Verständnis habe, daß er Ausländern nicht beliebige politische Tätigkeiten gestatten könne, wenn den Brasilianern jede politische Betätigung untersagt sei.“

und als abschließende Aussage:

„Bezüglich der ‚actividades‘ der Partei erwarte er also unsere Mitteilung an das Justiz- und Innenministerium.“

25 Auch die Unterstützung, die der neuernannte brasilianische Außenminister Oswaldo Aranha Ritter Ende März zusagte, führte zu keinem Ergebnis. Vgl. PA, Pol IX 17, Telegramm Ritters vom 23. März 1938, Nr. 36, Pol IX 430, und Schreiben vom 24. März 1938, Nr. B 7/7, Pol IX 451.

26 Vgl. PA, Pol IX 17, Schreiben Ritters vom 18. Dezember 1937, Nr. K 2/1, Kult J 136/37; N, Brasilien, 2, Bd. 2, Telegramm Ritters vom 22. Dezember 1937, Nr. 128, P. 10885. (Die Botschaft war bestrebt, die deutschen Presseverlautbarungen über die Nationalisierungsmaßnahmen nach ihrem Willen zu lenken, um nach Möglichkeit unkontrollierte Äußerungen zu verhindern.) Pol IX 23, Schreiben Ritters vom 10. März 1938, Nr. B 7/7, Pol IX 377; Pol IX 17, Schreiben Ritters vom 24. März 1938, Anlage: Telegramm vom 21. März 1938.

- 27 Vgl. Anm. 25.
  - 28 PA, Pol IX 17, Ausschnitt aus dem „Correio da Manhã“ vom 22. März 1938; Chef AO 5, Brasilien, Ausführungen, die vermutlich den Inhalt des fraglichen Artikels bilden, der als solcher gekennzeichnet in den Akten nicht abgeheftet war. Vgl. die Stellungnahme Ritters zu dem Artikel — Anlage seines Schreibens vom 24. März 1938.
  - 29 Vgl. PA, Pol IX 17 und Pol IX 23, Telegramme und Schreiben Ritters vom 22. Dezember 1937, Nr. 128, Pol IX 1440; 21. Februar 1938; 24. Februar 1938, Nr. 22, Pol IX 290; 3. und 10. März 1938; 28. April 1938, Nr. B 5, Pol IX 667, m. Anlagen.
  - 30 Aus den Akten ist nicht ersichtlich, inwieweit in den Verhandlungen Ritters mit dem Justiz- und Innenminister über die „actividades“ der Parteiorganisation derartige konstruktive Ansätze vorhanden waren.
  - 31 Im Hinblick auf die späteren Beschuldigungen verdient der diesbezügliche Passus in dem Telegramm vom 21. März (Anlage des Schreibens vom 24. März 1938) festgehalten zu werden: „In Brasilien wird der Vorwurf gegen Partei kolportiert, sie unterhalte Beziehung zu den als politische Partei verbotenen Integralisten. Dieser Vorwurf ist von brasilianischen höchsten Autoritäten dementiert und ausdrücklich versichert worden, es liegen bei der brasilianischen Polizei nicht die geringsten Beweise für solche Verdächtigungen vor. Bezeichnend für diese planmäßige Stimmungsmache gegen Deutschland ist, daß in Rio seit Wochen behauptet wird, die Deutsche Botschaft gewähre dem von der brasilianischen Polizei gesuchten Chef der Integralisten in ihren Gebäuden Unterschlupf. Die Deutsche Botschaft in Rio ist wegen dieser Verdächtigungen von unzähligen journalistischen und telephonischen Anrufen belästigt worden. Die Wahrheit ist, daß kein Mitglied der Botschaft mit dem Chef der Integralisten niemals irgend welche Beziehungen unterhalten hat. Im übrigen hat Chef Integralisten selbst niemals solche Beziehungen in irgendeiner Weise versucht.“
  - 32 PA, Pol IX 17, Schreiben Ritters vom 21. März 1938 Nr. B 16/2. Pol IX 450.
  - 33 PA, Pol IX 17, Vermerk Pistors vom 1. April 1938 und Vermerk Freytags vom 6. April 1938.  
Das Auswärtige Amt scheute vermutlich vor dem Nachdruck eines solchen Schrittes zurück.
2. Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938: Ausdehnen der südbrasilianischen Nationalisierung auf das gesamte Bundesgebiet
- 1 Der Text des Dekrets findet sich bei Mauricio Wellisch, Legislação, S. 21 ff.
  - 2 Vgl. die Akten PA, Kult S/VI S, Schulbeihilfen, Brasilien.
  - 3 Am 27. April 1938 erließ die brasilianische Regierung ein Dekret Nr. 392, das die Ausweisung von Ausländern aus Brasilien regelte und mit seinen Ausführungen zur Ausweisung aufgrund politischer Vergehen eine Ergänzung der Bestimmungen des Dekrets Nr. 383 bildete. Vgl. PA, Kult E, Auswanderung, adh.I/Brasilien, Brasilianische Gesetzgebung: Text des im „Diário Oficial“ am 4. Mai erschienenen Dekrets Nr. 392.
  - 4 Die Aufzeichnungen Ritters über seine Unterredungen mit dem Justiz-

und Innenminister und dem Außenminister finden sich als Anlage zu Ritters Schreiben vom 28. April 1938 (vgl. Kap. II, 1, Anm. 29). Über die Unterredung mit Vargas vgl. PA, Pol IX 17, Schreiben Ritters vom 11. Mai 1938, Nr. B 5, Pol IX 761. Den Text der Note vom 10. Mai übersandte Ritter in deutscher Fassung am 11. Mai, Schreiben Nr. B 5, Pol IX 820, an das Auswärtige Amt (Pol IX 17).

- 5 Ritter konzentrierte seinen Protest gegen die weiteren Bestimmungen des Dekrets weitgehend auf den Artikel 5 (Trennung zwischen Ausländern und Brasilianern im Vereinswesen). Auf das Verbot einer Subventionierung des Vereins- und Schulwesens der „grupos estrangeiros“ von seiten des Auslandes (Artikel 3 u. 4) ging Ritter nicht ein.
- 6 Für die Einhaltung dieser Grenze diene im allgemeinen — so auch in der Note vom 10. Mai — die offizielle Forderung der Auslandsorganisation der NSDAP an ihre Mitglieder, die „Gesetze des Gastlandes zu achten und sich nicht in deren innere Angelegenheiten zu mischen“, als Beweis; in der Unterredung mit dem Justiz- und Innenminister berief sich Ritter auf diesbezügliche Auslassungen von amtlicher brasilianischer Seite.

7 Vgl. auch Kap. II, 4.

- 8 Die Unterredung mit Vargas am 4. Mai brachte gegenüber der Unterredung mit Aranha am 23. April in diesem Punkt keine neuen Argumente.

Im einzelnen heißt es in der Note: „Euerer Exzellenz und der Brasilianischen Regierung ist es bekannt, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Staatspartei des Deutschen Reiches ist. Sie ist anders zu betrachten als eine parlamentarische Partei anderer Staaten. Sie ist in Deutschland verfassungsmäßig in die Reihe der staatlichen Organisationen aufgenommen und mit bestimmten Aufgaben betraut worden. Ihr liegt u. a. die staatspolitische Erziehung der Reichsdeutschen im In- und Ausland ob. Jede Regierung darf für sich das Recht in Anspruch nehmen, die staatspolitische Erkenntnis der Angehörigen ihres Staates für seine Notwendigkeiten und für seine Staatsformung zu leiten und zu diesem Zweck Organisationen zu schaffen. In anderen Staaten fällt diese Aufgabe einem Ministerium zu. In Deutschland ist die Staatspartei damit betraut worden. Das Verbot trifft also ein Organ der deutschen staatlichen Verwaltung des deutschen Staates und der deutschen Regierung.“

- 9 Vgl. Günter Lachmann, Der Nationalsozialismus, S. 61 f.
- 10 Die Auslandsorganisation der NSDAP distanzierte sich von der Argumentation Ritters; vgl. Kap. II, 4.
- 11 PA, Pol IX 17, Note der brasilianischen Regierung vom 17. Mai 1938, NP/58/500.1, von Ritter am 19. Mai an das Auswärtige Amt übersandt (Pol IX 822).
- 12 Die Ausführungen der Note lauteten wörtlich:  
„13. Vossa Excellencia pretende, entretanto, excluir das medidas ali contempladas as organizações dependentes do Partido Nacional-Socialista Alemão sob a alegação de que o dito partido constitue órgão da administração do Estado alemão e deste é como que uma emanção directa.  
14. Semelhante pretensão é inadmissível, pois não podemos absoluta-

mente reconhecer a Governo algum o direito de, ao lado da sua representação diplomática e consular, manter em territorio brasileiro órgãos de sua administração incumbidos de qualquer actividade de natureza politica.

15. Admitir o contrario seria como que permittir a existencia de um Estado estrangeiro dentro do Estado nacional.

16. A these sustentada no começo da nota de Vossa Excellencia, se fosse aceita, criaria verdadeiro confusão nas relações internacionais e poderia suscitar graves conflictos.“

- 13 Die Note nimmt deutlich Bezug auf die deutsch-brasilianischen Spannungen nach dem Integralistenputsch, so in dem Passus, der sich mit der Beschwerde Ritters gegen die Haltung der brasilianischen Presse gegenüber Deutschland befaßte. Vgl. Kap. II, 3.
- 14 Aranha hatte in der Unterredung mit Ritter das Bestehen einer eigenen Parteorganisation beanstandet und betont, daß für die brasilianische Regierung „die amtlichen deutschen Regierungsvertreter die einzige verantwortliche Vertretung der deutschen Staatsangehörigen“ sein müßten und hinzugefügt, daß unter der „Leitung dieser amtlichen Vertretung . . . die deutschen nationalen Ideen unter den deutschen Staatsangehörigen in Brasilien gepflegt werden“ könnten. Auf den Einwand, daß die Übernahme dieser Aufgaben die Arbeitskapazität der Botschaft und der Konsulate übersteigen würde, konterte Aranha mit dem Argument, daß ja die Möglichkeit einer Vermehrung der Wahlkonsulate in Betracht gezogen werden könnte.
- 15 Diese Zusicherung war mit dem Ersuchen an Ritter gekoppelt, seine Beanstandungen schriftlich zu fixieren.
- 16 Die Aufzeichnung wurde in ihren wesentlichen Bestandteilen vor dem 18. April angefertigt.
- 17 PA, Pol IX 17, Aufzeichnung Martin Schlimperts, ohne Datum, von Botschafter Ritter am 26. April 1938 mit Schreiben Nr. B 5, Pol IX 666 an das Auswärtige Amt übersandt.
- 18 Schlimpert faßte diesen Motivationskomplex dahingehend, daß das deutsche und deutschbrasilianische Bevölkerungselement in den Südstaaten sich gegenüber dem „brasilianischen“ Bevölkerungsteil durchsetzen und diesen der Brasilität und damit den Süden der Zentralgewalt entfremden könne.
- 19 Vgl. Kap. II, 1.
- 20 Der von Ritter am 30. März genannte dritte Beweggrund der militärischen Befürchtungen wurde von Schlimpert nur indirekt mit dem Hinweis auf befürchtete Machtgelüste des benachbarten Argentinien angesprochen. Als zusätzliche Momente verwies Schlimpert auf die Bestrebungen „alteingesessener deutscher Elemente“, jüdischer Emigranten und der „ação cathólica“ gegen die nationalsozialistische Betätigung im Lande — vgl. Kap. I, 3.
- 21 Wörtlich heißt es:  
„Bundespräsident Vargas, der noch vor kurzem einer ausgesprochen deutschfreundlichen Orientierung Brasiliens zuneigte, machte somit eine Schwenkung um 180 Grad und führte Brasilien nunmehr äußerlich in den Panamerikanismus Rooseveltischer Prägung und in das Lager der weltanschaulichen Demokratien.“

und

„Wenn man nach den Gründen für diese Schwenkung fragt, so gibt es — neben wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen, die aber nicht entscheidend waren — darauf nur eine Antwort: Herr Vargas wollte an der Macht bleiben und erkannte, daß ihm dies bei dem starken amerikanischen Druck nur möglich sei, wenn er sich dem Willen der amerikanischen Außenpolitik fügte.“ (Vgl. Kap. II, 1)

Ob Schlimpert mit der Wendung „äußerlich“ eine Abschwächung seiner Aussage in Richtung eines nur vordergründigen Eingehens von brasilianischer Seite auf den politischen Druck der USA andeuten wollte, läßt sich aus seiner Aufzeichnung nicht weiter ersehen.

- 22 Schlimpert stützte sich auf eine angebliche Äußerung des nordamerikanischen Botschafters in Brasilien, Caffery, die dieser gegenüber dem ehemaligen österreichischen Botschafter gemacht haben sollte. Ein Beleg für dieses Gespräch fand sich in den einschlägigen österreichischen Akten nicht, die auf Ersuchen Ritters daraufhin überprüft wurden (vgl. hierzu PA, Pol IX 17, mehrere Aktenstücke).
- 23 Bezeichnend hierfür erscheint, daß Schlimpert als ein Charakteristikum der von ihm herausgestellten Kursänderung auf brasilianischer Seite die amtliche brasilianische Erklärung wertete, daß „ein Beitritt Brasiliens zum Anti-Komintern-Pakt nicht in Frage komme“ (die Erklärung erfolgte nach dem Staatsstreich vom 10. November 1937). Hierzu ist zu bemerken: von seiten des Auswärtigen Amtes und der Dienststelle Ribbentrop wurde die Frage eines Beitritts Brasiliens zum Anti-Komintern-Pakt ventiliert. Im Auswärtigen Amt gelangten diese Überlegungen nicht über das Stadium erster interner Fühlungen hinaus und führten zu keinerlei Verhandlungen mit der brasilianischen Regierung. Bedenken gegen die Realisierbarkeit dieses Planes und der Wunsch (von seiten Reichsaußenminister von Neuraths), die Partner des Paktes nicht zu erweitern, bedingten diesen Entschluß. Eine Fühlungnahme in Italien ergab, daß dort eine ähnliche Einstellung herrschte (vgl. PA, Pol VIII 64, Schreiben von Hassels vom 17. November 1937, Nr. 4880/37, Pol VIII 1815, mit Randnotiz von Neuraths). Es ergibt sich also, daß von amtlicher deutscher Seite (inwieweit die Dienststelle Ribbentrop ihre Bemühungen weiter vorantrieb, ließ sich aus den benutzten Akten nicht ersehen) keine Verhandlungen mit Brasilien wegen eines Beitritts zum Antikomintern-Pakt eingeleitet worden sind; die brasilianische Erklärung basierte somit nicht auf einer vorherigen deutsch-brasilianischen Verständigung und kann in dieser Hinsicht nicht als Kursänderung interpretiert werden. — Aus den Akten geht weiter hervor, daß von brasilianischer Seite etwa zeitlich parallellaufend — in Fortführung früherer Fühlungen (vgl. PA, Ref. Dtschl./Inl. II g 66, „Deutsch-Brasilianisches Polizeiabkommen zur Bekämpfung des Kommunismus“, 1936—1937) — um eine Zusammenarbeit mit Deutschland in der Frage des Vorgehens gegen den Kommunismus nachgesucht wurde. Aus allem ergibt sich, daß die brasilianische Erklärung zur Frage des Beitritts Brasiliens zum Antikomintern-Pakt gerade nicht als ein Beweis im Sinne Schlimperts dienen kann, da sie zwar im Hinblick auf die USA abgegeben wurde, aber gleichzeitig keineswegs als antideutsche Verlautbarung aufgefaßt werden kann. Von Levetzow charakterisiert diese Hal-

tung aufs treffendste (Schreiben vom 16. November 1938, Nr. 1655<sup>3</sup>/37, Pol IX 1288/38 — i. A. Pol IX 23) in der folgenden Passage: „Der jetzt verschiedentlich erörterte Gedanke, daß Brasilien dem Deutsch-Japanischen-Italienischen Antikominternvertrag beitreten werde, erscheint mir abwegig. Die brasilianische Politik wird und muß alles vermeiden, was Brasilien in schroffen Gegensatz zu USA und England bringen könnte. Innenpolitisch wird man den Bolschewismus mit allen Mitteln bekämpfen, außenpolitisch wird man Bindungen mit der europäischen Politik vermeiden.“

Vgl. insgesamt PA, Ref. Dtschl./Inl. II A/B 83—60 H.

- 24 Vgl. PA, Pol IX 17, Telegramm Ritters vom 21. April 1938 Nr. 47, Pol IX 539; Chef AO 5, Schreiben Ritters vom 21. April 1938, Nr. B 5, Pol IX 618/38; Pol IX 17 Schreiben vom 28. April 1938.
- 25 Ritter verwies auch auf die Faktoren „Nativismus“, Tätigkeit jüdischer Emigranten, Wirken der „ação católica“ als zusätzlich wirksame antideutsche Einflüsse in Brasilien.
- 26 Wörtlich heißt es: „Die brasilianische Regierung gibt diesem Druck äußerlich nach und verbietet die Organisationen. Sie weicht dem Druck gleichzeitig aber auch aus, wenn die Erklärung des Außenministers sich bewahrheitet, daß die brasilianische Regierung nichts gegen die Aufrechterhaltung und Pflege der nationalsozialistischen Ideen unter den Reichsdeutschen in einer anderen Form hat. Für die brasilianische Politik außerhalb des südamerikanischen Kontinents sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland die zwei wichtigsten Staaten. Unter keinen Umständen wird Brasilien es mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem politischen Bruch kommen lassen. Nach Möglichkeit will es aber auch einen Bruch mit Deutschland verhindern. Die brasilianische Regierung ist daher auf ein Lavieren angewiesen und es hieße die Politik der Vereinigten Staaten treiben, wenn wir Brasilien eine solche Politik unmöglich machen würden, solange das zu vermeiden ist.“
- 27 PA, N, Brasilien 1, Bd. 6, Schreiben Ritters vom 4. Mai 1938, Nr. B/5, N. P. 4278. Ritter hegte eine gewisse Skepsis über den Erfolg dieser Kampagne; wichtig war ihm jedoch, daß durch die Pressekampagne dem deutschen Protest zusätzliches Gewicht verliehen wurde.
- 28 Ritter hatte dieses Moment bereits am 21. April ins Gespräch gebracht.
- 29 PA, Pol IX, 17, Telegramm Ritters vom 27. April 1938 Nr. 51, Pol IX 629.  
Ritter dachte an folgende Form des Zusammengehens: „Falls möglich, empfehle zu erwirken, daß Weisung an südamerikanische italienische Missionschefs ergeht, in politischen und Volkstumsfragen in vertraulichen Gedankenaustausch mit den deutschen Missionen einzutreten, um getrennt, aber mit gleichem Ziel vorzugehen. Vorteile solcher Zusammenarbeit würden bei uns liegen, da Italien als lateinische und katholische Macht hier beliebt und wegen Bedeutungslosigkeit seines Handels von U.S.A. nicht gefürchtet wird.“
- 30 Vgl. PA, St.S., Brasilien, Aufzeichnung von Weizsäckers vom 16. Mai 1938; Chef AO 5, Telegramm von Weizsäckers an die Botschaften in Rio de Janeiro — Nr. 104 — Buenos Aires — Nr. 68 — und Santiago de Chile — Nr. 32 — vom 21. Mai 1938, Pol IX 776, Ang. I.



- 31 Siehe Telegramm Ritters vom 27. April.
- 32 Vgl. außer den genannten Verlautbarungen weiter: PA, Pol IX 19, Aufzeichnung von Weizsäckers vom 2. Juli 1938 über eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Deutschland, Pol IX 1197, und Benachrichtigung der Botschaft in Rio de Janeiro von dieser Unterredung, datiert 12. Juli 1938.
- 33 PA, Pol IX 18, Schreiben Ritters vom 26. Mai 1938, Nr. B 5, Pol IX 875.
- 34 José Arthur Rios, Aspectos políticos da assimilação do italiano no Brasil, in: Sociologia, São Paulo. XX (1958) 4. S. 514 f.
- 35 Im „Rundbrief“ Nr. 23 vom März 1939, S. 23, des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ heißt es: „Auch die anderen Volkstümer wurden hart getroffen. Die Italiener hauptsächlich in Rio Grande do Sul durch die Schließung ihrer 7 Schulen und in São Paulo, Paraná und Santa Catharina.“
- 36 Vgl. Akten, Serie D, Bd. V, S. 721, Dokum. 620.
- 37 Vgl. PA, Ref. Dtschl./Inl. II A/B, 82—02, Bd. 2, Aufzeichnung „Organisation des Nationalsozialismus in den deutschen Kolonien des Auslandes“ vom Januar 1934, vor allem aber St.S., Amerika, Aufzeichnung des Referates Pol IX vom 23. Mai 1939.  
In der letztgenannten Aufzeichnung wurde unter dem Aspekt einer Angleichung der nationalsozialistischen Auslandsaktivität an das italienische Vorbild Stellung zu der Gestaltung der italienischen Auslandsaktivität im Jahre 1939 genommen und wurden für diesen Zeitpunkt die Darlegungen Ritters vollauf bestätigt.
- 38 Über die faschistische Betätigung in Brasilien vgl. auch José Arthur Rios, op. cit.
- 39 Über die Betreuung der Auslandspolen von Polen aus vgl. BA, R 57, DAI 474/45, Aufzeichnung von 1936 über das „Auslandspolentum und seine Heimatverbindungen“ und PA, Chef AO 69, Schreiben der deutschen Gesandtschaft in Warschau vom 30. März 1938, P I 10a/4.38.
- 40 Am 26. Mai berichtete Ritter: „Polen ist an diesen Fragen nicht mit einer politischen Organisation beteiligt; aber mit polnischen Schulen und Vereinen, die alle im Staat Paraná liegen, dem Staate, wo die brasilianischen Nationalisierungsbestrebungen bisher ihre stärksten Übertreibungen zeigten. Dort sind etwa 200 polnische Schulen geschlossen worden. Die prominenten polnischen Vereine sind unter brasilianische Leitung gestellt worden, ähnlich wie dies bei einigen deutschen Vereinen geschehen ist. Wer bei dieser Brasilianisierung der Vereine nur den leisesten Widerspruch riskierte, ist sofort verhaftet worden.“  
Im „Rundbrief“ 23 des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ vom März 1939 heißt es auf S. 23: „Die fast 300 000 zählenden Polen und Polobrasilianer verloren die meisten ihrer Organisationen. So löste sich der ‚Verband der Polobrasilianer‘, die ‚See- und Kolonialliga‘, der ‚Polnische Lehrerverband‘ im Zuge der ‚Nationalisierung‘ auf und die Pfadfinderorganisation mit ihren 2500 Mitgliedern wurde der brasilianischen Pfadfinderschaft eingegliedert. Nicht alle nahmen diese Maßnahmen regungslos hin. In Lagoas, Paraná, zündeten die Polen einfach ein Schulhaus an, als es ihnen genommen werden sollte und der ehemalige polnische Gesandte in Brasilien Thaddäus Grabowsky gab seiner Auffassung

- dahin Ausdruck, daß die polnischen Auswanderer andere Länder bevorzugen würden, wenn Brasilien bei dem gegenwärtigen Kurs verbleibe.“
- 41 PA, Chef AO 5, Aufzeichnung von Weizsäckers vom 18. Mai 1938 über eine Unterredung mit dem polnischen Botschafter. Am 21. Mai berichtete von Weizsäcker in einem Telegramm an die Botschafter in Buenos Aires, Rio de Janeiro und Santiago de Chile von dieser Unterredung.
  - 42 In dem Telegramm vom 21. heißt es: „Polnischer Botschafter hat paralleles Vorgehen gegen fremdenfeindliche Maßnahmen brasilianischer Regierung unaufgefordert angeregt. Wir haben dem zugestimmt.“
  - 43 Vgl. Schreiben Ritters vom 26. Mai.
  - 44 Der polnische Botschafter zeigte sich an dem Hinweis Ritters, daß Artikel der deutschen Presse zu den Nationalisierungsmaßnahmen in Brasilien über den deutschen Kurzwellensender nach Brasilien ausgestrahlt würden, interessiert und ventilierte, ob entsprechende Artikel der polnischen Presse nicht gleichfalls über den deutschen Kurzwellensender nach Südamerika ausgestrahlt werden könnten. Botschafter Ritter befürwortete diese Überlegung aufs Wärmste.  
Zwischen dem deutschen und dem polnischen Botschafter wurde in sehr vager Form ein gemeinsames Vorgehen auf wirtschaftlicher Ebene gegen Brasilien von seiten der hauptbetroffenen Länder — Deutschland, Polen, Japan, Italien, Ungarn — im Fall einer weiteren Verschärfung der Nationalisierungsmaßnahmen ventiliert; in diesem Bereich waren Polen nach den Aussagen Ritters die Hände weit weniger gebunden als Deutschland, da seine Handelsbilanz mit Brasilien passiv war, jedoch zu unbedeutend im Hinblick auf den gesamten brasilianischen Außenhandel, um auf diesem Gebiet wirksame Gegenmaßnahmen allein durchführen zu können.
  - 45 Die Bemerkung fiel in der Unterredung vom 23. April.
  - 46 Aranha gebrauchte die Wendung „in allen Ländern dieses Kontinents“ resp. „auf diesem Kontinent überall“ (Wiedergaben Ritters vom 23. und 24. April).
  - 47 PA, Chef AO 5, Telegramm Ritters vom 24. April 1938, Nr. 50.
  - 48 Schreiben vom 28. April 1938, Anlage: Aufzeichnung über die Unterredung mit Oswaldo Aranha vom 23. April 1938.
  - 49 PA, St.S. Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche A—K Bd. 2, Aufzeichnung Staatssekretär von Weizsäckers über eine private Unterredung mit dem argentinischen Botschafter am 17. Mai vom 18. Mai und Aufzeichnung vom gleichen Tage über eine weitere offizielle Unterredung vom 18. Mai. Vgl. auch Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, 1933—1938, Frankfurt/M., Berlin 1968, S. 562 ff., insbesondere S. 563.
  - 50 Vgl. Kap. II, 4 und III, 3 sowie „Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933—1943“, Berlin 1966: passim.
  - 51 Vgl. PA, Chef AO 5, mehrere Telegramme und ein Schreiben.
  - 52 PA, Pol IX 17, zwei Aufzeichnungen Pistors, die erste undatiert, die zweite vom 23. April 1938, und eine undatierte Aufzeichnung Pistors, die vermutlich um den 30. April angefertigt wurde; Ref. Dtschl./Inl. II g, Geheime Verschlusssachen Kult A, Aufzeichnung der Kulturpolitischen Abteilung, ohne genaues Datum, Kult A 850 g. Diese Aufzeichnung deckt sich weitgehend mit der Aufzeichnung Pistors vom 23. April, die den

Instanzenweg bis zum Reichsaußenminister durchlief und abschriftlich u. a. der Kulturpolitischen Abteilung zuging.

- 53 Vgl. Schreiben Ritters vom 21. April, aus dem hervorgeht, daß von Cossel in Voraussicht der möglichen Entwicklung bereits vor Erlass des Dekrets Nr. 383 Vorsorge für einen derartigen Fall getragen hatte und bestrebt war, „gewisse Einzelstellen der Partei in anderer Form zu erhalten und die Gruppen durch andere Organisationsformen zu ersetzen.“ Gleichzeitig verwies Ritter auf einen diesbezüglichen Bericht Cossels an Gauleiter Bohle, der sich in den Akten des Chef AO im AA nicht auffand und vermutlich an die zuständige Länderabteilung der Auslandsorganisation weitergeleitet wurde. In dieser Passage des Ritterschen Schreibens zeigt sich der Wille des Landesgruppenleiters zur Fortführung der Parteitaktivitäten wie sie von Bohle im Sommer 1939 im Rahmen der „Ibero-Amerika-Konferenz“ (vgl. Kapitel III, 3) mit Nachdruck und einem gewissen Pathos als grundsätzliche Forderung der Auslandsorganisation der NSDAP gegenüber allen Verboten und Beschränkungen der Parteitätigkeit im Ausland vertreten wurde. Über die von Ritter berichteten vorsorgenden Maßnahmen von Cossels ließen sich keine näheren Hinweise ermitteln, möglicherweise wurden belastende Akten in den Räumen der Botschaft und der Konsulate sichergestellt.
- 54 Die Berichte über diese Konferenz finden sich in dem Aktenband PA, St.S., Amerika, Sdh. 1. Von Cossel führte im einzelnen aus:
- „a) Fortführung der fachlichen Parteiarbeit durch Vertrauensleute in Zusammenarbeit mit den Reichsvertretern unter der Zentrallleitung des bevollmächtigten Beauftragten des Chefs AO in der Deutschen Botschaft (Landesgruppenleiter beim Stabe der AO).
- b) Ablösung der DAF-Arbeit durch eine den neuen brasilianischen Gesetzen angepaßte bodenständige Ausländer-Organisation.
- c) Da das diesbezügliche brasilianische Gesetz vorsieht, daß ausländische Vereine keine geborenen oder naturalisierten Brasilianer als Mitglieder haben dürfen, wohl dagegen als brasilianisch bestätigte Vereine Ausländer zu ihren Mitgliedern auch in Vorständen (bisher) zählen dürfen, hat nur ein Teil der Vereine versucht, sich als ausländisch zu erklären, während die Mehrzahl aus taktischen Gründen es für richtiger angesehen hat, brasilianisch zu bleiben. Beantragte ausländische Vereine bisher, außer 'Bund der schaffenden Reichsdeutschen' (Nachfolgeorganisation der DAF) und einigen wenigen anderen noch nicht genehmigt. Wird voraussichtlich im Sande verlaufen. Als Nachfolgeorganisation der NSDAP sind Hausvereine gedacht, die angemeldet, aber noch nicht genehmigt sind.“
- 55 Nach „Akten“, Serie D, Bd. V, S. 723, Anm. 2 wurde von Cossel Mitte 1938 als „Kulturbeirat“ der Botschaft eingegliedert; aus dem Bericht Ritters über seine Unterredung mit Aranha vom 23. April geht hervor, daß diese Eingliederung früher erfolgte.
- 56 Vgl. die zitierten Ausführungen von Cossels und zwei Schreiben aus Brasilien, zum einen Schreiben von Levetzows vom 26. Oktober 1938, Nr. B 5, Pol IX 2071 und zum anderen Schreiben des Generalkonsulats in São Paulo vom 30. Nov. 1938, Pol IX 2077, beide in dem Aktenband PA, Pol IX 20.

- 57 Vgl. Kapitel II, 3.
- 58 Vgl. hierzu insbesondere die Veröffentlichung von Aurélio da Silva Py, A 5a. coluna.
- 59 Vgl. die beiden zuletzt zitierten Schreiben aus Brasilien.
- 60 Das Generalkonsulat in São Paulo strebte im Zusammengehen mit den dortigen Parteiangehörigen danach, auch im Vereinswesen eine Kontinuität des Einflusses der Partei zu gewährleisten und scheint mit diesen Bestrebungen teilweise Erfolg gehabt zu haben.

### 3. Integralistenputsch und Fall Kopp, Mai und Juni 1938

- 1 Eine Darstellung des Ablaufs des Putsches findet sich in der Mehrzahl der Veröffentlichungen, die sich mit der Regierung Vargas von 1930 bis 1945 befassen. Vgl. u. a. J. W. F. Dulles, Vargas, S. 182 ff.
- 2 Vgl. die Ausführungen am Schluß dieses Abschnittes.
- 3 PA, Pol IX 17, Telegramm Ritters vom 11. Mai 1938, Nr. 61. — Vgl. J. W. F. Dulles, Vargas, S. 193 f.
- 4 PA, Pol IX 17, Schreiben Ritters vom 12. Mai 1938, Nr. B 5, Pol IX 762.
- 5 Ritter regte weiterhin an, daß von deutscher Seite auf die „italienische, polnische, ungarische und andere europäische Presse“ in entsprechender Weise eingewirkt würde.
- 6 Daß Ritter selbst die Unhaltbarkeit dieser Überschriften klar war, zeigen seine Ausführungen vom 12. Mai über die schlechte Organisation des Putsches. Vgl. die Darstellung des Putsches in der Literatur, so bei Dulles (Anm. 1).
- 7 Vgl. Kap. I, 1.
- 8 PA, St. S., Brasilien, Telegramm Ritters vom 13. Mai 1938, Nr. 63, Pol IX 735.
- 9 PA, St. S., Brasilien, Telegramm Ritters vom 14. Mai 1938, Nr. 64, Pol IX 740.
- 10 Wie aus einem Telegramm von Weizsäckers vom 14. Mai hervorgeht — PA, Pol IX 17, Tel. Nr. 89, zu Pol IX 735 — wurde der Ton der deutschen Presseverlautbarungen über Brasilien entsprechend den Wünschen Ritters vom 11. und 12. Mai verschärft.
- 11 Telegramm Ritters vom 14. Mai, Nr. 64 und vom 21. Mai, Nr. 79, Pol IX 800 (PA, Pol IX 17).
- 12 PA, Pol IX 17, Telegramm Ritters vom 16. Mai, Nr. 67, Pol IX 749.
- 13 Am 18. Mai (Tel. Nr. 75, i. A. St. S., Brasilien) telegraphierte Ritter, daß die Polemiken in der brasilianischen Presse mit diesem Tage verstummt seien; aus São Paulo meldete das Generalkonsulat am 19. Mai 1938, Pol IX 882, i. A. Pol IX 18, daß antideutsche Presseverlautbarungen bis zum 18. erfolgten und daß die Presse am 19. ein völlig gewandeltes Gesicht zeige.
- 14 PA, Pol IX 17, Telegramm Ritters vom 21. Mai, Nr. 78.
- 15 Vgl. die folgenden Telegramme und Schreiben Ritters aus Rio de Janeiro:  
Telegramm Nr. 64 vom 14. Mai;  
Telegramm Nr. 67 vom 16. Mai;  
Telegramm Nr. 70 vom 17. Mai, PA, Pol IX 17 (Pol IX 760);  
Telegramm Nr. 74 vom 18. Mai, PA, Pol IX 17;

- Telegramm Nr. 75 vom 18. Mai;  
 Telegramm Nr. 78 vom 21. Mai, PA, Pol IX 17;  
 Schreiben Nr. B 5 vom 26. Mai 1938, PA, Pol IX 18, Pol IX 875;  
 Schreiben Nr. B 5 vom 28. Mai 1938, Pol IX 952, ibid.
- 16 Vgl. die im folgenden aufgeführten Aufzeichnungen über Unterredungen Staatssekretär von Weizsäckers mit dem brasilianischen Botschafter und die anschließenden telegraphischen Unterrichtungen der Botschaft von diesen Unterredungen (PA):  
 St. S., Brasilien, Aufzeichnung von Weizsäckers über eine Unterredung mit dem brasilianischen Botschafter am 14. Mai vom gleichen Tage und Pol IX 17, Telegramm von Weizsäckers vom 14. Mai 1938, Nr. 89, zu Pol IX 735.  
 Pol IX 17, Aufzeichnung Freytags über eine telefonische Unterredung mit dem brasilianischen Botschafter am 16. Mai vom 17. Mai 1938, e. o. Pol IX 747.  
 St. S., Brasilien, Aufzeichnung von Weizsäckers über eine Unterredung mit dem brasilianischen Botschafter am 17. Mai, vom 18. Mai 1938 und Pol IX 17, Telegramm von Weizsäckers vom 17. Mai 1938, No. 94 zu Pol IX 749/38.  
 Pol IX 17, telegraphische Mitteilung von Weizsäckers über eine Unterredung mit dem brasilianischen Botschafter am 20. Mai vom gleichen Tage Nr. 101, e. o. Pol IX 789.
- 17 Im Anschluß an das Telegramm Ritters vom 14. Mai, Nr. 64, veranlaßte Staatssekretär von Weizsäcker, daß der Ton der deutschen Presse gegen Brasilien verschärft wurde. Vgl. PA, Pol IX 17, Anweisung (Freytags) an NP, Berlin 15. Mai 1938, Zu Pol IX 740, und St. S., Brasilien, Telegramm Botschafter Ritters, Rio de Janeiro, 17. Mai 1938, Nr. 69, wie auch verschiedene Bemerkungen in den aufgezählten Unterredungen von Weizsäckers mit dem brasilianischen Botschafter und in der Bericht-erstattung Botschafter Ritters.  
 Wie die Unterredungen von Weizsäckers mit Moniz de Aragão zeigen, waren der brasilianischen Regierung die scharfen Auslassungen in der deutschen Presse äußerst unangenehm.
- 18 Telegramm Ritters vom 16. Mai, Nr. 67. Botschafter Ritter versteifte sich auch nach Beendigung der antideutschen Auslassungen in der brasilianischen Presse auf die Herausgabe eines Dementis da — wie er am 18. (Telegramm Nr. 75) betont — sich in Brasilien inzwischen eine so prononciert antideutsche Stimmung ausgebreitet habe, daß nur ein amtliches Dementi beschwichtigend wirken könne.
- 19 Telegramm Botschafter Ritters vom 21. Mai, Nr. 78.
- 20 Vgl. Ausführungen Ritters in seinem Schreiben vom 28. Mai.
- 21 Vgl. Telegramme Ritters vom 21. Mai, Nr. 79, Pol IX 800, und vom 22. Mai, Nr. 80 — PA, Pol IX 17, Pol IX 799.  
 Zu der Formulierung „bis jetzt“ nahm Botschafter Ritter am 21. — Telegramm Nr. 79 — Stellung und betonte, daß es unbillig wäre, von der brasilianischen Regierung schon jetzt Zusicherungen über etwaige Ergebnisse späterer Untersuchungen zu verlangen.
- 22 Der Artikel in der „Deutschen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz“ erschien am 24. Mai und findet sich im Wortlaut in dem Aktenband Pol IX 17.

- 23 Vgl. Telegramm Ritters vom 21. Mai, Nr. 78 und Schreiben vom 26. Mai, Pol IX 875.
- 24 Vgl. PA, Pol IX 19, Schreiben Botschafter Ritters vom 6. Juli 1938, Nr. B 5, Geh. Pol IX 1220, und J. W. F. Dulles, Vargas, S. 187 f. Dulles befaßt sich relativ eingehend mit der Aufnahme Fourniers in der italienischen Botschaft und der sich daran anschließenden brasilianisch-italienischen Auseinandersetzung, ohne jedoch die Frage einer etwaigen italienischen Unterstützung des Integralistenputsches selber in diesem Zusammenhang aufzuwerfen.
- 25 Vgl. die zitierten Telegramme Botschafters Ritters und die Unterredungen von Weiszäckers und Freytags mit dem brasilianischen Botschafter.
- 26 Unter den Verhafteten befanden sich auch brasilianische Staatsangehörige deutscher Abstammung und ein staatenloser Sudetendeutscher.
- 27 Die Protokolle finden sich als Anlage zu einem Schreiben des Generalkonsuls in São Paulo vom 19. Mai 1938, das über die Botschaft in Rio de Janeiro an das Auswärtige Amt ging und sich in d. Akten PA, Pol IX 18, unter der laufenden Bezeichnung Pol IX 882 findet. Es handelt sich nur um Protokolle der Aussagen der deutschen Staatsangehörigen.
- 28 Über die Betätigung der „Deutsch-Österreichischen Vereinigung“ informiert ein Schreiben von Heinz Hammerschmidt vom 2. Oktober 1939 in DC 8/II/2.
- 29 So wurde der Vorwurf erhoben, daß auf eine Angliederung von Brasilien (sic!) oder von Teilen Brasiliens an Deutschland hingearbeitet worden sei.
- 30 Vgl. das Protokoll über das Verhör von Friedrich Hansen, der mehrfach andeutete, daß er bei bestimmten Fragen nicht umhin konnte, wahrheitsgetreu oder in etwa wahrheitsgetreu zu antworten.
- 31 Vgl. Telegramme Ritters vom 13. Mai, Nr. 63, 18. Mai, Nr. 74; Aufzeichnung Freytags über eine Unterredung mit dem brasilianischen Botschafter am 25. Mai vom selben Tage, die sich in dem Aktenband Pol IX 18 findet;  
Telegramm Botschafter Ritters vom 1. Juni, Nr. 90, an von Ribbentrop in dem Aktenband Staatssekretär, Brasilien und Telegramm Woermanns an die Botschaft vom 7. Juni 1938, Nr. 117, Pol IX 909, das sich abschriftlich in dem Aktenband Chef AO 5, findet, wie die darauf erfolgenden Antworten Ritters vom 8. und 10. Juni, Telegramme Nr. 95 und 96, Pol IX 949 und 958, beide in dem Aktenband Pol IX 18, aber auch in anderen Aktenbänden zu finden.
- 32 Vgl. die Protokolle über die Verhaftungen in São Paulo.
- 33 Vgl. Telegramm von Weiszäckers vom 20. Mai, Nr. 101, und Liste der „Sofortmaßnahmen“ der Auslandsorganisation der NSDAP, die sich als Blatt 6 einer Aufzeichnung der AO vom (17.) Mai in den Akten PA, Pol IX 19 findet.
- 34 PA, Pol IX 17, Schreiben Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren, unterzeichnet im Auftrage von Dr. Wetz, vom 21. Mai 1938, — S — V 7 Nr. 835/38 — 509 — 2 —, Pol IX 807 und Antwort des Auswärtigen Amtes, vom 7. Juni 1938, im Auftrag unterzeichnet von dem Stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung von Bismarck, zu Pol IX 807.

- 35 Vgl. die Unterredungen Freytags und von Weizsäckers mit Moniz de Aragão am 16. und 17. Mai und die anschließende telegraphische Stellungnahme Botschafter Ritters zu den Ausführungen des brasilianischen Botschafters am 17. Mai — Telegramm Nr. 74.
- 36 Vgl. die Unterredung von Weizsäckers mit Moniz de Aragão am 20. Mai. — Darüber hinaus spiegelte diese Uninformiertheit zweifellos eine gewisse Geringschätzung des Botschafters von seiten seiner vorgesetzten Behörde wider.
- 37 Vgl. das Schreiben Ritters vom 28. April sowie das Telegramm von Weizsäckers vom 14. Mai 1938, Nr. 89.
- 38 Nuancen der Auffassung innerhalb des Auswärtigen Amtes waren zweifellos vorhanden. So scheint es, daß Reichsaußenminister von Ribbentrop eher geneigt war, den Vorstellungen Ritters zu folgen als die zuständige Sachabteilung des Auswärtigen Amtes.
- 39 Telegramm Nr. 63.
- 40 Unmittelbar nach Ausbruch der Spannungen nach dem Integralistenputsch hatte Botschafter Ritter bereits einen Vorstoß in Richtung einer schärferen Politik gegenüber Brasilien gemacht (Abreise Ritters bzw. sogar Abbruch der diplomatischen Beziehungen als Druckmittel in den Auseinandersetzungen mit Brasilien), dem das Auswärtige Amt nicht zu folgen geneigt war (PA, Pol IX 17 und St. S., Brasilien).
- 41 PA, Pol IX 18, Schreiben von Levetzows, 17. Mai 1938, Nr. B 5, Pol IX 835.
- 42 Im Auswärtigen Amt wurde angenommen, daß das Schreiben von Levetzows auf Initiative Ritters erfolgt sei (vgl. PA, Pol IX 18, Schreiben von Weizsäckers an Ritter vom 9. Juni 1938, zu Pol IX 887). — Aus dem Schreiben von Weizsäckers vom 9. Juni läßt sich entnehmen, daß von Levetzow ähnliche Gedanken während seiner Tätigkeit in der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes vertreten hatte, so daß der Schluß naheliegt, daß der Wunsch einer Einbeziehung des gesellschaftlichen Bereiches in die politischen Auseinandersetzungen nicht nur das Geisteskind Ritters war.
- 43 PA, Pol IX 18, Aufzeichnung VLR Freytags über eine Unterredung mit dem brasilianischen Botschafter anläßlich eines gesellschaftlichen Beisammenseins am 25. Mai 1938, zu Pol IX 835, und Schreiben Ritters vom 25. Mai, Nr. B 7/7, Pol IX 887, Pol IX 18. Ritter hatte sich bei seiner Absage auf die Verhaftungen nach dem Integralistenputsch bezogen.
- 44 Die Vorhaltungen des brasilianischen und des chilenischen Botschafters (die noch keinen Hinweis darauf enthielten, daß Ritter Oswaldo Aranha gegenüber die gesellschaftliche Boykottierung des brasilianischen Botschafters in Deutschland als *fait accompli* hingestellt hatte) lösten eine erste Stellungnahme des Auswärtigen Amtes an Botschafter Ritter aus — Entwurf eines Privatbriefes Unterstaatssekretär Woermanns von Ende Mai 1938, PA, Pol IX 18 — die in verbindlicher Form eine Ablehnung des Gedankens einer Einbeziehung des gesellschaftlichen Bereiches in die politischen Auseinandersetzungen beinhaltete. Dieser Entwurf gelangte nicht zur Absendung, da das Schreiben Ritters vom 25. Mai mit seinen zusätzlichen Informationen eine erneute und nunmehr scharf gehaltene Stellungnahme von Weizsäckers — Schreiben vom

9. Juni 1938, Pol IX 18 — auslöste, die auf direktes Ersuchen von Ribbentrops erfolgte.
- 45 Ob Ritter dieser Weisung Folge leistete, ließ sich aus den Akten nicht ersehen.
- 46 Ritter berichtete am 28. Mai (vgl. Anm. 15) erstmalig, daß von seiten des brasilianischen Außenministeriums Bedenken gegen seine Person geäußert würden.
- 47 PA, St. S., Brasilien, Telegramm von Ribbentrops an Ritter, 31. Mai 1938, Nr. 114, Geheim. Mit zwei Telegrammen vom 1. und 3. Juni — ibid. Telegramm vom 1. Juni 1938 an von Ribbentrop, Nr. 90, Ganz Geheim, und Telegramm vom 3. Juni 1938 an von Ribbentrop, Nr. 92, Ganz Geheim — nahm Ritter Stellung zu dem Telegramm von Ribbentrops und ersuchte darum, daß einer etwaigen Demarche der brasilianischen Regierung mit dem Argument der Verantwortlichkeit der brasilianischen Seite für die Spannungen der letzten Zeit begegnet und so sein scharfes Auftreten als erzwungene Reaktion auf die brasilianischen Maßnahmen erklärt würde (vgl. hierzu die spätere Argumentation Ritters im Zusammenhang mit der Abberufung der Botschafter in Kap. III, 1).
- 48 PA, Pol IX 19, Schreiben von Levetzows, 5. Oktober 1938, Nr. B 5, Pol IX 1905/38.
- 49 Schreiben Ritters vom 28. Mai und vom 15. Juni 1938, zu Pol IX 1076 (PA, Pol IX 18).
- 50 Vgl. PA, VI A/Kult A, Deutschtum Nr. 1, Brasilien, Bd. 4, Schreiben der Botschaft vom 17. April 1936, J. Nr. 486 2/37, VI A 1780, und Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 26. Oktober 1938, Pol IX 2071.
- 51 Die „Federação 25 de Julho“ hatte ihre Fühler auch in andere Teile des Landes ausgestreckt; vgl. BA, R 57, Zg. 1961, Brasilien, Rio de Janeiro, Circular Nº. 2, November 1937.
- 52 Vgl. „Rundbrief“ des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“, (Oktober 1936) 8. S. 10 ff., und verschiedene Aktenstücke in dem Bestand BA, R 57, Zg. 1961, Brasilien, Rio de Janeiro, der in den „Guides to German records, microfilmed at Alexandria“ nicht erfaßt wird.
- 53 Genannt seien Lindolfo Collor, Marcus Konder, Konsul Henrique Schüler.
- 54 BA, R 57, Zg. 1961, Brasilien, Rio de Janeiro. In den Statuten wird der Betonung der Wahrung der Staatsbürgerpflichten ein großer Raum gewährt, so heißt es in Artikel 1: „A ‚Federação 25 de Julho‘ fundada por brasileiros de origem alemã em dia 3 de maio de 1936 com sede na cidade de Rio de Janeiro, tem por fim reunir todos os seus conterrâneos de cultura e de lingua alemã em prol da comunidade brasileira, e por lemma defender a integridade do territorio nacional, as instituições do Estado, a familia e estreitar as relações da amizade entre o Brasil e a Alemanha.“
- 55 PA, Pol IX 19, Schreiben Ritters vom 29. Juni 1938, Nr. 993/38 Geh., Pol IX 1167.
- 56 Vgl. PA, Handakten Kundt.
- 57 In Freytags Handschrift — vgl. Akten . . ., S. 724, Anm. 2 — findet sich der Vermerk: „Herr Kundt sagte mir, daß die Fed auch bezwecke, die Brasil Deutschen in das pol Leben Brasiliens einzuschalten.“
- 58 Vgl. z. B. PA, Pol IX 19, Telegramm Ritters vom 27. Juni, Nr. 110,



- Ganz Geheim, Pol IX 1160 und Schreiben des Botschafters vom 29. Juni. In dem Telegramm heißt es: „Einer der engsten Mitarbeiter Cossels und anderer prominenter Parteimitglieder in Deutschumsfragen . . .“
- 59 Vgl. PA, Kult A/VI A, Deutschum Nr. 1, Brasilien, Bd. 4, Schreiben der Deutschen Botschaft in Rio de Janeiro vom 16. Juni 1936, J. Nr. 486<sup>2</sup>/36, Kult A 480.
  - 60 Die Vereinbarung trägt die Überschrift „Inoffizielle Vereinbarung betr. Verhaeltnis zwischen den Gliederungen des bisherigen DBJ und der Federação 25 de Julho“; sie ist unvollständig, so fehlt unter anderem das letzte Blatt mit dem Datum und den Unterschriften. Aus den Ausführungen Botschafters Ritters vom 29. Juni zu diesem Schriftstück geht hervor, daß die Vereinbarung zwischen Kopp und Neubert aufgesetzt wurde; in die gleiche Richtung weisen die einleitenden Sätze der Vereinbarung.
  - 61 Es war vorgesehen, daß die Koppelung Stellvertretender Landesjugendführer-Reichsdeutscher eine dauernde und nicht nur an die Person Neuberts gebundene sein sollte.
  - 62 Vgl. die Ausführungen über das Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938 in Kap. II, 2.
  - 63 Diese Vermutung stützt sich zum einen auf Darlegungen Ritters vom 15. Juni über die „Juventude 25 de Julho“ und zum anderen auf die Berichterstattung über den Fall Kopp, in der die Vereinbarung zwischen Kopp und Neubert eine Rolle spielte, wenn auch angemerkt werden muß, daß an sich Ritter hätte klar sein müssen, daß eine Eingliederung des DBJ in die „Federação 25 de Julho“ ein Agieren auf verschiedenen Ebenen unweigerlich nach sich zog.
  - 64 Kopp hatte den Posten eines „Director Geral“ inne. Vgl. BA, R 57, Zg. 1961, Brasilien, Rio de Janeiro.
  - 65 Eine Klärung der Motivationen Kopps erlaubt das vorliegende Quellenmaterial nicht; von naheliegenden, aber möglicherweise zu einfachen Schlußfolgerungen soll Abstand genommen werden.
  - 66 PA, Pol IX 19, Telegramm Ritters vom 27. Juni 1938, Nr. 110.
  - 67 Es handelt sich um folgende Verlautbarungen Ritters, die sich alle in dem Aktenband PA, Pol IX 19 finden: Telegramm vom 27. Juni, Nr. 111 (Ganz Geheim), Pol IX 1161 (zunächst als Pol I 1484 g eingetragen); Telegramm vom 28. Juni, Nr. 112 (Ganz Geheim), Pol IX 1162 (zunächst als Pol I 1512 g eingetragen); Telegramm vom 29. Juni 1938, Nr. 115, Pol IX 1163 (zunächst als Pol I 1513 g eingetragen); Schreiben Botschafter Ritters vom 29. Juni 1938, Nr. 993/38 Geh.
  - 68 Die Aufzeichnung des Arztes findet sich als Anlage zu dem Schreiben vom 29. Juni.
  - 69 Ritter beeilte sich am 27. (Telegramm Nr. 111) und 29. (Schreiben Nr. 993/38 Geh.) Juni zu versichern, daß die Botschaft von dieser Vereinbarung keine Kenntnis gehabt habe.
  - 70 Die Indizien sind allerdings sehr vage — Kopps Kenntnis eines Gespräches, das Gustavo Barroso, leitender Integralist, am 10. Mai abends mit Barwich, dem Vertreter von Transocean, führte und das seine besondere Bedeutung aus der Tatsache des kurz danach erfolgten Integralistenputsches gewann.
  - 71 So stand die Verhaftung Neuberts bevor, der auf der Botschaft um Schutz

- nachsuchte und von Ritter nach Deutschland heimgeschafft wurde. — Vgl. das Schreiben Ritters vom 29. Juni.
- 72 Die scharfe Reaktion von brasilianischer Seite auf die Intervention Konsul Steiners zugunsten Kreisleiter Schinkes, der Doppelstaatler war, war Warnung genug. (Vgl. Anm. 76.)
  - 73 PA, Pol IX 19, Schreiben Ritters vom 30. Juni 1938, Nr. 934/38, Pol IX 1168.
  - 74 Die Frage der Gewährung von Schutz in den Räumen der Botschaft hatte einen Meinungs austausch zwischen Botschafter Ritter und dem Auswärtigen Amt zur Folge, da Ritter sich um Weisung an das Auswärtige Amt wandte. Vgl. Telegramme Ritters vom 28. Juni — Nr. 112 — und 29. Juni — Nr. 115 — und sein Schreiben vom 29. Juni, sowie die Antwort des Auswärtigen Amtes in Form einer telegraphischen Weisung von Weizsäcker, 30. Juni 1938, Nr. 141, zu Pol IX 1135 (PA, Pol IX 18).
  - 75 Vgl. außer den genannten Auslassungen Ritters weiter PA, Pol IX 19, Telegramm des Botschafters vom 7. Juli 1938, Nr. 119, Pol IX 1192, und Schreiben von Levetzows vom 14. Juli 1938, Nr. B 5, Geh., Pol IX 1252, vom 15. September 1938, Nr. 126/1 und 12. August 1938, Nr. N 6/1, Pol IX 1588.
  - 76 Aus ähnlichen Überlegungen heraus verwandte sich die Botschaft auch für die Heim schaffung von Otto E. Schinke, ehemaligem Kreisleiter der Landesgruppe Brasilien der AO der NSDAP in Santa Catarina, der in verantwortlicher Stellung auch für die beiden bedeutenden Organe der Landesgruppe, den „Deutschen Morgen“ und den Kalender „Volk und Heimat“, tätig gewesen war. Schinke war Doppelstaatler — wohl der ranghöchste Doppelstaatler der Landesgruppe Brasilien der AO der NSDAP; er war im Rahmen der südbrasilianischen Nationalisierung verhaftet worden und bis Mitte Juli 1938 inhaftiert gewesen. Die Doppelstaatlichkeit eines so prominenten Parteimitgliedes, wie es Schinke war, wirkte in Brasilien in besonderem Maße provozierend.
  - 77 Vgl. Anm. 24.
  - 78 Der Fall Kopp bildete im August/Okttober Gegenstand eines Schriftwechsels zwischen Himmlers Dienststelle und dem Auswärtigen Amt vgl. PA, Pol IX 19 — der auf der Ebene der Information verblieb.
  - 79 Vgl. PA, Aktenbände „Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen“ in Brasilien.
  - 80 PA, III, Po 5, Brasilien, Bd. 8, Schreiben des Generalkonsulats in São Paulo vom 10. Oktober 1934, J. Nr. B 3/3, III MS 3371, und Schreiben der Gesandtschaft vom 13. Oktober 1934, J. Nr. 1668 IV/34, III MS 3374.
  - 81 PA, III, Po 5, Brasilien, Bd. 8, Schreiben Schmidt-Elskops vom 18. Juni 1935, J. Nr. 510/35, III MS 2107.
  - 82 Die Berichterstattung der Jahre 1935/36 zeigt, daß bereits Mitte der 30er Jahre die Behauptung einer finanziellen Unterstützung der Integralisten von deutscher Seite in Brasilien zirkulierte.
  - 83 PA, III, Po 5, Brasilien, Bd. 8, Schreiben vom 18. März 1936, J. Nr. 396/36, III MS 964.
  - 84 Vgl. PA, VI A/Kult A, Deutschtum Brasilien, Bd. 4, Nr. 1, Schreiben des deutschen Konsulats in Florianopolis vom 26. Mai 1936, J. Nr. 635/36, Kult A 478.

- 85 PA, VI A/Kult A, Schreiben vom 17. April 1936, J. Nr. 486 2/36, VI A 1780. (Vgl. Anm. 50.)
- 86 Vgl. verschiedene Aktenstücke in dem Aktenband PA, Pol IX 23.
- 87 PA, Pol IX 23, Bd. 1, Schreiben von Levetzows vom 1. Dezember 1937, Nr. 1655 5/37, Pol IX 1361.
- 88 PA, *ibid.*, Schreiben vom 16. November 1937, Nr. 1655 3/37, Pol IX 1288.
- 89 PA, Pol IX 23, Schreiben von Levetzows vom 7. Dezember 1937, Nr. 1655 6/37, Pol IX 1401.
- 90 Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 561 bis 562, insbesondere Anm. 190 auf S. 562.
- 91 Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, *op. cit.*, S. 562, auch S. 559, Anm. 181.
- 92 Vgl. zur Ergänzung die Angaben im Literaturverzeichnis, insbesondere die Arbeit von A. Frye, *Nazi Germany and the American hemisphere 1933—1941*, New Haven 1967.
- 93 Vgl. S. 37 ff., S. 99.
- 94 Louis de Jong kommt auf S. 209 zu folgendem Urteil: „Damit kommen wir zu Südamerika. Es gibt nicht einen einzigen Hinweis darauf, daß Hitler jemals konkrete Pläne für einen militärischen Angriff auf Südamerika erwogen, geschweige denn ausgearbeitet hat. Seine konkreten Pläne reichten nicht über die Azoren hinaus, und nicht einmal diese ließen sich verwirklichen. Nur mit U-Booten griff er nach dem August 1942 Länder wie Brasilien an, weil sie sich seinen Feinden angeschlossen hatten (Anm.: Führer Conferences 1942, S. 45/6). Soweit bekannt ist, hat sich in keinem der deutschen Archive irgendein Beweis dafür gefunden, daß sich in irgendeinem Land Süd- oder Mittelamerikas eine deutsche Minderheit allein oder mit Unterstützung des Dritten Reiches auf einen Staatsstreich vorbereitet habe. Wahrscheinlich hätte Hitler solche Versuche angeregt, wenn es ihm gelungen wäre, sich die Sowjetunion und Großbritannien zu unterwerfen.“  
Arthur W. von Magnus betont auf S. 37 f.:  
„Man schloß (von US-amerikanischer Seite K. H.) durchaus logisch, daß Untergrundtätigkeit nur der Vorbote der militärischen Invasion wäre. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, daß diese Schlußfolgerung unter der damaligen Konstellation verfrüht war. Es ist eine andere Frage, welche Entwicklung die Dinge genommen hätten, wenn Deutschland auf dem europäischen Kontinent gesiegt hätte.“  
und auf S. 99:  
„Objektiv gesehen, hat eine *militärische* Bedrohung Lateinamerikas nicht vorgelegen. Desgleichen war weder eine deutsche Minderheit noch die Regierung des Dritten Reiches für einen einzigen der zahlreichen Staatsstreichs in Lateinamerika verantwortlich oder an ihnen beteiligt. Gegenteilige Behauptungen entbehren jeglicher Grundlage und basieren allein auf einer Fiktion.“  
Vgl. auch die im folgenden zitierten Ausführungen von Günter Moltmann, *Weltherrschaftsideen Hitlers*, in: Europa und Übersee, Hamburg 1961, S. 197 ff.
- 95 Vgl. S. 23 ff., zusammenfassend S. 99 f. Zitate: S. 28 und S. 29.
- 96 Der Spielraum dieser sog. „politischen Bedrohung“ läßt sich nur indirekt aus den Ausführungen von Magnus' über Zielsetzung und Aktivitäten der Auslandsorganisation der NSDAP erschließen. Es fallen hierunter ins-

besondere die versuchte nationalsozialistische Ausrichtung der Reichsdeutschen (und auch Volksdeutschen) im Ausland, sowie die Propaganda- und die Spionagetätigkeit der Auslandsorganisation der NSDAP.

- 97 Vgl. die Argumentation von Magnus' auf S. 84.
- 98 Die Unzulänglichkeit des von Magnus zur Verfügung stehenden Quellenmaterials zeigt sich insbesondere in seinen Ausführungen zur Frage der deutschen Unterstützung des Integralismus generell, die deshalb hier nur im Rahmen einer Anmerkung diskutiert werden sollen. Er führt im Haupttext seiner Untersuchung — S. 86 — aus: „Die Behauptung, daß der Integralismus von Deutschland finanziell unterstützt worden wäre, ist nie bewiesen worden — propagandistisch wurde er jedoch unterstützt.“<sup>34</sup>  
In der dazugehörigen Anmerkung 3 belegt er die letztere Aussage mit dem Hinweis auf das Schreiben Ritters vom 12. Mai 1938, in dem dieser eine propagandistische Ausbeutung des Integralistenputsches gegen die Regierung Vargas forderte (siehe weiter vorn). Gerade dieses Schreiben läßt sich als Beleg für die Frage der deutschen propagandistischen Unterstützung des Integralismus nicht heranziehen, da es ausschließlich aus der besonderen Situation der deutsch-brasilianischen Beziehungen Anfang Mai 1938 zu erklären ist (Auseinandersetzung um die Nationalisierungsmaßnahmen) (vgl. die Ausführungen weiter vorn).
- 99 Vgl. S. 85 ff., S. 89 heißt es: „So erfolgte niemals eine völlige Klärung der Angelegenheit... Eine Teilnahme von Deutschen an der Revolte — ganz zu schweigen von einer regelrechten deutschen Unterstützung — ist nicht bewiesen und erscheint sehr unwahrscheinlich. Dagegen muß aber betont werden, daß gewisse Mitglieder der AO durch 'Kontakte' mit den Integralisten so weit kompromittiert wurden, daß man 'Vorichtsmaßnahmen' — wie die Deportierung ergriff.“
- 100 Vgl. die diesbezüglichen Hinweise weiter vorn. — Diese Interpretation ergibt sich aus dem Zusammenhang: an der betreffenden Stelle — siehe Anm. 99 — findet sich kein Beleg für diese Aussage von Magnus'.
- 101 Wörtlich heißt es auf S. 237: „Alle Hoffnungen und Pläne Hitlerdeutschlands, den Konkurrenzmächten USA und England die Hegemonie über Lateinamerika abzugeben, beruhten in entscheidendem Maße auf dem Versuch, dem deutschen Bevölkerungselement das falsche Bewußtsein unerlöster und unterdrückter nationaler Minderheiten zu oktroyieren. Wirtschaftlicher und politischer Druck verbanden sich miteinander, um den vor allem in den ABC-Staaten nicht unbedeutenden deutschen Bevölkerungsanteil zum Rohstoff für die Fünfte Kolonne zu machen.“
- 102 H. Rauschnig, Gespräche mit Hitler, Zürich, New York 1940, S. 61 ff. Der Quellenwert der Ausführungen Rauschnings ist Gegenstand der Diskussion. Vgl. u. a. Günter Moltmann, Weltherrschaftsideen Hitlers, in: Europa und Übersee, Hamburg 1961, S. 203 und 236, Anm. 10 und Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 606, Anm. 7.
- 103 S. 238 heißt es: „... sind geeignet, das im derzeitigen bürgerlichen Standardwerk von Louis de Jong entworfene Bild von der deutschen Fünften Kolonne im zweiten Weltkrieg erheblich zu korrigieren und die Akzentversetzung, daß es sich im wesentlichen um Massenhysterie oder lediglich psychologische Kriegsführung gehandelt habe, zu widerlegen.“

- 104 S. 103: „Nach dem bisherigen Erforschungsstand der Lateinamerika-Expansion des deutschen Imperialismus läßt sich sagen, daß in erster Linie die Brasilienpolitik annexionistische Ziele verfolgte.“  
S. 118: „Die Unterdrückung der Deutschrumpolitik in Brasilien bedeutete einen Wendepunkt in der Politik des deutschen Faschismus in Lateinamerika. Indem Vargas das trojanische Pferd des Nazismus in Südbrasilien zerschlug, zerstörte er auch endgültig die überspannte Zielsetzung eines 'brasilianischen Neudeutschlands' (d. h. des Plans einer Abtrennung der Südstaaten — K. H.). Die sich hieraus ergebende Revision der politischen Absichten des deutschen Faschismus in Lateinamerika brachte den Verzicht auf kolonial-politische Eroberungen und orientierte fortan auf die Erhaltung der lateinamerikanischen Neutralität beim zweiten Griff nach der Weltmacht und auf eine spätere Rückführung der 'deutschen Volksgruppe' zur Ansiedlung in den eroberten Gebieten. (. . .)“
- 105 S. 112: „Das Projekt, das ihnen vorschwebte, bestand darin, 'einen nicht wieder zu entfernenden Keil ins wirtschaftliche Herz Südbrasilien (zu) treiben, der bei der Abtrennung der Südstaaten . . . '“ Beleg: S. 112, Anm. 40 a, DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium Nr. 2571/2, Bl. 32.  
Es ist anzunehmen, daß Hell zur Unterstützung seiner These alle einschlägigen Stellen in den (von der Verf. nicht eingesehenen) Akten des DZA herangezogen hat, so daß die folgende kritische Stellungnahme auf einer ausreichenden Informationsbasis beruht.
- 106 Unter den in den Anm. 40—43 (S. 122) angeführten fraglichen Belegen findet sich keine Verlautbarung der Auslandsorganisation der NSDAP.
- 107 Vgl. DC, 296 a.
- 108 Hell führt — S. 116 — weiter aus: „Während sich die Zahl der verhafteten und belasteten deutschen Konspirateure vergrößerte . . .“, ohne diese Stelle zu belegen. Vgl. die Ausführungen über die Verhaftungen nach dem Integralistenputsch weiter vorn.
- 109 Diese Zäsur gilt auch für die wirtschaftspolitische Zielsetzung, die im folgenden ausgeklammert wird.
- 110 Vgl. außer Katz auch Kap. III, 3 (Ibero-Amerika-Konferenz).
- 111 Vgl. S. 45 f. und S. 67, Anm. 187—189; es handelt sich um den Aktenband AA 61 149 und insbesondere um ein Schreiben des deutschen Gesandten in Peru, Noebel, vom 17. 7. 1941 an das Auswärtige Amt.
- 112 Vgl. für den gesamten Absatz S. 234 f. S. 227 heißt es: „Hitlers Fernziele zeichnen sich hier endlich mit größerer Deutlichkeit und Zuverlässigkeit ab: Niederwerfung der Sowjetunion, Beherrschung Afrikas, dann eventuell folgend die Auseinandersetzung mit Amerika. Gewiß kamen diese Zukunftsperspektiven im Jahre 1940 . . .“ Vgl. S. 222 f., S. 227 f., S. 234 f. zu der Frage, ob (abgesehen von der behaupteten „militärischen Bedrohung“) das Dritte Reich eine Gefahr für Amerika darstellte und die „Kriegspolitik“ Roosevelts gerechtfertigt war.
- 113 Vgl. S. 213, S. 221 f., S. 224 ff., S. 234, S. 213: „Nur soviel läßt sich erkennen, daß Hitler bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges realiter nicht daran dachte, seinen Machtbereich über den europäischen und russischen Raum hinaus mit Hilfe auswärtiger Anhänger auszu-dehnen.“  
S. 225: „Nach allem wird man nicht sagen können, daß im zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite eine militärische Weltstrategie existiert hat.

Hitler kämpfte in erster Linie um die Errichtung einer europäischen Herrschaft.“

S. 234: „Die Zurückhaltung in der nationalsozialistischen Auslandsaktivität... in den Jahren von 1933 bis 1939 läßt sich nur taktisch begründen. Für Hitler war die Zeit für überseeische Aktionen noch nicht gekommen. Vorstöße, die über Europa und Rußland hinausreichen, konnten von Nachfolgern übernommen werden, denen Hitler jedoch bereits den Boden ebnen wollte.“

- 114 Jacobsen berücksichtigt nicht die vorne zitierten Stellungnahmen der deutschen amtlichen Vertretung zum Integralismus; auch ist seine Darstellung naturgemäß wesentlich knapper und damit summarischer als die in der vorliegenden Arbeit vorgetragene.

4. Fortgang der Nationalisierung bis zur Abberufung der Botschafter im September/Oktober 1938

- 1 PA, Pol IX 18, Schreiben der Auslandsorganisation der NSDAP an das Auswärtige Amt vom 28. Juni 1938, Pol IX 1145, dem als Anlage der Notenentwurf beigelegt war, Pol IX 19, Schreiben vom 1. Juli 1938, Pol IX 1166.

Pol IX 18 u. 19, Schreiben des Ausw. Amtes an die Botschaft in Rio de Janeiro vom 6. Juli 1938, zu Pol IX 1145/37, mit dem die Note der Auslandsorganisation der NSDAP übersandt wurde und Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Auslandsorganisation der NSDAP vom 8. Juli 1938 zu Pol IX 1166.

- 2 Vgl. Begleitschreiben von Bismarcks vom 6. Juli 1938.

- 3 PA, Pol IX 19, Telegramm Botschafter Ritters vom 12. Juli 1938, Nr. 122, Pol IX 1231.

- 4 PA, Chef AO 5, Schreiben von Alfred Heß an Botschafter Ritter vom 6. Juli 1938. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 560, geht auf die Argumentation Heß' und auf die Note der Auslandsorganisation der NSDAP ein, ohne allerdings diesen Aspekt zu reflektieren.

- 5 Hervorzuheben ist, daß Heß in seinem Schreiben einen Gegensatz zwischen der Haltung der Auslandsorganisation der NSDAP und derjenigen des Auswärtigen Amtes der politischen Linie Ritters gegenüber konstruierte und ausdrücklich das energische Auftreten Ritters begrüßte.

- 6 Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen in Kapitel II, 2.

- 7 In dem Schreiben von Heß heißt es wörtlich: „Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß die NSDAP kein Organ der staatlichen Verwaltung des Deutschen Staates und der Deutschen Regierung ist. Die Partei ist in Deutschland — wie im Ausland — eine autonome Körperschaft, die ihre Angelegenheiten aus eigener Machtvollkommenheit regelt. Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, stellt die NSDAP neben den Staat, als die führende und bewegende Kraft des nationalsozialistischen Staates. Staatliche Exekutive wird also von der Partei nicht unmittelbar ausgeübt, dies ist vielmehr den Behörden vorbehalten. Der Hinweis auf diese Rechtslage scheint umso notwendiger, als erfahrungsgemäß die ausländischen Regierungen, wie auch Brasilien,

an der behaupteten Ausübung staatlicher Funktionen durch die Partei Anstoß nehmen.“

- 8 In seinem Begleitschreiben an Botschafter Ritter hatte Alfred Heß erklärend ausgeführt: „Nach Lage der Dinge glaube ich nicht, daß eine Betonung des völkerrechtlich unzulässigen Verhaltens der Brasilianischen Regierung und der Unzulässigkeit des Brasilianischen Ausländergesetzes die Gegenseite zum Nachgeben bewegen wird. Dagegen sehe ich die Möglichkeit, daß wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die Partei auch nach dem Wortlaut des dortigen Ausländergesetzes zugelassen werden muß.“
- 9 Der fragliche Passus des Notenentwurfes lautete: „Auf Grund dieser Erklärung meiner Regierung habe ich die Ehre, Euere Exzellenz zu bitten, im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen in eine Prüfung einzutreten, ob überhaupt das Bestehen von Gruppen der NSDAP in Brasilien der Gesetzverordnung Nr. 383 zuwiderläuft. Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Art. 2 des Ausländergesetzes vom 18. 4. 1938 verbietet Vereinigungen politischen Charakters, die als ausschließlichen Zweck die Propaganda oder Verbreitung von Ideen, Programmen oder Normen politischer Parteien ihres Ursprungslandes unter ihren Landsleuten betreiben. Die Landesgruppe Brasilien kann nach Ansicht der Deutschen Regierung nicht unter das Gesetz fallen. Sie hat den vornehmlichen Zweck, die Reichsdeutschen zur Pflege der Kameradschaft und vaterländisch-kulturellen Verbundenheit mit der Heimat und zur Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen für Reichsdeutsche zusammenzuhalten...“ — Vgl. die grundsätzlichen Ausführungen im „Organisationsbuch der NSDAP“, 1940, S. 487.
- 10 Vgl. Organisationsbuch der NSDAP, 1940, S. 485 ff., Abschnitt 6: Partei und Staat; Gottfried Neeße, Partei und Staat, Hamburg, 1936, passim; Wolfgang Schäfer, NSDAP, Hannover und Frankfurt/M. 1957, passim; K. D. Bracher, W. Sauer und G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln—Opladen 1960, S. 371 ff.; Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik S. 103 ff. (über die Ansprüche, die die Auslandsorganisation der NSDAP aus diesem Gesetz ableitete); PA, Ref. Dtschl./Inl. II A/B, 82—00, verschiedene Auslassungen und Rede Fricks vom 19. Oktober 1937 über „Partei und Staat im deutschen Beamtengesetz“, in: Dokumente der deutschen Politik, Bd. 5, 1938: 271 ff.
- 11 PA, Ref. Dtschl./Inl. II A/B, 82—00, Schreiben vom 6. März 1935, Nr. I A 932/3603: „Grundlage für die Stellung der NSDAP im Staate ist das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 — (Rgbl. I S. 1016). Nach § 1 Abs. 1 ist die NSDAP die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staate unlöslich verbunden. Die Partei ist aber keine Staatsbehörde. Zu einer Behörde ist sie auch nicht dadurch geworden, daß sie nach § 1 Abs. 2 eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist. Welche Befugnisse einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes gegenüber Dritten zustehen, bedarf der besonderen gesetzlichen Bestimmung. Die Aufgabe der NSDAP besteht nicht in der Ausübung obrigkeitlicher Befugnisse, sondern eben darin, daß sie die Trägerin des deutschen Staatsgedankens oder, wie es im § 3 heißt, die führende und bewegende Kraft des nationalsozialistischen Staates ist.

Durch das Gesetz vom 1. Dezember 1933 ist die Partei verfassungsrechtlich in den Staat eingebaut worden. Durch die Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechtes wird aber noch nicht bedingt, daß die Partei über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus im Wege behördlicher Maßnahmen tätig werden kann. Für die Partei selbst und ihre Mitglieder ist jedoch durch den Charakter als öffentlich-rechtliche Körperschaft eine besonders feste Rechtsform gegeben, die als Bestandteil des öffentlichen Rechtes erheblich über die Bindungen hinausgeht, wie sie etwa für einen Verein des bürgerlichen Rechtes bestehen. Was innerhalb der Partei von den zuständigen Organen angeordnet wird, ist nicht Ausfluß eines privatrechtlichen Verhältnisses, sondern eine Anordnung öffentlich rechtlicher Art.“

- 12 PA, Chef AO 5, Brasilien, Runderlaß Bohles vom 18. Mai 1938. Vgl. K. Kannapin, Zur Politik der Nazis in Argentinien von 1933 bis 1943, Berlin 1966, S. 88 ff.
- 13 PA, Erlaßsammlung.
- 14 Vgl. im einzelnen K. Kannapin, op. cit.
- 15 Hier ist nicht nur an die Verfassung von 1934, sondern auch an die Gesetzesanträge von 1936/37 zu denken.  
Der Text der Dekrete Nr. 406 und Nr. 3010 findet sich bei Mauricio Wellisch, Legislação, S. 39 ff., S. 55 ff. Vgl. auch PA, Kult E, Brasilianische Gesetzgebung. Kommentare über diese Phase der brasilianischen Einwanderungspolitik finden sich in den verschiedenen in Kapitel I, 2 zitierten Veröffentlichungen zum Problem der Einwanderung nach Brasilien; hinzuweisen ist insbesondere auf Wellisch und auf Jean Roche, La colonisation allemande, S. 113.
- 16 Vgl. Themístocles Brandão Cavalcanti, Las constituciones, S. 523.
- 17 Beseitigt wurde das System der „cartas de chamada“. Vgl. Mauricio Wellisch, ibid. und Jean Roche, ibid. Vgl. auch PA, Kult E, Brasilianische Gesetzgebung, Schreiben von Levetzows vom 2. Juni 1938, Nr. T 3, Kult E 1108.
- 18 Vgl. zusammenfassend Mauricio Wellisch, Legislação, S. XLVI.
- 19 Das Dekret Nr. 3010 sprach nur noch von „agricultores“ (Art. 10 gegenüber Art. 16 des Dekretes Nr. 406).
- 20 Vgl. Mauricio Wellisch, Legislação, S. 55 f.
- 21 Kapitel VIII des Dekretes Nr. 406, Artikel 165/166 des Dekretes Nr. 3010. Der genaue Text der Bestimmungen ist bei Wellisch nachzulesen.
- 22 Vgl. PA, Kult E, Brasilianische Gesetzgebung, Schreiben von Levetzows vom 2. Juni 1938, Nr. T 3, Kult E 1108.
- 23 Die folgenden Aussagen basieren auf dem Aktenband PA, Kult E, Rückwanderung aus Brasilien, Allg., Bd. 1. Der Trend zur Rückwanderung wird auch im „Rundbrief“ des Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ und in Zusammenstellungen des DAI — BA, R 57, Zg. 1961 — bestätigt.
- 24 In dem Aktenband Kult E, Rückwanderung aus Brasilien, finden sich verschiedene Statistiken, vor allem Zusammenstellungen der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft.
- 25 Vgl. z. B. PA, Kult E, Rückwanderung aus Brasilien, Schreiben des Konsulats in Curityba vom 6. Mai 1939, Nr. D 42 a — 5, Kult E 1707.
- 26 Vgl. neben verschiedenen Schreiben in dem Aktenband Kult E, Rückwanderung aus Brasilien, auch PA, Pol IX 20, Aufzeichnung von Otto



- Braun, langjährigem Geschäftsführer des „Centro Agrícola“, der Vereinigung deutschsprachiger Landwirte von Paraná und Santa Catarina vom Dezember 1938, die sich als Anlage eines Schreibens von Levetzows vom 28. Dezember 1938, Nr. K 2/1, Pol IX 10 finden.
- 27 Hierzu vgl. die Ausführungen Brauns.
- 28 Für die Vertreter der Idee ethnisch homogener Ansiedlungen, die unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung in Brasilien zahlreich zu finden waren, stellte sich die durch die beiden Dekrete geschaffene Lage als ernste Bedrohung dar. Vgl. insbesondere die Auslassungen des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ in seinem Organ zu diesem Problem.
- 29 Hierzu finden sich eine Vielzahl von Schreiben in dem Aktenband Kult E, Rückwanderung aus Brasilien.
- 30 Vgl. PA, Kult E, Rückwanderung aus Brasilien, Schreiben Ritters vom 18. Mai 1938, Nr. N 6/2, Kult E 895/38 und die darauf erfolgten Stellungnahmen, *ibid*: Reichs- und preußischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft, 17. Juni 1938, V/6 1174, Kult E 1073; Reichsarbeitsminister II c 4300/38, 23. Juli 1938, Kult E 1338 und Reichs- und preußischer Wirtschaftsminister, I Allg. 2 3178/38, 16. August 1938, Kult E 1484.  
PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 28. Dezember 1938, Nr. K 2/1, Pol IX 10, und Stellungnahme Schumburgs vom Referat Deutschland zu dem Schreiben von Levetzows vom 27. Januar 1939, PA, Pol IX 20.
- 31 Der Vorschlag Ritters ist in dem Zusammenhang der Spannungen nach dem Integralistenputsch zu sehen (vgl. Kap. II, 3), der Vorschlag von Levetzows im Zusammenhang mit den brasilianischen Nationalisierungsmaßnahmen gegen die Grabinschriften in lebenden ausländischen Sprachen auf den öffentlichen „nationalen“ Friedhöfen von Ende 1938 (vgl. Kap. III, 3).
- 32 Dekret Nr. 406: Artikel 41 und 85; Dekret Nr. 3010: Artikel 168, 273, 274.
- 33 Dekret Nr. 406: Artikel 86, 87; Dekret Nr. 3010: Artikel 272.
- 34 Die Dekrete bestimmten, daß die Leitung der Schulen im ländlichen Bereich geborenen Brasilianern vorbehalten bleiben sollte; sie sahen vor, daß der Unterricht in den ländlichen Schulen in der portugiesischen Sprache und mit portugiesischen Lehrbüchern zu erteilen sei und daß in den Unterklassen (bis zu 14 Jahren) keine ausländischen Sprachen gelehrt werden dürften und trafen darüber hinaus Bestimmungen zum staatsbürgerlichen Unterricht in den Schulen für „*estrangeiros adultos*“, wie zum staatsbürgerlichen Unterricht und zum Unterricht in der Geographie und der Geschichte Brasiliens in den Primär- und Sekundärkursen der Schulen im ländlichen Bereich. Diese Bestimmungen umfaßten staatliche und private Schulen.
- 35 Vgl. im einzelnen die „Rundbriefe“ 21 — 23 vom November bis März 1939 und die Angaben im „12-Uhr Nachrichtendienst“, im „Außen-deutschen Wochenspiegel“ und in anderen Zusammenstellungen des DAI in den Akten im BA.
- 36 Vgl. „Rundbrief“, (März 1939) 23, und Schreiben Oberackers von Ende September 1941 in BA, R 57, DAI 804.

- 37 Den Hintergrund der Bestimmung verdeutlicht folgender Satz des Art. 272, § 1 des Dekrets Nr. 3010 — zitiert nach dem in dem Aktenband PA, Kult E, Brasilianische Gesetzgebung, befindlichen Wortlaut im „Diário Oficial“: „... Na apreciação da matéria (d. h. der Zustimmung K. H.) o Conselho ter á em vista a necessidade de impedir o cultivo demasiadamente vivo da lingua, de tradições e costumes estrangeiros numa determinada zona.“
- 38 Vgl. die in Anm. 35 angegebenen Quellen.
- 39 Ibid.
- 40 Vgl. zu diesem Dekret Kapitel III, 3, Anm. 4.
- 41 Die Aufzeichnung findet sich in dem Aktenband PA, Pol IX 30; sie wurde von Botschafter von Thermann mit Schreiben Nr. 1763/38 vom 2. August an das Auswärtige Amt übersandt. Die Aufzeichnung findet sich im vollen Text in den „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“, Serie D, Bd. V, S. 726—30 und wird aus diesem Grunde nur referierend und nicht im Wortlaut gebracht werden.
- 42 Vgl. PA, Pol IX 23, Schreiben Ritters vom 3. März 1938 Nr. B 7/7, Pol IX 341: „U. a. hat mir der Justiz- und Innenminister ... bei einer früheren Unterredung einmal aus einem Aktenstück höchst anfechtbare Äußerungen eines Reichsdeutschen namens Plugge vorgelesen, die die Abtrennung der drei Südstaaten von Brasilien zum Ziele hatten. Der Landesgruppenleiter und ich glauben, daß wir uns von derartigen Äußerungen und Bestrebungen klar distanzieren müssen, wenn wir die Stellung der NSDAP und der übrigen Reichsdeutschen hier mit Erfolg verteidigen wollen.“  
Zu Plugge vgl. K. H. Oberacker Jr., Der deutsche Beitrag, S. 339.
- 43 Vgl. Klaus Kannapin, Zur Politik der Nazis, S. 90.
- 44 Vgl. den diesbezüglichen Anregungen Ritters vom Mai des Jahres.

### III · DIE ABBERUFUNG DER BOTSCHAFTER RITTER UND MONIZ DE ARAGAO IM SEPTEMBER/OKTOBER 1938

1. Abberufung der Botschafter und politische Tragweite dieses Schrittes
  - 1 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D. Bd. 5, S. 730, Anm. 1 zum Dokument 625.
  - 2 Vgl. Kapitel II, 3.
  - 3 PA, St. S., Brasilien, Aufzeichnung Unterstaatssekretär Woermanns vom 21. September 1938 über eine Unterredung mit dem brasilianischen Botschafter Moniz de Aragão an diesem Tage.
  - 4 Vermutlich basiert das Schreiben Ribbentrops vom 31. Mai auf derartigen Andeutungen.
  - 5 Vgl. die Aufzeichnungen Unterstaatssekretär Woermanns vom 29. und 30. September (PA, St. S., Brasilien). Botschafter Moniz de Aragão überreichte die Note (datiert vom 30. September 1938) erst nach der Unterredung mit Unterstaatssekretär Woermann am Nachmittag des 30. Septembers; eine Abschrift ihrer Übersetzung findet sich in den Akten PA, St. S., Brasilien.
  - 6 Bereits in der Unterredung am 21. September hatte Botschafter Moniz

de Aragão eine offizielle Erklärung dahingehend abgegeben, daß Botschafter Ritter nicht mehr persona grata in Brasilien sei. Woermann und Moniz de Aragão kamen jedoch im Verlauf ihrer Unterredung überein, diesen Schritt als noch nicht vollzogen anzusehen.

- 7 Über etwaige Konsultationen im Auswärtigen Amt in der Zwischenzeit betreffend die Behandlung des brasilianischen Ersuchens liegen keine Aufzeichnungen vor.
- 8 PA, St. S., Brasilien, telegraphische Weisung Staatssekr. von Weizsäckers vom 3. Oktober 1938, Nr. 183.
- 9 PA, St. S., Brasilien, Telegramm von Levetzows vom 5. Oktober 1938, Nr. 161 und Schreiben vom gleichen Tag, Nr. B 5, Pol IX 1905/38, das sich im Durchschlag in den Akten Pol IX 19 findet.
- 10 Vgl. Telegramm und Schreiben von Levetzows vom 5. Oktober wie die am 10. Oktober von ihm übersandte Note der brasilianischen Regierung vom 6. Oktober auf die deutsche Note vom 5. Oktober. Alle Schreiben befinden sich in dem Aktenband PA, Pol IX 19.
- 11 Volle Klarheit über diesen Punkt wird sich nur aus den Akten des brasilianischen Außenministeriums gewinnen lassen.
- 12 Vgl. Telegramm und Schreiben von Levetzows vom 5. Oktober und die diesbezüglichen Überlegungen in Kapitel II, 3.  
In seinem Schreiben vom 5. Oktober machte sich von Levetzow die Darstellung des brasilianischen Außenministers zu eigen, wenn er — unter Verweis auf eine gleichzeitige Verstimmung zwischen Brasilien und Italien aus entsprechendem Anlaß — schreibt: „In dem italienischen Fall ist es sicherlich zu keinem formellen Antrag auf Abberufung gekommen, da der Brasilianische Botschafter in Rom seine Mission besser erfüllt haben dürfte, als Herr M. de Aragão.“ Bei diesem Urteil von Levetzows müssen die langgehegten Bedenken der Botschaft gegen Moniz de Aragão berücksichtigt werden, die in einem Privatbrief von Levetzows an Vicco von Bülow-Schwante, Leiter der Abteilung Protokoll, vom 17. Mai 1938, einen deutlichen Niederschlag gefunden haben. (PA, Pol IX 18, Schreiben Nr. B 5, Pol IX 835/38).
- 13 Vgl. die Überlegungen in Kapitel II, 3 und in den Anmerkungen 20 und 21.
- 14 Schreiben vom 5. Oktober 1938. Vgl. das Schreiben von Levetzows vom 29. September 1938, Nr. B 7/12, Pol IV 7218/38, betreffend die Reaktion in Brasilien auf die Entwicklung in Europa. (PA, Pol IX 19).
- 15 Vgl. Aufzeichnung Unterstaatssekretär Woermanns vom 30. September über die Unterredung mit Botschafter Moniz de Aragão von diesem Tage; Schreiben von Levetzows vom 5. Oktober und Telegramm von Levetzows vom 22. Oktober 1938, Nr. 171, Ganz Geheim, bestimmt für Staatssekretär von Weizsäcker, PA, St. S. Brasilien.
- 16 Vgl. die Ausführungen Aranhas vom 5. Oktober, wiedergegeben in dem Schreiben von Levetzows vom 5. Oktober:  
„Als sich seinerzeit ... (die Aussage dürfte sich auf die Zeit nach dem Integralistenputsch beziehen — K. H.) herausgestellt habe, daß die Verhandlungen mit Herrn Botschafter Ritter sich außerordentlich schwierig gestalteteten ... In einem Land wie Brasilien könne jedoch nur ein Diplomat Erfolg haben, der über große Erfahrungen im Ausland verfüge. Dies habe Herr Botschafter Ritter nicht gehabt. Er selbst habe sie

auch nicht. Dies habe naturgemäß die Lage noch erschwert und dazu geführt, daß die Verhandlungen immer schärfere Formen angenommen hätten.“

- 17 PA, Pol IX 20.
- 18 Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen in Kapitel II, 3.
- 19 Vgl. die Ausführungen über die Protestschritte Botschafter Ritters im Anschluß an den Integralistenputsch.
- 20 Mit diesem Untersuchungsergebnis werden Schlußfolgerungen wie die von Karl Loewenstein, *Brazil under Vargas*, S. 174 f. — „After the abortive Integralist putch of May, 1938, the government had obtained enough evidence to implicate the German minister, Doctor Karl Ritter in the uprising; Minister of Foreign Relations Aranha lost patience. When Herr Ritter was about to return from a visit to Germany he was declared persona ingrata and not permitted to take up his duties again in Rio.“ (In einer Anmerkung bezweifelt Loewenstein, daß Ritter tatsächlich in den Putsch verwickelt gewesen sei, und bezeichnet den Botschafter als „scapegoat“ für die Aktivitäten seiner Untergebenen.) — widerlegt, die leichtfertig zeitgenössische Behauptungen aufgreifen und zudem das Moment der langen Zeit zwischen dem Integralistenputsch und dem Ersuchen um Abberufung Botschafters Ritters verwischen, das gegen eine Interdependenz dieser beiden Ereignisse in der von Loewenstein nahegelegten Weise spricht und die Deutung nahelegt, daß für Außenminister Aranha der Deutschlandaufenthalt Ritters eine günstige Gelegenheit darstellte, seine Verstimmung über Ritter in die Tat umzusetzen und die langerwünschte Abberufung des unbeliebten Botschafters zu betreiben.  
In ähnlicher Weise wie in der vorliegenden Arbeit interpretiert John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 194 ff. die brasilianische Haltung.
- 21 Untermauert wird diese Darstellung in besonderem Maße durch das Schreiben von Levetzows vom 2. Januar 1939, dessen voller Text in den „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“, Serie D, Bd. 5, S. 745 ff., Dokument 636, wiedergegeben ist.  
Offenbleiben muß die bereits in anderem Zusammenhang gestellte Frage, warum die brasilianische Regierung erst Ende September definitive Schritte zur Abberufung Ritters unternahm. — In seinen Ausführungen vom 5. Oktober von Levetzow gegenüber erklärte Außenminister Aranha, daß die brasilianische Regierung angesichts der an ihren Botschafter in Berlin ergangenen Weisung, auf freundschaftlichem Wege eine Abberufung Botschafter Ritters herbeizuführen, der Meinung gewesen sei, daß dieser von seinem Deutschlandbesuch nicht mehr nach Brasilien zurückkehren werde. Die angekündigte Rückkehr Botschafter Ritters habe dann eine Intervention bei der deutschen Regierung notwendig gemacht.  
Die Beantwortung der Frage nach einem Versagen des brasilianischen Botschafters in Berlin wird auch diesen Punkt klären. Möglicherweise wird die Antwort auf der in Anm. 20 skizzierten Ebene liegen.
- 22 Vgl. Kapitel II, 3.
- 23 Diese Behauptungen haben ihren Niederschlag in der Literatur gefunden. (Vgl. Anm. 20.)

- 24 Vgl. PA, St. S., Brasilien, Telegramm von Weizsäckers, 17. Oktober 1938, Nr. 194, an die deutsche Botschaft in Rio de Janeiro.
- 25 PA, Pol IX 19, Entwurf eines Erlasses an von Levetzow und Entwurf einer Note an die brasilianische Regierung, verfaßt von Botschafter Ritter, datiert vom 5. 12. 1938.
- 26 Die Auseinandersetzung um das Dementi findet sich in dem Aktenband PA, St. S., Brasilien.  
Deutschland dachte an ein Dementi in Form eines amtlichen brasilianischen bzw. in Form eines amtlichen deutschen Communiqués, das dann von der brasilianischen Presse kommentarlos zu übernehmen wäre.
- 27 Der Dementientwurf Aranhas (PA, St. S., Brasilien, Telegramm von Levetzows vom 18. Oktober 1938, Nr. 169) lautete: „Botschafter Ritter kehrt nicht nach Rio de Janeiro zurück zufolge einer *Verständigung* unsererseits mit der Reichsregierung. Mit diesem Entschluß hat nichts zu tun, was mit dem Attentat vom 10. Mai im Zusammenhang steht; er wurde *einzig und allein, ebenso* wie die Rückberufung des Botschafters M. de Aragão, *aus Gründen gegenseitiger diplomatischer Gepflogenheiten* (Konvenienzen) der Regierungen des Reichs und Brasiliens gefaßt.“ (Kursiv von der Verf.)
- 28 Am 21. Oktober zeigte sich das Auswärtige Amt zunächst noch zu einer Weiterführung der Verhandlungen trotz deutlicher Verstimmung über den Dementivorschlag Aranhas bereit; am 22. Oktober erfolgte dann im Auftrag des Reichsaußenministers der abrupte Abbruch der Verhandlungen, der am 25. Oktober erneut und endgültig bestätigt wurde als Antwort auf das nunmehrige uneingeschränkte Entgegenkommen Aranhas (vgl. PA, St. S., Brasilien).
- 29 Die Verschärfung der Spannungen in den politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland führte zu einer Frontstellung des brasilianischen Generalstabchefs Pedro Aurélio de Góes Monteiro gegen Aranha, die vermutlich während der Verhandlungen um das Dementi erfolgte.
- 30 Die brasilianische Note vom 6. Oktober — vgl. Anm. 10 — mit ihrem deutlichen Bestreben, Deutschland als Verantwortlichen für die Entwicklung der Abberufungsfrage hinzustellen, traf während der Verhandlungen um das Dementi im Auswärtigen Amt ein.
- 31 An Noten sind zu nennen (PA, St. S. Brasilien; Pol IX 19 und 20): deutsche Note vom 5. Oktober, brasilianische Note vom 6. Oktober, deutsche Note vom 4. Januar 1939 und brasilianische Note vom 25. Januar 1939.
- 32 So führte die brasilianische Note vom 6. Oktober aus, daß erst die deutsche Weigerung, dem seit längerem vorgetragenen brasilianischen Wunsch nach Ablösung Botschafter Ritters nachzugeben, das offizielle brasilianische Ersuchen um Abberufung des Botschafters ausgelöst habe und deckte damit Botschafter Moniz de Aragão entgegen den mündlichen Ausführungen Aranhas von Levetzow gegenüber vom 5. Oktober.
- 33 Vgl. PA, Pol IX 19, Stellungnahme Ritters zu dem Erlaßentwurf des Referates Pol IX auf die brasilianische Note vom 6. Oktober und Erlaßentwurf Ritters an von Levetzow vom 5. Dezember 1938.
- 34 PA, Pol IX 19, Ausführungen Ritters zu dem Eingang Pol IX 1824/38 (brasilianische Note vom 6. Oktober) vom 24. Oktober 1938; Erlaß-

entwurf des Referates Pol IX von Ende Oktober 1938; Stellungnahme und Erlaßentwurf Ritters vom 5. Dezember 1938; Ausführungen Woermanns vom 13. Dezember 1938; Vermerk Staatssekretär von Weizsäckers vom 14. Dezember 1938; Erlaß an von Levetzow und Text einer Note an die brasilianische Regierung, datiert 23. Dezember 1938, Pol IX 1824/38, unterzeichnet von Woermann.

Das Referat Pol IX plädierte für eine mündliche Erwiderung auf die brasilianische Note vom 6. Oktober 1938 und für eine Beendigung der Auseinandersetzung um die Abberufung. Mit dieser Entscheidung scheint das Referat Pol IX bestrebt gewesen zu sein, von der ressentimentgeladenen Auseinandersetzung um die Abberufungsfrage wegzukommen und zu einer sachlichen Erörterung der durch die Nationalisierungsmaßnahmen aufgeworfenen Probleme in gelockerter Atmosphäre überzuleiten.

Es vermochte sich jedoch nicht gegenüber der Argumentation Ritters durchzusetzen, daß es nicht ratsam sei, Oswaldo Aranha die Möglichkeit einer abschließenden einseitigen Fixierung des brasilianischen Standpunktes in der Abberufungsfrage in schriftlicher und damit unangreifbarer Form zu bieten.

- 35 PA, Pol IX 20, Telegramme von Levetzows vom 17. Januar 1939, Nr. 6, Pol IX 105/39 und vom 23. Januar 1939, W VIII b 325/39.

- 36 Vgl. Schreiben von Levetzows an den Fürsten Bismarck vom 2. Januar 1939.

- 37 Vgl. Telegramme von Levetzows vom 17. und 23. Januar 1939.

- 38 PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 31. Januar 1939, Nr. 2077/38, Pol IX 225/39 (mit diesem Schreiben wurde die brasilianische Note vom 25. Januar an das Auswärtige Amt übersandt).

- 39 Die Aktenstücke über die Verhandlungen um die Neubesetzung der Botschafterposten finden sich in: PA, Pol IX 20 und St. S., Brasilien.

- 40 PA, Pol IX 20, Ausführungen LS von Schuberts vom Referat Pol IX vom 8. Februar 1939, bestimmt für den Fürsten Bismarck.

- 41 Hierzu vgl. auch Kap. III, 3.

- 42 In den internen Überlegungen des Auswärtigen Amtes wurde das Argument herausgestellt, daß eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen wünschenswert sei, um wieder offiziellen Zutritt zum Bundespräsidenten zu haben (dem Geschäftsträger war der Zutritt zum Bundespräsidenten verwehrt). Hinter diesem Argument standen die Bedenken gegen die 'Amerikahörigkeit' des brasilianischen Außenministers, dem der Bundespräsident als Gegenspieler gegenübergestellt wurde.

- 43 PA, Pol IX 20, Aufzeichnung Freytags über eine Unterredung mit dem brasilianischen Geschäftsträger am 25. Februar, datiert vom 27. Februar 1939, Pol IX 333/39.

- 44 Deutschland verlangte, daß Brasilien den ersten offiziellen Schritt tun müsse, fand sich jedoch im Verlauf der Verhandlungen zu Kompromissen bereit, die zwar der deutschen Forderung Genüge taten, gleichzeitig jedoch brasilianischen Empfindlichkeiten Rechnung trugen. Damit erleichterte Deutschland die Verhandlungen wesentlich.

- 45 PA, St. S., Brasilien, Aufzeichnung von Weizsäckers über die eine Unterredung mit dem brasilianischen Geschäftsträger vom 20. Mai 1939.

- 46 PA, Pol IX 19, Schreiben von Levetzows vom 31. Oktober 1938, Nr. B 5, Pol IX 1888.  
Góes Monteiro spielt in der Literatur über die Regierung Vargas von 1930—1945 eine große Rolle. Vgl. im einzelnen die im Literaturverzeichnis aufgeführte Literatur über die Regierung Vargas. Hervorgehoben werden soll hier nur Lourival Coutinho, O general Góes depõe... Rio de Janeiro, 3. Aufl. 1956.
- 47 Vgl. Kap. III, 2. — Seit längerem war eine Verleihung des „Verdienstordens vom Deutschen Adler“ an den Generalstabschef und andere höhere brasilianische Offiziere vorgesehen, die aufgrund der Entwicklung in den politischen Beziehungen jedoch zurückgestellt wurde.
- 48 PA, Pol IX 19, Schreiben des Auswärtigen Amtes an von Levetzow vom 30. November 1938, zu Pol IX 1888.
- 49 Vgl. Kap. II, 3. — Zu diesem Zeitpunkt liefen gerade die internen Auseinandersetzungen des Auswärtigen Amtes um die Beantwortung der brasilianischen Note vom 6. Oktober.
- 50 PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 6. Dezember 1938, Nr. M 2, Pol IX 2105.
- 51 Der Generalstabschef hatte seinerseits unter der Hand zu verstehen gegeben, daß er an einem Zusammentreffen mit von Levetzow interessiert sei, nachdem dieser Kontakte zu Untergebenen des Generalstabschefs angeknüpft hatte.
- 52 Weiterhin stellte von Levetzow als Positivum heraus, daß der General seinem Plädoyer für die Zweisprachigkeit der in Südbrazilien beheimateten Brasilianer deutscher Abstammung keinen Widerspruch entgegengesetzt hatte.
- 53 Vgl. im einzelnen: PA, Pol IX 20, Aufzeichnung des Referates Pol IX vom 15. Dezember 1938, mit den anschließenden Stellungnahmen von Bismarcks und Woermanns; Schreiben von Levetzows vom 10. Dezember 1938, Nr. M 5, Pol IX 2186; Schreiben von Levetzows vom 19. Januar 1939, Nr. M 5, Pol IX 194. Vgl. John W. F. Dulles, Vargas of Brazil, S. 196, S. 202, S. 204 f.
- 54 PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 24. Januar 1939, Nr. A 2/9 Geh., Pol IX 195.
- 55 Vgl. PA, Pol IX 19, Schreiben von Levetzows vom 25. Oktober 1938, Nr. B 5, vom 3. November 1938, Nr. 1628 2/38, Pol IX 1931, vom 14. November 1938, Nr. B 5, Pol IX 1982, vom 23. November 1938, Nr. B 16; Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 29. November 1938, Nr. B 5, Pol IX 2065, vom 5. Dezember 1938, Nr. B 5, Pol IX 2104, vom 19. Dezember 1938, Nr. B 5, Pol IX 2234/38, vom 21. Dezember 1938, Nr. B 5, Pol IX 2236, vom 2. Januar 1939 (Schreiben an den Fürsten Bismarck) und vom 17. Januar 1939, Nr. B 5, Pol IX 135 (Politischer Jahresbericht) (Chef AO 5).  
Pol IX 19, Meldung des DNB-Vertreters vom 23. November und Pol IX 20, Meldungen vom 11. Dezember und 13. Januar.
- 56 Vgl. PA, Pol IX 20, Schreiben vom 3. November 1938, Nr. Oa, Pol IX 2079/38 und Privatbrief an den Fürsten Bismarck vom 2. Januar 1939.
- 57 Vgl. Kap. III, 2.
- 58 Schreiben vom 25. Oktober und 3. November 1938 (vgl. Anm. 55). In dem sehr pessimistisch gestimmten Schreiben vom 25. Oktober hatte von

- Levetzow ein allgemeines Anwachsen der antideutschen Stimmung in Brasilien prophezeit, das auf das Zusammenspiel nationalistischer Strömungen, nordamerikanischer Einflußnahme, Druck von jüdischer und katholischer Seite und der Auswirkungen der zunehmenden politischen Spannungen in Europa zurückgeführt wurde.
- 59 Vgl. auch John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 196.
  - 60 Vgl. Kap. III, 3.
  - 61 Vgl. außer den genannten Schreiben vom 25. Oktober, 3. November und 21. Dezember (Anm. 55) zwei Schreiben von Levetzows vom 22. September 1938, Nr. B, Pol IX 1664 und vom 29. September 1938, Nr. B 7/12, Pol IV 7218/38, (PA, Pol IX 19).
  - 62 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 5, S. 737, Anm. 1.
  - 63 Vgl. John W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, S. 196.
2. Die Bedeutung der Abberufung, gemessen an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland
    - 1 PA, Pol IX 19, Abschrift f. d. A. Pol IX (Pol IX 1815), Aufzeichnung VLR Clodius vom 4. Oktober 1938. Die Aufzeichnung war für den Leiter der Handels(Wirtschafts)politischen Abteilung, den Stellvertretenden Leiter der politischen Abteilung, für Botschafter Ritter und für die Referate W VIII b und Pol IX bestimmt.
    - 2 Die folgende, sehr summarische Darstellung — vgl. die Ausführungen des Vorwortes zur Themenstellung der Arbeit — basiert auf den Bänden 1—3 der Handakten Clodius (PA). Eine detaillierte Untersuchung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland im Untersuchungszeitraum müßte sich weiterer einschlägiger Akten bedienen; für die Zwecke der vorliegenden Arbeit erschien jedoch eine Beschränkung auf die Handakten Clodius ausreichend. Hinweise auf Sekundärliteratur finden sich im Literaturverzeichnis.
    - 3 Vgl. neben den diesbezüglichen Aktenstücken in Bd. 1 der Handakten Clodius, Jayme de Barros, *A política exterior do Brasil, (1930—1940)*, Rio de Janeiro, 1941; S. 45 f. — Den Hintergrund der Verhandlungen um den Abschluß von Meistbegünstigungsabkommen bildeten Maßnahmen der brasilianischen Regierung um eine Zolltarifreform.
    - 4 Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Brasilien finden sich in Bd. 1 der Handakten Clodius.
    - 5 Der Text findet sich in den Handakten Clodius; er wurde im Januar 1932 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.
    - 6 Vgl. Jayme de Barros, *A política exterior*, S. 46 ff. Oswaldo Aranha e José Roberto de Macedo Soares, *A revolução e a América, O presidente Getúlio Vargas e a diplomacia (1930—1940)*, Rio de Janeiro, 1941, S. 67 und Handakten Clodius, Bd. 2, Presse-Communiqué der brasilianischen Regierung über den Abschluß der deutschbrasilianischen Wirtschaftsverhandlungen.
    - 7 Vgl. neben den diesbezüglichen Aktenstücken in den Handakten Clodius „Documents on German foreign policy“, 1918—1945, Series C, Vol. III, London 1959, Dokument No. 30, S. 74 f. und Dokument No. 492, S. 930 ff.



- 8 Für den Hintergrund dieser Bestrebungen und den Wandel der handelspolitischen Konzeption Deutschlands in der ersten Hälfte der 30er Jahre vgl. in „Documents on German foreign policy“, Series C, Vol III, Dokumente Nr. 13, S. 26 ff.; 169, S. 344 ff.; 175, S. 356 ff.; 207, S. 409 ff., insbesondere auch über den angestrebten Zahlungsmodus.
- 9 In einem Memorandum Kieps (Leiter der Delegation) vom 14. 2. 1935, RK. 1635, abgedruckt in „Documents on German foreign policy“ Series C, Vol III. No. 492, S. 930 ff., heißt es als Punkt 2 der Verhandlungsziele „To reactivate trade with Germany, which, owing to the German foreign exchange restrictions of June last, has in various places come to a complete standstill, by appropriate agreements and arrangements on the lines of the clearing and barter system.“ Vgl. *ibid.*, Nr. 13, Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 18. 6. 1934, e. o. W 4123. Vgl. hierzu die erklärenden Ausführungen des Auswärtigen Amtes vom 18. 6. 1937 in einem Telegramm Nr. 109 an die deutsche Botschaft in Washington, W VIII b S. A. 1937, Bd. 2 der Handakten Clodius.
- 10 Memorandum vom 14. Februar 1935.
- 11 Hierzu heißt es in einem Schreiben von Kulenkampff, Unterhändler in Lateinamerika, vom 9. Mai 1935 in den Handakten Clodius: „Brasilien erkennt den von deutscher Seite wohl parafierten, aber von brasilianischer Seite NICHT parafierten Vertrag nicht an, obwohl er de facto seit 6 Monaten in Kraft ist und für beide Teile gut gearbeitet hat, und obwohl der Banco do Brasil an die Reichsbank seinerzeit das Bestätigungskabel sandte, die Eröffnung des Verrechnungskontos betreffend. Die Erklärung seitens des Finanzministers liegt darin, daß, seit wir im Sept./Oktober 1934 hier verhandelten, der Kurs für den Milreis zum Pfund strlg. von 66 Milreis auf 85 Milreis heute gefallen ist im freien Markte, also die Devisenknappheit in Brasilien immer größer geworden ist, auch die Abkommen mit USA und England haben davor nicht retten können, und die eingefrorenen Schulden sind wahrscheinlich in dieser Zeit noch weiter gestiegen. In seiner Not greift der Finanzminister natürlich nach jedem Strohhalme, um Devisen irgendwie zu erhalten, und dazu ist ihm wohl jedes Mittel recht.“
- 12 Über die Verhandlungen vgl. im einzelnen die Bände 1 und 2 der Handakten Clodius. Das Hin und Her der Verhandlungen ist aufschlußreich, doch würde es hier zu weit führen, auf alle Etappen bis zum Noten- und Schriftwechsel vom 6. und 8. Juni 1936 einzugehen.
- 13 Diese Vereinbarungen stellten eine vorläufige Maßnahme bis zum Abschluß eines angestrebten Handels- und Schiffsverkehrsvertrages zwischen Brasilien und Deutschland dar.
- 14 Einigung wurde auch über die Auftauung der in Brasilien eingefrorenen deutschen Handelsforderungen in Höhe von 600.000 Pfund Sterling durch eine Auszahlung in Verrechnungsmark erzielt.
- 15 Vgl. den von Schmidt-Elskop mit Schreiben vom 17. Juni 1937, Nr. F 15/1-Sh 1, W VIII b S. A. 2000/37, Handakten Clodius Bd. 2, übermittelten „Bericht des mit der Prüfung des Handelsabkommens in der Form des Modus vivendi zwischen Brasilien und Deutschland betretenen Ausschusses“ vom 4. Juni 1937.
- 16 Aus der Fülle an Auslassungen zu diesem Thema im Bd. 2 der Hand-

akten Clodius seien zwei Telegramme herausgegriffen, die diesen ganzen Komplex exemplarisch beleuchten: Die ersten Verhandlungen zwischen Brasilien und Deutschland um die geplante 3monatige Verlängerung führten zu einer Ablehnung des brasilianischen Vorschlages von deutscher Seite mit dem gleichzeitigen Zugeständnis, den Warenverkehr nicht zu beeinträchtigen, wenn der bisherige Zustand de facto weiterlaufe. Auf diese Position bezieht sich der Eingang des im folgenden zunächst wiedergegebenen Telegramms Schmidt-Elskops vom 7. Juni 1937, Nr. 51, W VIII b S. A. 1783: „Habe Außenminister im Beisein B. C. die angeordneten Erklärungen abgegeben, stellte an die Spitze die heute eingegangene telefonische Weisung, daß wir de facto Zustand unter der Voraussetzung Gegenseitigkeit *einstweilen* bestehen lassen würden. Minister erwiderte, daß Brasilien den aufrichtigen Wunsch hätte, möglichst gegenwärtigen Zustand (ad infinitum) weiter bestehen zu lassen, aber handelspolitisch darauf Rücksicht nehmen müßte, daß Handel Brasiliens mit anderen Ländern nicht geschädigt würde. Hätte anfänglich beabsichtigt, Handelsabkommen zu kündigen, aber davon abgesehen, um jeden Anschein einer gegnerischen Einstellung zu Deutschland zu vermeiden. Fremden Einwendungen würde nur so weit Rechnung getragen werden, als sie tatsächlich berechtigt seien und nicht widerlegt werden könnten . . . Verlängerung de facto-Zustands hätte Nachteil, daß Handel nicht mit fester rechtlicher Basis rechnen könne und gegnerische Länder Grund zur Behauptung geben, daß Brasilien ohne rechtliche Verpflichtung bisherigen Handelsmodus fortsetzte. Nachdem andere Länder bereits zugesagt, vorschlage er daher Handelsabkommen oder de facto Zustand nach außen hin auf drei Monate schriftlich zu verlängern, gab mir aber formell Zusicherung, daß, wenn Verhandlungen dann nicht beendet, ein- oder mehrmals drei Monate verlängert werden würde. Kontingente müßten pro rata der Verlängerungszeit berechnet werden.“

Als zweites sei ein Telegramm der deutschen Botschaft in Washington vom 15. Juli 1937 zitiert, Nr. 155, Handakten Clodius, Bd. 2: „Der brasilianische Botschafter, der mir heute einen Höflichkeitsbesuch abstattete, brachte Rede darauf, daß Finanzminister Costa in den nächsten Tagen hier eintrifft, um verschiedene *schwebende Fragen* mit der amerikanischen Regierung zu *besprechen*. Es sei bestimmt damit zu rechnen, daß von amerikanischer Seite die Frage der Verlängerung des deutsch-brasilianischen Handelsvertrages aufgeworfen werden würde, da die Amerikaner sich durch diesen Vertrag diskriminiert und benachteiligt fühlten. Es sei zwar unrichtig, wie gelegentlich behauptet worden sei, daß die Amerikaner in dieser Frage mit Drohungen gearbeitet hätten, sie drängen aber stark, und er rechne damit, daß dieser Druck auch gegenüber Costa bei seinem Besuch hier zur Anwendung kommen werde. Die Lage brasilianischer Regierung sei nicht einfach, da die brasilianischen Produkte hier meistbegünstigt behandelt würden und Brasilien einen Ausfuhrüberschuß nach den Vereinigten Staaten in Höhe von etwa 70 Millionen Dollars jährlich habe. Trotzdem sprach Botschafter Zuversicht aus, daß es brasilianischen Unterhändlern gelingen werde, den amerikanischen Einwirkungen Stand zu halten, so daß deutsch-brasilianischer Handelsvertrag dann unverändert verlängert werden könnte . . .“

- 17 Der Notenwechsel wurde mit Schreiben vom 17. Juni, J. Nr. 855/37, W VIII b S. A. 1999 von der deutschen Botschaft nach Berlin übermittelt.
- 18 Eine detaillierte Untersuchung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland im Untersuchungszeitraum wird sich diesem Problem nicht verschließen können, dessen Reichweite durch die beiden unterschiedlichen Interpretationen: Wirtschaftsimperialismus der USA — vgl. die Aussagen des benutzten Quellenmaterials — resp. Wirtschaftsimperialismus Deutschlands — vgl. A. W. von Magnus, Die neue Phase der Monroedoktrin, S. 30 f. — als die bestimmenden Faktoren der Einflußnahme auf die brasilianische Handelspolitik umrissen wird.
- 19 Über den Gang der Verhandlungen vgl. Handakten Clodius, Bände 2 und 3. Vgl. auch Schreiben Ritters vom 28. April 1938, und die dort gegebene Interpretation der brasilianischen Haltung.
- 20 Die deutsche Lage angesichts dieser Forderung verdeutlicht ein Erlaß des Auswärtigen Amtes an die Botschaft vom 18. August 1937, Nr. 102, zu W VIII b S. A. 7695 II, Handakten Clodius, Bd. 2: „Wir können die Erklärung, daß ‚Deutschland keine *direkte* Subvention auf Ausfuhrwaren zahlt‘, mit gutem Gewissen eigentlich nicht abgeben. Zwar sind die für die Ausfuhrförderung aufgewandten Geldmittel auf die bekannte Selbsthilfeaktion der Industrie zurückzuführen. Tatsächlich hat die Reichsregierung auf die Verwendung dieser Geldmittel aber einen weitgehenden Einfluß.“
- 21 Vgl. Telegramm Ritters vom 12. Januar 1938, Nr. 5, Handakten Clodius, Bd. 3: „In mehreren Unterredungen mit Finanzminister, Botschafter Oswaldo Aranha und Barosa Carneiro ist es gelungen, Gegenseite von der letzten unmöglichen Formulierung Ziffer 8“ (Subventionsforderung)“ wieder abzubringen. Gegenseite hat sich jetzt auf die mit Bericht vom 2. Oktober 1937 F 15/1 Sh 1 bereits übersandte Formulierung zurückgezogen. Aus den Unterredungen entnehme ich Gewißheit, daß bessere Formulierung nicht durchsetzbar. Angesichts dieser Sachlage, empfehle ich heute trotz der in Erlaß vom 12. Oktober 1937 W VIII 3379 damals von mir selbst dargelegten Gegen Gründe Formel anzunehmen . . . Notwendigkeit Brasiliens, auf Vereinigte Staaten Rücksicht zu nehmen, verstärkte sich wegen finanzieller Schwierigkeiten und Wunsch neuer Kredite. Für bevorstehende Entscheidung Artillerieauftrags ist vorheriger Abschluß neuen Vertrags notwendig. . . . Fortdauer privater Subventionen Selbsthilfeaktion ist von Gegenseite in letzten Unterredungen nicht nur stillschweigend, sondern wiederholt ausdrücklich anerkannt worden. Gegenseite hat anerkannt, daß Brasilien eigenes Interesse an verbilligten deutschen Waren hat . . .“
- 22 Vgl. Handakten Clodius, Bd. 2, Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Rio de Janeiro vom 12. Oktober 1937, Nr. W VIII b S. A. 3379: „Es ist selbstverständlich das Ziel der Reichsregierung, wieder zu einer formellen vertraglichen Abmachung mit Brasilien zu kommen. . . . Das ist angesichts der großen Bemühungen, die die Reichsregierung in den letzten Jahren unternommen hat, um den Warenverkehr mit Südamerika im ganzen und mit Brasilien im besonderen zu entwickeln, eine Selbstverständlichkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wir bereit, auch weitgehende Konzessionen zu machen. Andererseits wird die Lage hier nicht so beurteilt, daß Deutschland einseitig der

empfangende Teil ist. Im Gegenteil glauben wir, daß Brasilien an der Aufrechterhaltung und weiteren Entwicklung eines geregelten Handelsverkehrs mit Deutschland wenigstens ebenso interessiert ist wie Deutschland. Unsere Konzessionen werden daher ein bestimmtes erträgliches Maß nicht überschreiten. Sollte mit diesen Konzessionen eine neue vertragliche Abmachung nicht zu erreichen sein, so sind wir auch bereit, einen vertragslosen Zustand in Kauf zu nehmen. Es wäre dann abzuwarten, was sich daraus für Folgen auch für Brasilien ergeben. Sollten die Verhandlungen jetzt zu einer vertraglichen Verständigung nicht führen, so wäre natürlich in erster Linie anzustreben, daß im Wege einer formlosen Abrede, wie es schon für die Zeit nach dem 5. September geschehen ist, vereinbart wird, daß die Abmachungen vom 6. Juni 1936 von beiden Seiten bis auf weiteres de facto eingehalten werden. Einen solchen de facto Zustand würden wir auf jeden Fall einem Vertrag vorziehen, bei dem wir Zusagen derart machen müßten, wie sie in Ziffer . . . des brasilianischen Schreibens verlangt worden sind.“

- 23 Vgl. im einzelnen Bd. 3 der Handakten Clodius und für die vorherliegenden Verhandlungen die beiden anderen Bände.
- 24 Vgl. Handakten Clodius, Bd. 3.
- 25 Naturgemäß ließ sich im Rahmen einer so summarischen Abhandlung des umfassenden Komplexes der deutschbrasilianischen Wirtschaftsbeziehungen, wie sie die vorliegenden Ausführungen darstellen, die Vielschichtigkeit der jeweiligen Interessen nicht fassen.
- 26 Vgl. Handakten Clodius, Bd. 3.
- 27 Vgl. Schreiben Ritters vom 21. Juni 1938, Hd 36/38: „Der Banco do Brasil leidet zur Zeit ziemlich unter Besorgnissen wegen des banktechnisch für ihn übergroßen Angebots an Verrechnungsmark. Darauf sind die gemeldeten wiederholten einseitigen Eingriffe des Banco do Brasil in die Geschäfte mit Verrechnungsmark zurückzuführen, und insbesondere die Einstellung des Ankaufs von Baumwollwechsell.“
- 28 Vgl. zum Folgenden John W. F. Dulles, Vargas of Brazil, S. 195. Vgl. Schreiben Ritters vom 23. Juni 1938, Hd 36/38, und Telegramm von Levetzows vom 6. September 1938, Nr. 142. Interessant sind die Ausführungen Ritters vom 23. Juni: „Allerdings bestehen hier auch Vermutungen, daß die letzten Eingriffe des Banco do Brasil nicht allein durch banktechnische Erwägungen und Ursachen veranlaßt sind. Es wird auch vermutet, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, nachdem es ihnen bisher auf anderen Wegen nicht gelungen ist, den Verrechnungsverkehr Deutschland-Brasilien zu unterbinden, dieses Ziel jetzt über den Banco do Brasil zu erreichen versuchen. Insbesondere soll dem Banco do Brasil auf den Druck der Vereinigten Staaten hin die Aufgabe gestellt worden sein, das Disagio zwischen Verrechnungsmark und freier Reichsmark etappenweise möglichst ganz verschwinden zu lassen. Falls der Banco do Brasil dieses Ziel wirklich verfolgen will, müßte ihm natürlich das durch unsere Ankaufspolitik planmäßig herbeigeführte große Angebot an Verrechnungsmark doppelt unbequem sein. Solange ein Überangebot an Verrechnungsmark besteht, hat er kaum die Möglichkeit, das Disagio verschwinden zu lassen. Gerade um dieses etwaige Ziel zu verhindern, sind von hier aus immer verstärkte Ankäufe empfohlen worden. Ich konnte eine Bestätigung aller dieser Vermutungen bisher

nicht erhalten und glaube auch vorläufig nicht daran. Richtig ist allerdings, daß die Vereinigten Staaten ihre Unzufriedenheit über die Handelspolitik Brasiliens neuerdings wieder verstärkt zum Ausdruck bringen. Diese neue Unzufriedenheit der Vereinigten Staaten wird dadurch hervorgerufen, daß sie feststellen müssen, daß Brasilien seine großen Staatsaufträge, wie Heeresartillerie, Zerstörer, Unterseeboote, Handelsschiffe für den Lloyd Brasileiro usw. nach Deutschland, England, Italien, Holland vergibt, während die Vereinigten Staaten eigentlich nur noch nach wie vor die Flugzeuglieferungen für das Heer und die Marine haben. Aber auch die frühere Monopolstellung der Vereinigten Staaten hierfür wird von anderen Staaten mehr und mehr mit Erfolg angegriffen.“

Während Ritter einer behaupteten Einmischung der Vereinigten Staaten skeptisch gegenüberstand, wurde diese in dem späteren Telegramm von Levetzows als Faktum vorgetragen: „Von Brasilienbank durchgeführte zeitweilige Einstellung Baumwolle und Kakao-Ausfuhr sind also durch die Bundesregierung auf amerikanischen Druck veranlaßte Maßnahmen.“

29 Vgl. u. a. Telegramm von Levetzows vom 27. September 1938, Nr. 151.

30 Vgl. Anm. 28, Ausführungen Ritters. Entsprechend auch Ritters Ausführungen vom 21. Juni (s. Anm. 27): „Für die Botschaft und für die deutsche Kaufmannschaft hier kommt diese Lage des Banco do Brasil nicht unerwartet. Diese Lage ist vielmehr durch die im Einvernehmen mit der deutschen Kaufmannschaft wiederholten Empfehlungen, die Ankäufe in Brasilien, insbesondere für notwendige Waren zu steigern, planmäßig herbeigeführt worden. Die damit verfolgten zwei Hauptziele sind inzwischen auch erreicht worden, nämlich, daß seit Wochen erstens den Einführern deutscher Waren Verrechnungsmark laufend in jedem angeforderten Betrag zugeteilt wird und zweitens Marksicherungen auf Termin im allgemeinen anstandslos durchgeführt werden. . . . Ein Nebenziel ist bis jetzt nicht erreicht worden, nämlich, daß der Banco do Brasil unter dem Druck seiner eigenen Verrechnungsmarkbestände den beiden deutschen Banken erlaubt, selbst wieder eigene größere Verrechnungsmarkbestände zu halten.“

31 Vgl. hierzu die Schreiben Ritters vom 21. und 23. Juni. Am 23. Juni schrieb Ritter: „Mein Schriftbericht vom 21. Juni ist jetzt aber dahin zu ergänzen, daß das, was ich dort nur für Kaffee vorgeschlagen habe, nämlich Bewilligungen für Kaffee vorläufig ganz einzustellen, jetzt vorläufig für alle Waren aus Brasilien zu gelten hat. Diese Schlußfolgerung ergibt sich von selbst, solange der Banco do Brasil seine neueste Anordnung aufrecht erhält. Brasilien kann sich darüber daher auch nicht beschweren. Außerdem halte ich es aus taktischen Gründen für notwendig, daß die Nachfrage aus Deutschland zunächst einmal auf alle Waren aufhört. Ich nehme an, daß sich daraus sehr schnell eine für Deutschland günstige Wirkung in den hiesigen Ausfuhr-Kreisen ergibt.“

Vgl. auch Aufzeichnung über eine Unterredung des Leiters der Handels-(Wirtschafts-)politischen Abteilung mit dem brasilianischen Botschafter vom 21. Juli 1938.

32 Vgl. Telegramm Ritters vom 20. Juli 1938, Nr. 125, und Weisung des Auswärtigen Amtes vom 23. Juli 1938, zu W VIII b 2216 II, die unter

anderem den bezeichnenden Satz enthält: „Ressortbesprechung ergab Einigkeit, daß Ernst unserer Versorgungslage Entspannung handelspolitischer Beziehungen mit Brasilien geboten erscheinen läßt...“

- 33 Der Banco do Brasil hatte im September den Verrechnungsverkehr erneut infrage gestellt.
- 34 Telegramm von Levetzows vom 18. Oktober 1938, Nr. 168.
- 35 Dieses Bestreben fand sich auch auf deutscher Seite.
- 36 Vgl. Schreiben vom 15. Dezember 1938, zu W VIII b 3900: „Durch die brasilianische Note vom 1. Dezember 1938 ist ein *modus vivendi* mit Wirkung vom 6. September 1938 zustande gekommen, der trotz seiner einschränkenden Bedingungen einen erheblichen Fortschritt darstellt. Wie sich aus Punkt 3 der Note ergibt, befürchtet Brasilien auch weiterhin zu starke deutsche Käufe und will daher die brasilianischen Käufe in Deutschland (nach argentinischem Muster) als bestimmend für den Umfang des Warenaustausches angesehen wissen. Hierüber soll alljährlich eine gegenseitige Abstimmung erfolgen.  
Herr von Levetzow glaubt, in der halbjährlichen Befristung den Wunsch nach baldigem Abschluß eines langfristigen Handelsvertrages erblicken zu sollen.“

### 3. Abberufung und Nationalisierung

- 1 Vgl. die verschiedenen in Kapitel III, 1 zitierten Berichte.
- 2 Berichterstattung der Botschaft; Darlegungen des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ in seinem Rundbrief; Auslassungen des DAI im „12-Uhr Nachrichtendienst“, im „Außendeutschen Wochenspiegel“ und in verschiedenen anderen Zusammenstellungen, alle in dem Bestand BA, R 57 Zg. 1961, DAI-Akten.
- 3 Vgl. insbesondere „Rundbrief“, (Januar — Mai 1939) 22—24.
- 4 Vgl. die Bestimmungen zum Schulwesen in Rio Grande do Sul von Ende 1938 wiedergegeben im „Rundbrief“, (März 1939) 23, die ein Angleichen an die Haltung der anderen Staaten des Südens brachten.  
Über den Fortgang der Nationalisierung bis zum Jahre 1940 berichtet zusammenfassend Karl Heinrich Oberacker in BA, R 57, DAI 804. Vgl. Mauricio Wellisch, *Legislação sobre estrangeiros*, versch. Seiten, über die weitere Gesetzgebung zur Nationalisierung. Hier verdient insbesondere das „decreto-lei n. 1.545“ vom 25. August 1939 Beachtung mit seinem Bemühen um Zusammenfassung aller Instanzen des Landes zur Intensivierung der Nationalisierung der Nachkommenschaft der verschiedenen Einwanderergruppen („*descendentes de estrangeiros*“). Der 1. Artikel dieses Dekrets faßt die Zielsetzung des Erlasses zusammen. (op. cit., S. 217): „Art. 1.º Todos os órgãos públicos, federais, estaduais e municipais, e as entidades paraestatais são abrangidos, na esfera de sua competência e nos termos desta lei, a concorrer para a perfeita adaptação, ao meio nacional, dos brasileiros descendentes estrangeiros. Essa adaptação far-se-á pelo ensino e pelo uso da língua nacional, pelo cultivo da história do Brasil, pela incorporação em associações de caráter patriótico e por todos os meios que possam contribuir para a formação de uma consciência comum.“

- 5 PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 28. Dezember 1938, Nr. K 2/1, Pol IX 10 mit, einer Vielzahl von Anlagen.
- 6 Die gesetzlichen Bestimmungen vom Dezember 1938 knüpften an Bestrebungen von Mitte 1938 an, die Einzelmaßnahmen blieben. Vgl. Schreiben des deutschen Konsulats in Florianópolis, 12. Dezember 1938, J. Nr. 1344/38, Anlage des Schreibens von Levetzows vom 28. Dezember 1938. Über die gesetzlichen Bestimmungen von Ende 1938 vgl. das Schreiben von Levetzows vom 28. Dezember und seine Anlagen und Schreiben des deutschen Konsulats in Florianópolis vom 30. Dezember 1938, J. Nr. 1344 II/38, von der Botschaft mit Schreiben vom 18. Januar 1939, Nr. K 2/1, Pol IX 136 an das Auswärtige Amt übersandt (Pol IX 20).
- 7 Vgl. PA, Pol IX 20, Schreiben des Konsulats in Florianópolis, 10. März 1939, Nr. 1344 III/38, mit Schreiben vom 30. März 1939, Nr. K 2/1, Pol IX 595, von der deutschen Botschaft an das Auswärtige Amt übersandt.
- 8 Vgl. PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 28. Dezember und weitere Schreiben vom 9. März 1939, Nr. K 2/1, Pol IX 438 und vom 30. März 1939, Nr. K 2/1 Pol IX 595.
- 9 Vgl. Schreiben Konsul Steiners vom 16. März 1939, Nr. 1344 IV/39, Anlage des Schreibens von Levetzows vom 30. März 1939. Konsul Steiner konnte berichten, daß in den Munizipien Florianópolis und Blumenau ergänzende Verfügungen erlassen worden seien, die vorsahen, daß Gräber von Ausländern von den bisherigen Bestimmungen auszunehmen seien. Über etwaige weitere modifizierende Gesetzesverfügungen fanden sich in den Quellen keinerlei Hinweise.
- 10 Neben dem Vorgehen gegen die Grabinschriften waren erneute Verhaftungen und andere Maßnahmen zu verzeichnen.
- 11 Es scheint, daß von Levetzow dem Gedanken einer Anwendung wirtschaftlicher Repressalien nicht abgeneigt und eher bereit war, Bedenken in diesem Bereich beiseitezuschieben, als seinerzeit Botschafter Ritter, der als Sachverständiger naturgemäß ein besonders enges Verhältnis zu dem Bereich der Wirtschaft besaß. (Vgl. Schreiben Ritters vom 28. April)
- 12 Anfrage Freytags vom 4. Januar 1939 an W VIII b, Kult E, Referat Deutschland, R (PA, Pol IX 20).
- 13 PA, Pol IX 20, Stellungnahme des Referates W VIII b mit Randbemerkung Clodius vom 6. Januar 1939.
- 14 Stellungnahme Schumburgs vom Referat Deutschland vom 27. Januar 1939, PA, Pol IX 20.
- 15 Diese Überlegung spielte in der Ablehnung des Ritterschen Vorschlages von seiten des Auswärtigen Amtes eine Rolle.
- 16 Vgl. Telegramm von Cossels vom 10. Februar 1938, i. A. PA, Chef AO 5, Telegramm Nr. 17.
- 17 PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 3. November 1938, Nr. O a, Pol IX 2079/38.
- 18 Dieses Moment spielt in der Berichterstattung von Levetzows vom Winter 1938/39 eine große Rolle. Vgl. außer dem mehrfach zitierten Privatbrief an den Fürsten Bismarck Ausführungen von Levetzows vom 26. Oktober 1938, Nr. B 5, Pol IX 2071, PA, Pol IX 20.
- 19 Schreiben von Levetzows vom 3. November 1938.

- 20 In seinen Ausführungen betonte von Levetzow, daß eine „Wiederherstellung des Zustandes“, wie er vor Beginn der Nationalisierungswelle in Brasilien geherrscht habe, auch nach einem Regierungswechsel unwahrscheinlich sei.
- 21 Vgl. Günter Lachmann, Der Nationalsozialismus in der Schweiz, passim, auch Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 509 ff.
- 22 Für die Schweizer war nach Lachmann wichtig, daß Bibra Diplomat war.
- 23 Von grundsätzlicher Bedeutung sind die einleitenden Ausführungen dieser Passage: „Um einem Wunsche Brasiliens entgegenzukommen, die brasilianische Jugend in gemeinsamen Schulen zu erziehen und damit rassenmaessige Gegensätze durch Einschulung in verschiedene nationale Schulen zu vermeiden, stimmt Deutschland dem Gedanken zu, dass auch die deutsche Jugend nur brasilianische Schulen besucht.“
- 24 PA, Pol IX 20, Stellungnahmen des Referates Kult S und der Referate Kult A und S am 1. und 5. Dezember; die letztere Stellungnahme wurde vom Leiter der Kulturpolitischen Abteilung unterzeichnet. — Die Kulturpolitische Abteilung äußerte sich strikt ablehnend zu den Vorschlägen von Levetzows zur Schul- und Vereinsfrage.
- 25 PA, Pol IX 20, Schreiben der Volksdeutschen Mittelstelle, 1. Februar 1939, AZ I 22 t — 1080 — R/Ja, Pol IX 230. — Die Volksdeutsche Mittelstelle bewies eine entgegenkommende Haltung und äußerte allein in der Schulfrage Bedenken gegen die Vorschläge von Levetzows. Die Volksdeutsche Mittelstelle dachte ihrerseits an eine Wiedereinführung des Unterrichts in deutscher Sprache in Gegenden starker deutscher und deutsch-brasilianischer Ansiedlung und in den Metropolen São Paulo und Rio der Janeiro als anzustrebendes Ziel.
- 26 PA, Chef AO 5, Telegramm der Auslandsorganisation der NSDAP, unterzeichnet von Alfred Heß vom 15. Februar 1939, Nr. 22, und PA, Pol IX 20, Schreiben der Auslandsorganisation der NSDAP vom 9. März 1938, unterzeichnet von Alfred Heß.
- 27 PA, Pol IX 20, Telegramm von Cossels vom 10. Februar 1939, Nr. 17, und Schreiben von Levetzows vom 11. Februar 1939, Nr. 0a, Pol IX 323. Im Gespräch war auch eine Nachahmung der Verhältnisse in Holland, über die sich erste Hinweise in PA, Ref. Dtschl./Inl. II A/B, 82—02, finden.
- 28 Vgl. PA, Pol IX 20, Schreiben von Levetzows vom 5. Dezember 1938, Pol IX 2104 und vom 11. Februar 1939, die verdeutlichen, daß von Levetzow eine grundsätzliche Erörterung der Frage der Deutschtumspolitik bereits gegen Ende des Jahres 1938 in Brasilien mit Erfolg anregte.
- 29 Heß regte eine Abgabe der Note der Auslandsorganisation von Mitte 1938 an, stieß jedoch mit diesem Vorschlag in Rio de Janeiro auf keine Gegenliebe; vgl. PA, Chef AO 5, Telegramm aus Rio de Janeiro vom 17. Februar 1938, Nr. 20.
- 30 In der Schulfrage berührte sich die Auffassung der Auslandsorganisation der NSDAP mit der der Volksdeutschen Mittelstelle; die positivste Beurteilung erfuhren — wie allgemein — die Vorschläge zum Vereinswesen.
- 31 Nach einer Darlegung der Situation in der Schweiz heißt es in dem



Schreiben wörtlich: „In der Schweiz ist also unser grundsätzlicher Rechtsstandpunkt, daß gegen das Bestehen der NSDAP keine Einwendungen erhoben werden können, anerkannt worden. Wenn es gelänge, in Brasilien de facto einen gleichen Zustand herzustellen, wäre dies zweifellos erwünscht. Es geht aber nicht an, daß in einem offiziellen Vertrag zwischen Deutschland und Brasilien die NSDAP in dem beschränkten Umfang zugelassen wird, wie sie in der Schweiz arbeiten kann, denn von uns ist der Zustand in der Schweiz keineswegs als berechtigt anerkannt worden, vielmehr ist durch diplomatischen Notenwechsel seinerzeit ausdrücklich Protest dagegen eingelegt worden. Die Auslands-Organisation sieht in dem Zustand, wie er heute in der Schweiz gegeben ist, keine endgültige Lösung. Zu einem geeigneten Zeitpunkt werden erneut Verhandlungen mit diesem Staat aufgenommen werden, um die alte Organisationsform wieder durchzusetzen. Eine vertragsmäßig beschränkte Zulassung der Partei würde sicherlich von anderen Staaten als Anlaß genommen werden, in ähnlicher Weise wie Brasilien gegen die Gruppen der Partei vorzugehen. Deutschland könnte sich dann in solchen Fällen nur schwer weigern, eine der brasilianischen ähnliche Lösung ebenfalls anzunehmen.“

- 32 Vgl. Günter Lachmann, Der Nationalsozialismus in der Schweiz, S. 30, S. 75.
- 33 Das Festhalten der Auslandsorganisation der NSDAP an den in Brasilien geborenen Nachkommen deutscher Staatsangehöriger zeigte sich u. a. in der Forderung nach einer den brasilianischen Gesetzen angepaßten Jugendorganisation für die deutsch-brasilianischen Jugendlichen, die sich nach dem Vorbild der HJ auszurichten hätte — also nach einer Nachfolgeorganisation des Deutsch-Brasilianischen Jugendringes. In diesem Zusammenhang tauchte auch der Vorschlag auf, werdenden Müttern die Möglichkeit zu verschaffen, sich während der Entbindung in einem anderen Staat oder auf einem deutschen Schiff zu befinden, um das Problem der doppelten Staatsangehörigkeit zu umgehen.
- 34 Die Verhandlungen der „Ibero-Amerika Konferenz“ von 1939 finden sich in dem Aktenband PA, St. S. Amerika, April 1939 — Mai 1940, Sdh. 1, im folgenden verkürzt als St. S., Amerika zitiert.
- 35 St. S., Amerika, Runderlaß von Weizsäckers, 21. April 1939, Pers. H. 3462.
- 36 Vgl. St. S., Amerika, Entwurf für die Ansprache Reichsaußenminister von Ribbentrops zur Eröffnung der Konferenz: „Ich brauche nicht näher auszuführen, daß das nationalsozialistische Deutschland früher oder später auf ernste Auseinandersetzungen gefaßt sein muß. Für den deutschen Enderfolg, an dem kein Zweifel bestehen kann, ist es von wesentlicher Bedeutung, daß die lateinamerikanischen Staaten dem Druck Nordamerikas und Englands nicht nachgeben, also im Ernstfall nicht auf der Seite unserer Gegner stehen.“
- 37 In einem der Entwürfe für die Eröffnungsansprache von Ribbentrops heißt es: „Es muß daher geprüft werden, ob und ggf. welche Fehlkonstruktionen in der Deutschtumsorganisation vorhanden sind. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die Deutschtumsfrage eher eine Belastung als ein Aktivum für unsere gesamte Politik darstellt.“
- 38 Arthur W. von Magnus, Die neue Phase, S. 71 f.; Friedrich Katz, Einige

Grundzüge der Politik, S. 27; Klaus Kannapin, Zur Politik der Nazis, S. 92 f.; Wolfgang Schallock, Lateinamerika und die Rundfunkpropaganda der Nazis in Theorie und Praxis, Berlin 1966, S. 161.

Aufbau und Zielsetzung der Auslandsorganisation der NSDAP bis 1938 analysiert detailliert Hans-Adolf Jacobsen in seiner umfassenden und grundlegenden Studie zur „Nationalsozialistischen Außenpolitik 1933—1938“, S. 90 ff. (siehe auch S. 495 ff.). Jacobsens Ausführungen sind zum Verständnis des Hintergrundes des im folgenden Ausgeführten wesentlich.

- 39 Vgl. Friedrich Katz, Einige Grundzüge der Politik, S. 22, S. 26 ff.; Klaus Kannapin, Zur Politik der Nazis, S. 82, S. 88 ff. Auch Arthur W. von Magnus, Die neue Phase der Monroedoktrin, S. 71, befaßt sich mit der „Ibero-Amerika-Konferenz“ von 1939, die er als „entscheidend“ für die „Entwicklung der Auslandsorganisation in Lateinamerika“ bezeichnet, ohne daß deutlich wird, was unter entscheidend verstanden wird. Von Magnus wird der Konferenz in keiner Weise gerecht.
- 40 Vgl. die Ausführungen in Kap. II, 3 zu dem Aufsatz von Katz.
- 41 Kannapin stellt als weiteres Moment die Verstärkung der Propagandatätigkeit heraus.
- 42 St. S. Amerika, Protokoll über die Sitzung vom 12. Juni 1939. Hierzu vgl. auch Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 103 f., S. 105 f., S. 134 f.
- 43 Aufzeichnungen des Referates Pol IX, der Missionschefs und Hoheitsträger, bzw. der Vertreter der Zentrale der Auslandsorganisation der NSDAP (die für nicht anwesende Hoheitsträger einsprangen) über die Verhältnisse in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern verdeutlichen die Dringlichkeit des Versuches des Auswärtigen Amtes, eine Neuorientierung der Deutschumpolitik in Lateinamerika herbeizuführen. Aus den Aufzeichnungen ergibt sich ein Bild mannigfacher Verbote und Einschränkungen, die in Brasilien einen Kulminationspunkt fanden, sich aber auch in anderen Ländern klar abzeichneten.  
Vgl. Aufzeichnung des Referates Pol IX, die vom 23. Mai 1939 datiert und von Freytag über Dg. Pol, U. St. S., St. S. dem Reichsaußenminister wunschgemäß vorgelegt wurde. Diese Aufzeichnung umspannte die Lage der Reichs- und Volksdeutschen in allen lateinamerikanischen Ländern und trug die Auffassung des Referates über die einzuschlagende Neuorientierung der Deutschumpolitik vor (St. S., Amerika).  
Vgl. ferner: Aufzeichnungen der Missionschefs und Hoheitsträger bzw. Vertreter der Zentrale der Auslandsorganisation der NSDAP, die im Anschluß an die erste Sitzung verfertigt wurden (St. S., Amerika) und PA, Chef AO 89, „Stellungnahme der AO der NSDAP zu dem Fragebogen des Auswärtigen Amtes vom 4. 5. 1939“ vom 17. Mai 1939. Der „Fragebogen“ des Auswärtigen Amtes stand im Zusammenhang mit der geplanten Ibero-Amerika Konferenz. Seine Angaben sind in die Aufzeichnung des Referates Pol IX mit eingeflossen. — Zum Vergleich siehe Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 125 ff. über die Stellung des Auswärtigen Amtes (insbesondere von Neuraths) zur Auslandsorganisation der NSDAP im Jahre 1936.
- 44 Es handelt sich um die in Anm. 43 zitierte Aufzeichnung, die der Reichsaußenminister Mitte April angefordert hatte.

- 45 Vgl. St. S., Amerika, Ausführungen Botschafter Thermanns vom 13. Juni 1938 und die Weisungen von Weizsäckers vom 14. April.
- 46 Über diese Aufzeichnung hinaus fixierte das Referat Pol IX seine Vorstellungen in einem „Sofort-“ und einem „Auf-lange-Sicht-Programm.“ Von besonderem Interesse sind die Zahlenangaben der Aufzeichnung, die auf Angaben der AO der NSDAP vom 17. Mai fußten. Für die Gesamtheit der lateinamerikanischen Staaten wird eine Anzahl von 1 000 000 Volksdeutschen, 195 000 Reichsdeutschen und 7960 Parteimitgliedern festgestellt. Diese Angabe wird ergänzt durch entsprechende Aufschlüsselungen für die einzelnen lateinamerikanischen Staaten, die ein teilweise variierendes Bild ergeben, insgesamt aber geeignet waren, die Diskrepanz zwischen dem zahlenmäßigen Verhältnis von Parteimitgliedern, Reichsdeutschen und Volksdeutschen und den Auswirkungen der nationalsozialistischen Betätigung für die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen zu verdeutlichen.
- 47 Botschafter von Thermann hatte am 9. Mai in einem Schreiben an Staatssekretär von Weizsäcker ausdrücklich auf die Besprechung hingewiesen (St. S., Amerika).
- 48 Nativistisch meint hier nationalistisch.
- 49 Im Unterschied zu der Aufzeichnung der Missionschefs bezog sich der Vorschlag von Pol IX ausschließlich auf die lateinamerikanischen Befürchtungen und formulierte dementsprechend den Fragenkreis in abweichender Form (vgl. Kapitel II, 4).
- 50 Die Vorschläge des Referates Pol IX bezogen sich auf die derzeitige Gestaltung der faschistischen Auslandsgruppen.
- „a) der amtliche Auslandsvertreter ist zugleich Vertreter des faschistischen Regimes.
  - b) Die Fascio-Sekretäre werden vom Generalsekretär des 'Fascio al estero' in Übereinstimmung mit dem lokalen amtlichen Vertreter ernannt. Der Generalsekretär ist gleichzeitig Leiter der 'Generaldirektion der Italiener im Ausland' und als solcher Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt.
  - Die Fascio-Sekretäre arbeiten im Ausland mit den amtlichen Vertretern zusammen in 'collaborazione subordinata'. Sie bedürfen zur Ausübung ihrer Tätigkeit des Vertrauens des zuständigen amtlichen Vertreters.
  - c) Aufgabe des Fascio im Ausland ist Betreuung der Landsleute und Durchführung kultureller Aufgaben (Unterhaltung der Schulen, Sprachkurse etc.).
  - d) Die Fascio-Sekretäre berichten über ihre Arbeitsgebiete direkt an den Generalsekretär unter Überlassung eines Berichtsdurchschlages an den amtlichen Vertreter.
  - e) Italienischen Auslandsbeamten ist es untersagt, Angehörige des lokalen Fascio zu sein oder ein Amt bei diesem zu bekleiden.“
- Vgl. die Ausführungen von Thermanns vom 7. Juni 1938, abgedruckt in „Akten . . .“, Serie D, Bd. V, S. 721, Dok. 1306 Schreiben des Botschafters vom 7. Juni 1938, Pol IX 1007. Thermann schreibt zur Organisation des Fascio in Argentinien:
- „Die Organisation der faschistischen Partei in Argentinien ist nicht juristische Person. In ihrer gesamten Tätigkeit ist sie so aufgezogen, daß

sie von argentinischer Seite lediglich als eine Wohltätigkeits- und Kulturorganisation betrachtet wird. Sie betreibt in keiner Weise irgendwelche politische Propaganda, auch nicht innerhalb der eigenen italienischen Kolonie. Der Chef der Faschisten-Partei in Argentinien ist von der römischen Zentrale angewiesen, sämtliche Weisungen des italienischen Botschafters zu befolgen. Tut er dies nicht, so würde er auf Meldung des Botschafters hin seines Amtes enthoben werden.“ Vgl. auch Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik*, S. 125 ff., insbesondere S. 126.

- 51 Auf der Besprechung der Missionschefs war die Frage der Nachahmung des italienischen Beispiels in anscheinend allgemeinerer Form gleichfalls erörtert worden, ohne zu konkreten Forderungen zu führen. Ein Niederschlag dieser Überlegungen ist allein in der Forderung des Primats außenpolitischer Gesichtspunkte vor denen der Partei zu verspüren.
- 52 In den weiteren aufgeführten Punkten (Jugendgruppen, Volksdeutsche, Doppelstaatler, Privatschulwesen, Rückwanderung), die für die Deutschumpolitik von Bedeutung waren, deckten sich die Ausführungen von Pol IX weitgehend mit denen der Missionschefs vom Juli 1938.
- 53 Friedrich Katz, *Einige Grundzüge der Politik*, S. 27 f., S. 32.
- 54 Die Überlegungen des Auswärtigen Amtes vor Beginn der Besprechung werden komprimiert in verschiedenen Entwürfen für eine beabsichtigte Begrüßungsansprache Reichsaußenministers von Ribbentrop auf der ersten Sitzung wiederholt, die dann jedoch nicht stattfand. Neben der ausdrücklichen Forderung des Primats der außenpolitischen Gesichtspunkte und der Vertreter des Auswärtigen Amtes vor den Parteibelangen und den Hoheitsträgern in Lateinamerika wird die Tätigkeit der Auslandsorganisation der NSDAP unmißverständlich angeprangert (vgl. Anm. 37).
- 55 PA, Unterstaatssekretär, Latein-Amerika, 31.
- 56 Diesen Vorschlag trug sinngemäß Schlimpert in seiner Aufzeichnung über die Verhältnisse in Brasilien vor in genauer Entsprechung der Darlegungen der Aufzeichnung von Pol IX.
- 57 Am 13. Juni fand eine Sitzung der Missionschefs statt, die sich mit der Problematik der Presse- und Propagandatätigkeit auseinandersetzte. Es wird deutlich, daß in diesem Bereich der Kompetenzenstreit mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda besondere Bedeutung besaß. Über die Frage der deutschen Propagandatätigkeit in Lateinamerika vgl. die verschiedenen Aufsätze in „Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933—1943“, Berlin 1966.
- 58 Eine Variante boten die Ausführungen des Gesandten Rüd von Kollenberg über die Lage in Mexiko, die sich gegen die allseitig vertretene Auffassung der Notwendigkeit einer Trennung von Reichs- und Volksdeutschen mit dem Hinweis wandte, daß die strikte Durchführung dieses Prinzips für die Gruppe der in Mexiko lebenden Deutschen und Mexikaner deutscher Abstammung nachteilige Folgen zeitigen würde. Dieser Einwand des Gesandten aus Mexiko ist auf dem Hintergrund der bisher ungestörten Deutschumpolitik in diesem Land zu sehen (Aussagen Rüd von Kollenberg).
- 59 Bohle gab zu, daß nicht der Hoheitsträger, sondern der Reichsvertreter die Verantwortung für die außenpolitischen Fragen trage und somit das

Recht besitze, einzugreifen, wenn Belange der Außenpolitik in Leidenschaft gezogen wurden — grenzte dieses Zugeständnis jedoch anschließend mit seinen Ausführungen zum Vetorecht wieder ein. In seinen abschließenden Äußerungen griff von Weizsäcker diese Aussage Bohles auf und stellte sie als Anerkennung des „Primats der Außenpolitik“ heraus.

- 60 Vgl. Wolfgang Schallock, Lateinamerika und die Rundfunkpropaganda, S. 161.
- 61 Vgl. die folgenden Ausführungen zur Frage der Trennung von Reichs- und Volksdeutschen.
- 62 Vgl. PA, Ref. Dtschl./Inl. II A/B, 82—00 B, Schreiben Lammers vom 19. März 1936, P. K. 3026/36 und Günter Lachmann, Der Nationalsozialismus in der Schweiz, S. 42. — Siehe auch Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 119 ff.
- 63 Bohle schloß zumindestens die Möglichkeit einer Übernahme dieser Tätigkeiten von anderer Stelle — also der Missionen — unter maßgeblicher Beteiligung der Partei nicht aus und kam damit den Überlegungen des Auswärtigen Amtes entgegen, die eine Einbeziehung der Sachreferenten der Partei in die Pressearbeit mit in Erwägung zogen.
- 64 Nach den Darlegungen von Thermanns hatte sich Bohle 1938 auf ein Vetorecht der erstgenannten Art eingelassen; eine Ausführung, die von Bohle dahingehend korrigiert wurde, daß ein derartiges Vetorecht — wenn auch nicht immer klar ausgesprochen — seit Beginn der Betätigung der Auslandsorganisation anerkannt worden sei. Die Darlegungen von Thermanns und Bohles erfahren eine Ergänzung durch die Ausführungen des Gesandten Büsing aus Paraguay, der in seiner Aufzeichnung betonte, daß die Weisung des Primats der Außenpolitik und des Vetorechts des Reichsvertreters bisher nicht nach Asunción gelangt sei.
- 65 Aufzeichnung Bohles vom 12. Juni 1938. Nachdem zunächst das Primat der Außenpolitik anerkannt worden war, heißt es:  
„Um diese Selbstverständlichkeit noch zu unterstreichen, schlage ich vor, über das Primat der auswärtigen Politik folgenden Satz als oberstes Gesetz für die Auslandsgruppen der NSDAP zu prägen:  
Der Missionschef hat gegenüber der Partei ein Einspruchsrecht mit auf-schiebender Wirkung hinsichtlich aller Maßnahmen der Partei, die nach seiner Auffassung außenpolitisch unerwünscht oder schädlich sind. Hier-in liegt für jeden Missionschef die Möglichkeit, sich entsprechend einzu-schalten.“  
und  
„Um der Stellung der NSDAP als Trägerin des Staates und als der vom Führer mit der Menschenführung beauftragten Organisation gerecht zu werden, ist es notwendig, daß die Behördenleiter auf dem Gebiete der auslandsdeutschen Arbeit keine Maßnahmen treffen oder durchführen, ohne das Einverständnis des Hoheitsträgers herbeigeführt zu haben. Ist ein solches Einverständnis nicht zu erzielen, so müssen die geplanten Maßnahmen dem Chef AO im Auswärtigen Amt als der von dem Führer mit der Leitung und Bearbeitung aller Angelegenheiten der Reichs-deutschen im Ausland beauftragten Stelle zur Entscheidung vorgelegt werden.“
- 66 Vgl. St. S., Amerika, Weisung an den Leiter der Wirtschaftspolitischen

Abteilung vom 28. Juni 1939 und Aufzeichnung Wiehls vom 30. Juni 1939, wie Weisung an Staatssekretär von Weizsäcker vom 17. und 18. August 1938 und daran anschließende Erwiderung von Weizsäcker vom 18. August 1938.

Zur Verdeutlichung des Gesagten sei hier die Aufgliederung des Bereiches Exportförderung wiedergegeben, sie umfaßte: „Erteilung von Handelsauskünften, Ausmerzung jüdischer Vertreter, Ausbau des Vertreternetzes (eine bereits 110 000 Karten umfassende, sehr gut eingerichtete Vertreterkartothek wurde mit gezeigt), Kontrolle des Ausfuhr-eifers deutscher Firmen; Unterbindung gegenseitiger Unterbietung deutscher Firmen; Verhütung mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Ausfuhrförderungen usw.“. Vgl. auch Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 155 ff.

67 Vgl. die Besprechungen über die Lage in Argentinien vom Juli und September 1938, PA, Chef AO 89. Hierzu siehe auch Klaus Kannapin, Zur Politik der Nazis, S. 88 ff.

68 Wörtlich führt Sandstede aus: „Die Argentinische Regierung sieht in eben dieser Absonderung einen bewußten Widerstand gegen die von den Neuländern betriebene Assimilationspolitik. Dieser neue Gesichtspunkt läßt das Problem der Betreuung der Volksdeutschen in einem völlig neuen Licht erscheinen; während früher bewußt Wert gelegt wurde auf eine Trennung in der Betreuung von Reichs- und Volksdeutschen, muß diese heute bewußt vermieden werden.“

Zeissig bezog sich in seinen Ausführungen auf den „Deutschparaguayischen Volksbund“ und den „Deutschen Schulverband“, in denen die Partei seit Jahren das gesamte Deutschtum in Paraguay — Reichs- und Volksdeutsche — zusammengefaßt habe. Eine Trennung zwischen diesen beiden Gruppen sei hier unterblieben, „weil die Paraguayer in einer solchen Maßnahme ein offenes Entgegenarbeiten gegen den gewünschten Assimilierungsprozeß der im Lande befindlichen Volksdeutschen erblicken würde.“

69 St. S., Amerika.

70 Diese Ausführungen sind im Zusammenhang einer früheren Passage zu sehen, die besagt: „Die Reichsregierung hat ein wesentliches Interesse daran, diese Staaten für einen etwaigen Kriegsfall wieder zu aktiven Partnern für die Politik der Isolierung Nordamerikas zu gewinnen.“

Vgl. Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau. Leoni a. Starnberger See 1953, S. 127 f., und die dort ausgesprochene Kritik an der Auslandsorganisation der NSDAP, die in die gleiche Richtung wie die obigen Ausführungen zielt und darüber hinaus die Dringlichkeit des lateinamerikanischen Problems illustriert.

71 Eine derartige Doppelfunktion übte z. B. der Gesandte Wendler in Bolivien aus, der Vorbehalte gegen diese Doppelbelastung vortrug. Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 127, S. 517 über frühere Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes in dieser Frage.

72 Vgl. St. S., Amerika, Weisung von Ribbentrops an von Weizsäcker, die am 17. und 18. August nach Berlin übermittelt wurde; Aufzeichnung Schlimperts, 17. August 1938, e. o. Pol IX 1739 und Aufzeichnung über ein Fernschreiben vom 18. August 1938; Aufzeichnung vom 21. August,

verfaßt von Schlimpert, über die abschließende Sitzung mit den Missionschefs am 19. August.

- 73 Vgl. PA, U. St. S., Latein-Amerika, 31, Marginalie Woermanns auf dem Aktenstück mit der Filmnummer 88 006, und St. S./Amerika, Weisung von Ribbentrops an Staatssekretär von Weizsäcker vom 17. August, Punkt 8, betreffend die Informierung der Auslandsorganisation der NSDAP über die Sitzung vom 19. August und die abschließenden Direktiven des Auswärtigen Amtes an die Missionschefs in Lateinamerika.
- 74 Zur Bekräftigung der Notwendigkeit einer Durchsetzung der Direktiven war in der am 17. August übermittelten Weisung hervorgehoben worden, daß die Reichsvertreter den fixierten Zielen des Auswärtigen Amtes zuwiderlaufende Handlungen der Partei nicht zulassen dürften. Wie die Forderung der vollen Verantwortung des Reichsvertreters für alle Belastungen der Außenpolitik durch Deutschtumsfragen entbehrte auch diese Weisung des notwendigen Machthintergrundes.  
Inwieweit es den Reichsvertretern gelang, die Direktiven von Ribbentrops in ihrem Amtsbereich durchzusetzen, ließ sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht beantworten.
- 75 Vgl. grundsätzlich Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, insbesondere „Schlußbetrachtungen“, S. 598 ff.

# LITERATURVERZEICHNIS

## QUELLEN

### I. Ungedruckte Quellen<sup>1</sup>

*Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (PA)*  
*Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin*<sup>2</sup>

- Abteilung III, Politik 5, Argentinien, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 3, November 1930 — Juni 1933.
- Abteilung III, Politik 2, Brasilien, Politische Beziehungen Brasiliens zu Deutschland, Bd. 2, 7. Februar 1928 — 30. November 1932; Bd. 3, 1. Dezember 1932 — 17. Januar 1936.
- Abteilung III, Politik 5, Brasilien, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 6, 16. September 1929 — Dezember 1930; Bd. 7, Dezember 1930 — Dezember 1932; Bd. 8, 1. Januar 1933 — 21. April 1936. Hierzu 1 Band Anlagen zu III MS 2107/35.
- Abteilung III, Politik 11—3, Brasilien, Staatsmänner (einschl. der Mitglieder der Diplomatischen und Konsularischen Auslandsvertretungen) Bd. 2, Januar 1930 — 30. März 1936.
- Abteilung III, Politik 12, Brasilien, Pressewesen in Brasilien, Bd. 1, 25. September 1920 — 5. Februar 1936.
- Abteilung III, Politik 25, Brasilien, Das Deutschtum in Brasilien, Bd. 2, 1. Januar 1928 — September 1932; Bd. 3, 4. Oktober 1932 — 31. März 1935; Bd. 4, April 1935 — 29. April 1936.
- Abteilung III, Politik 25/No. 1, Brasilien, Deutschtum im Ausland, Stellung zur Reichsflagge, zum Nationalfeiertag, Bd. 1, 29. Juni 1928 — 30. Mai 1935.
- Abteilung III, Politik 26, Brasilien, Politische und kulturelle Propaganda, Brasilien, Bd. 1, 11. Februar 1922 — 30. Oktober 1935.
- Abteilung III, Politik 29, Brasilien, Nationalsozialismus, Faschismus und ähnliche Bestrebungen, Bd. 1, 1. Dezember 1935.
- Abteilung III, Politik 2, Südamerika, Politische Beziehungen Südamerikas zu Deutschland, Bd. 1, 17. Februar 1923 — 2. Januar 1936.
- Abteilung III, Politik 25, Südamerika, Das Deutschtum in Südamerika, Bd. 1, Oktober 1920 — 26. Juli 1934.

<sup>1</sup> Im einzelnen enthält das im folgenden aufgeführte Quellenmaterial auch gedruckte Quellenstücke, die nicht gesondert herausgestellt werden können.

<sup>2</sup> Die Angaben wurden vereinheitlicht. Filmnummer wie Aktenbündelnummern (siehe Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 1, Baden-Baden 1950) sind nicht vermerkt.



Büro des Staatssekretärs, Brasilien, Bd. 1, 21. April 1938 — 28. Februar 1942.  
Büro des Staatssekretärs, Italien, Führerreise, Sdh. 2, Januar 1938 — Juni 1938.  
Büro des Staatssekretärs, Amerika, Sdh. 1, April 1939 — Mai 1940.  
Büro des Staatssekretärs, Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche, A—K,  
Bd. 2.

Unterstaatssekretär (Woermann), 31, Latein-Amerika, 1939.

Politische Abteilung, Pol. V, Politik 19, Südamerika, Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus usw. in Südamerika, Bd. 1, 15. Mai 1936 — 21. April 1937, Pol. V 517.

Politische Abteilung, Pol. VIII, Politik 4, Antikomintern-Pakte, Bd. 1, 17. Oktober 1937 — 25. Februar 1939, Pol. VIII 64.

Politische Abteilung, Pol. IX, Politik 5, Argentinien, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 1, 19. Mai 1936 — 29. April 1938, Pol. IX 10; Bd. 2, 3. Mai 1938 — 11. Juni 1938, Pol. IX 11.

Politische Abteilung, Pol. IX, Politik 2, Brasilien, Politische Beziehungen Brasiliens zu Deutschland, Bd. 1, 9. Juni 1936 — 25. Mai 1938, Pol. IX 17; Bd. 2, 25. Mai 1938 — 6. Juli 1938, Pol. IX 18; Bd. 3, 5. Juli 1938 — 26. November 1938, Pol. IX 19; Bd. 4, 3. Dezember 1938 — 12. April 1939, Pol. IX 20.

Politische Abteilung, Pol. IX, Politik 3, Brasilien-Vereinigte Staaten von Amerika, Politische Beziehungen Brasiliens zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Bd. 1, 10. August 1937 — 7. Dezember 1937, Pol. IX 22.

Politische Abteilung, Pol. IX, Politik 5, Brasilien, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 1, 1. Juli 1936 — 16. März 1938, Pol. IX 23.

Politische Abteilung, Pol. IX, Politik 2, Ibero-Amerika, Politische Beziehungen der mittel- und südamerikanischen Staaten zu Deutschland, Bd. 1, 28. Mai 1936 — 1. Juni 1940, Pol. IX 30.

Politische Abteilung, Pol. IX, Politik 4, Panamerika, Zwischenstaatliche außenpolitische Probleme, Bd. 1, 20. Mai 1936 — 11. Dezember 1936, Pol. IX 39; Bd. 2, 1. Dezember 1936 — 5. Januar 1937, Pol. IX 40; Bd. 2a (Drucksachen), Pol. IX 41; Bd. 3, 14. Januar 1937 — 30. März 1938, Pol. IX 42; Bd. 4, 1. April 1938 — 19. November 1938, Pol. IX 43; Bd. 5, 17. November 1938 — 5. Januar 1939, Pol. IX 44; Bd. 6, 3. Januar 1939 — 1. Juli 1940, Pol. IX 45.

Politische Abteilung, Pol. IX, Politik 1, Vereinigte Staaten von Amerika, Allgemeine Auswärtige Politik, Bd. 3, 29. September 1937 — 28. Januar 1938, Pol. IX 48.

Handels- (Wirtschafts-)politische Abteilung (Ha. Pol.), Handakten Ministerialdir. Clodius, Brasilien, Bd. 1, September 1926 — 31. Mai 1936; Bd. 2, Juni 1936 — 30. November 1937; Bd. 3, 1. Dezember 1937 — April 1940.

Kulturpolitische Abteilung, VI A/Kult A, Deutschum Nr. 1, Brasilien, Die Förderung des Deutschums in Brasilien, Bd. 2, 1929 — 1933; Bd. 3, 1933 — 1935; Bd. 4, 1935 — 1936.

Kulturpolitische Abteilung, VI A/Kult A, Deutschum im Ausland Nr. 1, Chile, Die Förderung des Deutschums in Chile, Bd. 3, 1927 — 1937.

Kulturpolitische Abteilung, VI A/Kult A, Deutschum Nr. 2, V. D. A., Volksbund für das Deutschum im Ausland, Bd. 14, 1935; Bd. 16, 1936 — 1937.

Kulturpolitische Abteilung, VI A/Kult A, Evangelische Angelegenheiten 1, Brasilien, Deutsches Kirchenwesen in Brasilien, Bd. 5, 1924 — 1931; Bd. 6, 1931 — 1933; Bd. 7, 1933 — 1936.

- Kulturpolitische Abteilung, VI A/Kult A, Katholische Sachen Nr. 20, Brasilien; Katholische Angelegenheiten, Brasilien, Bd. 2, 1930 — 1934; Bd. 3, 1934 — 1936.
- Kulturpolitische Abteilung, VI E/Kult E, Auswanderung 1, Brasilien, Auswanderung nach Brasilien, Deutschbrasilianisches Auswanderungsabkommen, Bd. 1, 1931 — 1932.
- Kulturpolitische Abteilung, VI E/Kult E, Auswanderung adh. I, Brasilien, Brasilianische Gesetzgebung, Bd. 1, November 1937 — Oktober 1939.
- Kulturpolitische Abteilung, VI E/Kult E, Rückwanderung, Brasilien, Rückwanderung aus Brasilien, Allgemeines, Bd. 1, Januar 1938 — 1943.
- Kulturpolitische Abteilung, VI S/Kult S, Schul-S, Deutsches Schulwesen im Ausland, Brasilien, Allgemeines, Brasilien, Bd. 16, 1930 — 1931; Bd. 17, 1931 — 1933; Bd. 18, 1933 — 1935.
- Kulturpolitische Abteilung, VI S/Kult S, Schul-S, Schulbeihilfen, Brasilien, Schulunterstützungsgesuche, Brasilien, Bd. 2, 1932 — 1935; Bd. 3, 1935 — 1936; Bd. 4, 1936.
- Kulturpolitische Abteilung, VI W/Kult W, Wissenschaft, Institute und Vereinigungen 3, Berlin, Das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin, Bd. 3, 1933 — 1936.
- (Nachrichten- und ) Presse-Abteilung, Nachrichten-Abteilung, Brasilien 1, Die Presse in Brasilien, Bd. 6, 23. März 1931 — 15. Juni 1938.
- Nachrichten-Abteilung, Brasilien 2, Presse, Propaganda und allgemeine Angelegenheiten (Beeinflussung der brasilianischen Presse), Geheim, Bd. 2, 1. Januar 1924 — 31. Dezember 1937.
- Nachrichten-Abteilung, Brasilien 3, Allgemeines, Bd. 2, 1. Januar 1918 — 31. März 1938.
- Presse-Abteilung, P 16, Mittel- und Südamerika, Maßnahmen zur Hebung des deutschen Ansehens in Mittel- und Südamerika, Bd. 7, 25. Juni 1930 — 25. Juni 1934; Bd. 8, 26. Juni 1934 — 31. Dezember 1937.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 82—00, Die Politische Organisation einschließlich Fachschaften und Betriebszellenorganisation der NSDAP, 19. Dezember 1933 — 1941.
- Referat Deutschland (Referat D II), 82—00 A, Partei und Staat, Verhältnis der Parteidienststellen zu den Reichsvertretungen, Bd. 1, 13. November 1935 — 1942.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 82—00 B, Verhältnis der NSDAP-Organisationen im Ausland zu den Regierungen der Gastländer, Bd. 1, 19. Juli 1935 — 30. September 1937; Bd. 2, bis 1940.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 82—02, Nationalsozialistische Ortsgruppen im Ausland, Bd. 1, 9. November 1933 — 30. April 1934; Bd. 2, 1. Mai 1934 — 6. Dezember 1934; Bd. 3, 7. Dezember 1934 — 31. März 1935; Bd. 4, 1. April 1935 — 25. Juli 1935; Bd. 5, 26. Juli 1935 — 31. Dezember 1935; Bd. 6, 1. Januar 1936 — 19. Mai 1936; Bd. 7, 20. Mai 1936 — D III 53 071 946.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 82—03, Gesuche von Ausländern um Aufnahme in die NSDAP, 1934 — 1939.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 83—60, Kommunistische und marxistische Zersetzungsarbeit, Bd. 1, 13. Dezember 1933 — 30. Juni 1934; Bd. 2, Juli 1934 — Februar 1935; Bd. 4, 1. Juli 1935 — 7. November 1935; Bd. 5, 12. November 1935 — 29. Mai 1937.

- Referat Deutschland/Inland II A/B, 83—60 A, Bekämpfung des Bolschewismus, Bd. 1, 20. November 1935 — 31. Mai 1937; Bd. 2, 2. Juni 1937 — 27. Dezember 1937; Bd. 3, 10. Januar 1938 — 23. Dezember 1938.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 83—60 A, Sdh. V, Antikomintern, 1937 — 1941, Bd. 2, 1. Oktober 1937 — 6. Februar 1941.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 83—60 H, Schaffung einer südamerikanischen antibolschewistischen Achse (Brasilien, Argentinien, Chile), 1937 — 1940.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 83—65, Sdh. III, Ausweisung der Reichsdeutschen Gertrud Lamprecht aus Brasilien, 1937 — 1940.
- Referat Deutschland/Inland II A/B, 83—80 E, „Der Bolschewismus in Theorie und Praxis“, Bd. 1, 18. September 1936 — 14. April 1937; Bd. 2, 1937 — 1938.
- Referat Deutschland/Inland II g 38, 83—60, Kommunismus in verschiedenen Ländern (u. a. Südamerika 1937 — 1941), Bd. 3.
- Referat Deutschland/Inland II g 66, 83—60, Polizei, Deutsch-brasilianisches Polizeiabkommen zur Bekämpfung des Bolschewismus, 1936 — 1937.
- Referat Deutschland/Inland II g 214, Volksdeutsche, Allgemeines.
- Referat Deutschland/Inland II g 220, Geheim Kult A, Geheime Verschlusssachen des Referates Kult A, Deutschtum (Nr. 1), Bd. 1, 6. Februar 1935 — 1936; Bd. 5, 1937 — 1937, Inland II g 224; Bd. 8, 1938 — 1938, Inland II g 227; Bd. 9, 1938 — 1938, Inland II g 228.
- Chef AO, 5, Brasilien, 1937 — 1940.
- Chef AO, 56, a) Volksdeutsche 1937 — 1939; b) Auswanderer 1937 — 1940; c) Rückwanderer, Heimschaffg., Unterstützg., 1937 — 1941; d) Doppelstaatler 1938 — 1940.
- Chef AO, 67, a) Rundschreiben des Rückwandereramtes, 1939; b) Tagesparolen und vertrauliche Informationen des Reichspressechefs und Reichspropaganda-Amtes, November 1943 — Januar 1944; c) Tagesbefehle der Leitung der AO, 1939.
- Chef AO, 68, Runderlaß AO 1: Einsetzung des Chefs AO, 1937; Runderlaß AO 3: Parteiamtliche Bezeichnung der Hoheitsträger, 1937; Runderlaß AO 4: Teilnahme an der V. Reichstagung der Auslands-Deutschen in Stuttgart, 1937; Runderlaß AO 5: Teilnahme an den Feiern aus Anlaß der Wiederkehr des Waffenstillstandstages, 1937; Runderlaß AO 6: Richtlinien für die Zusammenarbeit von Parteistellen und Vertretungen im Ausland, 1937 — 1938.
- Chef AO, 69, Runderlaß AO 7: Berichterstattung über die AO fremder Staaten, 1937 — 1938.
- Chef AO, 89, Kongresse, Tagungen, 1937 — 1939.
- Chef AO, 96, a) Min. Dirigent Dr. Prüfer, 1937; b) AO fremder Staaten, 1937 — 1939; c) Verfügungen an die Arbeitseinheiten, 1937; d) Konsularangelegenheiten, 1938 — 1940; e) Beförderung von Parteipost, 1935 — 1938; f) Ibero-Amerika Konferenz, 1939; g) Schwedische Konzentrationslager, 1940 — 1941.
- Erlaßsammlung
- Handakten Geheimrat Dr. E. Kundt und Aufzeichnungen nach Gesprächen mit Dr. Kundt (Dezember 1960).

*Berlin Document Center (DC)*  
*Parteiakten*

Mittel- und Südamerika I, 71, NA 76, 284.

Mittel- und Südamerika III, 73, NA 78, 284.

Reichsorganisationsleiter der NSDAP (I), (Strasser), Volksgruppenarbeit, Mittel- und Süd-Amerika (u. a. Brasilien), 85, NA 90, 285.

Der Reichsorganisationsleiter, Hauptgruppe 56, Gruppe 1, 586, NA 677, 320.  
Gau Ausland, Korrespondenz mit ROL, 1931 — 1932, 2, 292.

(Gau Ausland), Auslandsorganisation (der NSDAP) ab 1933, 3, 293.

Gau Ausland, Auslandsorganisation der NSDAP ab 1937, Mitteilungsblatt, Anordnungen, Presse, 4, 294.

Gau Ausland, Korrespondenz (u. a. Amerika), 1931 — 1933, 7, 296a.

Photokopien aus Personalakten betreffend Mitgliedsfragen der Partei in Brasilien, Süd-Amerika, Brasilien, 4 Bde., ADA-HEI 8 8/I; HEL-MUL 8 8/II; NAES-STU 9 9/I; THI-ZIN 9 9/II.

Auskünfte aus einzelnen Personalakten.

*Bundesarchiv Koblenz (BA)*  
*Nachlaß Erich Koch-Weser*

Tätigkeit in Brasilien, insbesondere Nachweis der antinationalsozialistischen Stellung Koch-Wesers und andere nationalsozialistische Papiere, 1933 — 1944, Nr. 4.

*Reichskanzlei, R 43 II, 1933 — 1945*

Süd-Amerika, A—A, Süd-Amerika, Bd. 1, 1. Februar 1933 — 31. Dezember 1935, 1471 R 43/II.

Akten betreffend Auslandsdeutschtum, A—A 6, Bd. 1, 1. Februar 1933 — 27. Juni 1934, 1406 R 43/II.

Reichskanzlei, 1470 R 43/II.

*Deutsches Ausland-Institut, R 57, Zugang 1961<sup>3</sup>*

R 57, DAI 26, Box 7/414, Statistik

R 57, DAI 32, 33, Box 8/414, Brasilien Kolonien, A—M (DAI 32); Brasilien Kolonien, P—R (DAI 33).

R 57, DAI 34, 35, 36, Box 9/414, Brasilien Kolonien, S (DAI 34), Brasilien G—K (DAI 35); Brasilien L—S (DAI 36).

R 57, DAI 45, Auswanderer-Listen, German Refugees from Rußland.

R 57, DAI 49, Statistik.

R 57, DAI 52, Organisationen im Ausland, Ländermäßig.

R 57, DAI 68, Deutsche Organisationen im Ausland, alphabetisch nach Akten.

R 57, DAI 69, Schulwesen.

R 57, DAI 70, Deutsche Schule, A—Z, 1. März 1934 — 31. Dezember 1937.

<sup>3</sup> Zum Vergleich ist „Guide No. 21“ der „Guides to German records micro-filmed at Alexandria“, betr. „Records of the Deutsches Auslands-Institut“, Stuttgart, Part II, The General Records, Washington 1961, heranzuziehen.

- R 57, Aus DAI 181/1.  
 R 57, Aus DAI 181/2.  
 R 57, DAI 181/8, Deu, Ge, A—Z.  
 R 57, DAI 181/9, Deu, A—Z.  
 R 57, DAI 181/11, Deu, A—L.  
 R 57, DAI 181/12, Deu, M—Z.  
 R 57, DAI 403, Südamerika-Chronik.  
 R 57, DAI 449.  
 R 57, DAI 474/29, B.-A., 1141—1180.  
 R 57, DAI 474/37, B.-A., 1501—1590.  
 R 57, DAI 474/42, B.-A., 1801—1870.  
 R 57, DAI 474/45, B.-A., 1981—2040.  
 R 57, DAI 474/47, B.-A., 2096—2120.  
 R 57, DAI 474/49, B.-A., 2161—2200.  
 R 57, DAI 474/50, B.-A., 2201—2270.  
 R 57/414, DAI 772, 12 Uhr Nachrichtendienst<sup>4</sup>, Nr. 1, 1. Dezember 1937 — Nr. 200, 23. November 1938, DAI 772, 1, Copy 2; Nr. 201, 24. November 1938 — Nr. 220, 22. Dezember 1938; Nr. 1, 2. Januar 1939 — Nr. 74, 19. Mai 1939, DAI 772, 2, Copy 1; Nr. 75, 23. Mai 1939 — Nr. 130, 31. August 1939, DAI 772, 3, Copy 2; Nr. 131, 1. September 1939 — Nr. 188, 14. Dezember 1939, DAI 772, 4, Copy 2.  
 R 57/414, DAI 774, Außendeutscher Wochenspiegel, Nr. 36, 25. September 1939 — Nr. 44, 18. November 1939; DAI 774, 1, Copy 1; Nr. 8, 24. Februar 1940 — Nr. 14, 6. April 1940; Nr. 17/7, 24. April 1940 — Nr. 23/7, 5. Juni 1940; Nr. 42, 26. Oktober 1940; Nr. 51/52, 21. Dezember 1940; DAI 774, 2; Nr. 1, 16. Januar 1942 — Nr. 3/4, 13. Februar 1942, DAI 774, 3.  
 R 57, DAI 795, Mittelamerika, Südamerika 1939, Rg. 1035, Box 100.  
 R 57, DAI 797, Rg. 1035, Box 102.  
 R 57, DAI 804, Rg. 1035, Box 109, Südamerika 1940.  
 R 57, DAI 874, Rg. 1035, Box 179, Argentinien und Brasilien 1941.  
 R 57, DAI 990; Artikelmappe Dr. Csaki.  
 R 57, DAI 1050, Länderberichte, H S.  
 R 57, DAI 1102, Goetz, Reise nach Nord-, Mittel- und Südamerika 1936/37, Briefe und Ausschnitte.  
 R 57, DAI 1345, Espirito Santo Deutschtum.  
 R 57, DAI 1367, Die Deutschen in Brasilien.  
 Kästen ohne Signaturen und teilweise ohne Bezeichnung:  
 R 57, Box 42 (2 Kartons), Box 43 (2 Kartons), Brasilien, Porto Alegre A—L; Brasilien, Porto Alegre F-Rio Grande; Brasilien, Porto Alegre M—S; Brasilien, Porto Alegre U—Z.  
 R 57, Kasten ohne Bezeichnung.  
 R 57, Kasten ohne Bezeichnung.  
 R 57, Brasilien M—K.  
 R 57, Brasilien, Rio de Janeiro.  
 R 57, Brasilien, Santa Catharina.  
 R 57, São Paulo V—Z.  
 R 57, Brasilien, Curitiba (38).

<sup>4</sup> Vorhandene Doppel wurden nicht vermerkt.

## II. Gedruckte Quellen

### 1. Aktenpublikationen

- Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918—1945, Serie D, Bände 1, 4—6. Baden-Baden 1950—1956.
- Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß. Hrsg. Robert M. W. Kempner und Carl Haensel. Schwäbisch Gmünd 1950.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 — 1. Oktober 1946. 42 Bde. Nürnberg 1947—1949.
- Documents on German foreign policy. Series C, Vols. 2—4. London 1959 bis 1962; Series D, Vols. 1, 4—6. Washington, London, 1949—1956.
- Dokumente der deutschen Politik. Hrsg. von Paul Meier-Benneckenstein. Bde. 1—6. (1. u. 2. Aufl.) Berlin 1936—1939.
- Trials of war criminals before the Nuernberg Military Tribunal under Control Council Law No. 10 Nuernberg Oct. 1946 — April 1949. Vols. 12—14. Washington 1951—1952.

### 2. Zeitungen und Zeitschriften<sup>5</sup>

- Allgemeine Lehrerzeitung*. Hrsg. und verlegt vom Deutschen Evangelischen Lehrerverein von Rio Grande do Sul. São Leopoldo, Pôrto Alegre<sup>6</sup>. 30 bis 32, 35 (1933—1935, 1938) versch. Nummern
- Am Lagerfeuer*. Eine Riograndenser Pfadfinderzeitung. 1 (1924) 7 — 5 (1929) 8.
- Der Auslandsdeutsche / Deutschtum im Ausland*<sup>7</sup>. Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart. 14—22 (1931—1939).
- Der deutsche Auswanderer*. Zeitschrift des Evang. Hauptvereins f. deutsche Ansiedler und Auswanderer e. V., zugleich Organ des Verbandes f. Evang. Auswandererfürsorge. Berlin. 26—34 (1930—1938).
- Der Deutschösterreicher*. Kampfblatt der Deutsch-Österreichischen Vereinigung in Südamerika. Buenos Aires. 3—5 (1936—1938).
- Deutsche Arbeit*. Mitteilungen der Deutschen Arbeitsfront, Auslands-Organisation Brasilien. Rio de Janeiro. 3 (1937).
- Deutsche Arbeit*. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Berlin. 34—39 (1934—1939).

<sup>5</sup> Die im folgenden aufgezählten Zeitungen und Zeitschriften besitzen für die vorliegende Arbeit Quellenwert, da sie unter dem Gesichtspunkt der nationalsozialistischen Betätigung in Brasilien und der Auseinandersetzung unter den Deutschen und Brasilianern deutscher Abstammung um diese Betätigung ausgewertet wurden. Gleichzeitig enthalten diese Periodika jedoch eine Fülle von Beiträgen über die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen, die den Darstellungen zuzuordnen sind.

<sup>6</sup> Die Schreibung der brasilianischen Ortsnamen wurde entsprechend dem heutigen Gebrauch vereinheitlicht.

<sup>7</sup> Einzelbeiträge dieser Periodika aus Deutschland wurden nicht ins Literaturverzeichnis aufgenommen.

*Deutsche Evangelische Blätter für Brasilien.* Monatsschrift für die Pflege des Volkstums und der Volkskirche. São Leopoldo. 14—20 (1932—1938).  
*Deutscher Morgen — Aurora Allemã.* (Nationalsozialistische Wochenzeitung.) São Paulo. 5 (1936) 1—52; 4, 7—8 (1935, 1938—1939) versch. Folgen.  
*Deutsches Wollen.* Zeitschrift der Auslandsorganisation der NSDAP. Berlin. 1 (1939).  
*Die Kameradschaft.* Zeitschrift des Deutschbrasilianischen Jugendringes. Pôrto Alegre. (1936—1937) 1—12.  
*Evangelische Jugend.* Hrsg. vom Jugendamt und der Jugendführung der Evangelischen Jugend der Riograndenser Synode. São Leopoldo. (1936—1939) versch. Nummern.  
*Für's Dritte Reich.* (Nationalsozialistisches Nachrichtenblatt.) Pôrto Alegre. 3, 5 (1934, 1936) versch. Nummern.  
*Jahrbuch der Auslands-Organisation der NSDAP.* Hrsg.: Die Leitung der Auslands-Organisation der NSDAP. Berlin. 1—3 (1938—1941).  
*Mitteilungsblatt / Der Nationalsozialist.* Hrsg.: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Hitlerbewegung, Ortsgruppe Rio de Janeiro. Rio de Janeiro. 1 (1932) 3—7; 2 (1933) 1—8/9.  
*Rundbrief des Deutschbrasilianischen Arbeitskreises.* Leipzig, später Berlin. 1—4 (1935—1938) 1—24.  
*Rundbrief des Pfadfinderbundes.* Rio Grande do Sul. São Leopoldo. (1932—1933) versch. Nummern.  
*Schulungsbrief der Evangelischen Jugend (Wartburgjugend).* São Leopoldo. (1937—1938) versch. Nummern.  
*St. Paulus-Blatt.* Organ des Volksvereins für die deutschen Katholiken in Rio Grande do Sul. Pôrto Alegre. 23—27 (1934—1938).  
*Volk und Heimat.* Kalender für das Deutschtum in Brasilien. Hrsg. vom Verlag Deutscher Morgen. São Paulo. 1—5 (1935—1939).  
*Vozes de Petrópolis.* Revista católica de cultura, dirigida pelos padres franciscanos. Petrópolis. 28—32 (1934—1938).  
*Wille und Macht.* Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend. Berlin. 2—6 (1934—1938).

### 3. Einzelveröffentlichungen<sup>8</sup>

Adressenwerk der Dienststellen (der) NSDAP mit Lexikon, Wegweiser.  
 1. Ausg. 1937: A—Z; 2. Ausg. 1939: A—OB.

<sup>8</sup> Diese Spalte umfaßt Aufsätze und Buchveröffentlichungen, die für die vorliegende Arbeit Quellenwert besitzen. In Einzelfällen ist die genaue Einordnung der Veröffentlichungen schwierig — wie z. B. bei der Arbeit von K. H. Oberacker Jr., Die volkspolitische Lage des Deutschtums in Rio Grande do Sul (Südbrasilien), Jena 1936 —, da es sich um Publikationen handelt, die sowohl in die Gruppe der Quellen wie in die der Darstellungen fallen. In Fällen dieser Art wird bei der Einordnung nach dem Schwergewicht der Veröffentlichung für die eine oder die andere Kategorie entschieden. Bei der Arbeit von Oberacker fußt die Einordnung unter die Quellen auf der Bedeutung der Veröffentlichung als Verlautbarung eines leitenden Mitgliedes des „Deutschbrasilianischen Arbeitskreises“ und bedeu-

- Aranha, José Pereira da Graça:<sup>9</sup> Chanaan. 8a. ed. rev. Rio de Janeiro 1939.
- Aranha, Oswaldo, e José Roberto Soares: A revolução e a América. O Presidente Getúlio Vargas e a diplomacia (1930—1940). Discurso e conferência, realizados no Palácio Tiradentes no dia 23 de dezembro de 1940. Rio de Janeiro 1941.
- Bohle, Ernst Wilhelm: Das Auslandsdeutschtum. In: Die Verwaltungs-Akademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat, Bd. 1, Die weltanschaulichen, politischen und staatsrechtlichen Grundlagen des nationalsozialistischen Staates, Gruppe 2, Die politischen und staatsrechtlichen Grundlagen. Berlin o. J.
- Brepohl, Friedrich Wilhelm: Reichskanzler Adolf Hitler und das Auslandsdeutschtum. Ponta Grossa 1933.
- Nationalsozialistische Revolution und Volksgemeinschaft. Ponta Grossa 1933. (Die nationalsozialistische Revolution. Deutschbrasilianische Aufklärungsschriften zur Umwälzung im neuen Deutschland. Hrsg. von Friedrich Wilhelm Brepohl. Nr. 1.)
- Cavalcanti, Themístocles Brandão: Las constituciones de los Estados Unidos del Brasil. Madrid 1958. (Las constituciones hispanoamericanas. Bd. 12.)
- Comércio exterior do Brasil. Intercâmbio por países. (Foreign commerce of Brasil. Trade by countries.) Rio de Janeiro 1937—1939.
- Cossel, Hans Henning von: Politisches Auslandsdeutschtum. In: Die nationalsozialistische Revolution, Deutschbrasilianische Aufklärungsschriften zur Umwälzung im neuen Deutschland. Hrsg. von Friedrich Wilhelm Brepohl. Ponta Grossa 1934.
- Eine Reise durch das Deutschtum in Brasilien. In: Wir Deutsche in der Welt, Berlin 1935, S. 49—62.
- Darcandhy, Raúl: O pan-germanismo no Sul do Brasil. Rio de Janeiro 1915.
- Das Brasildeutschtum lusobrasilianisch gesehen. Übersetzung des Artikels „A colonização alemã no Brasil“ aus „O Observador econômico e financeiro“, Rio de Janeiro (1938), 33, S. 107—139.
- Aus d. Portug. übers. und mit Anm. vers. von I. Schulze. Stuttgart, Hamburg 1944.
- Das braune Netz: Wie Hitlers Agenten im Ausland arbeiten und den Krieg vorbereiten. Paris 1935.
- Der Parteitag der Freiheit vom 10. bis 16. September 1935. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden. München 1935.
- Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden. München 1936.

tenden Repräsentanten der völkischen Bestrebungen unter den Deutschbrasilianern im Untersuchungszeitraum; die Arbeit besitzt gleichzeitig einen großen Wert als Darstellung über die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen in Rio Grande do Sul. In Fällen, in denen eine ausschließliche Einordnung unter die Quellen problematisch erscheint, wird ein kurzer Hinweis auf die jeweilige Veröffentlichung bei den Darstellungen gegeben.

<sup>9</sup> Die brasilianischen Verfasser sind einheitlich unter dem letzten Namen zitiert.



- Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September 1937. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden. München 1937.
- Der Parteitag Großdeutschlands vom 5. bis 12. September 1938. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden. München 1938.
- Ehrich, Emil: Die Auslandsorganisation der NSDAP. Berlin 1937.
- Fernández Artucio, Hugo: The nazi underground in South America. New York 1942.
- Furor Teutonicus (Pseud.): Was ist Volkstum! Was ist Volksgemeinschaft! Pôrto Alegre 1937.
- Germans abroad. In: Germany speaks by 21 leading members of party and state. London 1938.
- Handbuch der deutschsprachigen Zeitungen im Ausland. Hrsg. von Dr. Walther Heide. Berlin, Leipzig 1935. 2. Aufl. Essen 1940.
- Heimat. Lesebuch für das 3. und 4. Schuljahr. Hrsg. vom Deutschen Evangelischen Lehrerverein von Rio Grande do Sul. 3. Aufl. São Leopoldo 1935.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. 85.—94. Aufl. München 1934.
- Hunsche, Karl-Heinrich: Der brasilianische Integralismus. Geschichte und Wesen der faschistischen Bewegung Brasiliens. Stuttgart 1938.
- Kordt, Erich: Wahn und Wirklichkeit. Stuttgart 1947.
- Nicht aus den Akten. Stuttgart 1950.
- Lima, Pedro Motta, y José Barboza Mello: El nazismo en el Brasil. Proceso del estado corporativo. Buenos Aires 1938.
- Metzler, Franz: Deutschbrasilianische Probleme. Porto Alegre 1935.
- Es geht um Volkstum und Vaterland. Pôrto Alegre 1936.
- Deutsch-Brasilianische Auseinandersetzung. Pôrto Alegre 1937.
- Volkstum und Volksgemeinschaft. Was ist Volkstum — was Volksgemeinschaft. Pôrto Alegre 1937.
- Ministério de Trabalho, Indústria e Comércio: Intercâmbio commercial brasileiro com paizes do centro e occidente da Europa. De 1930 a 1934. De 1932 a 1936. Rio de Janeiro 1937.
- Moog, Clodomir Vianna: Um rio imita o Reno. Pôrto Alegre 1939.
- Neesse, Gottfried: Partei und Staat. Hamburg 1936.
- Oberacker Jr., Karl Heinrich: Die volkspolitische Lage des Deutschtums in Rio Grande do Sul (Südbrasilien). Jena 1936.
- Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg.: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. R. Ley. München 1940.
- Py, Aurélio da Silva: O nazismo no Rio Grande do Sul. Relatório apresentado pelo Major Aurélio da Silva Py, Chefe de Policia, ao Snr. Coronel Oswaldo Cordeiro de Farias, Interventor Federal. 2º. Relatório, o. O.; o. J.
- A 5.ª coluna no Brasil. A conspiração nazi no Rio Grande do Sul. 2.ª ed. Pôrto Alegre 1942.
- Rasse, Volk, Staat und Raum in der Begriffs- und Wortbildung. Hrsg. von der Akademie für deutsches Recht, Ausschuß für Nationalitätenrecht. Berlin 1938.
- Raunegger, Hans: Volk und Staat. Ein Beitrag zur Darstellung deutsch-brasilianischer Probleme. Ijuí 1938.
- Rauschnig, Hermann: Gespräche mit Hitler. Zürich, New York 1940.

- Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Annelies von Ribbentrop. Leoni a. Starnberger See 1953.
- Schirach, Baldur von: Die Hitler-Jugend. Idee und Gestalt. Berlin 1934.
- Revolution der Erziehung. München 1938.
- Schmidt, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne 1923—1945. Bonn 1949.
- Stellrecht, Helmut: Die Wehrerziehung der deutschen Jugend. 3. Aufl. Berlin 1938.
- Übersicht über die deutsche überseeische Auswanderung in den Jahren 1820—1953. Hrsg. vom Bundesamt für Auswanderung Koblenz. Anlage zum Rundschreiben 225/1954 vom 16. 8. 1954.
- Vargas, Getúlio: Primeiro aniversario da revolução de outubro. Discurso . . . realizado . . . em 3 de outubro de 1931. Rio de Janeiro 1931.
- Documentos históricos. Revolução de outubro. Rio de Janeiro 1932.
- Unidade moral e unidade econômica da nacionalidade. Discurso. Rio de Janeiro 1940.
- As diretrizes da nova política do Brasil. Rio de Janeiro 1942.
- Brasil en armas. Buenos Aires 1944.
- A nova política do Brasil [Die gesammelten Reden des Präsidenten.] Bde. 1—11. Rio de Janeiro 1938—1947.
- Vargas, Getúlio, Oswaldo Aranha e Raúl Pilla: Discursos. Rio de Janeiro 1931.
- Vargas, Getúlio, e Gustavo Capanema: Panorama da educação nacional. Discursos. Rio de Janeiro 1937.
- Vertrauliche Mitteilungen über die deutschsprachigen Zeitungen im Ausland. o. O. 1935.
- Verwaltungsordnung für die Dienststellen der NSDAP im Ausland. Hrsg. von der NSDAP, Leitung der Auslandsorganisation, 1939.
- Weizsäcker, Ernst von: Erinnerungen. München, Leipzig, Freiburg i. Br. 1950.
- Wellisch, Maurício: Legislação sobre estrangeiros. Rio de Janeiro 1941. (Ministério de Relações Exteriores. Serviço de Publicações. 11.)
- Wir Deutsche in der Welt. Hrsg. vom Verband Deutscher Vereine im Ausland e. V. Berlin 1935.
- Persönliche Informationen an die Verfasserin.

## DARSTELLUNGEN<sup>10</sup>

- Alexander, Robert Jackson: Brazilian „Tenentismo“. In: The Hispanic American Historical Review. Durham/N.C. 36 (1956) 2. S. 229—242.
- Communism in Latin America [u. a. Brasilien]. New Brunswick/N. Y. 1957.
- Almeida, Cândido Mendes de: Nacionalismo e desenvolvimento. Rio de Janeiro 1963.

<sup>10</sup> Die vorliegende Arbeit basiert im wesentlichen auf dem zitierten Quellenmaterial (insbesondere den Akten) und nur zu einem ganz geringen Teil (insbesondere der Einleitung, Abschnitt I, 1 und Abschnitt II, 3/Schlußbetrachtungen) auf der Sekundärliteratur. Entsprechend kommt auch dem Quellenteil im Rahmen des Literaturverzeichnisses vorrangige Bedeutung zu. Die folgende Liste der Darstellungen stellt nur eine Aus-

- Almeida, José Américo de: A palavra e o tempo (1937—1945—1950). Rio de Janeiro 1965.
- Andrade, Almir de: Fôrça, cultura e liberdade. Origens históricas e tendências atuais da evolução política do Brasil. Rio de Janeiro 1940.
- Arendt, Hannah: Element und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/M. 1955.
- Aulich, Werner: O Paraná e os alemães. Estudo caracterológico sôbre os imigrantes germânicos. (Portugiesische und deutsche Fassung.) Curitiba 1953.
- Avila, Fernando Bastos de: Economic impacts of immigration. The Brazilian immigration problem. The Hague 1954.
- L'immigration au Brésil. Contribution à une théorie générale de l'immigration. Rio de Janeiro 1956.
- Azevedo, Fernando de: Brazilian culture. New York 1950.
- Azevedo, Thales de:<sup>11</sup> Les élites de couleur dans une ville brésilienne. Paris 1953.
- Baer, Werner: Industrialization and economic development in Brazil. Home-wall/III. 1965.
- Baretto, Adolpho Castro Paes: Povoamento e população. Política populacional brasileira. Rio de Janeiro 1951.
- Barros, Jayme de: Sete anos de política exterior do Brasil. (Aspectos principais.) 1930—1937. Rio de Janeiro 1938.
- A política exterior do Brasil (1930—1940). Rio de Janeiro 1941. 2<sup>a</sup>. ed. Rio de Janeiro 1943.

wahl dar. Darstellungen, die nur zu Einzelpunkten geringer Bedeutung benutzt wurden, werden ausschließlich in den Anmerkungen erwähnt. Die Fülle an Literatur zu einzelnen Aspekten der Arbeit — so die Literatur über die Bevölkerungsprobleme Brasiliens und im besonderen über die Deutschen und Deutschbrasilianer — konnte weder insgesamt aufgearbeitet noch ins Literaturverzeichnis aufgenommen werden. Von der Literatur über die Deutschen und Deutschbrasilianer finden nur diejenigen Arbeiten Erwähnung, die von größerer Bedeutung für die vorliegende Arbeit waren, insbesondere die Arbeiten zum Kulturwandel. Angesichts so umfassender Arbeiten wie der Veröffentlichung von Jean Roche, La colonisation allemande et le Rio Grande do Sul, Paris 1959, mit ihren detaillierten Angaben und umfangreichen Literaturverzeichnissen erscheint es müßig, in einer speziellen Arbeit wie der vorliegenden nach Vollständigkeit in diesem Teil des Schrifttums streben zu wollen. Entsprechend ist auch auf das Literaturverzeichnis der Arbeit von Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938, Frankfurt, Berlin 1968, als Ergänzung der aufgenommenen Arbeiten zum Dritten Reich und speziell seiner Außenpolitik zu verweisen. In diesem Zusammenhang sei auf die Bibliographie von Franz-Wilhelm Heimer, in Zusammenarbeit mit Maria de Lourdes Heimer u. Mara Jorge Ramos, Neuere Studien zur Politik Brasiliens, 1960—1967, Freiburg i. Br. 1968 (Bibliographien zu Politik und Gesellschaft lateinamerikanischer Länder. 1) hingewiesen, die das vorliegende Literaturverzeichnis ergänzen kann.

<sup>11</sup> Vgl. Einleitung, Anm. 3. In das Literaturverzeichnis ist nur eine Auswahl der Literatur über die Neger in Brasilien aufgenommen.

- Basbaum, Leôncio: Caminhos brasileiros do desenvolvimento. São Paulo 1960.
- História sincera da República. Vol. 3. São Paulo 1962.
- Bastide, Roger, e Florestan Fernandes: Relações raciais entre negros e brancos em São Paulo. São Paulo 1955.
- Brancos e negros em São Paulo. Ensaio sociológico sôbre aspectos da formação, manifestações atuais e efeitos do preconceito de cor na sociedade paulistana. 2.<sup>a</sup> ed. rev. e ampl. São Paulo 1959.
- Beals, Carlton:<sup>12</sup> The coming struggle for Latin America. London 1939.
- Beard, Charles Austin: American foreign policy in the making 1932—1940. 4<sup>th</sup> print. New Haven 1958.
- Bello, José Maria: A history of modern Brazil, 1889—1964. (Schlußkapitel von Rollie E. Poppino) Stanford 1966.
- Bermann, Gregorio: Juventud de América. México 1946.
- Bracher, Karl Dietrich: Adolf Hitler. Bern, München, Wien 1964.
- Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Sauer u. G. Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschafts-systems in Deutschland 1933/34. Köln, Opladen 1960.
- Brandenburg, Hans Christian: Die Geschichte der HJ. Köln 1968.
- Brazil. Field research guide in the social sciences. Ed. by Robert Levine. New York 1966.
- Brazil, portrait of half a continent. Ed. by Thomas Lynn Smith and Alexander Marchant. New York 1951.
- Broszat, Martin: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus. In: Deutsche Rundschau. 84 (1958) 1. Halbj. S. 53—68.
- Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit. 2. Aufl., Stuttgart 1960.
- Buchheim, Hans: Glaubenskrisen im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik. Stuttgart 1953.
- Buchheim, Hans; E. Eucken-Erdsiek; G. Buchheit; H. G. Adler: Der Führer ins Nichts. Eine Diagnose Adolf Hitlers. Rastatt 1960.
- Bullock, Alan: Hitler. A study in tyranny. New York 1961. (Bantam Books, rev. ed.)
- Burns, E. Bradford: Nationalism in Brazil. A historical survey. New York, Washington, London 1968.
- Cardoso, Fernando Henrique: Das Hautfarbenvorurteil in Brasilien. In: Staaten-Jahrbuch. São Paulo. 11/12 (1963/64). S. 9—17.
- Cardoso, Fernando Henrique, e Octávio Ianni: Cor e mobilidade social em Florianópolis. São Paulo 1960.
- Carneiro, Glauco: História das revoluções brasileiras. 2 Bde. Rio de Janeiro 1965.
- Carneiro, José Fernando: Imigração e colonização no Brasil. Rio de Janeiro 1950.
- Carrazzoni, André: Getúlio Vargas. Rio de Janeiro 1939.
- Carvalho, Carlos Delgado de: História diplomática do Brasil. São Paulo 1959.
- Organização social e política brasileira. Rio de Janeiro 1963.

<sup>12</sup> Vgl. Kap. I, 1 Anm. 21. Es sei hier noch einmal hingewiesen auf die unveröffentlichte Dissertation von Donald Warren Griffin: The normal years: Brazilian American relations 1930—1939, Vanderbilt 1963.

- Cecchi, Camilo: Estudo comparativo da assimilação e marginalidade do imigrante italiano. In: *Sociologia*. São Paulo. 19 (1957) 2. S. 105—117.
- Determinantes e características da emigração italiana. In: *Sociologia*. São Paulo. 21 (1959) 1. S. 68—97.
- O fluxo migratório e o problema do „Retorno“. In: *Sociologia*. São Paulo 22 (1960) 3. S. 262—277.
- Corone, Edgard: *Revoluções do Brasil contemporâneo. 1922/1938*. São Paulo 1965.
- Costa, João Cruz: *Esbozo de una historia de las ideas en el Brasil*. México, Buenos Aires 1957.
- Coutinho, Lourival: *O general Góes depõe . . .* 3. Aufl. Rio de Janeiro 1956.
- Craig, G. A. and F. Gilbert (Ed.): *The diplomats 1919 — 1939*. Princeton/ N. J. 1953.
- Cunha, Mário Wagner Vieira da: *O sistema administrativo brasileiro 1930 — 1950*. Rio de Janeiro 1963.
- Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933 — 1943. Berlin 1966. (s. auch Einzelbeiträge)
- Diégues Jr., Manuel: Estudos de relações étnicas no Brasil. In: *Sociologia*. São Paulo. 16 (1954) 2. S. 23—35.
- Etnias e culturas no Brasil. Rio de Janeiro 1956.
- Regiões culturais do Brasil. Rio de Janeiro 1960.
- Imigração, urbanização e industrialização. Estudo sobre alguns aspectos da contribuição cultural do imigrante no Brasil. Rio de Janeiro 1964.
- Díniz, Osorio da Rocha: *A política que convem ao Brasil*. São Paulo, Rio de Janeiro, Recife 1937.
- Duarte, Gil: *A paisagem legal do Estado Novo*. Rio de Janeiro 1941.
- Dohms, Gerhard: Die integralistische Bewegung. In: *Deutsche Evangelische Blätter für Brasilien*. São Leopoldo. 16 (1934) 315. S. 21—37.
- Drummond, Donald Frazier: *The passing of American neutrality 1937 — 1941*. Ann Arbor 1955.
- Dulles, John W. F.: *Vargas of Brazil. A political biography*, Austin/Texas, London 1967.
- Dumon, Frédéric: *Le Brésil. Ses institutions politiques et judiciaires. Sources — caractéristiques — évolution — comparaisons*. Bruxelles 1964.
- Ellis, Alfredo: *Populações paulistas*. São Paulo 1934.
- Endress, Siegfried: *Blumenau, Werden und Wesen einer deutschbrasilianischen Landschaft*. Öhringen 1938.
- Fausel, Erich: *Die deutsch-brasilianische Sprachmischung. Probleme, Vorgang und Wortbestand*. Berlin 1959.
- Fernandes, Florestan: Das Vorurteil gegen die Farbigen in Brasilien und seine gesetzliche Bekämpfung. In: *Staden-Jahrbuch*, São Paulo. 1 (1953). S. 105—123.
- *Mudanças sociais no Brasil. Aspectos do desenvolvimento da sociedade brasileira*. São Paulo 1960.
- Fischer, Martin: Zur Problematik des deutschsprachigen Zeitungswesens in Brasilien. Ijuí 1960 (Aus: Serra-Post-Kalender).
- Fleury, Jean Gérard: *Getúlio Vargas. Président des États-Unis du Brésil*. Paris 1939.
- Frank, Michael: *Die letzte Bastion. Nazis in Argentinien*. Hamburg 1962.

- Freitas, M. A. Teixeira de: O exército e a educação nacional. Conferência dedicada ao exército nacional... Rio de Janeiro 1935.
- Freyre, Gilberto: Casa grande e senzala. 2a. ed. Rio de Janeiro 1936.
- Sobrados e mucambos. Rio de Janeiro 1951.
- Ordem e progresso. Rio de Janeiro 1957.
- Frye, A.: Nazi Germany and the American hemisphere 1933 — 1941. New Haven, London 1967.
- Fujii, Yukio and Thomas Lynn Smith<sup>13</sup>: The acculturation of the Japanese immigrants in Brazil. Gainesville 1959.
- Furtado, Celso: Formação econômica do Brasil. Rio de Janeiro 1961.
- Gehse, Hans: Die deutsche Presse in Brasilien von 1852 bis zur Gegenwart. Münster 1931.
- Gentil, Alcides: As idéias do Presidente Getúlio Vargas. Síntese do pensamento de „A nova política do Brasil“. Rio de Janeiro 1939.
- Goldenberg, Boris: Die kommunistische Partei Brasiliens. In: Der Ostblock und die Entwicklungsländer. Hannover. (Juni 1966) 24. S. 144—174.
- Gruchmann, L.: Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroedoktrin“. Stuttgart 1962.
- Guimarães, Ary Machado: Continuem bem-vindos. (A valiosa contribuição do italiano para o desenvolvimento do Brasil.) Rio de Janeiro 1962.
- Gunther, John: Inside Latin America. New York etc. 1941.
- Harms-Baltzer, Käte: Die japanische Einwanderung und Niederlassung in Brasilien. In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas. Köln, Graz. 5 (1968). S. 347—365.
- Forschungen zum Kulturwandel bei den Japanern und ihren Nachkommen in Brasilien. In: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas. Köln, Graz. 5 (1968). S. 422—431.
- Haupt, Werner: Brasilien im Zweiten Weltkrieg. In: Marine Rundschau. Berlin, Frankfurt/M. 54 (1957) 4. S. 137 ff.
- Heffter, H.: Vom Primat der Außenpolitik. In: Historische Zeitschrift. München. 171 (1951). S. 1—20.
- Hell, Jürgen: Das „südbrasilianische Neudeutschland“. Der annexionistische Grundzug der wilhelminischen und nazistischen Brasilienpolitik (1895 bis 1938). In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933 — 1943. Berlin 1966. S. 103—124.
- Henriques, Afonso: Vargas, o maquiavélico. São Paulo 1961.
- Hill, Lawrence, F.: Diplomatic relations between the United States and Brazil. Durham/N. C. 1932.
- Hillgruber, A.: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen 1967.
- Hollanda, Sérgio Buarque de: Raízes do Brasil. Rio de Janeiro 1936.
- Horowitz, Irving Louis: Revolution in Brazil. Politics and society in a developing nation. New York 1964.
- Hunsche, Karl-Heinrich: s. Gedruckte Quellen/Einzerveröffentlichungen.

<sup>13</sup> In das Literaturverzeichnis werden nur die hauptsächlichsten Arbeiten über die japanischen Einwanderer und ihre Nachkommen in Brasilien aufgenommen. Vgl. für weitere Literatur Käte Harms-Baltzer, Aufsätze von 1968.

- Ianni, Octávio: Aspectos do nacionalismo brasileiro. In: Revista Brasileira. São Paulo. (1957) 14. S. 121—133.
- Do polonês ao polaco. In: Revista do Museu Paulista Nova Serie. São Paulo. 12 (1960). S. 315—338.
- A situação social do polonês em Curitiba. In: Sociologia. São Paulo. 23 (1961) 4. S. 375—388.
- Estudo de comunidade e conhecimento científico. In: Revista de Antropologia. São Paulo. 9 (1961) 1 e 2. S. 109—119.
- Industrialização e desenvolvimento no Brasil. Rio de Janeiro 1963.
- Inman, Samuel Guy: Latin America. Its place in world life. 2<sup>nd</sup> print. Chicago etc. (um 1940).
- Jacobsen, Hans-Adolf: Zur Programmatik und Struktur der nationalsozialistischen Außenpolitik 1919 — 1939. In: Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“ Nr. B 50/1967.
- Nationalsozialistische Außenpolitik 1933 — 1938. Frankfurt/M., Berlin 1968.
- Jaguaribe, Hélio: The dynamics of Brazilian nationalism. In: Obstacles to change in Latin America. Ed. by Claudio Veliz. London, New York 1965. S. 162—187.
- Economic and political development. A theoretical approach and a Brazilian case study. Cambridge/Mass. 1968.
- Johnson, John J.: Middle groups in national politics in Latin America. In: The Hispanic American Historical Review. Durham/N. C. 37 (1957) 3. S. 313—329.
- Political change in Latin America. The emerge of the middle sectors. Stanford 1958.
- The military and society in Latin America. Stanford 1964.
- Jong, Louis de: Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg. Stuttgart 1959.
- Kahle, Maria: Deutsche Heimat in Brasilien. Berlin 1937.
- Kannapin, Klaus: Zur Politik der Nazis in Argentinien von 1933 bis 1943. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933 — 1943. Berlin 1966. S. 81—102.
- Katz, Friedrich: Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika 1898 bis 1941. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933 — 1943. Berlin 1966. S. 9—69.
- Klönne, Arno: Gegen den Strom. Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich. Hannover, Frankfurt/M. 1958.
- Die Hitlerjugendgeneration. In: Politische Studien. München. 10 (1959) 106. S. 93 ff.
- Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich. Hannover und Frankfurt/M. 1960.
- Klose, Werner: Generation im Gleichschritt. Ein Dokumentarbericht. Oldenburg, Hamburg 1964.
- Kloss, Heinz: Statistisches Handbuch der Volksdeutschen in Übersee. Stuttgart 1943.
- Kluke, P.: Politische Form und Außenpolitik des Nationalsozialismus. In: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Festschrift für H. Rothfels. Göttingen 1963. S. 428—461.
- Königk, Georg: Die Politik Brasiliens während des Weltkrieges und die Stellung des brasilianischen Deutschtums. Hamburg 1935.

- Kohn, Hans: Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution. Heidelberg 1950.
- Konder, Marcos: Der Nationalismus als falscher Patriotismus. Pôrto Alegre 1954.
- Kossok, Manfred: „Sonderauftrag Südamerika.“ Zur deutschen Politik gegenüber Lateinamerika 1938 bis 1942. In: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus, 1810—1960. Berlin 1961. S. 234—255.
- Kramer-Kaske, Lieselotte: Zur Politik der deutschen Faschisten in Kolumbien 1933 bis 1941. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933—1943. Berlin 1966. S. 125—144.
- Krauel, Wolfgang: Betrachtungen über geistige Strömungen im modernen Brasilien. Hamburg 1962.
- Krausnick, Helmut: Legenden um Hitlers Außenpolitik. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart 2 (1954) 3. S. 217—239.
- Kühne, Horst: Die fünfte Kolonne des faschistischen deutschen Imperialismus in Südwestafrika (1933—1939). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin. 8 (1960) 4. S. 765—790.
- Kurze Geschichte der deutschen Einwanderung in Rio Grande do Sul. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft 25. Juli in Rio Grande do Sul. 2. Aufl. São Leopoldo 1936.
- Lacerda, João M.: Situação econômica e financeira do Brasil (1930—1936). Rio de Janeiro 1937.
- Lachmann, Günter: Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931—1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Auslandsorganisation der NSDAP. Berlin 1962.
- Lambert, Jacques: Le Brésil. Structure sociale et institutions politiques. Paris 1953.
- Os dois Brasis. Rio de Janeiro 1959.
- Langer, William L., and S. Everett Gleason: The challenge to isolation 1937—1940. New York 1952.
- The undeclared war 1940—1941. New York 1953.
- Lemberg, Eugen: Geschichte des Nationalismus in Europa. Stuttgart 1950.
- Nationalismus. I: Psychologie und Geschichte. II: Soziologie und politische Pädagogik. 2. Aufl. Reinbek b. Hamburg 1967. (Rowohlts deutsche Enzyklopädie. 197—199.)
- Lima, Cláudio de Araújo: Mito e realidade de Vargas. 2a. ed. Rio de Janeiro, São Paulo 1955.
- Lima, Jorge de: Rassenbildung und Rassenpolitik in Brasilien. 2. Aufl. Rio de Janeiro 1951.
- Lobo, R. Haddock: História econômica geral e do Brasil. São Paulo 1967.
- Loewenstein, Karl: Brazil under Vargas. New York 1942.
- Machado, Dulphe Pinheiro: Promptuário de legislação imigratoria brasileira e informações úteis aos estrangeiros, decisões e jurisprudência. Rio de Janeiro 1936.
- Magnus, Arthur W. von: Die neue Phase der Monroedoktrin angesichts der Bedrohung Lateinamerikas durch die totalitären Staaten (1933—1945). Berlin 1956 (Maschinenschr. Diss.)
- Martin, Percy Alvin: Federalism in Brazil. In: The Hispanic American Historical Review. Durham/N.C. 18 (1938) 2. S. 143—163.



- Massfeller, Franz: Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht von 1870 bis zur Gegenwart. 2. Aufl. Berlin, Frankfurt/M. 1955.
- Masur, Gerhard: Nationalism in Latin America. Diversity and unity. New York, London 1966.
- Mello, Olbiano de: A marcha da revolução social no Brasil. Rio de Janeiro 1957.
- Mello Franco, Affonso Arinos de: Um estadista da República. 3 Bde. Rio de Janeiro 1955.
- A escalada. Memórias. Rio de Janeiro 1965.
- Evolução da crise brasileira. São Paulo 1965.
- Mello Franco, Virgílio: Outubro 1930. Rio de Janeiro 1931.
- Memórias do I Paine! Nipo-Brasileiro. Tomo 1: Estudo de comunidades no Japão e no Brasil.
- Tomo 2: Estudo de assimilação de imigrantes. Hrsg. von Antônio Rubbo Müller e Hiroshi Saito. São Paulo 1956.
- Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland. 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauung. Stuttgart 1950.
- Moltmann, Günter: Weltherrschaftsideen Hitlers. In: Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin. Hamburg 1961. S. 197—240.
- Monbeig, Pierre: Pionniers et planteurs de São Paulo. Paris 1952.
- Novos estudos de geografia humana brasileira. Rio de Janeiro 1957.
- Moreira, J. Roberto: Educação e desenvolvimento no Brasil. Rio de Janeiro 1960.
- Mortara, Giorgio: Die Bevölkerung Brasiliens 1850—1950. Rio de Janeiro 1952.
- Morazé, Charles: Les trois âges du Brésil. Essai de politique. Paris 1954.
- New perspectives of Brazil. Ed. by Eric N. Baklanoff. Nashville/Ten. 1966.
- Neurohr, Jean F.: Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus. Stuttgart 1957.
- Nogueira, Paulo: Ideas e lutas de um burguez progressista. O Partido Democrático e a revolução de 1930. 2.<sup>a</sup> ed. Rio de Janeiro 1965.
- Oberacker Jr., Karl Heinrich: Die volkspolitische Lage des Deutschtums in Rio Grande do Sul s. Gedruckte Quellen/Einzeleröff.
- Die sozialgeschichtliche Bedeutung der deutschen Einwanderung. In: Staden Jahrbuch. São Paulo. 2 (1954). S. 175—180.
- Der deutsche Beitrag zum Aufbau der brasilianischen Nation. São Paulo 1955.
- Transformações da língua alemã no Brasil. In: Revista de Antropologia. São Paulo. 5 (1957) 1. S. 1—36.
- Neuschöpfungen der deutschen Sprache in Brasilien. In: Staden-Jahrbuch. São Paulo. 5 (1957). S. 175—183.
- Brautum und Aberglauben bei Kolonisten pommerischer Abstammung in Brasilien. In: Staden Jahrbuch. São Paulo. 9/10 (1961/62). S. 59—64.
- Oberg, Kalervo: O camponio marginal no Brasil rural. In: Sociologia. 19 (1957) 2. S. 118—132. São Paulo.
- Pacheco, Renato José Costa: O imigrante na literatura brasileira de ficção. In: Sociologia. São Paulo. 18. (1953) 3. S. 201 ff.
- Peixoto, Alzira Vargas do Amaral: Getúlio Vargas, meu pai. Rio de Janeiro, Pôrto Alegre, São Paulo 1960.
- Pedreira, Fernando: Março 31. Civis e militares no processo da crise brasileira. Rio de Janeiro 1964.

- Pierson, Donald: Negroes in Brazil. A study of race contact at Bahia. 3<sup>rd</sup> impr. Chicago 1947.
- Pinto, L. A. Costa: O negro no Rio de Janeiro. Relações de raças numa sociedade em mudança. São Paulo 1953.
- Pinto, Odorico Pires: El proceso de aculturación del hijo del inmigrante en las fuerzas armadas brasileñas. In: Revista Mexicana de Sociología. México. 18 (1956) 3. S. 585—608.
- Poppino, Rollie E.: Brazil, the land and people. New York 1968.
- O processo político no Brasil 1929—1945. In: Revista Brasileira de Estudos Políticos. 17 (1964) S. 83—94.
- Porzelt, Hanns: Der deutsche Bauer in Rio Grande do Sul. Ohsenfurt 1937
- Prado Jr., Caio: História econômica do Brasil. 4<sup>a</sup> ed. São Paulo 1956.
- Race and class in rural Brazil. Ed. by Charles Wagley. Paris 1952.
- Ramos, Alberto Guerreiro: A crise do poder no Brasil. Problemas da revolução nacional brasileira. Rio de Janeiro 1961.
- Ramos, Arthur: Las poblaciones del Brasil. México 1944.
- Rimscha, Hans von: Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich, am Beispiel der deutsch-baltischen Volksgruppe in Lettland. In: Historische Zeitschrift. München. 182 (1956). S. 29—63.
- Rios, José Arthur: Aspectos políticos da assimilação do italiano no Brasil. In: Sociologia. São Paulo. 20 (1958) 3. S. 295 ff.; 20 (1958) 4. S. 501 ff.
- Rodrigues, José Honorio: Aspirações nacionais. Interpretação histórico-política. São Paulo 1963.
- Roche, Jean: La colonisation allemande et le Rio Grande do Sul. Paris 1959.
- Rothfels, Hans: Grundsätzliches zum Problem der Nationalität. In: Historische Zeitschrift. München 174 (1952) S. 339 ff.
- Nationalität und Grenze im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart. 9 (1961) 3. S. 225—233.
- Saake, Guilherme: Eine Reise durch die deutschen Kolonien in Rio Grande do Sul. In: Staden Jahrbuch. São Paulo. 4 (1956). S. 237—254.
- Saito, Hiroshi: O japonês no Brasil. Estudo de mobilidade e fixação. São Paulo 1961.
- Sasaki, John: Japanese emigrants in Brazil. A study of integration of the Japanese people. Rio de Janeiro 1958.
- Schaden, Egon: Aculturação linguística numa comunidade rural. In: Jornal de Filologia. São Paulo. 1 (1953) 1.
- Der Deutschbrasilianer — ein Problem. In: Staden Jahrbuch. São Paulo 2 (1954). S. 181—194.
- Aculturação de alemães e japoneses no Brasil. (Trechos de uma conferência.) In: Revista de Antropologia. São Paulo. 4 (1956) 1. S. 41—46.
- Das Problem des Deutschen im Ausland, dargestellt am Beispiel Brasiliens. Vorlesungsreihe an der Universität Hamburg im Sommer-Semester 1961.
- Schäfer, Wolfgang: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches. Hannover, Frankfurt/M. 1957.
- Schallock, Wolfgang: Lateinamerika und die Rundfunkpropaganda der Nazis in Theorie und Praxis. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933—1943. Berlin 1966. S. 159—186.
- Scharbius, Manfred: Zur Politik des deutschen Faschismus in Mittelamerika und Westindien. In: Der deutsche Faschismus in Lateinamerika, 1933—1943. Berlin 1966. S. 145—157.

- Schickert, Gerhard: *Intelligenzia und Politik in Brasilien*. Aachen 1967.
- Schmidt-Schlegel, Philipp: *Das Staatsangehörigkeitsrecht Brasiliens und Chiles*. Frankfurt/M., Berlin 1957.
- Schroeder, Ferdinand: *Brasilien und Wittenberg. Ursprung und Gestaltung deutschen evangelischen Kirchentums in Brasilien*. Berlin, Leipzig 1936.
- Schumann, Hanns-Gerd: *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „deutschen Arbeitsfront“*. Hannover, Frankfurt/M. 1958.
- Seabury, Paul: *Die Wilhelmstraße. Die Geschichte der deutschen Diplomatie 1930—1945*. Frankfurt/M. 1956.
- Sengler, Rolf: *Das Auslandsdeutschtum in Ibero-Amerika und der Weimarer Staat. Dargestellt vornehmlich an Hand seiner Presse*. Quakenbrück i. H. 1934 (Diss.)
- Senna, Nelson Coelho de: *Die Bedeutung deutscher Kultur und deutscher Arbeit in Brasilien*. Würzburg 1933.
- Silva, Hélió: *O ciclo de Vargas*. Vol. 1 — Rio de Janeiro 1964 — 1. 1922: *Sangue na areia de Copacabana*. 1964; 2. 1926: *A grande marcha*. 1966; 3. 1930: *A revolução traída*. 1966; 4. 1931: *Os tenentes no poder*. 1966; 5. 1932: *A guerra paulista*. 1967; 6. 1933: *A crise do tenentismo*. 1968.
- Skidmore, Thomas E.: *Politics in Brazil, 1930—1964. An experiment in democracy*. New York 1967.
- Smith, Thomas Lynn: *Brazil, people and institutions: Baton Rouge* 1947.
- *Tendências atuais da população na América Latina*. In: *Sociologia*. São Paulo. 13 (1951) 2. S. 135 ff.
- Sobrinho, Alexandre Barbosa Lima: *A verdade sobre a revolução de outubro*. São Paulo 1933.
- Sodré, Nelson Werneck: *Raízes históricas do nacionalismo brasileiro*. In: *Digesto Econômico*. São Paulo. 16 (1959) 150. S. 104—117.
- *Evolución social y económica del Brasil*. Buenos Aires 1964.
- *Formação histórica do Brasil*. 2ª ed. São Paulo 1964.
- *História da burguesia brasileira*. Rio de Janeiro 1964.
- *História militar do Brasil*. Rio de Janeiro 1965.
- *Introdução à revolução brasileira*. Rio de Janeiro 1967.
- Sudhaus, Fritz: *Deutschland und die Auswanderung nach Brasilien im 19. Jahrhundert*. Hamburg 1940.
- Thomas, Alfred B.: *Latin American nationalism and the United States*. In: *Journal of Inter-American Studies*. Gainesville. 7 (1965) 1. S. 5—13.
- Tigner, James Lawrence: *Shindō Renmei: Japanese nationalism in Brazil*. In: *The Hispanic American Historical Review*. Durham/N.C. 41 (1961) 4. S. 515—532.
- Tiller, Ann Quiggins: *The igniting spark: Brazil 1930*. In: *The Hispanic American Historical Review*. Durham/N.C. 45 (1965) 3. S. 384—392.
- Trevor-Roper, Hugh R.: *Hitlers Kriegsziele*. In: *Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte*. Stuttgart. 8 (1960) 2. S. 121—133.
- Vergara, Luiz: *Fui secretário de Getúlio Vargas*. Rio de Janeiro, Pôrto Alegre, São Paulo 1960.
- Vianna, Francisco José de Oliveira: *O povo brasileiro e sua evolução*. In: *Recenseamento do Brasil*. Rio de Janeiro 1922. Vol. 1. S. 279—400.
- *Evolução do povo brasileiro*. 2ª ed. São Paulo 1933.
- *Raça e assimilação*. 2ª ed. augm. São Paulo 1934.

- Populações meridionais do Brasil. História, organização, psicologia. Vols. 1, 2. Rio de Janeiro 1952.
- Vökl, Ekkehard: Lateinamerikas neuer Nationalstaat. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. B. 10/66. I. III. 1966.
- Vossler, Otto: Der Nationalgedanke von Rousseau bis Ranke. München, Berlin 1937.
- Wagemann, Ernst: Die deutschen Kolonisten im brasilianischen Staate Espírito Santo. München 1915.
- Wagley, Charles: Estudos de comunidades no Brasil sob perspectiva nacional. In: Sociologia. São Paulo. 16 (1954) 2. S. 3 ff.
- Waibel, Leo: Die europäische Kolonisation Südbrasieliens. Bonn 1955.
- Wanderley, Ruby: Getúlio Vargas, político e escritor. Rio de Janeiro 1951.
- Weinberg, G. L.: German colonial plans and policies 1938—1942. In: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Festschrift für H. Rothfels. Göttingen 1963. S. 462—491.
- Wenceslau Jr., J.: Der Integralismus, leichtverständlich für alle. 2. verb. Aufl. Curitiba 1937.
- Whitaker, Arthur P.: Nationalism in Latin America. Past and present. Gainesville/Fla. 1962.
- Willems, Emílio: Assimilação e populações marginais no Brasil. Estudo sociológico dos imigrantes germânicos e seus descendentes. Rio de Janeiro, Recife, Pôrto Alegre, São Paulo 1940.
- Some aspects of cultural conflict and acculturation in southern rural Brazil. In: Rural Sociology. Univ. of North Carolina. 7 (1942) 4. S. 375—384.
- Acculturation and the horse complex among German-Brazilians. In: American Anthropologist. Menasha/Wisc. N. S. 46 (1944) 2, Pt. 1. S. 153—161.
- El problema rural brasileño desde el punto de vista antropológico. México 1945.
- A aculturação dos alemães no Brasil. Estudo antropológico dos imigrantes alemães e seus descendentes no Brasil. São Paulo [usw.] 1946.
- Aspectos da aculturação dos japoneses no Estado de São Paulo. São Paulo 1948.
- Zur sozialen Anpassung der Deutschen in Brasilien. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie. Köln. 1 (1948/49). S. 316 ff.
- Some aspects of cultural conflict and acculturation in southern rural Brazil. In: Readings in Latin-American Social Organization and Institutions. East Lansing 1953. S. 290—295.
- Racial attitudes in Brazil. In: Readings in Latin-American Social Organization and Institutions. East Lansing 1953. S. 240—244.
- A miscigenação entre brasileiros de ascendência germânica. In: Sociologia. São Paulo 15 (1953) 2. S. 95 ff.
- Die Familie in Portugal und in Brasilien: Ein strukturvergleichender Versuch. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln 7 (1955). S. 24 ff.
- Soziokulturelle Probleme Südamerikas. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Köln. 9 (1957). S. 219 ff.
- Minority subcultures in Brazil. In: Miscelânea Paul Rivet octagenario dicata. México 1958. Vol. 2. S. 877—883.

- Wirth, John D.: Tenentismo in the Brazilian revolution of 1930. In: The Hispanic American Historical Review. Durham/N.C. 44 (1964) 2. S. 161—179.
- Wittram, Reinhard: Das Nationale als europäisches Problem. Göttingen 1954.
- Young, Jordan: Military aspects of the 1930 Brazilian revolution. In: The Hispanic American Historical Review. Durham/N.C. 44 (1964) 2. S. 180—196.
- The Brazilian revolution of 1930 and the aftermath. New Brunswick/N.J. 1967.

## PERSONENREGISTER

Auf Anmerkungen wird Bezug genommen, wenn der jeweilige Inhalt der Anmerkung besonders wichtig erscheint.

- Aragão, José Joaquim de Lima e Silva Moniz de 48, 57, 68 ff., 105 ff.  
 Aranha, Oswaldo 15, 47, 50 ff., 59, 65, 70 f., 105 ff., 117, 169/25, 194/20, 195/29, 196/42  
 Aschmann, Gottfried 57  
 Athayde, Tristão de 17  
 Azevedo, Fernando de 20, 27 f.
- Barroso, Gustavo 183/70  
 Barwich (Vertreter v. „Transocean“) 75 f., 183/70  
 Beyer, Hans 38  
 Bibra, Sigismund Frhr. von 128  
 Bismarck, Otto Fürst von 107, 112, 125  
 Bohle, Ernst Wilhelm 59 f., 132, 135 ff.  
 Brasil, Ptolemeu de Assis 26  
 Braun, Otto 190 f./26, 191/27  
 Bülow-Schwante, Vicco von 69  
 Büsing, Hans Carl 137, 211/64
- Café Filho, João 32 ff.  
 Caffery, Jefferson 173/22  
 Campos, Francisco 46 f., 50 f., 53 f., 192/42  
 Clodius, Carl 85, 117, 125  
 Collor, Lindolfo 182/53  
 Cossel, Hans Henning von 32, 46 f., 59 ff., 62, 86, 115, 127, 129 ff., 161 f./14, 177/54, 192/42  
 Costa, Artur de Souza 199 f./16
- Dewey, John 20  
 Diniz Júnior (Abg. v. Santa Catarina) 164/29  
 Dungs, Günther 76  
 Farias, Oswaldo Cordeiro de 100
- Fernández Artucio, Hugo 35  
 Fournier, Severo 66, 76, 180/24  
 Freytag (AA) 112, 125  
 Frick, Wilhelm 95, 189/10
- Göring, Hermann 139  
 Grabowski, Thaddäus 175 f./40  
 Gustloff, Wilhelm 128
- Hammerschmidt, Heinz 76  
 Hansen, Friedrich 180/30  
 Heß, Alfred 35, 94 f., 130 f., 139  
 Hitler, Adolf 32, 48, 57
- Kiep, Otto 119  
 Konder, Marcus 182/53  
 Kopp, Federico Colin 63, 71 ff., 82, 85, 87, 94, 183/70  
 Kulenkampff, J. 199/11  
 Kundt, Ernst (AA/Ref. E) 73 f., 182/57
- Labougle, Eduardo 58 f.  
 Lambrecht, Gertrud 34, 162 f./20, 21  
 Langmann, Otto 101 ff., 136  
 Levetzow, Werner von 69, 78, 106 f., 111 ff., 123 ff., 133, 135, 173 f./23  
 Lima, Negrão de 161/11  
 Lipski, Josef 59
- Moniz de Aragão s. Aragão, José Joaquim de Lima e Silva Moniz de  
 Monteiro, Pedro Aurélio de Góes 46, 113 f., 195/29
- Neubert, Hans 73 ff., 82, 183/61, 183 f./71  
 Neurath, Constantin Frhr. von 173/23  
 Noebel, W. 187/111

Oberacker Jr., Karl Heinrich 221 f./8

Pessoa, João 152/4

Plugge, Fritz 192/42

Prado Júnior, Caio 18

Py, Aurélio da Silva 166/3, 4

Rauschnig, Hermann 84

Reinebek, Otto 136 ff.

Ribbentrop, Joachim von 71 f., 105,

110, 121, 131, 133, 139, 141 ff.,

181/38, 181 f./44, 212/70

Ritter, Karl 38, 44 ff., 50 ff., 63 ff.,

70 ff., 85, 94 f., 101 ff., 105 ff.,

121 f., 126, 130, 136, 146, 168/12,

181 f./44, 192/42, 194/20

Rüdt von Collenberg, Heinrich Frhr.  
von 210/58

Sandstede, Gottfried 140

Salgado, Plínio 77, 85

Schinke, Otto E. 184/72, 76

Schlimpert, Martin 54 ff., 137

Schlotterer, G. 85, 117

Schmidt-Elskop, Arthur 32 f., 77

Schoen, Wilhelm Albrecht Frhr. von  
101 ff., 136 f.

Schüler, Henrique 164/29, 182/53

Sinzig, Pedro 33, 37, 162/18

Steimer (Konsul in Florianópolis)  
184/72

Souza, Washington Luís Pereira de  
16, 152/4

Thermann, Edmund Frhr. v. 101 ff.,  
136 ff.

Vageler (Beauftr. d. „Vereins z. Um-  
schul. freiw. Arbeitskr.) 86

Vargas, Getúlio 6 f., 15 ff., 21 f., 25,  
40 f., 46 ff., 50 ff., 65 f., 78, 112,  
115, 118

Weizsäcker, Ernst Frhr. von 57 ff.,  
68 f., 131, 136, 143, 181 f./44

Wendler, E. 212/71

Wiehl, Emil 139

Willems, Emílio 149 f./9

Woermann, Ernst 105, 108, 181 f./  
44

Zeissig, Richard 140

# SACHREGISTER

Auf Anmerkungen wird Bezug genommen, wenn der jeweilige Inhalt der Anmerkung besonders wichtig erscheint.

- Abberufung der Botschafter Ritter u. Moniz de Aragão 63, 70 f., 105 ff., 117, 122 ff., 144 f.
- Abtrennung der 3 Südstaaten Brasiliens 35 f., 86, 187/104, 105, 192/42
- Acção Integralista Brasileira s. Integralismus
- Anti-Komintern-Pakt — Beitritt Brasiliens 173 f./23
- Antikommunistische Zusammenarbeit zw. Deutschland u. Brasilien 173 f./23
- Arbeitsgemeinschaft 25. Juli 72
- Arbeitsgesetzgebung betr. ausländ. Arbeitskräfte 22, 103
- Ausländer-Gesetzgebung betr. politische Betätigung 17, 31 f., 43, 46 f., 49 f., 52, 170/3
- Auslandsorganisation (AO) der NSDAP 81, 84, 86 f., 92 ff., 129 ff.
  - Betätigung in Brasilien s. Landesgruppe Brasilien der AO der NSDAP
  - Betätigung in Lateinamerika 81, 83, 209/46
  - Doppelstaatler, Volksdeutsche 7, 31, 42, 96, 131, 138 ff., 184/76, 207/33
  - Politik d. AO gegenüber den Maßnahmen gegen ihre Betätigung in Lateinamerika/Brasilien 34, 59 ff., 68, 94 ff., 103 f., 129 ff., 136 ff., 177/54, 211/65
  - Politik d. AO gegenüber d. Maßnahmen gegen ihre Betätigung in der Schweiz 52, 128 ff., 138, 206 f./31
  - Unterstützung d. Integralismus s. Integralismus — deutsche Unterstützung
  - Wirtschaftspolitik Betätigung 92, 138 f., 211 f./66
- Auswärtiges Amt
  - Auseinandersetzung mit AO 103 f., 131 ff.
  - Auseinandersetzung mit Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 32 f., 210/57
  - Auseinandersetzung/intern um Brasilienpolitik 48 f., 69 f., 108, 114, 122, 125 f., 129, 181 f./44, 203 f./30—32
  - Deutschumpolitik in Lateinamerika 101 ff., 127 ff., 131 ff., 209/50
  - Politik gegenüber Brasilien 32, 36 ff., 44 ff., 50 ff., 63 ff., 68 ff., 72 f., 75 f., 78 f., 94, 99, 101 ff., 105 ff., 117 ff., 124 ff., 131 ff., 146 f., 157/17, 160/38, 173 f./23, 178/60
  - Unterstützung d. Integralismus s. Integralismus — deutsche Unterstützung
  - Zusammenarbeit m. Italien 57 f., 135 f.
  - Zusammenarbeit mit Polen 58, 176/44
  - Zusammenarbeit mit Spanien 135 f.
- Brasilien — Politik gegenüb. Deutschland 6 f., 17, 25 ff., 38 f., 41 ff., 52 ff., 65 ff., 70 f., 75 f., 105 ff., 117 ff., 124, 126 f., 144 ff., 173 f./23, 199 f./16, 201/21
  - Politik gegenüber USA 120 ff., 173 f./23, 199 f./16, 202 f./28
- Conselho de Imigração e Colonização 98, 100



- Deutschbrasilianischer Arbeitskreis  
33, 191/28, 221 f./8
- Deutschbrasilianischer Jugendring  
(DBJ) 34, 42 f., 61, 73 f., 76,  
183/61
- Deutschland — Politik gegenüber  
Brasilien s. die entspr. Einträge  
unter Auslandsorganisation der  
NSDAP und Auswärtiges Amt,  
sowie Abtrennung der drei Süd-  
staaten Brasiliens und Integralis-  
mus — deutsche Unterstützung
- Politik gegenüber Lateinamerika  
7, 63, 80 ff., 96, 101 ff., 131 ff.,  
185/94, 187/104, 212/70
- Deutschösterreichische Vereinigung  
67, 76
- Deutsche Diplomatisch-Politische  
Korrespondenz 47 f., 66
- Deutsche und Brasilianer deutscher  
Abstammung in Brasilien 6 f.,  
8 ff., 17, 23 ff., 30 ff., 40 ff., 50,  
57, 60 ff., 71 ff., 77 ff., 82, 87,  
90, 98 f., 101, 123 f., 127, 146 f.
- Bevölkerungsbewegung 9
- Einwanderung u. Niederlassung  
in Brasilien 8 ff., 13 f., 23 f., 150/  
15
- Gefolgschaft d. Integralismus s.  
Integralismus — deutsche/deutsch-  
brasilianische Gefolgschaft
- Nationalisierung s. die versch.  
diesbez. Stichworte
- Privatschulwesen 25 ff., 50, 103,  
128 f., 158/21
- regionale Verteilung in Brasilien  
9 ff.
- Rückwanderung nach Deutsch-  
land 9, 98 f., 103, 125 f.
- sozialökonomische Gliederung  
10 ff.
- Stellungnahmen zum National-  
sozialismus 30 f., 34, 37, 72 ff.
- Vereinswesen 50, 62 f., 71 ff., 103,  
129, 177/54, 178/60
- völkische Vorstellungen 11, 14,  
221 f./8
- Deutscher Morgen 61, 67, 184/76
- Dienststelle Ribbentrop 173/23
- Doppelstaatler u. Volksdeutsche —  
Parteizugehörigkeit 96, 184/76
- s. Staatsangehörigkeitsrecht —  
Brasilien, — Deutschland
- Einheit von Partei und Staat 51 f.,  
95
- Einwanderung in Brasilien 8, 10
- Einwanderungsgesetzgebung u. Ge-  
setzgebung betr. die Niederlas-  
sung der Eingewanderten im  
Lande 21 ff., 29, 97 f., 157/15
- England — Politik gegenüber Bra-  
silien 120
- Erziehungswesen in Brasilien 19 f.,  
27 f., 100
- Gesetzgebung und sonst. staatl.  
Maßnahmen zur Nationalisierung  
d. Privatschulwesens d. Einwan-  
derergruppen 19, 22, 25 ff., 29,  
43 f., 49 f., 57 ff., 99 f., 175/37,  
175 f./40
- Reformbestrebungen 19 f., 27 f.
- Estado Novo s. Vargas-Ära
- Fall Kopp 71 ff., 82, 85, 87
- Fascio in Brasilien/Ausland 57 f.,  
134, 209/50
- Vorbild für die nationalsozialisti-  
sche Betätigung in Lateinamerika  
134 ff., 143 f., 209/50
- Federação 25 de Julho 36, 61, 63,  
71 ff., 182/57
- Globo (0) 36 f.
- Handelsabkommen zwischen Deutsch-  
land und Brasilien 118 ff.
- Handelspolitik — Brasilien 117 ff.,  
125
- Deutschland 83 f., 87 f., 117 ff.
- Heimschaffung deutscher Staatsange-  
höriger nach dem Integralisten-  
putsch 75 f., 82, 184/76
- HJ s. Deutschbrasilianischer Jugend-  
ring
- Ibero-Amerika Konferenz 60 f.,  
104 f., 131 ff.
- Integralismus 16, 28, 32, 37, 39, 41,  
48, 63 ff., 76 ff., 146

- deutsche/deutschbrasilianische Gefolgschaft 16, 28, 32, 37, 77 ff., 90, 140
- deutsche Unterstützung 16 f., 48, 63 ff., 72, 74 ff., 80 ff., 90, 93, 108 ff., 186/98, 99, 187/108, 194/20
- Integralistenputsch 53, 59, 63 ff.
- Inhaftierung deutscher Staatsangehöriger nach dem Integralistenputsch 64, 66 ff.
- italienische Unterstützung 66, 76, 180/24
- s. weiter Heimerschaffung deutscher Staatsangehöriger nach dem Integralistenputsch
- Italiener und Brasilianer italienischer Abstammung in Brasilien 9 f., 23, 57 f., 66, 175/35

Japaner und Brasilianer japanischer Abstammung in Brasilien 9 f., 23 ff., 39, 146

Jüdische Emigranten i. Brasilien 33, 37  
Juventude 25 de Julho s. Deutschbrasilianischer Jugendring

Kommunismus in Brasilien 16  
Krupp 113, 121

Landesgruppe Argentinien der AO der NSDAP 96, 140

Landesgruppe Brasilien der AO der NSDAP — Betätigung in Brasilien 6 f., 30 f., 34, 51, 60 ff., 72 ff., 82, 86, 103, 144 ff., 148/5, 160/4, 177/54, 184/76

- Gesetzgebung und sonst. staatl. u. publiz. Maßnahmen gegen ihre Betätigung 17, 28 f., 30 ff., 39, 42 ff., 49 f., 52, 60 ff., 66 ff., 161/11
- Politik gegenüber den Maßnahmen gegen ihre Betätigung 32, 60 ff., 73 ff., 82, 127 ff., 177/54, 178/60
- Unterstützung d. Integralismus s. Integralismus — deutsche/deutschbrasilianische Unterstützung

Landesgruppe Holland der AO der NSDAP 206/27

Landesgruppe Paraguay der AO der NSDAP 140

Landesgruppe Schweiz der AO der NSDAP 52, 128

London Times 34 ff.

Militär in Brasilien 17, 44, 113 f., 197/47

Mitteilungsblatt / Der Nationalsozialist 160/4

Nationalisierung d. Einwanderergruppen in Lateinamerika 59, 131, 140

Nationalisierung d. Einwanderergruppen in Brasilien 6, 21 ff., 31 ff., 42 ff., 66 ff., 86, 94 ff., 113 ff., 123 ff., 134, 144 ff., 175/37, 175/40, 204/4

— fremdspr. Gottesdienst 100 f.

— fremdspr. Grabinschriften 124, 191/31

— fremdspr. Publizistik/Veröffentlichungen 99 f.

— Motivationen 17, 22 ff., 28 ff., 31 f., 36 ff., 41 ff., 52 ff., 60, 98 f., 126 f., 144 ff.

— Vereinswesen 49 f., 62, 175 f./40, 177/54

— s. weiter Ausländer-Gesetzgebung betr. politische Betätigung, Arbeitsgesetzgebung betr. ausl. Arbeitskräfte, Einwanderungsgesetzgebung, Erziehungswesen — Gesetzgebung u. sonst. staatl. Maßn. betr. Privatschulwesen d. Einwanderergruppen, Landesgruppe Brasilien d. AO der NSDAP — Gesetzgebung und sonst. staatl. u. publ. Maßn. gegen ihre Betätigung

Nationalisierung d. Wirtschaft 22

Oktoberrevolution s. Vargas-Ära

Parteien in Brasilien — Gesetzgebung 17, 43, 52, 79, 87

Polen und Brasilianer polnischer Ab-

- stammung in Brasilien 43, 58 f., 101, 175 f./40
- Polizei — deutsch-brasilianische Zusammenarbeit 163/21, 173/23
- Portugiesen und Brasilianer portugiesischer Abstammung in Brasilien 9, 98
- Reichsdeutsche in Brasilien s. Deutsche und Brasilianer deutscher Abstammung
- Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 32 f., 210/57
- Reichs- und Preußisches Ministerium des Inneren 95
- Reichswirtschaftsministerium 117, 126
- São Paulo — Erhebung 1932 s. Vargas-Ära
- Spanier und Brasilianer spanischer Abstammung in Brasilien 9
- Staatsangehörigkeitsrecht — Brasilien 7, 102 f., 128  
— Deutschland 102 f., 128, 131
- Tenentes 16, 152 f./5
- USA — Politik gegenüber Brasilien 38, 45 f., 54 ff., 60, 64, 79, 80 f., 83 f., 115, 120 ff., 127, 147, 163 f./24, 168 f./21, 199 f./16, 201/21, 202 f./28
- Vargas-Ära 1930—1945 15 ff., 38 f., 41, 44 ff., 52, 55 f., 78 f., 127, 147, 152/4, 153/7
- Verfassung Brasiliens — 1891 21, 153/8  
— 1934 16, 20 ff., 27 ff., 43, 154/10  
— 1937 17, 43, 97, 154/10
- Volksdeutsche — Deutschumspolitik d. deutschen amtlichen Stellen 102, 135, 137 ff., 210/58, 212/68  
— in Brasilien s. Deutsche und Brasilianer deutscher Abstammung in Brasilien
- Volk und Heimat 184/76
- Volksdeutsche Mittelstelle (VOMI) 103, 129, 131
- Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Brasilien 41, 53, 56, 113, 115 f., 117 ff., 125 f.
- Zerstörer — Verpachtung an Brasilien 163 f./24



## NACHWORT DES DANKES

Die Verfasserin dankt den Archiven und ihren Leitern, die ihr in großzügiger Weise das Quellenmaterial für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt haben: dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, dem Berlin Document Center und dem Bundesarchiv in Koblenz. Außerdem dankt die Verfasserin gleichermaßen dem Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, das ihr seine reichhaltigen Bestände an deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften aus Brasilien (DAI-Sammlung) bereitwillig zur Einsicht überließ, dem Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin, dessen umfangreiche Literaturbestände die Abfassung der Arbeit weitgehend mit ermöglichten, sowie der Hamburgischen Staats- und Universitätsbibliothek und dem Leiter ihrer Magazine, die ihr die unkatalogisierten Bestände der ehemaligen Forschungsstelle für das Übersee-Deutschtum in Hamburg zur Verfügung stellten.

Der besondere Dank der Verfasserin gilt ihrem verehrten Lehrer in der Geschichte, Herrn Professor Dr. E. Zechlin, Hamburg, der die große Freundlichkeit besaß, die vorliegende Arbeit als Dissertation anzunehmen und sie in ihrem Entstehen durch seine großzügige Hilfe zu fördern. Gedankt sei Herrn Professor Dr. E. Schaden, São Paulo, dessen Rat und Ermunterung der Verfasserin erst den Mut gaben, die Arbeit zu vollenden, und Frau Dr. I. Wolff, Hamburg, die mit unermüdlicher Hilfe und stets bereitem Rat die Abfassung der Arbeit von ihren Anfängen bis zu ihrer Vollendung unterstützte und überwachte. Für Rat und Hilfe ist die Verfasserin Herrn Geheimrat Dr. E. Kundt besonders zu Dank verpflichtet wie auch den Herren Professor Dr. G. Moltmann, Dr. W. Jochmann und vor allem Herrn G. Richter. Ein weiterer Dank richtet sich an die ungenannt bleibenden Helfer in Archiven und Bibliotheken und bei der technischen Fertigstellung der Arbeit.

Gedankt sei der Studienstiftung des Deutschen Volkes und im besonderen Herrn Dr. D. Sauberzweig und Herrn Professor Dr. G. Kretschmar, die die finanzielle Sicherheit zur Durchführung der notwendigen Forschungsarbeiten gewährten.

Dank sei meinem Onkel und meiner Tante, Dr. Carl Will und Frau

Käthe Will, geb. Baltzer, gesagt, in deren Haus ich aufwachsen durfte und die meinen Lebens- und Studienweg entscheidend gefördert haben. Mit diesem Dank verbindet sich eine tiefe Trauer um den Tod meines Onkels, der die Fertigstellung der Arbeit nicht mehr miterlebte und dessen Andenken ich die Arbeit widmen möchte.

Für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe „Bibliotheca Ibero-Americana“ sei dem Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin und vor allem seinem Direktor, Herrn Professor Dr. Hans-Joachim Bock, sowie auch dem Colloquium Verlag gedankt.

# INHALT

Vorwort .....	6
Einleitung:	
Die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen in Brasilien ....	8
I · Der Verlauf der Nationalisierung in Brasilien von Ende 1930 bis zum 10. November 1937 .....	15
1. Die innenpolitischen Voraussetzungen der Nationalisierung in Brasilien: Die Regierung Getúlio Vargas .....	15
2. Erste Nationalisierungsgesetzgebung .....	21
3. Erste Bestrebungen gegen die Betätigung der Auslandsorganisation der NSDAP .....	30
4. Die Beurteilung der Nationalisierung von Ende 1930 bis zum 10. November 1937 von deutscher Seite .....	38
II · Der Verlauf der Nationalisierung in Brasilien vom 10. November 1937 bis zur Abberufung der Botschafter im September/Oktober 1938 .....	42
1. 10. November 1937 bis 18. April 1938: Einsetzen einer durchgreifenden Nationalisierung auf einzelstaatlicher Ebene ..	42
2. Dekret Nr. 383 vom 18. April 1938: Ausdehnen der südbrasilianischen Nationalisierung auf das gesamte Bundesgebiet	49
3. Integralistenputsch und Fall Kopp, Mai und Juni 1938 .....	63
4. Fortgang der Nationalisierung bis zur Abberufung der Botschafter im September/Oktober 1938 .....	94
III · Die Abberufung der Botschafter Ritter und Moniz de Aragão im September/Oktober 1938 .....	105
1. Abberufung der Botschafter und politische Tragweite dieses Schrittes .....	105
2. Die Bedeutung der Abberufung, gemessen an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien und Deutschland ....	117
3. Abberufung und Nationalisierung .....	123
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse .....	146
Anmerkungen .....	148
Literaturverzeichnis .....	214
Personenregister .....	236
Sachregister .....	238
Nachwort des Dankes .....	243

# BIBLIOTHECA IBERO - AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts

Preußischer Kulturbesitz

Herausgegeben von Hans-Joachim Bock

- Band 1 · Max Uhle  
Wesen und Ordnung der altperuanischen Kulturen  
Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gerdt Kutscher  
*132 Seiten, 2 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 14,—*
- Band 2 · Hans Horkheimer  
Nahrung und Nahrungsgewinnung im  
vorspanischen Peru  
*160 Seiten, 8 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 14,—*
- Band 3 · Miguel de Ferdinandy  
En torno al pensar mítico  
*264 Seiten, 5 Tafeln, 2 Abbildungen, engl. Broschur DM 24,—*
- Band 4 · Peter A. Schmitt  
Paraguay und Europa  
Die diplomatischen Beziehungen unter Carlos Antonio López  
und Francisco Solano López 1841—1870  
*368 Seiten engl. Broschur DM 24,—*
- Band 5 · Rudolf Geske  
Góngoras Warnrede im Zeichen der Hekate  
Ein Deutungsversuch  
zu den Versen 366—502 der Soledad Primera  
*136 Seiten engl. Broschur DM 14,—*
- Band 6 · Cary Hector  
Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung  
in Südamerika  
*226 Seiten engl. Broschur DM 19,—*

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN







# BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts

Preußischer Kulturbesitz

Herausgegeben von Hans-Joachim Bock

- Band 7 · Fritz Hoppe  
Portugiesisch-Ostafrika  
in der Zeit des Marquês de Pombal (1750—1777)  
*360 Seiten engl. Broschur DM 24,—*
- Band 8 · Juan Carlos Agulla  
Soziale Strukturen und soziale Wandlungen in Argentinien  
*278 Seiten engl. Broschur DM 19,—*
- Band 9 · Friedel Maurer-Rothenberger  
Die Mitteilungen des Guzmán de Alfarache  
*132 Seiten engl. Broschur DM 14,—*
- Band 10 · Georg Thomas  
Die portugiesische Indianerpolitik in Brasilien  
1500—1640  
*244 Seiten engl. Broschur DM 24,—*
- Band 11 · Ulrich Fleischmann  
Ideologie und Wirklichkeit in der Literatur Haitis  
*312 Seiten engl. Broschur DM 24,—*
- Band 12 · Ronald Daus  
Der epische Zyklus der Cangaceiros in der Volkspoesie  
Nordostbrasilien  
*156 Seiten engl. Broschur DM 14,—*
- Band 13 · Martin Gerbert  
Religionen in Brasilien  
*128 Seiten engl. Broschur DM 14,—*

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN



durchweg in schwächerer Form, zeichneten sich auch in anderen lateinamerikanischen Ländern ab. Mitte 1939 wurde in Deutschland die nationalsozialistische Deutschumpolitik als Belastung der Lateinamerika-Politik empfunden, und es wurde nach Wegen einer Neuorientierung gesucht, um die erstrebte Neutralität Lateinamerikas im Falle eines Krieges, an dem Deutschland beteiligt sein würde, nicht zu gefährden. Am Beispiel der deutsch-brasilianischen Beziehungen lassen sich die politischen Auswirkungen der nationalsozialistischen Deutschumpolitik auf die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges exemplarisch erhellen.

Anhand der vorliegenden deutschen Akten, insbesondere der Akten des ehemaligen Auswärtigen Amtes in Berlin, untersucht die Verfasserin Relevanz und Auswirkungen der deutschen und der brasilianischen Bestrebungen nach Beeinflussung der in Brasilien ansässigen Deutschstämmigen für die Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien.

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

